

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Deutschland:
Deutsche Verantwortung in der Mitte Europas

Bonns Zugeständnisse an SED/PDS in Fragen Enteignung in der ehemaligen DDR

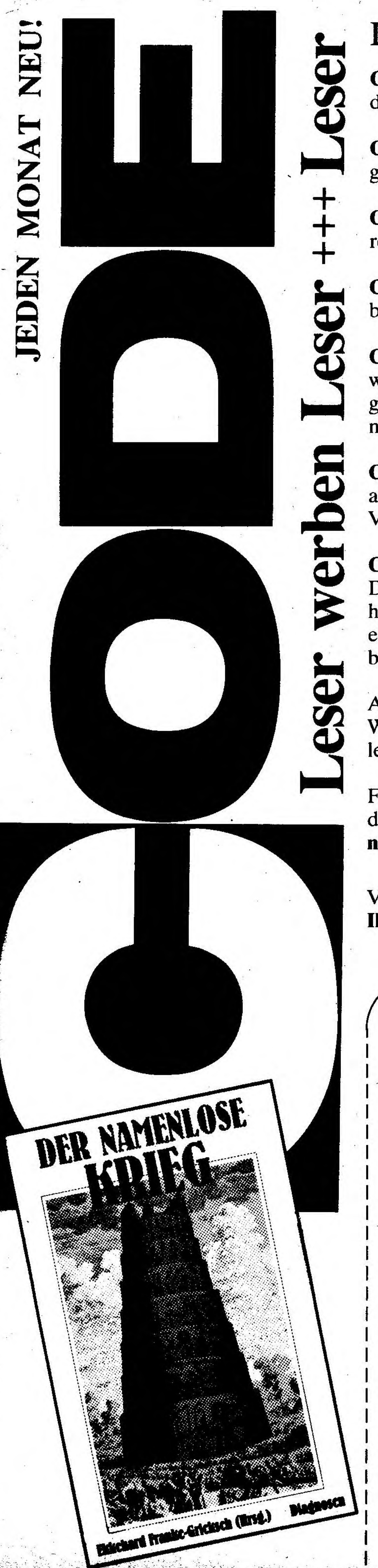
Finanzen:
Die Krise des Kapitalismus

Bilderberg-Konferenz:
Die Insider-Elite legt ihre Pläne vor

USA:
Wer tötete Martin Luther King?

Hans-Dietrich Genscher:
Er war der wahre Bundeskanzler

Trilaterale Kommission:
Rockefeller und Kissinger für mehr Freihandel und Profit



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

CODE bemüht sich, die wichtigsten Informationen zu veröffentlichen, damit Sie wissen, was gespielt wird. Es gibt eine internationale Gruppe, die an die »Neue Weltordnung« glaubt. Sie arbeitet in verschiedenen Gremien und unter vielen Namen: Insider, Internationalisten, Bilderberger, Illuminaten, Trilaterale Kommission, Council on Foreign Relations.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühen möchten wir uns gern bedanken. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als Prämie das Buch **»Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 78.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 78.– DM anbei (Ausland: DM 93.– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

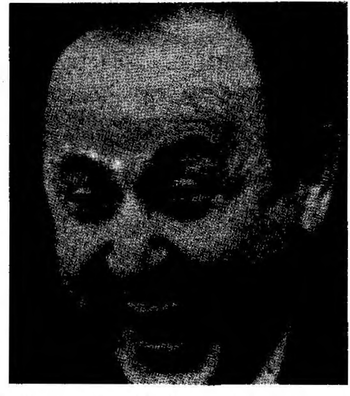
Deutschland

8 Verdeckter Angriff auf das Grundgesetz
Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird gebetsmühlenartig von allen Seiten gelobt. Bestimmte Kräfte versuchen trotzdem das Grundgesetz auszuhöhlen, um es für ihre Zwecke geeignet zu machen.



Der erste Bonner Bundeskanzler Konrad Adenauer wird sich im Grabe umdrehen, wenn er die totale Umkehrung des Wesensgehalts des Grundgesetzes miterleben könnte.

10 Hans-Dietrich Genscher: Er war der wahre Bundeskanzler
Als Bundesaußenminister versuchte Genscher mit allen Mitteln den Internationalismus in Deutschland zur Staatsmaxime zu erheben.



Hans-Dietrich Genscher war nicht nur der wahre Bundeskanzler, sondern die Internationalisten stellten die wahre Bundesregierung.

12 Keine Enteignung nach Besatzungsrecht

15 Deutsche Verantwortung in der Mitte Europas

20 Die deutsche Rechte ist vogelfrei

22 »Euro-Ring« der Volkstreuen gefordert

Finanzen

26 Kommt die Stabilität der Weltwirtschaft?

27 Die Krise der Kapitalisten
Das kapitalistische System der westlichen Welt bewegt sich weiter von Krise zu Krise, und es gelingt ihm irgendwie, den ungeheuren Druck, den die andauernden Krisen dem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben auferlegen, einzudämmen.

29 In fünfzig Jahren zehn Milliarden Menschen

30 Trilaterale Kommission: Rockefeller und Kissinger fordern mehr Freihandel

32 Bilderberg-Konferenz: Auf dem Marsch in die Neue Weltordnung

34 Die Insider-Elite legt ihren Plan vor
Was bringen die von der geheimen Bilderberg-Organisation geplanten zukünftigen Weltereignisse für die Steuerzahler mit sich? In dieser Ausgabe berichtet CODE eingehend über die Konferenz der Weltschattenregierung in Evian.



David Rockefeller, Mitbegründer der Bilderberger, war dabei, wie man in Evian die sowjetische Beute verteilte.

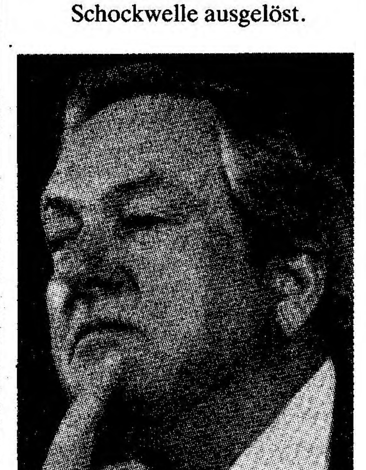
38 Das Schweigen der Medien über die Absprachegremien

39 Willkommen für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bei den Bilderbergern!

Internationales

42 Die Begierde der Banker auf die großen russischen Ressourcen

44 Der Ruck nach rechts in Europa schockiert das Establishment
In Europa ist immer mehr der Trend zu populistischen, nationalistischen Parteien. Die kürzlichen Wahlen in ganz Europa haben in der internationalistischen Gemeinde eine Schockwelle ausgelöst.



Jean-Marie Le Pen hat für seine Front National bei Wahlen 14 Prozent der Stimmen der Franzosen gewinnen können.

46 Der große Knall in Rußland steht bevor

48 Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die Türkei auf dem Weg zur Großmacht

49 Die heuchlerische Politik der UNO und der USA in Kroatien

50 Lateinamerika: Ein Kontinent im Aufbruch

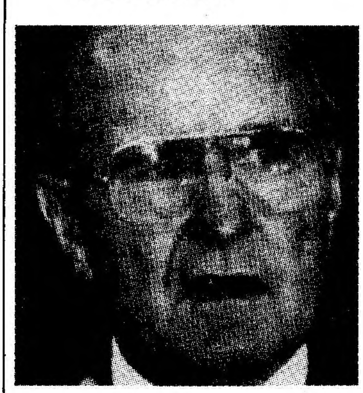
54 Zionistische Lobby kritisiert Waffenverkäufe der USA an Saudi-Arabien

55 US-Präsident George Bush verstrickt in Bankenskandale und in die Irak-Hilfe

56 Der Iran als Alptraum des US-Verteidigungsministeriums

57 Ausbildung zur Subversion in den USA

58 Der Wahlkampf 1992 in den USA
Ein Präsidentschaftswettkampf in den USA mit drei Bewerbern um das Amt. Was geschieht, wenn keiner die notwendige Mehrheit bekommt.



US-Präsident George Bush hat es schwer wieder gewählt zu werden, weil viele Amerikaner über ihn verärgert sind.

60 Das Monopol der herrschenden Parteien in den USA

61 Das Befleckte Image des US-Präsidenten

62 Wer tötete Martin Luther King?

Ständige Rubriken

6 Deutschland-Journal
Düsseldorf warf Millionen Mark aus dem Fenster; Sonnenberg am Mord an Buback beteiligt?; 300 GUS-Spione in Deutschland; Weizsäcker will Klestil treffen; Das feuchtfröhliche Geständnis Helmut Kohls; Bundesregierung verzichtet auf Lizenzgebühren von »Mein Kampf«; Volker Rühe – der kommende Mann in der CDU; Parteiloser soll neuer Bundespräsident werden.

24 Banker-Journal
Der Fall Barschel und der Iran-Contra-Konflikt; USA wollen lateinamerikanische Ölfelder besetzen; Harte Urteile für de Benedetti und seine Freunde; Cousteau soll Prozeß gegen Kolumbus inszenieren; Perots Politik: Ein Mythos, keine Legende!; Albanien ersucht UNO um Krisenhilfe; Libanesische Regierung stürzt nach Aufständen; Französische Kritik am Vertrag von Maastricht.

40 Europa-Journal
Rom Zentrum zur Wiederherstellung der Monarchien; Ukrainischer Kirchenfürst will nicht zurücktreten; Britanniens MI-5 fordert mehr Macht; Wird ukrainischer Metropolit vor Kirchengericht gestellt?; Die Rolle des KGB in der Russisch-Orthodoxen Kirche; Sterbliche Überreste der Zarenfamilie gefunden; Englischer Professor für Faschismus mit »menschlichem Gesicht«; DDR-Firma unterstützte Waffenhandel des CIA; NATO stellt im Mittelmeer-Raum Marinestreitkräfte auf.

51 Impressum

52 Nahost-Journal
Papst entsandte Sonderbotschafter in den Iran; Israel schneidet Gaza-Streifen von der Außenwelt ab; Israel will die Folter verbieten; Bushs Vorgehen gegen Libyen von arabischen Staaten verurteilt; Nach Libyen könnte Burma das nächste Ziel sein; Sharons Provokation in der Siedlungsfrage; Tunesische Experten verdammen die »Neue Weltordnung«; Syrien sammelt die Kritiker an der US-Politik; Algerische Fundamentalisten rufen zu den Waffen; Edgar Bronfman spricht nicht für die Juden.

64 Vertrauliches
Asien wird die meisten Aids-Kranken haben; Brasilianisches Militär greift die Eliten des Landes an; Die politischen Auseinandersetzungen in China werden härter; Chinas Freiheitskämpfer fordern weltweite Hilfe; Südafrikas herzliche Beziehungen zu Nigeria; Zunahme regierungsfeindlicher Demonstrationen in Taiwan; Brasilianische Bischöfe schließen sich der Anti-Kolumbus-Kampagne an; Indischer Journalist verurteilt Amnesty International.

66 Leserbriefe

Deutschland-Journal

Düsseldorf warf Millionen Mark aus dem Fenster

Eines der derzeit größten Probleme Deutschlands ist die ausufernde Staatsverschuldung. Obwohl Sparen das Hauptgebot der Stunde ist, scheinen das die Politiker noch immer nicht begriffen zu haben. Wie anders ist es möglich, daß der nordrhein-westfälische Landesrechnungshof (LRH) festgestellt hat, daß im bevölkerungsreichsten Bundesland alleine im vergangenen Jahr mehrere hundert Millionen Mark Mindereinnahmen beziehungsweise unnütze Ausgaben entstanden sind.

Besonders skandalös ist dabei der folgende Fall: Bei einer stichprobenartigen Prüfung in nur sechs Finanzämtern des Landes wurden »wiederholt eklatante Fehler mit erheblichen steuerlichen Auswirkungen zu Lasten des Landes« bei der Frage der sachgerechten Bewertung und Besteuerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften festgestellt. Alleine bei diesen Stichproben kamen mehr als 20 Millionen Mark zusammen. Ersatzschulen »vergessen« regelmäßig, die dem Land zustehenden Zinserträge der im voraus gezahlten Zuschüsse zu überweisen. Gesamtschaden: rund sechs Millionen Mark.

Schon als kleiner Skandal erweist sich das Verhalten des Landes bei einem Stiftungsgeschäft des Landes. Nach dem Tod des 1986 verstorbenen »Kunstpapstes« Joseph Beuys hatte das Land NRW mehrere Jahre mit den Eigentümern einer großen Beuys-Sammlung verhandelt, die diese in eine Stiftung einbringen wollten. Sitz der Stiftung sollte ein vom Verfall bedrohtes Schloß sein. Dabei verpflichtete sich das Land durch eine zu rasche Unterschrift unter den Stiftungsvertrag, in den Folgejahren nach Beginn der Sanierung 1990 neben den Betriebskosten von 5,4 Millionen Mark (was in Ordnung geht) auch eine Zuwendung in Höhe von 35,1 Millionen Mark für die Gesamtmaßnahme zu zahlen. Dieses war durch den Landeshaushalt aber nicht gedeckt.

Bereits während der laufenden Vertragsverhandlungen hatte der zuständige Regierungspräsident mehrere Millionen Mark für bauliche Sicherungsmaßnahmen bewilligt. Teile dieser Gelder wurden jedoch für Wiederaufbauarbeiten verwendet. Kurzerhand änderte der Regierungspräsident die Zweckbestimmung der Mittel und bewilligte Ende 1991 einen weiteren Teilbetrag von rund 4,15 Millionen Mark, was unrechtmäßig war.

Wenn man alleine diese wenigen Beispiele sieht, die ähnlich mit Sicherheit auch in den anderen Bundesländern auftauchen, dann muß man sich doch die Frage stellen, wie leichtfertig die Politiker mit den Steuergeldern der Bürger umgehen. Bundesweit würden bei einem sorgfältigeren Umgang mit Leichtigkeit mehrere Milliarden Mark eingespart und vernünftigen Zwecken zugeführt werden können. Und dieses sind nur die wenigen vom LRH überhaupt feststellbaren Vorfälle, in denen die politischen Fehlentscheidungen gar nicht enthalten sind.

So ist es dann auch nicht verwunderlich, daß der LRH die Landesregierung zu einer »Rückkehr zur Konsolidierungslinie des Landes im Jahr 1977« aufgefordert hat. Damals, als die Kreditmarktschulden nur etwa ein Zehntel des derzeitigen Schuldenstandes ausmachten, hatte die damalige Landesregierung einen strikten Sparkurs gefahren. Und hierfür gibt es sehr viele Möglichkeiten – man muß sie nur wollen. □

Sonnenberg am Mord an Buback beteiligt?

Die Warnungen vor einer voreiligen Entlassung von RAF-Terroristen aus der Haft scheinen sich zu bewahrheiten. Nach neuesten Erkenntnissen soll der aus der Haft entlassene Günter Sonnenberg (37) auch am Mord an dem früheren Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seinen Begleitern Wurster und Göbel im April 1977 beteiligt gewesen sein. Obwohl die Bundesanwaltschaft »erdrückende Indizien« gegen Sonnenberg haben soll, habe die Bundesanwaltschaft bislang noch kein Verfahren gegen ihn eingeleitet. Seit seiner Haftentlassung beteiligte Sonnenberg sich an Propaganda-Aktionen des RAF-Umfeldes.

Der Terrorist, der wegen versuchten zweifachen Polizistenmordes zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, wurde im vergangenen Jahr vorzeitig freigelassen, nachdem er als Folge eines bei der Festnahme erlittenen Kopfschusses im Gefängnis zeitweise an Gedächtnis- und Konzentrationsstörungen litt und ab und zu auch mal einen epileptischen Anfall hatte. Man beachte: Zur Verbüßung seiner Haftstrafe war er angeblich zu krank, um bei Propagandaaktionen des terroristischen Umfelds mitzumachen, anscheinend aber nicht. Dabei ist dies doch sicherlich weitaus anstrengender als bei leichter oder keiner Arbeit im Gefängnis zu sitzen und sich die Zeit durch Lesen zu vertreiben. □

300 GUS-Spione in Deutschland

Wer geglaubt hatte, der Zerfall des »Roten Bären« Sowjetunion würde auch zu einer entsprechenden Verringerung der Spionage führen, sieht sich leider getäuscht. So sind frühere DDR-Agenten jetzt zunehmend für Länder der GUS in der Bundesrepublik als Spione tätig. Festnahmen ehemaliger Führungsoffiziere der Hauptabteilung Aufklärung des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit hätten zu entsprechenden Beweisen geführt, hieß es aus Bonn.

Laut Kanzleramtsminister Friedrich Bohl liegt die Zahl der »übergelaufenen« Agenten, sofern man dies mal so bezeichnen will, bei etwa 300 Personen. Diese Spione würden dabei besonders im wirtschaftlichen und militärischen Bereich der Bundesrepublik eingesetzt.

Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden hätten es die Nachfolgedienste des ehemaligen KGB leicht, die ehemaligen DDR-Spione anzuwerben. So seien die alten KGB-Leute wegen der früheren Zusammenarbeit des MfS mit dem sowjetischen KGB über langjährige nachrichtendienstliche Verstrikkungen von Ex-DDR-Agenten informiert. Einige würden aber wohl auch massiv erpreßt und es werde ihnen mit der Enthüllung bei den deutschen Sicherheitsbehörden gedroht. □

Bundesregierung verzichtet auf Lizenzgebühren von »Mein Kampf«

Die Bundesrepublik verzichtet ohne Grund auf die Einforderung von Lizenzgebühren in Höhe mehrerer Millionen Mark. Das Objekt, um das es sich handelt, ist das Glaubensbekenntnis Adolf Hitlers »Mein Kampf«, dessen Lizenzrechte nach dem Untergang der NSDAP beim Freistaat Bayern liegen. Als Vermögensverwalter der 1945 verbotenen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei fungiert dabei der Münchener Ministerialrat Rainer Martin.

Obwohl sich in den vergangenen Jahren speziell auch in Osteuropa die Raubdrucke von »Mein Kampf« mehren, wird hierfür kein Pfennig Lizenzgebühren bezahlt. In der Regel gestattet Martin auch keinen Nachdruck der Texte des Führers. Selbst Auszüge dürfen nur zu wissenschaftlichen Zwecken und mit kritischem Kommentar veröffentlicht werden. Die »abkühlenden Passagen müssen überwiegen«, sagte Martin mit schönstem Demokratieverständnis, das ja Zensur ausschließt, dem »Spiegel«.

Wenn im Ausland dann – einmal mehr – Raubdrucke des gesamten Buches oder auch Auszüge erscheinen, dann schalten die bayerischen Behörden in der Regel über das Auswärtige Amt die betreffende Deutsche Botschaft ein, die Protest einlegen muß. Prozessiert wird nur dann, wenn das AA auch eine entsprechende

Empfehlung gibt – denn nicht immer erscheint dies im Verhältnis zu dem betreffenden Staat opportun.

Momentan versuchen die bajuwarischen Behörden, den Raubdruck in Polen zu verhindern, wo »Mein Kampf« zuletzt in einer Auflage von 20000 Stück vertrieben wurde und auf riesige Nachfrage stieß. Die Aussichten sind aber schlecht, da nach polnischem Recht das Urheberrecht 20 Jahre nach der Erstveröffentlichung erlischt.

Lizenzgebühren will Bayern aber auch nicht haben. »Wir wollen an Hitler nichts verdienen«, meint Martin. □

Parteiloser soll neuer Bundespräsident werden

Obwohl die Wahl des neuen Bundespräsidenten erst 1994 ansteht, vergeht bereits jetzt kaum eine Woche, wo nicht über den Nachfolger Weizsäcker spekuliert wird und immer neue Namen gehandelt werden.

Neuestes heißes Gerücht in Bonn ist, daß maßgebliche Politiker von CDU,CSU,SPD immer mehr für eine parteilose Persönlichkeit als Nachfolger Weizsäckers plädieren. Dieses könnte ein geeignetes Mittel sein, die Staats- und Parteiverdrossenheit vieler Bürger zumindest zu einem Teil wieder abzuwehren, verlautet aus diesen Kreisen. Als ein möglicher Kandidat wird der Bruder des jetzigen Bundespräsidenten, Carl Friedrich von Weizsäcker, genannt. Zum einen genieße er durch seine »kritische Haltung« zum jetzigen politischen Geschehen in der Bundesrepublik und durch sein konsequentes Eintreten für Abrüstung und Umweltschutz große Sympathie in der Bevölkerung.

Auf die geringste Sympathie sollen diese Pläne bei der FDP treffen. Nach langer Zeit der »Enthaltsamkeit« wollen die Liberalen unbedingt wieder einen Vertreter ihrer Partei an der Spitze des Staates stehen. Der frühere Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist noch immer ihr größter Favorit – davon abgesehen, daß er selber, allen Dementis zum Trotz – mit aller Kraft auf dieses Amt hinarbeitet. □

Volker Rühe – der kommende Mann in der CDU

Volker Rühe, seit einigen Monaten Verteidigungsminister, ist der kommende starke Mann in der CDU. Ersten Untersuchungen der Parteiführung zufolge, soll Rühe in der Bevölkerung gut ankommen. Nicht zuletzt sein starkes Engagement für den Nichtbau des »Jäger 90« habe ihm große Sympathie in weiten Teilen der Bevölkerung eingebracht, heißt es aus der CDU-Zentrale. Er habe dabei das Image, nicht dienerisch vor der Parteiführung und/oder vor Bundeskanzler Helmut Kohl zu kuschen, sondern seinen Standpunkt klar zu vertreten.

Auch Kohl soll die wachsende Zustimmung und Sympathie des früheren CDU-Generalsekretärs in der Bevölkerung aufgefallen sein. Intern soll er bereits die Entscheidung getroffen haben, Rühe als seinen Nachfolger aufzubauen. Er sei einer der Hoffnungsträger für die Bundestagswahl 1994, bei der der Oggersheimer aber unbedingt noch einmal für die Kanzlerschaft kandidieren will. Sollte die Staats- und Parteiverdrossenheit aber zunehmen, wollen Insider nicht ausschließen, daß als »Vertreter der jüngeren Generation« bereits schon Rühe als Kandidat einspringen könnte. Die endgültige Entscheidung soll aber erst relativ spät fallen. Vor allem soll erst abgewartet werden, mit welcher Koalitionsaussage die FDP in den Wahlkampf geht. Auf jeden Fall müsse aber mit Rühe gerechnet werden. □

Weizsäcker will Klestil treffen

Bekanntlich zieht es Bundespräsident Richard von Weizsäcker seit wenigen Monaten wieder verstärkt an die Öffentlichkeit. Nun hat er angekündigt, er möchte den neugewählten österreichischen Staatspräsidenten Thomas Klestil bald treffen. Dieser Begegnung sehe er »mit Freude entgegen«, schrieb der Bundespräsident in einem Glückwunschschreiben an Klestil. Den wegen seiner Tätigkeit in der deutschen Wehrmacht während des Dritten Reiches bei vielen Politikern und in vielen Staaten umstrittenen ehemaligen UNO-Generalsekretär und österreichischen Staatspräsidenten Kurt Waldheim hatte sich Weizsäcker aber zu treffen geweigert – sowohl bei offiziellen als auch bei privaten Anlässen oder Staatsbesuchen. □

Das feuchtfröhliche Geständnis von Kanzler Helmut Kohl

Ein feuchtfröhliches Geständnis hat nun Bundeskanzler Helmut Kohl abgelegt: »Es muß mehr gesoffen werden«, wiederholte er bei einem feuchtfröhlichen »Pfälzer Abend« mit Journalisten den angeblichen Ausruf von Theodor Heuss. Zu Gerüchten, daß nur so die Politik des Bundeskanzlers und seiner Regierung vertragen werden könnte, gab es bislang noch kein Dementi, aber auch keine Bestätigung. □

Das Allerletzte aus der Presse

Meldungen gibt es, über die man nur den Kopf schütteln kann. Das gilt jetzt auch für eine Meldung der »Weekly World News«. Danach sind Adolf Hitler und der Auschwitz-Arzt Josef Mengele nicht nur am Leben, vielmehr sollen sie auch als schwules Liebespaar in Brasilien zusammenleben. Ein »Nazi-Hunter« will dabei herausgefunden haben, daß Hitlers Homosexualität eines der bestgehütetsten Geheimnisse des Zweiten Weltkriegs war. »Eva Braun war sein Freund und Gefährte, aber seine Geliebten waren Mengele, Rudolf Hess und überhaupt jeder, den er wollte«, sagte diese »authority«. »Der Mann hatte einen unersättlichen sexuellen Appetit, und er hält bis heute an.« Man habe den 100jährigen Hitler und den 80jährigen

Mengele (noch nicht einmal das Alter stimmt; die Redaktion) händchenhaltend vor einer Töpferei gesehen. »Sie kicherten wie ein Pärchen Highschool-Schüler«, behauptete der Augenzeuge.

Angesichts solcher Meldungen stellt sich die Frage, für wie doof man die Menschheit eigentlich noch verkaufen will. Doch das besonders traurige ist – einige glauben diese Sachen auch noch!

Bald wird wahrscheinlich auch noch Goebbels als Poltergeist auftauchen, während Stalin auf Schiffen als Klabautermann erscheint und eine Lenin-Statue rote Tränen weint! Nicht zu vergessen, ein Zigarren rauchender Churchill, der durch den Tower geistert, und Theodore Roosevelt, der die Steiff-Fabrik heimsucht und Teddybären stiehlt! Und als absolute Krönung wird ein wiederauferstandener Mahatma Gandhi Israels neuer Regierungschef! □

Bonn

Verdeckter Angriff auf das Grundgesetz

Alfred Ledig

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird gebetsmühlenartig von allen Seiten gelobt. In letzter Zeit mischen sich aber Zwischentöne in die Lobeshymnen. Diese gilt es zu erforschen. Bestimmte Kräfte und Kreise, die nicht das Wohl des deutschen Volkes verfolgen, versuchen das deutsche Grundgesetz auszuhöhlen, um es für ihre Zwecke geeignet zu machen.

Bisher bedienten sich diese Kreise besonders beim Asylartikel Nr. 16, Absatz 2, der Falschauslegung. Da der Text dieses Artikels durch Weglassung eines – selbstverständlichen – Wortes in seiner Sinngebung unbestimmt wurde, hakten diese Kreise sofort ein, um den dadurch mißdeutbaren Artikel für ihre Zwecke auszunutzen. Sie machten sich also über den Artikel 16, Absatz 2, des Grundgesetzes her, welcher lautet:

»Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.«

Beschäftigen wir uns erst mit der sinngemäß richtigen Auslegung dieses Artikels. Wir stellen fest: Beide Sätze dieses Artikels gehören zusammen, sie bilden eine logische Einheit. Sie sagen also – wenn man sie miteinander koppelt –, singemäß folgendes aus:

Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden, denn politisch verfolgte Deutsche genießen in Deutschland Asylrecht.

Es ist nun ein merkwürdiges Gewohnheitsrecht in Deutschland geworden, daß deutsche Politiker, das deutsche Fernsehen und die deutsche Presse – auch die nationale Presse – eine andere Deutung dieses Grundgesetzartikels bevorzugen. Sie machen aus dem Asylrecht für vom Ausland verfolgte Deutsche ein Asylrecht für Ausländer. Sie verstoßen also bewußt gegen den Artikel 19, Absatz 2, des Grundgesetzes. Dieser Absatz lautet:

»In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.«

Die aktuelle Umdeutung des Grundgesetzes

Die Umdeutung des Artikel 16, Absatz 2, durch die deutschen Politiker und die Meinungsindustrie bedeutet aber nicht nur ein »Antasten des Wesensgehalts« sondern eine totale Umkehrung des ursprünglich gemeinten Wesensgehalts in sein genaues Gegenteil. Das wurde dadurch möglich, daß die Väter des Grundgesetzes zwar im ersten Satz des Absatzes 2 den Begriff »Deutscher« benutzten, ihn aber im zweiten Satz – da nach ihrer Meinung selbstverständlich – wegließen, um sich nicht dauernd zu wiederholen. Das war die Lücke, in welche die Umdeuter des Grundgesetzes mit der Brechstange nachstießen.

Landauf, landab tönte also die ins Gegenteil verkehrte Version des Grundgesetzes: In Deutschland gibt es ein Asylrecht für sämtliche politisch Verfolgten aus allen Ländern der Erde, angefangen von den Chinesen über die Krimtataren, Türken, Araber bis hin zu den Ovambonegern.

Die zuerst genannte richtige Deutung: »Asylrecht für Deutsche« schließt eine zahlenmäßige Begrenzung automatisch in sich ein, denn daß es mehr Asylberechtigte als Deutsche gibt, ist rechnerisch nicht möglich. Ganz anders ist die Zahlensituation, wenn man die ins Gegenteil verkehrte falsche Version zugrundelegt: Wäre diese richtig und von den Vätern des Grundgesetzes gewollt, so würde das bedeuten, daß ohne jede zahlenmäßige Begrenzung ein Millionenheer von Ausländern als – angeblich – politisch Verfolgte in Deutschland Asylrecht beantragen können, ohne daß die deutsche Regierung – die ja dem Grundgesetz verpflichtet ist – juristisch etwas gegen den Millionenansturm machen könnte.

»Etwas faul im deutschen Staat«

Diese Situation ist heute gegeben. Unter Berufung auf die (falsche) Auslegung des Grundgesetzartikels 16 bevölkern inzwischen etwa zweieinhalb Millionen Ausländer als angeblich politisch Verfolgte die Bundesrepublik Deutschland. Hier erhalten sie Wohnung, Kleidung, alles sonstige Lebensnotwendige und auch unbegrenzte und kostenlose ärztliche Versorgung bis hin zum Krankenhausaufenthalt. Dabei fragt niemand, wer diese ungeheure Sozialleistung an die Ausländergruppe der Asylbewerber finanziert, die ja niemals eine einzige Mark zur deutschen Sozialversicherung oder zu den Krankenkassen beigesteuert haben.
Die Antwort auf diese Frage wird stets verschwiegen und unter den Teppich gekehrt. Man spricht zwar über die Kostenexplosion im Gesundheitswesen, neuerdings über Selbstbeteiligung der (deutschen) Beitragszahler und über die Strapazierung der Sozialhilfekassen, aber die Gründe deckt niemand auf. Aus gutem Grund: Man fürchtet den Volkszorn über diese schrankenlose Ausgabenpolitik gegenüber den einströmenden Ausländern. Allein für 1992 werden eine halbe Million neue Asylbewerber vorausgesagt. Als Kontrast dazu predigt Kanzler Kohl in Reden und in Aufsätzen: Deutsche müssen Gürtel enger schnallen, – aber auch er nennt die Ursache dieser unbequemen Aufforderung nicht beim Namen.

Wenn sich auch Politiker und Meinungsindustrie pausenlos bemühen, diese Ursache zu verschleiern und zu verdecken: Ganz läßt sich die Wahrheit eben doch nicht unterdrücken. Denn daß »etwas faul ist im Staate Deutschland« –, um ein Wort Hamlets frei nach Shakespeare abzuwandeln, ist inzwischen auch dem arglosesten Deutschen klar geworden. Das dem so ist, haben die letzten Wahlergebnisse bewiesen.

Das Volk hat sich nach der Meinung des Politikers zu richten

Es ist nun aber keine Rede davon, daß die vom deutschen Volk gewählten Volksvertreter Einsicht zeigen und den erkennbaren Volkswillen berücksichtigen. Der Hund hat bei ihnen nicht mit dem Schwanz zu wedeln, vielmehr soll der Schwanz mit dem Hund wedeln. Oder besser ausgedrückt: Nicht die Volksvertreter haben sich nach dem Willen des Volkes zu richten, sondern nach Meinung der Politiker hat sich das Volk gefälligst nach dem Willen der Volksvertreter zu richten.

Der Grundgesetzartikel 20, Absatz 2, wird somit außer Kraft gesetzt. Er lautet: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Ferner bestimmt der Artikel 20, Absatz 4, das Widerstandsrecht der Deutschen gegen jede staatliche Gewalt, wenn sie den Boden des Grundgesetzes verläßt. Der Artikel 20, Absatz 4, lautet:

Gegen jeden, der es unternimmt, diese (verfassungsmäßige) Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Nun hat aber der Abgeordnete Höcherl durchaus recht, wenn er früher einmal sagte, »es kann kein Politiker dauernd mit dem Grundgesetz unterm Arm rumlaufen«, aber trotzdem sollte das deutsche Volk argwöhnisch sein und jedermann scharf beobachten, der das Grundgesetz verbiegen, aushöhlen oder bestimmte Artikel zum Nachteil der Deutschen abändern will.

Diese Verdrehung war bisher sehr schwierig und konnte nur durch Falschauslegung erreicht werden. Jetzt ist eine neue Möglichkeit gegeben, um das Grund-

gesetz seinem Wesen nach völlig umzukrempeln. Daß das nicht zum Vorteil der Deutschen wird, liegt auf der Hand.

Bundestag und Bundesrat haben eine Verfassungskommission einberufen.

Die Manipulation der CDU

Diese Verfassungskommission hat den Auftrag, das Grundgesetz zu überarbeiten, es den neuen Gegebenheiten anzupassen, mit einem Wort: Es grundlegend zu verändern. Hier wittern die Feinde des deutschen Volkes eine einmalige Gelegenheit, ihre Pläne zu verwirklichen. Man braucht nur die neuesten programmatischen Absichtserklärungen der sogenannten großen Volksparteien zu studieren, da weiß man, wohin ihre Absichten zielen. Hier ein Beispiel:

Es sei auf einen unbemerkten Vorgang hingewiesen, der sich in Dresden abgespielt hat. Es ist das Verdienst der Zeitschrift UN, in ihrer Januarnummer 1992 auf diese schleichende Umformulierung des sogenannten »Dresdener Manifestes der CDU« aufmerksam gemacht zu haben.

Ursprünglich hieß es in diesem Manifest klipp und klar: »Deutschland ist kein Einwanderungsland«. Dieser Satz konnte von jedem nationalgesinnten Deutschen gutgeheißen werden, denn er diente dem Erhalt und dem Wohl des deutschen Volkes. Aber nein, auf diesem Parteitag der CDU Mitte Dezember 1991 wurde dieser Satz plötzlich gestrichen!

Eine Parteiversammlung von Deutschen beschließt also, diesen fundamentalen Satz zu streichen, der Deutschland zumindest programmatisch vor dem Überfremdungstod bewahren sollte. Stattdessen wird folgendes Elaborat von den Parteibonzen in das Dresdener Manifest der CDU eingefügt: »Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land ...Wir wissen, daß in Zukunft mehr Ausländer nach Deutschland kommen und mehr Deutsche ins Ausland gehen werden.«

Eine blödsinnige Aussage! Woher wollen diese Biertischstrategen des Parteitags denn wissen, was in Zukunft passiert? Mit diesem Wort »wissen« wird ein anderes Wort vermieden, was sie an dieser Stelle in Wirklichkeit meinen. Hier die tatsächliche Meinung der CDU-Strategen:



Bundeskanzler Konrad Adenauer war bereits für sein Doppelspiel in der Politik bekannt, seine Enkel setzen es heute perfekt fort.

Eine Mißachtung des Wählers

»Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land...

Wir wollen, daß in Zukunft mehr Ausländer nach Deutschland kommen und mehr Deutsche ins Ausland gehen (werden).«

Das ist die neueste erklärte Absicht der modernen deutschen Volkspartei CDU! Die Parteiprogrammatik der CDU hat sich seit der Wiedervereinigung total verändert. Hier zeigt sie ihr wahres neues Gesicht, oder besser gesagt: Ihre deutschfeindliche Fratze! Doch zurück zur Verfassungskommision.

Die Vorsitzenden dieser Verfassungskommision sind: Robert Scholz (CDU) und Henning Voscherau (SPD). Ein gefährlicher Umgestaltungsmodus wird im Sinne der neuen Zielrichtung in Gang gesetzt. Die ersten Ansätze sind schon erkennbar. In der »Welt« vom 5. Juni 1992 stand eine kurze Notiz, die auszugsweise hier folgt:

»Nach Darstellung der Justizsenatorin Lore-Maria Peschel-Gutzeit (SPD) vom Hamburger Senat gilt es als sicher, daß die Verfassungskommission ein kommunales Wahlrecht für alle Staatsbürger von EG-Mitgliedstaaten vorschlagen wird. Dies hält Hamburg jedoch für unzureichend.«

Man staune über diese unverblümte Frechheit und Arroganz: Hamburg kann etwas für unzureichend halten. Normalerweise kann nur ein Mensch – ob Mann, Frau oder Kind – etwas für unzureichend halten. Hier ist aber eine ganze Stadt zum Eigenleben erwacht und artikuliert ihre Meinung – ein anatomisches Wunder.

So wird Volksverdummung in großem Stil betrieben. Die völlig unmaßgebliche Meinung der total unbedeutenden Justizsenatorin Lore-Maria Peschel-Gutzeit wird zur Meinung der gesamten Stadt Hamburg hochstilisiert. Eine Verhöhnung und eine Mißachtung des Wählerwillens durch eine gewählte Vertreterin des deutschen Volkes, wie sie größer nicht vorstellbar ist.

Wenden wir uns den Konsequenzen zu, die ein allgemeines kommunales Wahlrecht für alle Ausländer, die sich auf deutschem Boden befinden, bedeuten würde: Zuerst wäre das ein Verstoß gegen bisher geltendes Recht, deshalb der verschleierte Ansturm gegen das Grundgesetz durch Änderung. Das Bundesverwaltungsgericht hat in einem Urteil entschieden: »Wahlrecht für Ausländer verstößt gegen das Grundgesetz ... Das Wahlvolk ist das deutsche Volk... Ausländer sind Gäste auf Zeit in Deutschland.«

Im Hamburger Abendblatt vom 1. Februar 1990 war's ausführlich zu lesen. Jetzt versuchen bestimmte Kreise, über die Hintertür der Grundgesetzänderung eben doch das Wahlrecht für sämtliche Ausländer auf deutschem Boden zu erreichen, egal, ob es sich um ehrenwerte Pizzabäcker oder um betrügerische Asylbewerber handelt. Würde dieses weitreichende Wahlrecht für Ausländer nach den Ideen der Justizsenatorin Lore-Maria Peschel-Gutzeit eingeführt, so hätte dies zwei folgenschwere Konsequenzen. Diese sollen hier erläutert werden.

Erstens: Neben dem aktiven Wahlrecht – also wählen zu dürfen – bestünde als zweite Säule die Möglichkeit, gewählt zu werden. Bei genügender Erstarkung könnten also totalitäre ausländische Gruppierungen in Hamburg ein gewichtiges Mitspracherecht erlangen, ohne welches »nichts mehr geht«.

Zweitens: Da Hamburg Stadtstaat ist, wäre mittels der Grundgesetzänderung ein Länderwahlrecht durch die Hintertür erfochten, dem sicherlich bald das aktive und passive Bundeswahlrecht auf dem Fuße folgt. Die Deutschen wären dann nicht mehr Herr im eigenen Hause und müßten sich in letzter Konsequenz den Weisungen von Ausländern fügen. Ob diese dann das beschworene Wohl des deutschen Volkes im Auge haben, bleibt zweifelhaft. Vermutlich wird jedoch die Grundgesetzkommision unter Leitung von Henning Voscherau auch den unerwünschten und störenden Grundgesetzauftrag, dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen, klammheimlich über Bord werfen.

So sehen die Zukunftsaussichten des deutschen Volkes aus. Sie sind wahrlich nicht rosig. Solange das deutsche Volk jedoch sein Widerstandsrecht nicht wahrnimmt, das ihm das deutsche Grundgesetz ausdrücklich zugesteht, solange wird der Zug der Zeit dem Ziel – der Vernichtung des deutschen Volkes – unaufhaltsam entgegenrollen. Regt sich kein Widerstand in Deutschland, insbesondere in der deutschen Jugend, so ist der Sturz in den Abgrund nicht mehr aufzuhalten. Die Zukunft wird's weisen.

Kein Deutscher soll aber sagen dürfen: Er sei nicht gewarnt worden. Nur zu diesem Zweck wurden diese Zeilen geschrieben. □

Hans-Dietrich Genscher

Er war der wahre Bundeskanzler

Alfred König

Selten hat der Rücktritt eines Politikers so überrascht, wie der von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) zum 18. Mai dieses Jahres. In fast allen etablierten Medien und Politikeräußerungen quer durch alle Parteien des In- und Auslands gab es nur lobende Worte für »Wendelin«, wie Genscher nach der von ihm betriebenen Wende der FDP von der SPD zur CDU 1982 oftmals genannt wurde, selbst aus der CDU. Dabei wird gerade von ihr verkannt, daß die zehn zurückliegenden Jahre der Regierung Kohl eigentlich eine Fortsetzung der sozial-liberalen Regierung darstellen, lediglich mit kleinen Änderungen in der Finanz- und Sozialpolitik. Der wahre Bundeskanzler hieß damit Hans-Dietrich Genscher, der erfolgreich das Ziel versuchte, den Internationalismus in Deutschland zur Staatsmaxime zu erheben.

Zuletzt hat auch in einigen konservativen Kreisen die Kritik an Genschers jüngsten Mißgriffen, wie etwa in der Jugoslawien-Krise oder im Golfkrieg zugenommen, so daß sich in diesem Artikel auf einige Taten Genschers Ende der achtziger Jahre konzentriert werden soll, um aufzuzeigen, daß »Genschman«, so ein weiterer Spitzname von ihm, in den vergangenen Jahren seine Aktivitäten hin zum Internationalismus verstärkt hat. Sein Hauptverbündeter war dabei der gestürzte frühere sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow. Dieser hat sich in den vergangenen Wochen offen als Internationalist und damit als Strohmann der Trilateralen, Bilderberger, CFR und wie sie alle heißen, demaskiert. So forderte er etwa eine Weltregierung, die in den Hauptfragen die alleinige Kompetenz haben soll, während die einzelnen heutigen Nationalstaaten nur in unbedeutenden Dingen noch eigene Entscheidungen treffen dürfen.

Verhinderung einer Konservativen Gegenreformation

Der der CDU nahestehende, oftmals aber sehr kritische Polit-Professor Günther Rohrmoser sagte schon im Herbst 1987 in einem Interview: »Als Folge der Koalition, die die CDU mit der FDP einging, hat sie alles, was als geistige Wende in Aussicht gestellt worden war, fallengelassen. Denn Herr Genscher hat ja von Anfang an erklärt, daß er die Aufgabe der FDP nicht zuletzt in der Verhinderung einer konservativen Gegenreformation genannt hat. Und wenn man nun, nach fast fünf Jahren Regierung ›der Wende‹ die Bilanz zieht, kommt man an der Feststellung nicht vorbei, daß die CDU von allen diesen von ihr erzeugten Erwartungen so gut wie keine erfüllt hat, daß sie vielmehr die Politik der sozial-liberalen Koalition fast unverändert fortsetze und eigentlich nur Kurskorrekturen in der Finanzpolitik und in der Sozialpolitik vornahm. Dabei ist es ja durchaus zweifelhaft geworden, ob die CDU nicht etwa auch in der Finanzpolitik im Begriffe ist, die Politik zu wiederholen, die sie in der Opposition gegenüber der sozial-liberalen Koalition auf das heftigste kritisiert hat.«

1988 regte sich dann weltweit die Kritik an Genscher wegen dessen Gorbatschow-Manie. Von besonderem Interesse ist dies auch deswegen, weil zu diesem Zeitpunkt Gorbatschow noch versuchte, einen eigenen Weg in der sowjetischen Politik zu gehen und sich von den Internationalisten abzukoppeln. Als es diesen dann aber gelang, Gorbatschow wieder die Fesseln anzulegen, schwenkte die Kritik an Genscher – zum Beispiel Henry Kissinger – schnell in begeisterte Zustimmung um. Dies war auch für Genscher eine kritische Zeit: Denn hätten die Internationalisten Gorbatschow nicht wieder in ihr Boot zurückziehen können, dann hätte dies wohl auch den politischen Tod Genschers bedeutet. Im Rückblick versteht man nun auch, warum Genscher damals praktisch eine Gorbimanie betrieb und sich mehr um ihn als um alles andere kümmerte. Es drängt sich sogar der Verdacht auf, daß Genscher im Auftrag der Internationalisten derjenige war, der Gorbatschow auf den internationalen Weg zurückbrachte!

Wortführer des gefährlichen Glaubens

So schrieb etwa der »Rheinische Merkur« in seiner Ausgabe vom 4. November 1988: »Der Bundesaußenminister wird in Presseberichten als der Wortführer ›des gefährlichen Glaubens‹ hingestellt, der Westen müsse Gorbatschow beim Wort nehmen und ihm helfen; als der ›Dirigent des westeuropäischen Chors‹, der Loblieder auf Gorbatschow singe und ein ›gemeinsames europäisches Haus‹ des Friedens und des Wohlstands zwischen dem Atlantik und dem Ural verspreche. Wegen der Zerbrechlichkeit der Bonner Regierungskoalition sei ›the dovish Genscher‹, die Taube Genscher, gegenwärtig sehr mächtig.« Die gleichen kritischen Stimmen von damals wurden aber bald ebenfalls zu Gorbatschow-Freunden, obwohl von dessen früher angekündigten »demokratischen« Reformen am Ende nicht allzu viel übrig blieb, er vielmehr einen modernen Leninismus anwandte – nur eben mit dem Unterschied der Zustimmung und Billigung der Internationalisten –.

Interessant ist dabei auch ein Artikel von Mitte August 1988 in der »International Herald Tribune«, dem Sprachrohr der Internationalisten, besonders wenn man versteht, zwischen den Zeilen zu lesen. Darin heißt es: »Genscher steht im Mittelpunkt einer der vertraulichsten und angespanntesten Debatten innerhalb der Nato, die noch heißer werden wird, sobald Gorbatschow seine Charme-Offensive gegenüber Bonn verstärkt (dazu muß man wissen, damals versuchte Gorbatschow durchaus ernstgemeint, Deutschland und die UdSSR zu einer Art Achsenmacht zu schnüren, um damit den Internationalisten eine Art Gegengewicht entgegenzustellen; die Redaktion) ... Genscher ist jedoch so engagiert, daß man ihn für einen Maulwurf der Sowjets oder anderer halten muß (da Genscher ja schon immer ein Mann der Internationalisten war, sollte der »Maulwurf« diesmal eben in die andere Richtung graben, also in die Sowjetunion hinein).« Um es noch einmal zu betonen, die vordergründig kritische Haltung zu Genscher in diesem und ähnlichen Artikeln dient nur der Eigensicherung, denn als Gorbatschow sich wieder den Internationalisten zuwandte – mit einer dem Westen gegenüber den früheren Versprechungen viel weniger zuvorkommenden Haltung –, da jubelten die gleichen Kritiker ihm zu!

Eine furchtbare Intelligenz

Daß Genscher in Wirklichkeit wohl nicht der Macher ist, als der er sich selber gerne darstellt, geht auch aus einem Artikel Herbert Kremps in der »Welt am Sonntag« vom 11. September 1988 hervor. Dort steht zu lesen: »In meiner Erinnerung sehe ich das bleiche Gesicht von Klaus Bölling an jenem ›Wende-Tag‹ des Oktober 1982, als die alte Koalition zerbrach. Dieser Herr, zischte der verwundete Adlatus des Kanzlers Schmidt, ›dieser Genscher hat eine furchtbare Intelligenz‹. Das war kein Kompliment, sondern ein Torpedo, und er sollte einen Mann ohne Charakter treffen ... Grüblerische Nachdenker, so faßte Becker (der ehemalige Regierungssprecher Schmidts; die Redaktion) seine Charakteristik zusammen, fühlen sich von Genscher nicht inspiriert. Dem Außenminister mangele ›politisch-geistige Kreativität‹, ihm fehle ›intellektuelle Phantasie‹.«

Nun kommt eine der interessantesten Passagen in dem Artikel Kremps: »Die Deutung, Genscher habe infolge des Mangels schöpferischer Phantasie keine

›Politik‹, trifft nicht zu. Im Gegenteil – der Minister besitzt sogar ein hochentwickeltes, an einer bestimmten Finalität orientiertes Konzept, das den Handlungs-Entwürfen des restlichen Kabinetts, der Konkurrenten und Widersacher weit überlegen ist.«

Könnte aber nun ein »ganz normaler« Politiker, der dazu noch der Richtlinienkompetenz eines Kanzlers untersteht – selbst wenn dessen Partei für den Machterhalt Kohls wichtig war und ist – gegen diese von Kremp aufgeführten Gruppen arbeiten, wenn er nicht eine starke, ihn unterstützende Macht im Rücken hat?

Weiter heißt es bei Kremp: »Man muß es nur entdecken; denn es gehört zu den Eigenheiten Genschers, daß er nicht eine Sprache spricht, die klärt, sondern eine, die changiert. Man muß in und zwischen den Zeilen lesen, man muß seine Worte Schriftzeichen gleich ›assoziativ‹ durchleuchten, um auf das Gemeinte zu stoßen. Genscher könnte Chinese sein ... Der Minister setzt – das ist eine Begabung – eine Art medialer Geheimdiplomatie an die Stelle der nicht mehr führbaren (geheimen) Kabinettspolitik...

Konkreter als Konkurrenten und Widersacher, wohl aber in einer gewissen Nachfolge Willy Brandts, denkt Genscher Europa als die ungeteilte Einheit der Staaten vom Atlantik bis zum Bug – die alte Welt, wenn man die USA und die Sowjetunion zwecks methodischer Klarheit als die Neue Welt bezeichnet und China und Japan als das asiatische Pendant zur europäischen (sprich »Eine Welt«; die Redaktion). Für den Sohn der Aufklärung liegt es im Interesse der USA; wie sie heute sind, und der Sowjetunion, wie sie werden sollte, das Entstehen eines solchen Europas zu begünstigen. Mehr noch: Genscher sieht die ›Zeit gekommen‹, dieses Projekt eines ungeteilten und von der Machtpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts befreiten Europas von Europa aus selbst aktiv zu betreiben ... Der Schwerpunkt, auf den sich Genscher bei seiner Erkenntnis emotional einpendelt, heißt Mitteleuropa und Deutschland.«

Die Politik der Kontinuität, unter deren Schriftzeichen Genscher in das Leben der neuen Koalition eintrat, habe deshalb über die Krise der Detente hinweg in der strikten Fortsetzung der westlich-östlichen Vertragspolitik der Ära Nixon-Kissinger-Brandt, des von der Schlußakte von Helsinki (1975) ausgehenden Prozesses der Zusammenarbeit und in der Förderung aller Ansätze, die sich der Abrüstung boten, gestanden.

Beweise für Genschers Internationalismus

In den folgenden Absätzen irrte sich Kremp aber, wie sich heute zeigt, in seiner Einschätzung, daß Genscher die politische Union Europas nicht wolle. Denn gerade Genscher ist einer der stärksten Vorantreiber eben dieser politischen Union.

So schrieb eben dieser Genscher in einem Kommentar für die »Welt am Sonntag« vom 7. Juni dieses Jahres zu der dänischen Ablehnung der Währungsunion: »Es geht um die Frage, ob wir die Europäische Gemeinschaft fortentwickeln zur Europäischen Union und damit – wie bei der Gründung der Gemeinschaft – die Lehren aus der Europäischen Geschichte in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts ziehen, oder ob wir jetzt, nachdem die Sowjetunion aufgelöst und die Drohung ihrer Vorherrschaft beseitigt ist, zurückfallen in nationalen Egoismus...

Gerade für uns Deutsche bietet eine Stabilitätszone, welche die ganze Europäische Gemeinschaft umfaßt, größere Chancen als eine Stabilitätsinsel Deutschland ... Die Gemeinschaft wurde nur deshalb eine Erfolgsstory, weil sie auf Dynamik angelegt ist ... Nationaler Egoismus wird überall in Europa artikuliert. Nationaler Egoismus war immer das erste Stadium des Nationalismus. Und Nationalismus hat die Völker Europa immer wieder in schreckliche Kriege gegeneinander gestürzt ... Die deutsche Einheit haben wir nur als gute Europäer erreichen können. Unser Versprechen, ein europäisches Deutschland zu schaffen, muß jetzt eingelöst werden.«

Gibt es noch größere Beweise für Genschers Internationalismus? Wie sich gerade jetzt im ehemaligen Jugoslawien und bei den Unabhängigkeitsbestrebungen in vielen Ländern zeigt, hat gerade die Mißachtung nationaler Eigenschaften und Interessen die Konflikte geschürt. Realistischer Nationalismus heißt dagegen nichts anderes, als die Liebe zum eigenen Land und damit den Respekt vor dem anderen Land und hat nichts mit Imperialismus zu tun. Ganz im Gegenteil! Und ob es wirklich zu der von Gesncher propagierten, die ganze Europäische Union umfassenden Stabilitätszone kommt, muß angesichts der Wirtschaftspolitik in den südeuropäischen Ländern, aber auch Frankreichs ernsthaft bezweifelt werden.

Abbau von Souveränitätsrechten

Betrachtet man das Wirken Genschers im Rückblick über viele Jahre, dann kommt man zwangsläufig zu dem Schluß, daß alles, was Genscher betrieb, letztendlich zum Abbau von Souveränitätsrechten führte und einer Schwächung Deutschlands diente. So zählte Genscher etwa auch zu den Hauptbefürwortern und strengsten Verfechtern der KSZE-Akte 1975, die wesentliche innerstaatliche Souveränitätsrechte aufgab und die darin enthaltenen Verpflichtungen der diese Akte unterzeichneten Länder noch nicht einmal völkerrechtlich einklagbar sind. So haben etwa die UdSSR, China und alle anderen kommunistisch regierten Staaten jahrelang dagegen verstoßen, ohne daß etwas geschah – anders als in Südafrika, das stets an den Pranger gestellt wurde, obwohl es den Negern dort weit besser ging als den Bürgern in so ziemlich jedem kommunistischen Land –.

Bei den Ostverträgen der SPD/FDP-Ära gehörte Genscher ebenso zu den größten Hardlinern wie auch jetzt bei der völkerrechtswidrigen Abtrennung Ostdeutschlands an Polen. Auch der Europäische Binnenmarkt, die Europäische Union und die Aufgabe der Mark zugunsten der Kunstwährung ECU sind ein weiterer »Verdienst« Genschers, sicherlich unter starker Mitwirkung Kohls.

Wenn man ein Resümee ziehen will, dann kann man nur zu dem Schluß kommen, daß Genscher seit Jahrzehnten der Statthalter der Internationalisten in Deutschland ist und es mit ihrer Unterstützung geschafft hat, die Weichen für die »Eine Welt« zu stellen. Die FDP ist dann damit nicht mehr die Partei der Marktwirtschaft, sondern die Partei der Internationalisten, die natürlich die Marktwirtschaft brauchen – Stichwort multinationale Konzerne –, um ihr Ziel zu verwirklichen. So betrachtet, paßt dann auch der Koalitionswechsel 1982 ins Schema. Das damals nur mit der SPD zu verwirklichende Ziel der sogenannten »Entspannungspolitik«, sprich die Anbiederung an den Osten zum Erhalt von Einfluß auf die dortigen Regierungen, war erreicht, jetzt mußten die SPD-Pläne zur zu starken Einschränkung der Marktwirtschaft verhindert werden. Auch das gelang!

Auch die Frage, die sich mancher Leser jetzt vielleicht stellen wird, wie paßt denn Genschers »freiwilliger« Rücktritt hier hinein, läßt sich einfach beantworten: Genscher hatte zu große Machtansprüche gestellt, mit dem (Irr-)Glauben an eine Unverzichtbarkeit seiner Person zu hoch gepokert und dabei zu viele Interessen gestört. Man denke nur an sein – im großen und ganzen richtiges – Drängen auf einen raschen Eingriff in Jugoslawien gegen Serbien, was den Interessen der Internationalisten zuwiderlief. Schließlich waren diese Kräfte nie an der Renaissance der Nationalstaaten interessiert, da dieses den Plänen der »Einen Welt« zuwiderläuft.

Da Genscher sich zu sehr und vor allem mit einer eigenen, nicht abgesprochenen Marschroute in manche Dinge einmischte, aber auch die Kritik der deutschen Bevölkerung an seiner Politik immer lauter wurde – »Der wirft in der ganzen Welt mit Geld herum, und bei uns werden die Steuern und Abgaben erhöht« – war es an der Zeit, ihn auszuwechseln. Da diese Kreise genügend Druckmaterial gegen ihn in der Hand hielten, ging es dann auch sehr schnell. Ob Kinkel nun Genschers Platz einnimmt, muß abgewartet werden, ist aber sehr wahrscheinlich. Dafür darf Genscher nun Bundespräsident werden. zwar ein nur mit recht wenigen Vollmachten ausgestatteter Repräsentationsplatz, aber nicht zuletzt auch deshalb für die Internationalisten reizvoll. □

Bonn

Keine Enteignungen nach Besatzungsrecht

Alfred König

Die (Teil-)Wiedervereinigung Mittel- mit Westdeutschlands hat viele Ungerechtigkeiten und Unklarheiten und für viele Bürger der ehemaligen DDR auch viele Nachteile gebracht. Zum Teil beruhen diese Dinge auf freiwilligen Verzichtserklärungen seitens der Bundesregierung, so zum Beispiel bei den auf besatzungsrechtlichen beziehungsweise besatzungshoheitlichen Grundlagen basierenden Enteignungen zwischen 1945 und 1949. Hier scheint sich aber ein neuer gewaltiger Skandal anzubahnen – zumindest wenn das im Februar dieses Jahres erstellte Gutachten von Professor Dr. Wolfgang Seiffert vom Institut für Ostrecht an der Christian-Albrechts-Universität Kiel richtig – »Gutachten zur Interessenlage der Sowjetunion hinsichtlich des Schicksals der zwischen 1945 und 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) erfolgten Enteignungen nach der Deutschen Vereinigung 1990 und deren völkerrechtliche Beurteilung« – ist (und alles spricht dafür)!

Blicken wir zurück: In der sogenannten »Modrow-Klausel« hatten die Außenminister der DDR und der Bundesrepublik folgendes vereinbart: »Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher beziehungsweise besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen. Die Regierungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sehen keine Möglichkeit, die damals getroffenen Maßnahmen zu revidieren. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis. Sie ist der Auffassung, daß einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen vorbehalten bleiben muß.« Ferner wurde darauf hingewiesen, daß diese »Gemeinsame Erklärung« gemäß Artikel 41 Absatz 1 des »Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990 (Einigungsvertrag – BGB1. II, S. 389)« Bestandteil dieses Vertrages ist und die (teilwiedervereinigte) Bundesrepublik Deutschland keine Rechtsvorschriften erlassen wird, die dem obigen Teil der »Gemeinsamen Erklärung« widersprechen. So heißt es im Bulletin des Presseamtes der Bundesregierung vom 14. September 1990.

Einigungsvertrag ist dem Grundgesetz unterworfen

Nach Ansicht Seifferts sind diese genannten »Mitteilungen« allerdings nicht Bestandteil des »Zwei-plus-Vier-Vertrages« und »stellen somit keine vertraglichen Verpflichtungen im Verhältnis Deutschlands gegenüber den Vier Mächten als Partnern des ›Zwei-plus-Vier-Vertrages‹ dar«. Diese »Mitteilungen« sind lediglich in einem »Gemeinsamen Brief« der beiden deutschen Außenminister an die Außenminister der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens und der USA enthalten. Auch handelte es sich, so Seiffert, beim »Einigungsvertrag« nach dem Wirksamwerden des Beitritts der DDR am 3. Oktober 1990, zumindest aber seit dem 14. Oktober 1990 – Inkrafttreten des Ländereinführungsgesetzes in der DDR –, um einen Vertrag, dessen einer Partner – die DDR – völker- und staatsrechtlich untergegangen ist und dessen Bestimmungen nach Wirksamwerden des Beitritts Bundesrecht sind. Auch sind die Vereinbarungen des »Einigungsvertrags« grundsätzlich nunmehr dem Grundgesetz unterworfen.

Ein gesamtdeutsches Parlament soll entscheiden

Seiffert weist darauf hin, daß nach der jüngsten Praxis auch ausdrückliche Änderungen des »Einigungsvertrags« möglich sind – zum Beispiel das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen vom Februar 1991 –. »Diese Rechtslage war/ist so eindeutig, daß sie der DDR bekannt sein mußte, als die Volkskammer am 23. August 1990 den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 zum 3. Oktober 1990 erklärte ... Auch für die Vier Mächte als Partner des ›Zwei-plus-Vier-Vertrags‹ mußte diese Rechtslage offensichtlich sein. Sie konnten und können also nicht davon ausgehen, daß das vereinigte Deutschland ihnen gegenüber eine völkervertragliche Verpflichtung übernommen hat, die auf besatzungsrechtlicher beziehungsweise besatzungshoheitlicher Grundlage zwischen 1945 und 1949 in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) vorgenommenen Enteignungen nicht mehr rückgängig zu machen.«
Allenfalls könnten sie geltend machen, daß sie davon ausgehen (ausgegangen sind), daß sich das (teil-)wiedervereinigte Deutschland an diese »Mitteilung« halten wird. »Dennoch handelt es sich bei der Mitteilung in dem ›Gemeinsamen Brief‹ bezüglich der 1945 – 1949 erfolgten Enteignungsmaßnahmen nicht um eine Urkunde, die zur Auslegung des ›Zwei-plus-Vier-Vertrags‹ gemäß Artikel 31, Absatz 2 b WVK herangezogen werden kann. Dies schließt alleine schon der Umstand aus, daß der Vertrag sich in keiner Weise auf die innere Verfassung des vereinigten Deutschlands bezieht. Es handelt sich also insoweit um keine sich auf den Vertrag beziehende Urkunde, auch wenn die Einleitung des ›Gemeinsamen Briefes‹ davon spricht.« Auch ist ausdrücklich vermerkt, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland habe die Auffassung der UdSSR und der DDR, die Enteignungen seien nicht mehr rückgängig zu machen, lediglich »zur Kenntnis« genommen hat und gleichzeitig ihre Auffassung erklärt hat, »daß einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen vorbehalten bleiben muß«.

Ein solcher Vorbehalt verlöre jedoch seinen Sinn, wenn die Bundesregierung mit der »Gemeinsamen Erklärung« die 1945 bis 1949 in der SBZ erfolgten Enteignungen als rechtmäßig anerkannt hätte. Diese Äußerungen Seifferts können nur dahingehend interpretiert werden, daß Rückübertragungen durchaus hierin auch eingeschlossen sind.

Die Errungenschaften des SED-Regimes

Bevor auf die völkerrechtliche Bedeutung der Enteignungen zwischen 1945 und 1949 eingegangen werden soll, vorher noch folgendes: »Von seiten der Bundesregierung wird immer wieder behauptet, die in der ›Gemeinsamen Erklärung‹ der beiden deutschen Regierungen enthaltenen Zusicherungen bezüglich der Behandlung der Enteignungen zwischen 1945 und 1949 in der SBZ seien für die Zustimmung der UdSSR zur (Teil-)wiedervereinigung unerläßlich gewesen. Dieses ist jedoch tatsächlich und rechtlich unzutreffend.«

»Ausgangspunkt für die sowjetischen Erklärungen war nicht ein sowjetisches Eigeninteresse, sondern der Versuch des zeitweiligen DDR-Ministerpräsidenten Modrow (SED/PDS), die in der DDR 1989/90 bestehenden Eigentumsstrukturen als unver-

zichtbare ›Errungenschaften‹ auch im wiedervereinigten Deutschland zu erhalten.« Dieses sei nicht nur über die letztendliche Fassung der »Gemeinsamen Erklärung« hinausgegangen, »es zielte auch darauf, eine ökonomische und finanzielle Basis zu erhalten, von der aus geeignete politische Kräfte in der Zukunft die subversive Umgestaltung des vereinigten Deutschlands versuchen könnten... die genannten sowjetischen Erklärungen erfolgten auf Drängen des damaligen DDR-Ministerpräsidenten und fielen in jene kurze Zeitspanne, in der auch die sowjetische Führung noch daran glaubte, es sei eine Lösung der deutschen Frage in einem längeren Prozeß über die stufenweise Bildung eines einheitlichen deutschen Staates in Form einer Konföderation oder eines Deutschen Bundes möglich. Doch die vom sowjetischen Präsidenten Gorbatschow seit dem Februar 1990 eingenommene Haltung zur deutschen Frage zeugte nicht nur davon, daß die Sowjetunion dieses nicht mehr als primär ›soziale‹ Frage ansah, sondern auch davon, daß die Sowjetunion das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen uneingeschränkt anerkannte.«

So habe Gorbatschow am 10. Februar 1990 gegenüber Bundeskanzler Kohl selber erklärt, »daß die Deutschen selbst die Frage der Einheit der deutschen Nation lösen und selbst ihre Wahl treffen müssen, in welchen Staatsformen, zu welchen Zeitpunkten, mit welchem Tempo und zu welchen Bedingungen sie diese Einheit realisieren werden«. Damit habe die Sowjetunion aber endgültig den Standpunkt eingenommen, daß die inneren Aspekte der deutschen Vereinigung die ausschließliche Angelegenheit der Deutschen selbst sind, die äußeren Aspekte aber der Regelung mit den Vier Mächten bedürfen. »Diese Position wurde von der UdSSR kontinuierlich bis zum Abschluß des ›Zwei-plus-Vier-Vertrags‹ durchgehalten. Sie schloß ein, daß auch die Eigentumsordnung des vereinigten Deutschlands die ausschließlich eigene Angelegenheit der Deutschen beziehungsweise Deutschlands selber ist. Es war nur logisch, daß demzufolge keine der Forderungen der sowjetischen Führung, insbesondere des Präsidenten der UdSSR, bezüglich der deutschen Vereinigung Bedingungen für die innere Ordnung des vereinigten Deutschlands enthielt.«

Ein anderer Standpunkt wäre nach Angaben Seifferts jedenfalls vom Völkerrecht her nicht gedeckt. Das Selbstbestimmungsrecht ist heute eine bindende Norm des Völkerrechts »und umfaßt nach außen das Recht jeder Nation auf einen eigenen Staat und nach innen das Recht, die innere Ordnung frei zu bestimmen«. So sei dann auch der »Zwei-plus-Vier-Vertrag« ausdrücklich »in Würdigung dessen« geschlossen, »daß das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts seines Willen bekundet hat, die staatliche Einheit Deutschlands herzustellen, um als gleichberechtigtes und souveränes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen... Jede Vereinbarung, die darauf hinausliefe, die Eigentumsordnung des vereinten Deutschlands dem Willen einer fremden Macht unterzuordnen, wäre daher wegen des Verstoßes gegen eine jus-congens-Norm von Anfang an nichtig.«

Was die Haager Landkriegsordnung verbietet

Des weiteren wies Seiffert darauf hin, daß die kriegerische Besetzung Deutschlands auf der Haager Landkriegsordnung beruht. Dazu gehöre in Schranken auch das Recht, eigene Rechtsnormen zu erlassen. Auch könne vereinbart werden, daß diese Rechtsnormen fortbestehen; auch habe der Gebietsstaat regelmäßig die Rechtswirkungen von Rechtsakten der Besatzungsmacht anzuerkennen. »Doch setzt dies voraus, daß sich diese Rechtsakte im Rahmen des völkerrechtlichen Besatzungsrechts gehalten haben. Gerade dies ist aber bei den Konfiskationsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht nicht der Fall. Denn die Haager Landkriegsordnung verbietet es, ›Privateigentum einzubeziehen‹ (Art. 46 II, 47 HLKO).«

Im weiteren Text des Gutachtens unterstellt Seiffert den Vier Mächten ein Mitspracherecht bei bestimmten Fragen der deutschen (Teil-)wiedervereinigung. Dieses sei aber »auf die äußeren Aspekte, also die Sicherheits- und Grenzfragen beschränkt und gelten nicht für die inneren Aspekte des Vereinigungsprozesses... Auch wenn man die Mitwirkungsrechte der Vier Mächte beim deutschen Vereinigungsprozeß in Rechnung stellt, ergibt sich folglich kein Recht der Sowjetunion, die Aufrechterhaltung der Konfiskationsmaßnahmen in der SBZ zwischen 1945 – 1949 zu verlangen oder sonst in irgendeiner Weise auf die Eigentumsordnung des wiedervereinigten Deutschlands Einfluß zu nehmen. Im Gegenteil, solche Aufrechterhaltung beziehungsweise Einflußnahme wäre ein Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Hätte die Sowjetunion wirklich einen entsprechenden Druck auf die deutschen Verhandlungspartner in einer Weise ausgeübt, daß sie ihre Zustimmung zum ›Zwei-plus-Vier-Vertrag‹ von der Aufrechterhaltung der Konfiskationsmaßnahmen in der SBZ zwischen 1945 – 1949 abhängig gemacht hätte, so läge zudem möglicherweise gem. Art. 52 WVK ein nichtiger Vertrag vor. Schon dieser Umstand spricht dafür, daß ein solcher Druck nicht ausgeübt worden ist.« Da, wie erörtert, ein Festschreiben der Konfiskationsmaßnahmen gegen das Völkerrecht verstoßen würde, könnten Regelungen des vereinigten Deutschlands, die auch eine Rückübertragung vorsehen, nicht von der UdSSR als ›Verstoß‹ gegen Artikel 48/49 der Wiener Vertragsrechtskonvention angegriffen werden«, urteilt Seiffert.

Eigentumsfragen in eigener Machtvollkommenheit

Daneben besagt Artikel 2 des »Zwei-plus-Vier-Vertrags«: »Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.« Seiffert: »Diese souveräne Gleichheit der Staaten umfaßt nach der ›Prinzipiendeklaration‹ (UN-Resolution 2626 [XXV]) neben anderen wichtigen Elementen auch die politische Unabhängigkeit des Staates und das Recht zur freien Wahl des politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Systems.« Damit bestimme aber jeder souveräne Staat »insbesondere die Eigentumsordnung seines Staates selbst«.

Nach Ansicht Seifferts greift auch die »Annäherungs-Theorie« nicht. Nach dieser Theorie durfte das Bundesverfassungsgericht, wenn es einen völkerrechtlichen Vertrag am Grundgesetz messen sollte, die politische Ausgangslage, aus der der Vertrag erwachsen ist, also die politischen Realitäten, unter denen es ein Vertrag unternimmt, die Verhältnisse neu zu gestalten oder zu ändern, nicht aus dem Auge verlieren. Es genügte demgemäß, »daß die im Vertrag vorgesehenen Maßnahmen mit dem Willen unternommen sind und die Tendenz in sich tragen, dem verfassungsmäßigen Zustand wenigstens soweit, wie es politisch erreichbar ist, näher zu kommen, seiner Erreichung vorzuarbeiten«.

Nach Erlangung der vollen Souveränität des (teil-)vereinten Deutschlands könne diese »Annäherungstheorie« »möglicherweise allenfalls bei den – hier nicht zu erörternden – Grenzfragen noch eine Rolle spielen, nicht aber hinsichtliche der Konfiskationsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht im vereinten Deutschland«. Auch würde es den im »Zwei-plus-Vier-Vertrag« abgeschlossenen Bestimmungen widersprechen, »die ›volle Souveränität‹ des vereinten Deutschlands zu erklären, aber dann dennoch Einschränkungen seiner inneren Selbstbestimmung in Fragen der Eigentumsordnung vorzunehmen«.

Auch ergebe sich schon aus der Überschrift des »Zwei-plus-Vier-Vertrags«, daß es sich um »die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschlands« handele, die zudem seinem Inhalt nach ausschließlich auf die äußeren Aspekte des Vereinigungsprozesses beschränkt sei. »Das souveräne Deutschland hat daher das Recht, alle Fragen seiner Eigentumsordnung selbst und in eigener Machtvollkommenheit zu entscheiden«, gutachtet Seiffert, der auf den danachfolgenden Seiten des Gutachtens darauf hinweist, daß vergleichbare Konfiskationsmaßnahmen in anderen von der UdSSR 1945 besetzten Ländern (Österreich, Polen und Ungarn) unterblieben sind, und daß unter Gorbatschow das private Eigentum in der Sowjetunion wiedereingeführt wurde. Seit dem 6. März 1990 sei in der UdSSR sogar wieder privates Eigentum an den sowjetischen Produktionsmitteln zugelassen. Auch habe die UdSSR-Führung

Bonn

Keine Enteignungen nach Besatzungsrecht



nicht gegen ähnliche und zum Teil weitergehende Reformen in ehemaligen Ostblockstaaten protestiert, was ein weiteres Indiz dafür sei, daß in dieser Frage kein Druck auf Deutschland ausgeübt worden sei!

Die Sache der Deutschen

Am Schluß seines Gutachtens kommt Seiffert zu folgendem, sechs Punkte umfassenden Ergebnis:

»1) Es ist kein Motiv der sowjetischen Führung und kein grundlegendes Interesse der UdSSR erkennbar, die Konfiskationen in der SBZ zwischen 1945 – 1949 irreversibel aufrechtzuerhalten und hiervon ihre Zustimmung zum ›Zwei-plus-Vier-Vertrag‹ abhängig zu machen.
Es konnte auch nicht festgestellt werden, daß die sowjetische Seite solches ernsthaft durch ihre kompetenten Vertreter versucht hat. Im Gegenteil. Die sowjetische Seite hat durch ihre höchsten Repräsentanten kontinuierlich daran festgehalten, daß die Regelung der inneren Aspekte der deutschen Vereinigung uneingeschränkt die Sache der Deutschen selbst ist und nur die äußeren Aspekte der Vereinigung der gemeinsamen Regelung mit den Vier Mächten unterliegen.

2) Ein gegenteiliges Verhalten der sowjetischen Seite wäre jedenfalls mit dem völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und der Souveränität des vereinten Deutschlands unvereinbar und würde die völkerrechtliche Schranken des Besatzungsrechts in völkerrechtswidriger Weise überschreiten.

3) Die Information Ziffer 1 in dem ›Gemeinsamen Brief‹ der beiden deutschen Außenminister an die Außenminister der Vier Mächte gehen über eine (unnötige) politische Absichtserklärung, die zudem keinen inneren Zusammenhang mit dem Vertrag aufweist, nicht hinaus und könnten auch dann, wenn sie qualitativ mehr wären, keine völkerrechtliche Pflichten begründen, weil sie selbst wegen Verletzung von jus-congens-Normen nichtig wären.

4) Das vereinte Deutschland ist also nach geltendem Völkerrecht frei, selbst, in eigener Machtvollkommenheit im Rahmen des Völkerrechts und der eigenen Verfassung, das Schicksal der von den Konfiskationsmaßnahmen zwischen 1945 und 1949 in der SBZ betroffenen Eigentumsrechte zu entscheiden.

Erstaunliche Unkenntnis des Völkerrechts

5) Ein Vergleich mit der Staatenpraxis der Sowjetunion in ähnlich gelagerten Fällen hat zudem die Singularität einer solchen eventuellen Entscheidung erwiesen. In keinem vergleichbaren Fall, weder gegenüber Österreich noch gegenüber Polen, der CSFR oder Ungarn hat die UdSSR derartige Konfiskationen überhaupt vorgenommen. Soweit einzelne Comecon-Staaten die Privatisierung staatlichen Eigentums eingeleitet und damit einen grundsätzlichen Wechsel der Eigentumsordnung unternehmen, hat sich die Sowjetunion an das Interventionsverbot gehalten.

6) Wenn deutscherseits dennoch die o. g. Absichtserklärung wegen des gelegentlichen Drängens sowjetischer Vertreter (und der ehemaligen DDR-Regierungen) abgegeben worden ist, so ist dies offensichtlich eine Folge mangelnden nationalen Selbstbewußtseins, dessen immanenter Bestandteil eine erstaunliche Unkenntnis des geltenden Völkerrechts bildet.«

Besonders Punkt 6 stellt einen Faustschlag Seifferts ins Gesicht der Bundesregierung und besonders Genschers dar. Denn niemand anderes als der im Mai zurückgetretene Bundesaußenminister hat die Verhandlungen über die (Teil-)Wiedervereinigung maßgeblich geleitet. Die Bundesregierung hat sich in ihren Beschlüssen voll und ganz auf das Urteil Genschers verlassen – was sie natürlich nicht von dem Vorwurf befreit, die Sache selber von erfahrenen Völkerrechtlern prüfen zu lassen –.

Hat Seiffert recht – und daran kann nach Studium des 20seitigen Gutachtens eigentlich kaum ein Zweifel mehr bestehen –, dann hätte dies sehr, sehr große Auswirkungen auf die deutsche Unternehmenslandschaft. Denn vielen großen Unternehmen wurde seinerzeit verboten, weiterhin tätig zu sein. Dazu gehörten etwa die Großbanken, aber auch der IG Farben-Konzern. Ihnen gingen hierdurch Milliardenwerte verloren, die letztendlich von den Aktionären, darunter

Michail Gorbatschow erkannte bei den verschiedenen Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen uneingeschränkt an.

auch sehr viele Kleinaktionäre, bezahlt werden mußten. Auch heute noch sind die Aktien der betreffenden Unternehmen zu einem großen Teil in Händen von Kleinanlegern. Doch nicht nur Konzerne, auch mittelständische Betriebe waren von den Konfiskationen betroffen.

Es stellt sich sicherlich die Frage, wovon angesichts der Finanzknappheit des Bundes etwaige Entschädigungszahlungen bezahlt werden sollten – dies sollte aber für die Frage der Rechtsstaatlichkeit keine Relevanz haben –? Hierfür böte sich eine einfache Lösung an: Hauptprofiteur von den Konfiskationen war die DDR und damit praktisch die SED. Es ist unbestritten, daß die SED in den letzten Tagen des DDR-Regimes noch viele Milliarden Mark ins Ausland geschafft hat. Mit diesen Beträgen und dem zu konfiszierenden Vermögen der PDS als Nachfolgepartei der SED könnte dann zumindest eine erste Teilentschädigung an die betroffenen Unternehmer und Aktionäre gezahlt werden.

Dadurch würde der Haushalt nicht mit einem Pfennig belastet und der Gerechtigkeit Genüge getan! □

Deutschland

Deutsche Verantwortung in der Mitte Europas

Emil Schlee

Wer die Geschichte der Deutschen in ihrer Bedeutung für politisches Handeln in Gegenwart und Zukunft aufgreifen und nutzen will, der muß schon fähig sein, global und weltgeschichtlich und somit ganzheitlich denken zu können. Denn Deutsche Geschichte war stets auch Europäische Geschichte und Europäische Geschichte ebenso Weltgeschichte. Und Geschichte als geistige Form, in der sich ein Volk über seine Vergangenheit Rechenschaft gibt, um seine Zukunft zu gewinnen, ist notwendigerweise raumgebunden.

»Wie wir als Menschen nur aus der Zeit und in die Zeit, in der wir leben, handeln können, so können wir ebenso nur unter den räumlichen Bedingungen, in denen wir stehen, politische Entscheidungen treffen. Der Geist mag so frei sein, wie er will, oder wehen, wohin er will, sobald er konkrete Dinge gestalten will, steht auch er unter dem Gesetz des Raumes« (Th. Schieder).

Die deutsche Mittellage immer Schicksalslage

Es gilt aber trotzdem auch die Erfahrung: »Der Schaffende ist doch immer der Mensch. Nicht physische Ursachen, sondern menschliche Motive gestalten die Kulturlandschaft« (O. Schlüter). »In den geographischen Faktoren ... sind Möglichkeiten, nicht Notwendigkeiten staatlichen und völkischen Werdens gegeben, die erst durch den Willen und die Tat des Menschen ... zu geschichtlicher Wirklichkeit werden« (H. v. Srbik).

Bestehen bleibt jedoch ebenfalls die Erkenntnis: »Bleibt dem menschlichen Willen auch ein weiter, freier Spielraum, so vermag er sich doch nicht gegenüber allen geographischen Gegebenheiten durchzusetzen. Der Kampf gegen die Natur ist oft erfolgreich, findet aber auch unüberschrittene Grenzen« (H. Hassinger). Auch durch die räumlichen Bedingungen »ist Geschichte nicht nur Kunde von Vergangenem, sondern auch Gegenwärtigkeit des Gewesenen. Sie soll kein Beruhigungsmittel sein, kein Ruhekissen für unser Selbstgefühl, sondern eine stimulierende, heilsame Unruhe, ein Anreiz, wach zu bleiben« (G. v. Rauch).

Jedenfalls müssen Raum und Zeit, auch in ihrer Wechselwirkung und -beziehung, als Bedingung und Herausforderung für den schöpferischen und gestaltenden Menschen begriffen werden, damit die möglichen Antworten des Menschen hieraus in ihrer schicksalhaften Bedeutung erkannt werden können. Diese Überlegungen haben wir bewußt den Gedanken über »Deutsche Verantwortung in der Mitte Europas« vorangestellt, weil für die Deutschen als Volk in der Mitte Europas diese Mittellage auch immer Schicksalslage war, ist und bleiben wird.

Unter allen Völkern Europas unterlag das Werden und Wirken des deutschen Volkes in seiner kontinentalen Mittellage in unübersehbarer Weise den besonderen Bedingungen des Raumes. Diese Mittellage im abendländischen Kulturraum ließ im Verlauf der Geschichte die Deutschen und Deutschland zum Mittler zwischen dem Osten und Westen, dem Norden und Süden, zum Kraftfeld europäischer Geistesentwicklung, zum Schachbrett europäischer Politik, zum »Ball, den sie einander zuwerfen, die um die Weltherrschaft spielen« (Leibniz), zur »Arena, darauf um die Meisterschaft von Europa gefochten wird« (Leibniz), und zum »Gebiet, dessen Partikularstaaten zum Austarieren europäischer Machtverhältnisse und Machtgleichgewichte dienten« (S. Haffner), werden.



Die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages, der Deutschland in ein wirtschaftliches Chaos stürzte und im Grunde die Voraussetzung für den Zweiten Weltkrieg schuf.

»Seine geographische Lage hat es zum Kernland des Reiches Karls des Großen, zur Stätte der Reformation, zum Tummelplatz des 30jährigen Krieges, zur Heimat der großen Geistesbewegung des 18. und 19. Jahrhunderts«, zum Kampffeld zweier Weltkriege und nach der Niederlage zur großen Herausforderung und Aufgabe des mehrfach im Kernland geteilten, an seinen Rändern abgeteilten und insgesamt zerrissenen und ohnmächtigen deutschen Volkes und Vaterlandes gemacht. Auch diese Beispiele zeigen: Mittellage als Schicksalslage.

Der Ball im Spiel um die Weltwirtschaft

Neben dieser kontinentalen Mittellage war es auch noch die Stammesgliederung des großen Volkes der Deutschen, die nicht unerheblichen Einfluß auf den Ablauf der Geschichte in Europa genommen hat. Die deutschen Stämme bestanden schon vor dem Zusammenschluß zum deutschen Volk und haben ihren Einfluß auf die Geschicke von Volk, Raum und Staat bis auf den heutigen Tag nicht verloren. Diese deutschen Stämme wurden im Falle der Loslösung vom Volksganzen sogar zu Trägern neuer europäischer Staaten, was nur die mannigfaltige Verbundenheit des deutschen Volkes mit den anderen Völkern Europas unterstreicht.

Eine geschichtlich gewordene Einheit

So ist das deutsche Volk in vielerlei Hinsicht untrennbar verbunden mit den Völkern des europäischen Nordens im Bewußtsein gemeinsamer Herkunft, mit den Völkern des europäischen Westens in Erinnerung alter Stammesverwandtschaften, mit den Völkern des europäischen Südens noch im Banne der Reichsidee, des Kaisertums, der religiösen Ausstrahlung Roms und der Anziehungskraft der sonnenerfüllten Landschaften und mit den Völkern des Ostens (Ostmitteleuropa, Südosteuropa, Osteuropa) in einem das letzte Jahrtausend erfüllenden Hin- und Zurückfluten von Siedlungsströmen, Kriegszügen, Wirtschaftseinflüssen und Kulturausbreitungen.

Das ausklingende Jahrtausend war hiervon ganz beherrscht.

Deutsche Verantwortung in der Mitte Europas

»Zum Unterschied von ihren Nachbarn, bei denen meist ein einziger Stamm die übrigen Menschengruppen seines Siedlungsraumes zum Volk zusammenfaßte, sind die Deutschen aus einer Vielheit von Stämmen sehr gegensätzlicher Art hervorgegangen. Vielleicht war es gerade die Mannigfaltigkeit, die sie befähigte, zum Reichsvolk – nicht zum Staatsvolk – zu werden und darüber hinaus seit dem 12. Jahrhundert im Osten neue Stämme zu bilden ... Das Reich war im Mittelalter der gemeinsam befriedete Raum, der die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung durch anerkannte Rechtsgrundsätze verband, ohne die einzelnen Stammesrechte außer Kraft zu setzen.

Sie galten vielmehr in ihrem Heimatbereich weiter, sofern sie nicht gegen die Gebote des Reichsfriedens verstießen« (Müller-Sternberg).

Das deutsche Volk ist also keine natürlich, sondern eine geschichtlich gewordene Einheit, die durch das Zusammenführen der Stämme der Sachsen und Franken, der Schwaben und Bayern sowie der Thüringer und Friesen ihren Anfang nahm. »Von 919 an bis heute ist das Reich der Deutschen durch seine Stammesherzogtümer gegliedert gewesen.

Unsere Heimaträume zeigen auch in der Gegenwart, nach wie vor, ihre unvergleichliche Eigenart – in der Mundart, in der kulturellen Tradition, im Brauchtum und ebenso in der Starrsinnigkeit, mit der an den Sonderformen der einzelnen Gebiete festgehalten wird ... Die Gliederung in Stämme ist dem Reich der Deutschen in die Wiege gelegt worden. Sie ist eine unserer Besonderheiten ... Der Boden des Reiches, die Länder und das Land der Deutschen sind der Schauplatz unseres Ringens um die Einheit gewesen« (H. Diwald).



Winston Churchill zeichnete sich durch Zynismus, Skrupellosigkeit und Heuchelei aus: »Dieser Krieg ist Englands Krieg. Sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.«



US-Präsident Roosevelt stimmte der Atlantik-Charta vom 12. August 1941 zu, in der territoriale Veränderungen durch Krieg grundsätzlich abgelehnt wurden.

Und es ist sicherlich nicht zufällig, daß im Vergleich mit den anderen europäischen Völkern eine gewisse nationalstaatliche Entwicklung der Deutschen in der Mitte Europas sehr spät einsetzte und nur begrenzt möglich wurde. Die Besonderheit der Mittellage und die Vielfalt der deutschen Stämme spiegeln sich auch in der Tatsache, daß die Bezeichnung »Deutschland« die einzige in Europa für ein Land ist, die nicht auf einen älteren Landesnamen oder auf einen älteren Stammesnamen zurückgeht, sondern erst seit der Einigung der germanischen Stämme durch Karl den Großen von einer reinen Sprachbezeichnung zu einer Bezeichnung deutschsprechender Menschen und schließlich zu einer Bezeichnung der Lande wurde, in denen deutschsprechende Menschen leben, wohnen und wirtschaften.

Für dieses Volk der Deutschen mit seinen verschiedenen Stämmen war die Mittellage folgenschwere Schicksalslage. Es war mehr Objekt statt Subjekt in der Politik, mehr Spielball als handlungsfähiger Mittelpunkt. Über dieses Volk hinweg zogen die Völker des Südens gen Norden, die Völker des Nordens gen Süden, die Völker des Ostens gen Westen und die Völker des Westens gen Osten und wieder zurück.

Es gibt kein europäisches Kochbuch ohne deutsche Gerichte und kein deutsches Kochbuch ohne europäische Gerichte, es gibt keine europäischen Gesangbücher ohne deutsche Lieder, und keine deutschen Gesangbücher ohne europäische Lieder, es gibt kein europäisches Herrscherhaus ohne deutsche Mitglieder und kein deutsches Herrscherhaus ohne europäische Mitglieder. Dieses Deutschland hat durch seine Mittellage viele Grenzen, viele, ja die meisten Nachbarn und mit diesen ebenso viele Probleme.

Viele Nachbarn bedeuten erhöhte Einflüsse aus allen und in alle Richtungen, zahlreiche geistige, kulturelle, politische, wirtschaftliche Kontakte, Auseinandersetzungen und Selbstbehaup-

tungsnotwendigkeiten sowie verstärkte Sicherungs- Verteidigungsanstrengungen. Es entstehen schneller »Zwickmühlen« oder »Zweifrontenpositionen«. Grenzverschiebungen waren und sind keine Neuigkeiten. Das alles erklärt auch, warum Preußen ohne starke Armee nie eine Existenzchance gehabt hätte und Preußen und Deutschland generell im Vergleich zu allen anderen



Teheran: Die Sowjets überreichen Roosevelt (sitzend) ein »Stalingrad-Schwert«.

europäischen Staaten mit Abstand am wenigsten Kriege geführt haben und am wenigsten an solchen beteiligt waren.

Die auf der Mittellage beruhende Bandbreite der möglichen Herausforderungen für das deutsche Volk zeigte sich einerseits im 17. Jahrhundert, als Deutschland während des 30jährigen Krieges zum Schlachtfeld Europas und am Ende desselben durch Auflösung der Mitte in einen »Teppich mit über 300 Flickstaaten« zu völliger Ohnmacht verurteilt wurde, andererseits in den nachfolgenden Bemühungen Brandenburgs, Preußens und Deutschlands, die zersprengte Mitte wieder zusammenzuführen und im 19. Jahrhundert zu einem mächtigen Nationalstaat herauszubilden. Dieser legitime Versuch, durch aktive Politik aus der passiven Leidensrolle herauszukommen, führte, weil die großen Nachbarmächte die von ihnen selbstverständlich beanspruchte Entwicklung zum Nationalstaat den Deutschen nicht zubilligen wollte, zur jetzigen Katastrophe Deutschlands in der Folge zweier Weltkriege, die mit der Zerstörung der Mitte Europas auch Europa selbst zerstörten und zum Spielball der beiden Außenmächte USA und UdSSR werden ließen. Verständlich, daß es hierbei völlig unerheblich war, ob zu Zeiten der Weltkriege Kaiser Wilhelm II. oder Adolf Hitler in Deutschland das Sagen hatte.

In Churchills Memoiren ist nachlesbar, daß es der Kern englischer Außenpolitik seit 400 Jahren war, sich der stärksten Großmacht auf dem Kontinent jeweils entgegenzustellen. Zynisch fügte er hinzu: »Es handelt sich nicht darum, ob es Spanien ist oder die französische Monarchie oder das französische Kaiserreich oder das deutsche Kaiserreich oder das Hitlerregime. Es handelt sich nicht um Machthaber oder Nationen, sondern lediglich darum, wer der größte oder potentiell dominierende Tyrann ist. Am Tage der Kriegserklärung an Deutschland am 3. September 1939 erklärte Churchill dann auch im englischen Rundfunk: »Dieser Krieg ist Englands Krieg. Sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands!«

Englands Krieg zur zur Vernichtung Deutschlands

Dieses Ziel konnte dann auch mit Hilfe der Verbündeten 1945 weitgehend erreicht werden. Mit Deutschland wurde die Mitte Europas, das Herz Europas, zerstört. Deutschland ist auch 47 Jahre nach Kriegsende ohnmächtig. Die Siegermächte, dann Besatzungsmächte und heute Schutzmächte sind seit dem in unserem Lande. Deutschland als

Die grausame Bombardierung Dresdens durch die Alliierten 1945 mit über 200000 Toten war von Churchill befohlen.



Deutschland

Deutsche Verantwortung in der Mitte Europas

Ganzes ist mehrfach geteilt, das deutsche Volk entsprechend mehrfach auseinandergerissen, hat immer noch keinen Friedensvertrag, ist weiterhin »Feindstaat« (nach Art. 53 und 107 der UN-Charta), hat über Deutschland nicht zu bestimmen, so auch nicht über deutsche Gebiete oder über die Grenzen Deutschlands, ob im Osten oder Westen, ob im Norden oder Süden, Deutschland ist trotz Teilvereinigung von West- und Mitteldeutschland immer noch ein Provisorium ohne Friedensvertrag.

Umerzogen, materiell gebunden, ideell gelenkt

Die früheren und die heutigen »Ostverträge« haben keine rechtliche Zukunftsbedeutung, können eine gesamtdeutsche Regierung nicht binden und führten auch nicht dazu, daß den Deutschen ihre Staatsakten und Reichsarchive zurückgegeben wurden, was auch bedeutet, daß bisher geschriebene deutsche Geschichte in ihren letzten Kapiteln wohl noch einmal umgeschrieben werden muß. Die Deutschen insgesamt werden seit 1945 »umerzogen«, materiell gebunden, ideell gelenkt, politisch mißbraucht und unselbständig gehalten und als Volk mehr und mehr entnationalisiert. »Aussteiger« und »Nichtwähler« nehmen zu. Was ist mit den Deutschen los?!

Diese besorgte Frage ist berechtigt, denn die, die sie stellen, beginnen langsam zu begreifen, daß die Zerschlagung der Mitte Europas die eigenen Posititionen angeschlagen hat, daß die Schwächung der Mitte auch die Minderung eigener Macht zur Folge hat, daß die Teilung Deutschlands auch die Teilung Europas bedeutet, daß diese Teilung keine Friedensgrundlage sein kann, sondern ein ständiger Krisenherd der Weltpolitik ist, daß man auf Dauer dem Kulturvolk der Deutschen in der Mitte Europas die Menschenrechte und die Selbstbestimmung nicht vorenthalten kann, ohne selbst unglaubwürdig zu werden, daß es eine Allein- und Dauerschuld des deutschen Volkes nicht geben kann, sondern die friedliche Zukunft in Europa und in der Welt davon abhängt, daß sich die Wahrheit – auch für das deutsche Volk – durchsetzt. Deutschland ist das Herz Europas, und dieses Herz ist krank!



Die Alliierten in der Pose der Sieger: Churchchill (vorn links), Truman und Stalin auf der Potsdamer Konferenz 1945



Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler macht Adenauer am 21. September 1949 auf dem Petersberg seinen Antrittsbesuch bei den alliierten Hohen Komissaren.

Es liegt im Interesse aller europäischen Völker, daß ihr Herz Deutschland wieder gesund wird. Ohne ein gesundes Herz bleibt auch der Körper schwach, krank und anfällig; ohne ein gesundes Deutschland bleibt auch Europa schwach, krank und anfällig. Ohne die Wiederherstellung der ganzen Einheit Deutschlands ist schwerlich die Einheit Europas vorstellbar. Wer ein Europa in Freiheit und mit Zukunft will, kommt an Deutschland, dem in vielerlei Hinsicht Herzland Europas, nicht vorbei. Aus dieser Sicht gibt es auch eine »Deutsche Verantwortung in der Mitte Europas« für Europa! Man muß schon global, weltgeschichtlich und ganzheitlich denken und sehen können, will man die Verantwortung Deutschlands in der Mitte Europas vollends begreifen.

So ist es nicht verwunderlich, wenn einige europäische Nachbarstaaten beginnen, sich wegen ihrer wechselseitigen Abhängigkeit von Deutschland über das geistig-politisch kranke und noch ohnmächtig am Boden liegende Nachkriegsdeutschland berechtigte Sorgen zu machen. Die wirtschaftlich und militärisch nach außen hin bedeutungsvoll erscheinende Rolle der Bundesrepublik Deutschland und der aufgeblähte Dinnerreisekatalog ihres unmaßgeblichen Außenministers täuschen natürlich nicht darüber hinweg, daß dieses Deutschland, das auch die Teilung Europas manifestierte, nicht nur ein Krisenherd der Weltpolitik ist, sondern daß das mehrfach willkürlich auseinandergerissene deutsche Volk mit zunehmender Geschichts- und Gesichtslosigkeit, sich ausbreitender Entnationalisierung und damit schwindender nationaler Identität, mit fast nur noch materiell bestimmter Geisteshaltung und allseits ständig geschürten Schuldkomplexen sowie niedrigster Geburtenziffer in der Weltskala ein echtes Sicherheitsrisiko für die europäischen Völker und für die Zukunft Europas werden könnte.

Man kann sich nicht von seiner Nation lossagen

Es wird deutlich: Wenn Deutschland, das Herz Europas, krank ist, dann ist auch Europa krank und schwach. Es liegt im Interesse aller europäischen Völker und Staaten, alle Kraft für die Rehabilitation Deutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen einzusetzen, damit sie selbst noch eine europäische Zukunft in der gegenwärtigen Entwicklung der neuen politischen Weltkonstellation haben können.

Schon im März 1945 mahnte der uns heute fast allen bekannte Schriftsteller Lew Kopelew als damaliger Sowjetmajor in einer

Ansprache deutsche Kriegsgefangene: »Man kann sich nicht von seiner Nation lossagen, wie man sich auch nicht von sich selbst lossagen kann, nicht aus sich herausspringen kann ... Sich von seinem Volk in Jahren des Elends, der Not, der Schande loszusagen, ist ein Zeichen des Kleinmuts ... Deutschland braucht jetzt mehr denn je zuvor ehrenhafte und starke Menschen ... Es gibt eine andere, eine wirkliche Größe Deutschlands: Das ist die Größe des deutschen Geistes, der deutschen Arbeit, der deutschen Vernunft, des deutschen Fleißes. Darauf können Sie stolz sein ... Der Deutsche Martin Luther zerschlug die Fesseln des mittelalterlichen dogmatischen Denkens, bereicherte die deutsche Sprache, die deutsche Dichtung ... Die Deutschen Leibniz, Kant, Hegel, Feuerbach haben die ganze Menschheit denken gelehrt. Die Deutschen Lessing, Goethe, Schiller, Hölderlin, Heine schufen den Weltruhm der deutschen Literatur ... Die Deutschen Bach, Mozart, Beethoven, Schubert, Schumann, Wagner haben die Welt mit ihrer Musik erobert ... Deutsche Wissenschaftler, deutsche Ingenieure, deutsche Arbeiter und deutsche Bauern haben sich Achtung und Sympathie in aller Welt errungen ... Wieder und wieder betonte ich, daß man sich von seinem Volk nicht lossagen darf. Ich sagte, wenn ich Deutscher wäre, würde ich gerade jetzt ganz besonders beharrlich meine Zugehörigkeit zum tragischen Schicksal meiner Heimat bekräftigen.«

Ähnlich auch im März 1985, also 40 Jahre später, der damals als 80jähriger aus dem Dienst scheidende US-Botschafter Arthur Burns, der meinte, daß die Deutschen stolzer sein und mehr Patriotismus an den Tag legen könnten. »Sie sollten auch ihre großen Errungenschaften in der Literatur, der Wissenschaft, der Musik, der schönen Künste in Erinnerung behalten. Wäre ich deutscher Lehrer oder Vater – das wäre es, was ich versuchen würde, meinen Schülern oder meinen Kindern mitzugeben.«

Er forderte auch dazu auf, »die Ehre des deutschen Volkes wieder herzustellen« und »das Geschichtsbild, das in den letzten 37 Jahren von bestimmter Seite geprägt worden ist, ins rechte Lot zu rücken ... Der heutigen Generation muß das Schuldgefühl genommen werden, das uns in der Völkerfamilie so sehr schadet«.

Der heutigen Generation muß das Schuldgefühl genommen werden

Das ist, wenn auch anerkennenswert, späte Einsicht über Anmaßung der Siegermächte und die verheerende Auswirkung der Umerziehung. Um so freundlicher auch die Auffassung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan auf einer Pressekonferenz im März 1985, daß die Deutschen 40 Jahre nach Ende des Krieges Anerkennung für die Demokratie verdienten, die sie sich geschaffen haben, und daß man den 8. Mai 1985 als einen Geburtstag begehen sollte, an dem vor 40 Jahren Frieden und Freundschaft begonnen hätten.

Eindeutig forderte er, den Deutschen keine neuen Schuldgefühle aufzuladen, sondern ihre Leistungen und sie selbst als Verbündete und Freunde anzuerkennen«.

Wir Deutsche haben es aus der Mitverantwortung für Europa bitter und dringend nötig, uns geistig aus der Niederlage, der Erstarrung und Lähmung, der Ohnmacht und Umerziehung zu lösen und zu befreien und entschieden mit eigener und abendländischer Kraft für die Zukunft des deutschen Volkes in einem freien Europa zu kämpfen. Treffend die mahnende Feststellung des heutigen Papstes: »Schwach ist das Volk, das seine Niederlage hinnimmt, das vergißt, daß es gesandt worden ist, zu wachen, bis seine Stunde kommt. Die Stunden kommen immer wieder auf dem großen Zifferblatt der Geschichte. Das ist die Liturgie der Geschichte.«

Mut, der Wahrheit gemäß zu handeln

Was wir nicht verlieren dürfen, wenn wir nicht alles verlieren wollen, ist unsere Bereitschaft, die Wahrheit zu suchen, und unseren Mut, der Wahrheit gemäß zu handeln (Albert Einstein). Das bedeutet, daß unser Hunger nach Wahrheit zur Nation und zum freien Staat der Deutschen in der Mitte Europas entschieden gestärkt und gefestigt werden muß, daß Erziehung und Bildung der jungen Deutschen zu verbessern sind, daß die Fragen der Zeitgeschichte und des Schuldkomplexes verwissenschaftlicht werden müssen, daß die Siegermächte uns unsere Akten und Archive wieder zurückgeben, daß wir Parteien und Abgeordnete des Volkes in den Parlamenten haben, die für die Freiheit ganz Deutschlands eintreten, daß wir uns auf unsere geistigen, moralischen, historischen, kulturellen Kräfte besinnen, um wieder normal national, optimistisch und aus freiheitlicher Überzeugung uns unseren Auftrag als Volk und Staat in der Mitte Europas in gewohnter und vorbestimmter Weise und in Einvernehmen mit allen Nachbarn erfüllen können. Deutschland und Europa liegen als Aufgabe immer noch vor und nicht hinter uns!

Die Chancen haben sich seit dem Zerfall des kommunistischen Ostblocks durchaus verbessert. Das wichtigste Ergebnis dieses Zerfalls ist die Beendigung des Ost-West-Gegensatzes, der auch Deutschland geteilt in Ost und West gelegen sein ließ. Die Beendigung des Ost-West-Gegensatzes nach Schwächung der beiden Weltmächte, die Verlagerung europäischer Politik zur Mitte Europas mit Blickrichtung nach Osteuropa läßt hoffen, daß Europa wieder eine Mitte bekommt, Deutschland wieder »zwischen Ost und West« seine historisch und geopolitisch bestimmte »Mittlerrolle« zum Wohle aller Völker in Europa verantwortungsvoll übernehmen kann.

Diese Entwicklung wird auch darüber entscheiden, ob Deutschland weiterhin als »Objekt der Politik« gehalten werden kann, oder ob es wieder »Subjekt in der Politik« sein muß. Man wird ein Deutschland, das seit Jahrzehnten die Hauptlast beim Aufbau Europas trägt und Hoffnungsträger aller mittel- und osteuropäischen Völker und Staaten ist, nicht länger in »Gefangenschaft« halten und ohne Selbstbestimmung lassen können. Ist es nicht so, daß Deutschland die Zukunft Europas ist? Es scheint, daß die Europa- und Bundestagswahlen des Jahres 1994 hierüber entscheiden werden. □

Der Königsberger Dom. Ostpreußen wie auch Schlesien gehören auch heute noch zu Deutschland.

Deutschland

Die deutsche Rechte ist vogelfrei

Alfred König

Unter Demokratie versteht man üblicherweise die Zulassung von rechten und linken Meinungen und Ansichten. Damit soll, so hieß es jedenfalls seitens der »Väter des Grundgesetzes«, verhindert werden, daß wie in einem totalitären Staat der politisch unliebsame Gegner aus der politischen Meinungsbildung ausgeschlossen wird. Als Beispiel hierfür wird immer auf die Verbote der SPD und der marxistischen Parteien im Dritten Reich verwiesen. So etwas sollte es in der Bundesrepublik nicht geben. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus! Durch Gesetze, besonders aber durch die Gerichte wird alles, was rechts von der CSU steht eingeschränkt und die Rechte praktisch für vogelfrei erklärt.

Es soll hier gar nicht auf den Revisionismus eingegangen werden, dem es durch weitestgehende gesetzliche Einschränkungen nahezu unmöglich gemacht wird, seine Ergebnisse etwa über die Judenpolitik im Dritten Reich zu veröffentlichen. Dabei werden andere als die »historisch gesicherten Ergebnisse« immer als »Volksverhetzung« abgetan, wobei dies aber komischerweise nicht dann gilt, wenn offizielle Stellen ihre bisherigen Veröffentlichungen revidieren müssen. Es ist zum Beispiel nicht bekannt, daß diejenigen, die über ein Jahrzehnt etwa zehnfach überhöhte Todeszahlen für das Konzentrationslager Dachau angaben, hierfür belangt wurden, als zugegeben werden mußte, daß nicht die angegebenen 250–300 000 Personen dort umkamen, sondern »nur« etwa 30 000. Auch sind diejenigen, die etwa unter Eid den Betrieb von Gaskammern in Dachau bestätigten, nicht wegen Meineides angeklagt worden, sondern straffrei geblieben. Doch auch in der aktuellen Politik schränkt die Demokratie die Rechte des rechten Spektrums derart ein, daß man schon fast von einer gewissen Art des Totalitarismus sprechen kann.

Ein besonders unrühmliches Beispiel geben die deutschen Gerichte. CODE ist in der Mai- und Juni-Ausgabe schon ausführlich auf das Skandalurteil von Dresden eingegangen, wo zwei Zuhälter, die den angeblichen Neonazi-Führer Rainer Sonntag auf offener Straße erschossen, wegen angeblicher Notwehr freigesprochen wurden. Mitte Mai hat das Landgericht Duisburg ein Urteil gesprochen, das angesichts vergleichbarer anderer Entscheidungen ebenfalls nur sehr schwer verständlich ist.

Die Probleme der Rechtsprechung

Dabei wurden drei Skinheads, die am 3. Oktober 1991 mehrere Molotow-Cocktails gegen ein Asylantenheim in Hünxe geworfen und dabei zwei libanesische Mädchen schwer verletzt hatten, wegen schwerer Brandstiftung und Körperverletzung zu Haftstrafen zwischen dreieinhalb und fünf Jahren ohne Bewährung verurteilt.

Bevor auf dieses Urteil eingegangen wird, muß aber eine Entscheidung des Kammergerichts Berlin vorgestellt werden. Hierzu heißt es in einer dpa-Meldung von Mitte September des vergangenen Jahres: »Mit milden Strafen kamen vier Mitglieder einer deutsch-türkischen Jugendgruppe davon, die einen 18jährigen Berlin-Besucher aus Sachsen als vermeintlichen Neonazi auf dem Alexanderplatz zu Tode geprügelt hatten.

Die 17 bis 20jährigen Westberliner hatten ihr Opfer wegen seiner kurz geschorenen Haare für einen Rechtsextremen gehalten. Dabei war der junge Mann extra für den Berlin-Besuch beim Frisör gewesen, um nicht wie ein ›Provinzler‹ auszusehen.

Das Landgericht verhängte wegen Körperverletzung mit Todesfolge Jugendstrafen von zwei Jahren zur Bewährung und Geldstrafen bis zu 3000 Mark. Die Angeklagten hätten ohne Anlaß auf den Jugendlichen eingeschlagen, der an einem Schädelbruch starb.«

Viele Zweifel am Rechtsstaat

Schauen wir uns jetzt aber die Tat in Hünxe näher an. Die drei Skins im Alter von 18 und 19 Jahren waren zum Zeitpunkt der Tat stark alkoholisiert und bis zu diesem Zeitpunkt strafrechtlich noch nicht auffällig geworden. In ihrem betrunkenen Zustand warf dann jeder der drei Jugendlichen eine mit Benzin gefüllte Flasche auf das vom Standpunkt der drei 18 Meter entfernte Asylantenwohnheim. Einer der Molotow-Cocktails durchschlug eine Fensterscheibe und explodierte in einem Zimmer, wo sechs Mädchen schliefen. Zwei von ihnen waren von dem Feuer erfaßt worden, wobei die Haut der achtjährigen Zainab Saado zu 30 Prozent verbrannte. Nur durch eine Spezialbehandlung in einem Hamburger Krankenhaus konnte das Leben des Mädchens gerettet werden.

Niemand wird diese Tat gutheißen, doch wie sieht es strafrechtlich aus? Bei einem Wurf aus 18 Meter mit einer gefüllten Flasche kann man nicht zielen. Dies läßt sich leicht selber ausprobieren. Man stelle sich auf einen leeren Parkplatz und versuche dort, eine mit Wasser gefüllte Flasche gezielt auf ein 18 Meter entferntes Ziel zu werfen. Das Ergebnis spricht für sich selbst – nachher nicht vergessen, die Scherben aufzuräumen –. So explodierte ein Molotow-Cocktail einige Meter vor dem Haus, während ein anderer an der Hauswand zerplatzte. Die Skins selber hatten jede Absicht, einen Menschen töten oder verletzen zu wollen, abgestritten – obwohl dies in so einem Fall natürlich nie ausgeschlossen werden kann –. »Wir wollten ein bißchen Asylanten schocken«, sagte einer aus.

Dies mußte selbst das Gericht im großen und ganzen eingestehen. Es habe »keine Basis für Feststellung des bedingten Tötungsvorsatzes, wohl aber für bedingten Verletzungsvorsatz« gegeben, urteilten die Richter. Man achte dabei auf das Wort »bedingt«, daß eine Abmilderung gegenüber vorsätzlicher Körperverletzung darstellt. Auch muß bedacht werden, daß die drei stark angetrunken waren, was zumindest bei der Urteilsfindung berücksichtigt werden mußte, aber anscheinend nicht geschah.

Wenn man sich die Urteile des Kammergerichts Berlin und des Landgerichts Hamburg ansieht, dann müssen einem Zweifel am Rechtsstaat kommen. In Berlin waren vier linksextreme Schläger mit vollem Vorsatz auf den 18jährigen Sachsen losgegangen und hatten mit ihren schweren Tritten und Schlägen eine schwere Verletzung und sogar den Tod billigend in Kauf genommen. So entschied das Gericht dann auch auf »Körperverletzung mit Todesfolge«, die doch normalerweise weitaus schwerer verurteilt werden müßte, als »schwere Brandstiftung und Körperverletzung«, wo »nur« tote Sachen beschädigt beziehungsweise vernichtet und zwei Mädchen schwer verletzt wurden. Ein Menschenleben sollte aber doch mehr Wert sein. Von daher ist es absolut unverständlich, warum es für Totschläger Bewährung gibt, Körperverletzer aber mit Haft bestraft werden. Der einzige Grund ist anscheinend – jetzt einmal etwas überspitzt ausgedrückt –: Einmal schlugen Türken einen Deutschen tot, das andere Mal verletzten Deutsche Asylanten. Letzteres scheint aber schlimmer zu sein, schließlich verkündete der Richter in seiner mündlichen Begründung: »Es bedeutet das Ende der Zivilisation, wenn man hinnimmt, daß gegen wirkliche oder vermeintliche Mißstände mit Brandanschlägen vorgegangen wird.«

Doch das sind nicht die einzigen Urteile, die einen bitteren Nachgeschmack aufkommen lassen: So sind zwei Herausgeber der »Leithefte« – (beide über 70

Jahre alt) – Ende Oktober des vergangenen Jahres wegen Volksverhetzung zu 20 Monaten Bewährung oder 8000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil sie in den »Leitheften« laut Gericht antijüdische Artikel, die nicht einmal von ihnen stammten, abdruckten. Am 26. März dieses Jahres verurteilte das Amtsgericht Lüdenscheid einen Mann wegen Verbreitung der (indizierten) »Remer-Depesche« zu einer siebenmonatigen Haftstrafe mit drei Jahren Bewährung sowie zu einer Geldstrafe von 9000 Mark wegen Volksverhetzung. Einer der Schöffen war ein Ratsherr der Grünen, und ein anderer ein Jude. Angesichts von Urteilen, wo alkoholisierte Autofahrer Menschen töten und zu zwei Jahren mit Bewährung verurteilt werden, wo linksradikale Schläger, wenn überhaupt, dann nur mit mildesten Strafen zu rechnen brauchen, stellt sich die Frage nach der Relation der Gerichtsentscheidungen.

Das Ende der Zivilisation

Ist aber wirklich mit anderen Urteilen zu rechnen, wenn heute 80jährige schwerkranke Greise, wie der frühere SS-Oberscharführer Josef Schwammberger, wegen angeblicher Taten, die 49 Jahre zurückliegen, zu lebenslanger Haft verurteilt werden, zumal dieses Urteil nahezu alleine auf Zeugenaussagen beruhte, die sich noch nach 50 Jahren akribisch an alle Einzelheiten erinnern wollen und den Angeklagten »zweifelsohne« identifizierten? Selbst wenn alle Vorwürfe gegen Schwammberger zutreffen sollten, spricht es doch einem Rechtsstaat Hohn, wenn eine Verurteilung 50 Jahre nach der Tat erfolgt, während gleichzeitig kommunistische »Widerstandskämpfer« sich heute noch schadlos rühmen können, so und so viele Nazis umgebracht zu haben.

Ein üblicher Brauch

Ist dies alles aber wirklich so verwunderlich, wenn man sich anschaut, wie hierzulande mit rechten Parteien umgegangen wird? Den Lesern von CODE ist die kritische Haltung dieser Zeitschrift zu den Republikanern und zur DVU bekannt, dennoch spricht die Tatsache, wie mit diesen Parteien umgegangen wird, der Demokratie Hohn.

Üblicher Brauch ist es, daß der neugewählte Bundes- beziehungsweise Landtag von dem ältesten Abgeordneten als Alterspräsident eröffnet wird. Während dies akzeptiert wird, wenn dies ein Grüner ist, kann dies auf der rechten Seite natürlich nicht hingenommen werden. Also wurde im schleswig-holsteinischen Landtag schnell der frühere Innen- und Justizminister Karl Eduard Claussen als dienstältester Abgeordnete für diesen lediglich repräsentativen Posten erkoren.

Nun, nur zwei Monate nach der Konstituierung des Kieler Landtags, sprach sich dessen Präsidentin Ute Erdsiek-Rave (SPD) dagegen aus, daß die DVU-Landtagsabgeordneten an der für September geplanten Reise nach Israel teilnehmen. Der israelische Botschafter beeilte sich dann auch, zu erklären, eine Delegation unter Beteiligung von DVU-Abgeordneten sei nicht willkommen. Es ist nicht bekannt, daß dieser unakzeptable Eingriff in die Autonomie eines rechtsstaatlich gewählten Landtags zu Protesten seitens der schleswig-holsteinischen Landesregierung geführt hätte. Schließlich sind es ja nur Rechte!

Ein weiteres Lieblingsthema der deutschen Medien und Politiker sind derzeit die Skinheads und die »angebliche« Gewalt, die von ihnen ausgeht. CODE hat bereits in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen und aus regierungsinternen Unterlagen zitiert, wonach ein Großteil der besonders gewalttätigen Ost-Skins sich aus ehemaligen Stasi-Leuten zusammensetzt, die alles Rechte diskreditieren wollen, nach dem Motto »Wie schön und sicher war es doch in der ehemaligen DDR«. Es soll nicht verharmlost werden, daß es sehr wohl auch überzeugte rechte Skinheads gibt, die in der Gewalt gegen Ausländer ihren Lebensinhalt sehen. Ihre Anzahl ist aber weitaus geringer als die Anzahl der gewaltbereiten linken Jugendlichen!

Wann haben etwa 300 Skins versucht, in Mitteldeutschland eine Parteiveranstaltung etwa der PDS zu zerschlagen, so wie Ende Mai in Bonn 300 Autonome, Punks und sonstige Linke versuchten, eine aus 100 Personen bestehende Protestaktion der Republikaner gegen die Aufstellung des schändlichen Harris-Denkmals in London zu zerschlagen und die Leute dort regelrecht mit Schlagringen, Schlagstöcken, Steinen, Tränengasspray und Messer niederzumetzeln? Wann sind solche Gewalttätigkeiten von Skins bekanntgeworden, wie etwa die schon übliche »1. Mai-Randale« in Berlin-Kreuzberg, an der sich tausende Linke beteiligen. Aber dennoch hat der Verfassungsschutz seine Abteilung Linksextremismus nun eigenen Angaben zufolge deutlich ab- und die Abteilung Rechtsextremismus überproportional ausgebaut!

Auf dem linken Auge blind

Mittlerweile haben sich in Deutschland viele »Skin-Zines« etabliert, wie die Mitteilungsblätter der Skinheads heißen. Besonders in den vergangenen Monaten mußten die Macher dieser Zines jede Menge Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen über sich ergehen lassen. Bei den linken Antifa-Blättern, die zum Teil offen zur Gewalt gegen nationale Treffen aufrufen, ist dies aber nicht bekannt. Das gleiche gilt für Skinhead-Bands.

Während Gruppen, wie etwa »Störkraft«, »Werwolf«, »Noie Werte« und wie sie alle heißen, bereits zumeist eine oder mehrere Hausdurchsuchungen hinter sich haben, können Punkbands, wie etwa »Cotzbrocken«, »VAC«, »Normahl« und andere ungeniert gegen »Bullenschweine« hetzen oder zum Mord am Papst aufrufen.

Bis heute hat es der Verfassungsschutz noch nicht geschafft, wenigstens oberflächlichen Einblick in die Unterabteilungen der RAF zu bekommen, von der Führungsebene ganz zu schweigen. Dabei geht von diesen ungleich mehr Gewalt aus als von den Rechten. Statt aber seine Arbeit hierauf zu konzentrieren – das Interview der RAF-Gefangenen im »Spiegel« hat gezeigt, daß sie trotz mancher anderslautender Erklärungen nicht bereit sind, der Gewalt abzuschwören –, baut der Verfassungsschutz diese Abteilung ab und gleichzeitig die Abteilung »Rechtsextremismus« aus. Schwer verständlich, aber wahr. Eine Begründung lautet immer, daß der Rechtsextremismus zunehme. Dies mag zwar stimmen, doch ist der Schaden, den der organisierte Linksextremismus verursacht, noch immer höher als der der rechten Seite.

Dieses ist aber auch ein nicht unwesentlicher Teil der staatstragenden Mächte zur Umerziehung der Deutschen, die durch die Medien tüchtig unterstützt wird. So wird ein ans Kabelnetz der Telekom angeschlossener Fernsehzuschauer pro Woche durchschnittlich mit mehr als 20 Sendungen, die sich mittel- und unmittelbar mit der Zeit des Dritten Reichs und was hierzu führte sowie mit dem Rechtsradikalismus befassen, überschüttet. Und dies sind nur die Sendungen, bei denen dies aus dem Titel hervorgeht. Die Berichte in den verschiedenen Sendungen, wie etwa Monitor, Panorama oder Report müssen noch hinzugezählt werden. Selbst der deutsch-französischer »Kulturkanal« arte befaßte sich bereits in der zweiten Sendewoche einen ganzen Abend mit dem Rechtsradikalismus in Deutschland und Frankreich. Über Linksextremismus findet man pro Woche, wenn überhaupt, dann maximal ein oder zwei Sendungen. Wer will hierbei noch von einer Ausgewogenheit des Programms sprechen, wie sie gesetzlich eigentlich vorgeschrieben ist.

Wenn man sich all dies vorgenannte, denen noch viel mehr Beispiele folgen könnten, anschaut, dann kann man nur zu dem Schluß kommen, daß dieser Staat auf dem linken Auge blind ist, dafür aber alles, was auch nur den Anschein hat, rechts zu sein, umso härter verfolgt. Wie ist es denn anders zu werten, wenn der Verfassungsschutz die DVU und die Republikaner überwacht, die PDS aber bis heute noch nicht.

Und dies, obwohl sich die PDS selber als Nachfolgepartei der SED bezeichnet und die »enteigneten« Parteivermögen zurückfordert. Wenn man den Beteuerungen der DVU und der Republikaner nicht glaubt, auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen, wieso macht man dies dann mit der PDS? Alles Ungereimtheiten, bei denen man vergeblich auf eine Antwort wartet. □

Wahlen

»Euro-Ring« der Volkstreuen gefordert

Siegfried Gärtner

Daß wir in einer Umbruchzeit gewaltigen Ausmaßes stehen, spürt allmählich auch der Dickfelligste. Die politisch-geistige Großwetterlage, die von 1945 bis etwa 1988 unveränderlich schien, ist in rascher Auflösung begriffen. Damit fallen aber auch die Denkschemata, die seit der Französischen Revolution von 1789 weithin tonangebend waren. Auch die bolschewistische Revolution von 1917 war nur eine plumpe Kopie jener fast stets als »große« bezeichneten Umwälzung von 1789.

Aber es zeigt sich nun immer deutlicher, daß die Ideologien der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs gegen grundlegende Lebensgesetze und den Willen der Natur verstoßen.

Jede gewachsene Ordnung wird angegriffen

Die Natur will nicht »Gleichheit« und Nivellierung, sondern Vielfalt und Wettbewerb, um die Entwicklung voranzutreiben. Der heutige Zeitgeist aber versucht, alle Unterschiede einzuebnen und aus der »Menschheit« einen gestaltlosen Einheitsbrei zu machen, indem er behauptet, damit alle Konflikte aus der Welt schaffen zu können. Während die Völker also ununterbrochen mit Humanitätssalbadereien eingedeckt werden, sehen sie sich ihrerseits ständigen Auflösungsversuchen ausgesetzt.

Jede gewachsene Ordnung wird angegriffen und mit ätzender Kritik übergossen: Familie, Heimat und Volksbewußtsein, nationale Tradition. Bestimmte Massenmedien hetzen fortwährend die beiden Geschlechter ebenso gegeneinander wie die verschiedenen Generationen innerhalb des Volkes, Verbraucher gegen Bauern, Schüler gegen Lehrer, Studenten gegen Professoren.

Die so angestrebte entwurzelte »multikulturelle Gesellschaft« endete aber überall, wo sie auch nur annähernd verwirklicht wurde, in Verbrechen, Blut, Verzweiflung und Chaos: Jüngste Beispiele Los Angeles, Atlanta, New York, Jugoslawien, UdSSR. Die Geschichte lehrt, daß überall dort, wo verschiedene Völker, Rassen und Kulturen gezwungen sind, innerhalb desselben Staates zu leben, es unausweichlich zu schweren Konflikten kommt. Es ist die Grundabsurdität des Humanliberalismus, ständig so zu tun, als seien dies lediglich die Folgen eines moralischen Defekts der einen oder der anderen Seite.

Die Denkschablone »schuldig-unschuldig« ist hier aber fehl am Platze.

Wie hieß es bei Nahum Goldmann: »Alle sozialen Schichtungen und gesellschaftlichen Formungen, die das alte System geschaffen hat, müssen vernichtet, die einzelnen Menschen müssen aus ihren angestammten Milieus herausgerissen werden, keine Tradition darf mehr als heilig gelten ...!«

Aus all dem wird klar, was den Völkern Europas in Zukunft droht. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit aller volkstreuen Kräfte in Europa ist daher dringend geboten. Diese Kooperation hat aber nicht das Ziel, bestehende Grenzen zu verwischen, Unterschiede einzuebnen, sondern im Gegenteil, die Identität der geschichtlich gewachsenen Völker unseres Erdteils zu festigen.

Denn wenn auch der »real existierende Marxismus« kläglich Schiffbruch erlitten hat, so ist dennoch der marxistische Grundzug in der Weltmeinungsmache deutlich erhalten geblieben. Das sogenannte »Proletariat« wird dabei nicht mehr in der europäischen Arbeiterschaft gesehen, sondern in den farbigen Massen der dritten und vierten Welt. Diese werden in den Medien als die Guten und Gerechten dargestellt, deren Armut auf das Schuldkonto der Weißen, insbesondere der Europäer gehe.

Für ein Europa der Völker und Vaterländer

In Wahrheit ist es genau umgekehrt: Die Bevölkerungsexplosion in den farbigen Erdteilen mit ihren Auswirkungen ist eben nicht die Folge irgendeiner Ausbeutung, sondern im Gegenteil die Frucht einer falschen »Humanität«, zu der wir ständig weiter überredet werden. Denn gerade jene Bevölkerungslawine wäre ohne die fortwährende »Entwicklungshilfe«, die in tausenderlei Form von den »Industriestaaten«



Mit der Französischen Revolution, mit Umsturz und Massenmord begann vor 200 Jahren der Weg zu einer »Neuen Weltordnung«.

in die dritte und vierte Welt fließt, gänzlich undenkbar gewesen.

Und nun setzen die farbigen »Proletariermassen« zur Landnahme im Norden an. Es wäre törichte Augenwischerei, diese furchtbare Tatsache verdrängen zu wollen.

Und es wäre eine weitere Illusion, zu glauben, daß alle jene Pateneuropäer, die ihr Land verraten, nun plötzlich heroisch Europa verteidigen würden, was immer man sich unter einem solchen vorstellen mag. Es ist daher unumgänglich, daß sämtliche volkstreuen Kräfte Europas auf allen politischen und kulturellen Ebenen Verbindung suchen und so zu einer gemeinsamen Abwehrfront gegen die drohenden Gefahren finden.

Heraus aus dem Burgverlies

Um aber Einfluß zu gewinnen, müssen die volkstreuen nationalen Kräfte endlich heraus aus dem Burgverlies, in das sie gesperrt wurden und in das sie sich teilweise selbst einmauern.

Dazu gehört zunächst der Bruch mit alten überholten Denkschablonen wie links, rechts, Mitte, groß- und kleinbürgerlich, rechtsradikal.

Eine solche »Gesäßgeographie« ist heute lächerlich, und sie war schon in der Weimarer Reublik überholt, da bereits die NSDAP jenseits von links und rechts stand, weshalb auch alle Versuche, sie politisch irgendwie einzuordnen, gescheitert sind. Wenn die volkstreuen Parteien heute als »rechtsradikal« oder »rechtsextremistisch« verschrien werden, so müßte man die etablierten Parteien logischerweise alle als linksradikal bezeichnen. Aber all' dies führt nicht weiter.
Wir müssen auch Schluß machen mit der ergebenen Hinnahme von Positionen, die gewisse Parteien für sich als Monopol beanspruchen. Positionen und Begriffe, bei denen diese Parteien so tun, als hätten sie sie in Erbpacht genommen. Zu diesen Begriffen gehört auch das schöne Wort Freiheit.

Aber wir fragen: Sind denn jene freiheitlich, die die eigene Volkssouveränität in allen Belangen preisgeben, die die Entscheidungsbefugnis über unsere ureigensten Angelegenheiten auf eine anonyme Brüsseler Behörde übertragen und das Ausländerwahlrecht einführen wollen? Können jene mit Recht Freiheitsliebe für sich beanspruchen, die die Verfügungsgewalt über unsere Grenzen wegwerfen und widerspruchslos die Verhunzung unserer Sprache und Kultur hinnehmen? Alle jene, die praktisch eine Fremdherrschaft herbeiführen, wodurch das Wort Demokratie, das doch Volksherrschaft bedeutet, sinnentleert und ins Gegenteil verkehrt wird? Nein, die wahren Kämpfer für die Freiheit sind wir!

Volkstreue als Umweltschützer

Auch auf dem Gebiet der Ökologie muß endlich begriffliche Klarheit geschaffen werden. Denn die naturgegebenen Umweltschützer sind auch hier die nationalen, die volksbewußten Menschen.

Wir wollen den uns verbliebenen, so engen Lebensraum erhalten und das in Jahrtausenden hier gewachsene Volks bewahren. Es geht also um »Artenschutz« auf höchster Ebene und nicht nur um die Erhaltung seltener Pflanzen oder Krötenarten.

Der Partei der »Grünen« muß endlich die Maske vom Gesicht gerissen werden, weil sich hinter ihrer ökologischen Fassade eine volksfeindliche neomarxistische Politik verbirgt. Indem die »Grünen« behaupten, der Umweltschutz sei ihr Hauptanliegen, sind sie politisch für »freies Fluten«, das heißt, für die Überschwemmung unseres Restraumes durch Fremde aus allen Ekken der Welt. Die »Grünen« spotten so ihrer selbst und merken nicht wie. So wird hier eine gute und notwendige Idee, nämlich die des Arten-, Natur- und Umweltschutzes, schändlich mißbraucht.

Der ökologische Gedanke umfaßt aber was Ganzheitliches, und deshalb sind die Volkstreuen seine gegebenen Vermittler und Verfechter. Indem sie von Ökologie reden, sind die »Grünen« die eifrigsten Helfershelfer der sich anbahnenden multikulturellen Gesellschaft und des unvermeidlichen Chaos, das eine solche verursacht, mit der dann unabwendbar totalen Zerstörung der Umwelt. Nur wenn sich die nationalen Gruppen in Deutschland wie in ganz Europa freiheitlich und ökologisch ausrichten, werden sie Erfolg haben. Dann wird auch die längst fällige Revision des heute noch gültigen verlogenen und einseitigen Geschichtsbildes stattfinden.

Nationalstaat gegen Multikultopia

Wenn der Staatsgedanke überhaupt Sinn haben soll, dann zunächst den, daß jedes Volk seinen eigenen, ihm zuträglichen Staat besitzt. Dies ist die natürlichste Staatsauffassung. Solches ließ sich leider nicht überall verwirklichen. So besaßen zum Beispiel Völker wie die Kurden oder Basken nie einen eigenen Staat, und im heutigen Israel sind nur etwa ein Viertel bis ein Fünftel aller Juden der Welt vereinigt.

Auch war kaum je ein europäischer Staat ganz ohne fremde Minderheiten, was zu Konflikten führte. Hier muß dem weitverbreiteten Vorurteil entgegengetreten werden, eigentlich sei der Nationalstaat an allen Kriegen und Übeln der Welt schuldig. Die geschichtliche Wahrheit aber würde die Zensuren eher umgekehrt verteilen. Die größten und grausamsten Blutbäder wurden nämlich stets durch übernationale weltbürgerliche Ideen und Religionen ausgelöst, wie die christlichen »Kreuzzüge« und die »heiligen Kriege« des Islams und anderer Weltreligionen beweisen.

Der 30jährige Krieg, der unser deutsches Volk an den Rand der völligen Vernichtung führte, war in erster Linie ein Religionskrieg, den dann fremde Staaten für ihre Zwecke ausbeuteten.

Und wer war denn in moderner Zeit die umfassendste internationale weltbürgerliche Bewegung? Doch zweifellos der Marxismus! Was dieser aber nicht nur in Rußland und den Randstaaten, sondern in nahezu allen Staaten der Welt durch Revolution, Umsturz und Massenmord angerichtet hat, ist hinlänglich bekannt. In Kambodscha haben die Roten Khmer jeden umgebracht, der mehr als seinen Namen schreiben konnte.
Auch die beiden Weltkriege waren keineswegs so eindeutig Nationalkriege, wie das gerne dargestellt wird. Sie wurden zumindest von der späteren Siegerseite als internationale Kreuzzüge für »Demokratie und Sozialismus« geführt. Der Konflikt mit Polen oder selbst die Auseinandersetzung zwischen Berlin und Moskau nach 1933 hätten durchaus lokalisiert werden können. Erst die britische Kriegserklärung mit dem gleichzeitigen Kriegseintritt von Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika sowie das spätere Eingreifen der USA machten 1914 wie 1939 aus einem europäischen Grenzkrieg den Weltkrieg mit allen Folgen.

Um aber vollends Klarheit zu gewinnen, müssen wir noch darauf hinweisen, daß es sich bei den über 100 Staaten der dritten und vierten Welt, die zumeist erst um 1960 entstanden sind, durchweg um »multikulturelle Gesellschaften« und nicht um Nationalstaaten handelt. Daher dort das dauernde Chaos »permanenter Revolution« mit Umsturz, Elend und Flüchtlingsströmen. Was sich dort jeweils »Staat« nennt, ist die Konstruktion nach den Verwaltungsgrenzen der ehemaligen Kolonialherrschaften. Daher haben diese Staaten auch keinerlei Tradition außer eben jener europäischen Kolonialprotektorate.

Innerhalb der Grenzen dieser neugebackenen Gebilde tummeln sich meist Dutzende, ja Hunderte verschiedener Rassen, Stämme, Sprachen, Dialekte, Religionen und Kulturen. Mit welchen Folgen, läßt sich leicht ausmalen. Als 1967 die Ibos, ein Volk mit relativ hoher Kultur, das in den Vielvölkerstaat Nigeria hineingezwungen wurde, versuchten, nach schweren Verfolgungen ihren eigenen Staat Biafra zu gründen, wurde dieser Versuch in einem dreijährigen blutigen Bürgerkrieg unterdrückt, wobei die UNO mit ihren Organisationen sowie die gesamte Staatenwelt in Ost und West eifrig Beifall klatschten. Alles sollte eben eingeebnet werden.

Es bildet daher den Gipfel der Unvernunft, jenes multikulturelle und multirassische Chaos der »Entwicklungsländer« auf die ganze Welt, insbesondere auf Europa ausdehnen zu wollen. □

Banker-Journal

Der Fall Barschel und der Iran-Contra-Konflikt

Die Zeitschrift »stern« schnitt in einem kürzlich veröffentlichten Artikel, der eine Kehrtwendung gegenüber der Berichterstattung des gleichen Blattes über die letzten vier Jahre hinweg darstellt, das Thema an, daß Barschel 1987 nicht Selbstmord beging, sondern tatsächlich ermordet wurde. Zu den vom »stern« dokumentierten Anhaltspunkten zählt die Tatsache, daß während des gleichen Wochenendes vom 10. bis 11. Oktober 1987, als Uwe Barschel im Hotel Beau Rivage in Genf starb, in verschiedenen Hotels zahlreiche mächtige Waffendealer in der Stadt waren.

Barschel war, kurz bevor er starb, durch einen politischen Skandal als Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein zurückgetreten. CODE berichtete seinerzeit, daß sein Tod, der amtlich als Selbstmord erklärt wurde, in das Schema ungeklärter Morde an Einzelpersonen, die mit der Iran-Contra-Sache Waffen für Geiseln in Verbindung gebracht wurden, die über geheime Kanäle der amerikanischen Regierung abgewickelt wurden, hineinpasse. Jetzt räumt das Nachrichtenmagazin nachträglich ein, das CODE Recht hatte.

Einer Zeugenaussage von Charles Tauss, dem Sicherheitschef des Noga Hilton in Genf, zufolge, fand vom 10. bis 11. Oktober 1987 eine »hochpolitische und hoch explosive Zusammenkunft zwischen den Südafrikanern, Israelis, Iranern und Amerikanern in diesem Hotel statt.« Unter denjenigen, die sich seinerzeit in Genf befanden, schreibt der »stern«, befanden sich Adnan Khashoggi, Alex Illrich (USA), Mansur Bilbassy (Jordanien), Ahmad Khomeini (Iran, Sohn von Ayatollah Khomeini), Rafiq Dust (Iran). Der »stern« führte auch andere mit dem CIA und deutschen Geheimdiensten in Verbindung stehende Personen auf, die sich an diesem Wochenende in Genf aufhielten.

Gerichtlich verwertbare Untersuchungen der Leiche Barschels widersprechen der »Selbstmord«-Theorie, schrieb der »stern«, und fügte hinzu, daß Signale auf hoher Ebene, die eine Vertuschung der Barschel-Affäre empfahlen, aus der Bundesrepublik kamen.

Von einem hochstehenden Informanten in Deutschland erfuhren unsere Korrespondenten, daß der kürzliche Rücktritt von Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg mit der Wiederaufnahme des Falles Barschel in Zusammenhang stehe. Stoltenberg war Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, bevor er Verteidigungsminister in Bonn wurde. Während seiner Amtszeit als Ministerpräsident seien viele geheime Waffenverkäufe unter Beteiligung staatseigener Werften abgewickelt worden, die bis in die Amtszeit seines Nachfolgers Uwe Barschel hinein weitergeführt wurden. □

Albanien ersucht UNO um Krisenhilfe

Der Londoner »Guardian« berichtete, Gesetz und Ordnung in Albanien hätten sich dermaßen verschlechtert, daß sich die neue albanische Regierung um Hilfe an die Vereiniten Nationen gewandt habe, und die UNO habe sich bereit erklärt, »Trainingslager« einzurichten, um die Polizei neu zu organisieren und den wachsenden illegalen Drogenhandel einzudämmen.

Gleichzeitig habe der albanische Verteidigungsminister Safet Zhulali die Vereinigten Staaten gebeten, Albaniens Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO zu unterstützen und sich dabei auf neue serbische »Provokationen« an der serbisch-albanischen Grenze und auf »Pläne und Ziele« der Serben in Kosovo berufen.

Laut »Guardian« befindet sich die albanische Wirtschaft in »einer ernsten Notlage«. Arbeiter im größten Kohlenbergwerk des Landes befinden sich wegen einer Lohnerhöhung um 300 Prozent im Streik, aber es wurde ihnen gesagt, das Bergwerk sei unrentabel und es stünden keine Gelder für diesen Zweck zur Verfügung. Wesentlich notwendige Rohmaterialien und Ausrüstungsteile werden von anderen Fabriken nicht geliefert, weil diese bereits bankrott sind.

Die Landwirtschaft des Landes wird von Offiziellen als sich »in einem Zustand völliger Lähmung befindlich« bezeichnet, während Landbesetzung um sich greift. Landwirtschaftliche Gebäude, Maschinen und Bewässerungssysteme werden zerstört, und wo eine Neuverteilung von Ländereien vereinbart worden ist, haben die Kleinbauern weder Insektenvertilgungsmittel noch Saatgut. Und dennoch sollen Spekulanten aus Düngemitteln, die als Hilfsleistung aus Amerika geliefert werden, riesige Gewinne machen.

Jeffry Sachs von der Harvard University und seine »Schocktherapie«-Mannschaft beraten die neue albanische Regierung, und Sachs' Kumpels in Europa haben das »albanische Modell« wohlwollend als »Erfolgs-Story« zitiert, das auch von Rußland übernommen werden sollte. □

Perots Politk: Ein Mythos, keine Legende!

H. (Henry) Ross Perot sagt, er sei »ein Mythos, keine Legende«, und »was Sie sehen, bekommen sie auch«. Gut gesagt, Mr. Perot! Aber das ist nicht genug. Einige von uns möchten gerne wissen, was wirklich Ihre politischen Überzeugungen sind. Obwohl Perot in seiner Kritik, wie die amerikanische Regierung geführt wird, und was an Amerika faul ist, sehr offenherzig ist, hütet der texanische Milliardär und Selfmademan eifersüchtig eigene politische Ansichten. In einem kürzlichen Interview sagte er zu der Zeitschrift »Newsweek«: »Jeder will eine Stellungnahme von jedem, angefangen von Fröschen über Moskitos bis zum Defizit. Ich bin ein Kandidat, ich werde Euch Kerlen dies alles geben. Aber ich tue es jetzt noch nicht. Ich will die Sache gut machen. Und wenn ich kein Kandidat bin, brauche ich das nicht zu tun.«

Man kann vernünftigerweise immer noch annehmen, daß wir es schaffen werden. Wie der Softwareverkäufer mit seiner Firma Electronic Data Systems Milliarden von Dollar eigenes Vermögen machte, indem er den von der Regierung geförderten Programmen Medicare und Medicaid Computerprogramme verkaufte, steht Perot wahrscheinlich den Demokraten nahe. Ein weiterer Hinweis darauf, daß er den Demokraten wohlgesinnt ist, ist seine Erklärung gegenüber »Newsweek«: »Die republikanischen Betreiber von schmutzigen Spielen sind zu Tode darüber beunruhigt, was ich bin. Sie versuchen, mein Image für das amerikanische Volk umzumodeln, in eine neue Person umzugießen, die das Volk wenig attraktiv findet. Es sind nicht die Demokraten, es sind die Republikaner.«

Darüber hinaus hat Perot hinter den Kulissen mehr als nur ein paar Zusammenstöße mit der Bush-Regierung gehabt, vor allem seitdem er damit begann, als Kandidat um die Präsidentschaft aufzutreten.

Den IRS (Einkommensteuerbehörde) auf Perot anzusetzen, wie es das Weiße Haus im vergangenen Jahr getan hat, ist kein akzeptabler Weg, mit einem Parteigegner fertigzuwerden. Aber es ist völlig in Ordnung, wenn versucht wird, einem Demokraten eine Lektion zu erteilen. In ähnliche Richtung deutet die kürzliche Kehrtwendung der Federal Aviation Administration (Bundesluftfahrtbehörde), die jetzt der Erweiterung eines Flughafens in Texas, in den Perot und dessen Sohn stark investiert haben, die Genehmigung verweigert, auf mehr als nur eine Verärgerung des Weißen Hauses hin.

Was auch darauf hindeutet, daß Perot ein Westentaschen-Demokrat ist, ist seine Einstellung für Abtreibung und für die Einschränkung des Waffenbesitzes.

Wie wir schon sagten, Perot ist zu klug, zu glauben, daß er einen dritten Parteisieg erringen kann, selbst angesichts dessen, was jetzt eine weniger als glückliche Wahl für den amerikanischen Wähler zwischen Bush und Clinton zu werden verspricht. Aber er mag starrköpfig genug sein, um das zu versuchen. Wir neigen jedoch weiterhin zu der Ansicht,

das Perots eigentliches Spiel darin besteht, »Slick Willie« die Schau der Ernennung zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten zu stehlen. Aber ungeachtet der eigenen engen geheimen Verbindungen zur zionistischen Pro-Israel-Lobby zweifeln wir daran, daß der populistische Cowboy, wie schlau er auch immer sein mag, das Rennen machen wird. □

Cousteau soll Prozeß gegen Kolumbus inszenieren

Jacques Cousteau, der französische Naturforscher und Seefahrer, traf in Mexico City ein und verkündete seine Absicht, Christopher Kolumbus wegen Völkermords vor Gericht zu stellen und die lateinamerikanische Kampagne gegen die Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der Entdekkung Amerikas anzuführen.

»Kolumbus wird wegen seiner Verbrechen in der Karibik vor ein Kriegsgericht gestellt; sein Unternehmen, einst ›wunderbar‹ genannt, hat sich in der heutigen Generation, die auf eine neue Welt der allgemeinen Abrüstung und des Friedens zusteuert, von dem Konzept des Guten zum Schlechten verwandelt«, erklärte Cousteau. Er sagte, Kolumbus »Landung in der Karibik sei ›ein Blutbad‹ und Kolumbus Verbrechen seien so ungeheuerlich gewesen, daß ein Prozeß nach Nürnberger Art erforderlich sei«.

Da sie ausgerechnet von Cousteau kommt, ist die Beschuldigung des Völkermords gegen Kolumbus besonders ironisch, da Cousteau im November 1991 in einen Interview mit dem »Unesco Courier« zur Beseitung von 350000 Menschen pro Tag aufrief, um »die Umwelt zu retten«. »Sich von Viren zu befreien, ist ein bewundernswerter Gedanke, das wirft aber enorme Probleme auf«, sagte Cousteau. »...Es ist schrecklich, dies sagen zu müssen. Die Weltbevölkerung muß stabilisiert werden, und um dies zu tun, müssen wir 350000 Menschen pro Tag beseitigen. Dies ist eine so schreckliche Vorstellung, daß wir es nicht einmal aussprechen sollten. Aber die allgemeine Situation, in der wir uns befinden, ist bejammernswert.« □

Libanesische Regierung stürzt nach Aufständen

Der libanesische Ministerpräsident Omar Karami trat nach Aufständen im ganzen Land als Reaktion auf die katastrophale Wirtschaftslage zurück. Der unmittelbare Auslöser dafür war, daß das libanesische Pfund die Quote von über 3000 zum amerikanischen Dollar erreichte. Aber aus gewissen Kreisen verlautet, daß die Unruhen auch Ausdruck des Widerstands gegen die Besetzung des Landes durch Syrien seien. In der Hauptstadt des Landes fanden wochenlang Protestaktionen und Streiks statt.

Aus libanesischen Quellen verlautet, daß die Wirtschaft zusammengebrochen sei, nicht nur wegen der durch anderthalb Jahrzehnte verursachten Zerstörung, sondern auch weil jede internationale Finanzhilfe an die Regierung de facto abgeschnitten sei. Aus den gleichen Quellen verlautet, daß ungeachtet dessen, die Vereinigten Staaten wesentlich dazu beigetragen haben, die prosyrische Karami-Regierung an die Macht zu bringen, die USA diese als zu sehr von Syrien dominiert ansehen, und eine Änderung verlangt hätten, bevor irgendwelche Gelder aus dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank oder dem Internationalen Fonds für den Libanon, der sich aus den USA, der Europäischen Gemeinschaft, Japan und Saudi-Arabien zusammensetzt, freigegeben werden können.

Gerüchte im Libanon besagen, daß die aus den Fugen geratene Inflation durch den Ankauf von Dollar im Libanon durch saudiarabische Kreise ausgelöst worden sei, um eine Regierungsänderung zu erzwingen. Saudi-Arabiens Mann im Libanon ist Rafiq Hariri, ein libanesischer Millionär mit engen Bindungen an die saudische Königsfamilie, dessen Name als möglicher Ministerpräsident genannt wird. Es wird berichtet, daß, sollte er gewählt werden, dies eine dramatische Verschiebung weg von Syrien bedeuten würde, das 35000 Soldaten im Land unterhält. □

Harte Urteile für de Benedetti und seine Freunde

Carlo de Benedetti, Vorstandsvorsitzender der Olivetti Corporation, und verschiedene Führer der italienischen Freimaurerloge »Propaganda 2« erhielten im April von einem italienischen Richter nach ihrer Verurteilung wegen Betrugs bei dem Zusammenbruch der Banco Ambrosiano im Jahre 1982 hohe Gefängnisstrafen. De Benedetti, der frühere stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Ambrosiano, erhielt eine Haftstrafe von sechs Jahren und vier Monate, zwei Monate mehr als der Staatsanwalt beantragt hatte. Der Leiter der P-2, Licio Gelli, erhielt eine Haftstrafe von 19 Jahren. Alle 33 Angeklagten wurden von dem vorsitzenden mailänder Richter für schuldig befunden.

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Banco Ambrosiano, Roberto Calvi, wurde für nicht schuldig erklärt, weil er 1982 bereits an der Blackfriars Bridge in London erhängt aufgefunden worden war. Ein gut unterrichteter italienischer Beobachter in London suggerierte, daß die Verurteilung mit dem derzeitigen heftigen internen politischen Krieg in Italien zusammenhängen könnte. »Vielleicht ist das Urteil gegen de Benedetti kein Zufall«, sagte er. »Er war die Hauptfinanzstütze der Republikanischen Partei des (Giorgio) La Malta.« □

USA wollen lateinamerikanische Ölfelder besetzen

Die Zeitung »Journal de Brasilia« veröffentlichte einen Artikel von Rubem Azevedo Lima über amerikanische Pläne von 1975, in Venezuela, Nigeria und andere Länder einzumarschieren, um die Ölfelder zu übernehmen. Der auf einem Dokument der US-Regierung fußende Bericht wird in Lateinamerika überall verbreitet. Azevedo berichtet, daß die Pläne von 1975 immer noch akut seien. »Ein Teil, der in dem Dokument beschriebenen Strategie, wurde 1983 entworfen, als während einer Sitzung des Council of the Americas in Vail, Kalifornien (sic – muß Colorado heißen) Pläne veröffentlicht wurden, Schulden gegen das Billigkeitsrecht der meisten bedeutenden Unternehmen auf dem Kontinent, besonders Pemex in Mexiko, Petrolos Venezolanos und Petrobras in Brasilien, auszutauschen.

In dem Artikel heißt es, die Informationen über die amerikanische Kongreß-Studie des Development Coordination Committee, wo die Invasionspläne vorgelegt wurden, stammen von dem Information Project for Africa/Glasnost Subscription Service. □

Französiche Kritik am Vertrag von Maastricht

Der Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Maurice Allais verurteilte in einem Kommentar in der französischen Tageszeitung »Le Figaro« den Maastricht-Vertrag der Europäischen Gemeinschaft zur Einigung Europas, den er »potentiell gefährlich für unsere Zukunft« nannte, als Verletzung der Souveränität der Länder.
Es gibt in Frankreich eine kleine, aber lautstarke Opposition gegen den Vertrag, darunter der Chevènement-Flügel der Sozialistischen Partei, die Kommunisten, Le Pens Front National und die RPR.

In seinem Artikel tritt Allais dafür ein, jene Bereiche, in denen die Bürokratie der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel die Macht zur Festlegung der Länderpolitik bekommen würde, genau zu definieren, weil der Vertrag andernfalls nur die »zentralisierende, dirigistische, technokratische, bürokratische, unitarianische und jakobinische Tendenz der Brüsseler Kommission verstärken wird«. □

Weltwirtschaft

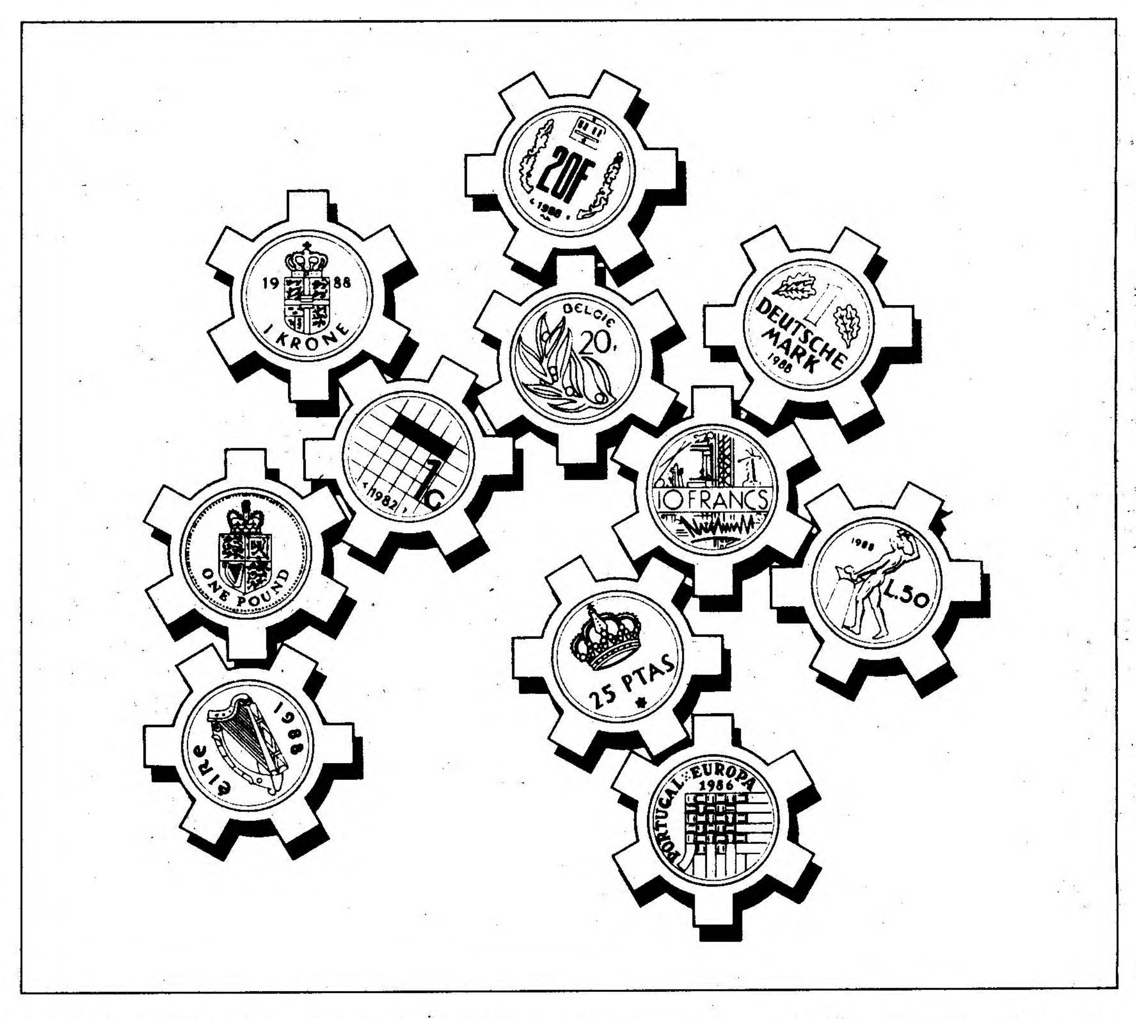
Kommt die Stabilität?

C. Gordon Tether

Es gibt ermutigende Anzeichen dafür, daß der so sehr benötigte Abschwung im Tempo der Inflation sich weltweit fortsetzen wird – sogar so weit nach unten, daß die Quoten unter denen der sechziger Jahre sein werden. Die Bedeutung einer solchen Entwicklung für die breite Öffentlichkeit und für Geldanleger kann kaum überschätzt werden.

Die Expansion in der Weltwirtschaft Ende der achtziger Jahre und das damit einhergehende Wachstum der Bankkredite verkehrte den in der ersten Hälfte des Jahrzehnts bei der Bekämpfung des Inflationsübels gemachten Fortschritt ins Gegenteil. Aber, wie das Sprichwort heißt, es ist ein böser Wind, der niemandem etwas Gutes zuweht. Und der durch die Rezession, die über die letzten Jahre hinweg fast jeden Winkel der Erde erfaßt hatte, repräsentierte böse Wind hat uns in der Tat einen wertvollen Dienst erwiesen, insofern als er diesem Wiederaufleben eine kraftvolle Bremse anlegt.

Er tat dies auf zweifache Weise: Erstens dadurch, daß sich das Verhältnis Angebot-Nachfrage drastisch zum Vorteil von Waren und Dienstleistungen änderte. Zweitens dadurch, daß die Behörden davon überzeugt wurden, daß die beste Hoffnung, ihre Wirtschaften wieder dauerhaft zu gesunden, darin liegt, der Stabilisierung des Geldwertes ein für alle Male höchste Prioritäten einzuräumen.



Der dramatische Ausdruck dieser Veränderung im wirtschaftlichen Umfeld ist in den Entwicklungsländern zu erkennen – zu denen in diesen Tagen die meisten der Überreste des ehemaligen sowjetischen Imperiums gehören. Nach den Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurden deren Inflationsraten im Schnitt zwischen 1990 und 1991 halbiert. Bei einem Mittelwert 50 Prozent pro Jahr bleiben sie nach westlichen Maßstäben gemessen immer noch furchtbar hoch. Aber sie stellen für die unglücklichen Bewohner dieser Länder immer noch eine spektakuläre Verbesserung dar.

In den fortgeschrittenen Ländern war die Wendung zum Besseren an der Inflationsfront derart, daß derzeit die Inflationsraten auf den Bereich zwei bis vier Prozent zulaufen, während unmittelbar bevor die globale Rezession begann, um ihren Tribut zu fordern, sie im Schnitt dicht bei fünf Prozent lagen. Und es liegen darüber hinaus gute Gründe vor, anzunehmen, daß dieser Abwärtstrend noch eine Weile andauern wird.

Die Erholung kommt langsam in Schwung

Einerseits deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die Erholung in der Größenordnung, wie sie benötigt wird, um eine spürbare Veränderung im Wirtschaftsklima herbeizuführen, noch beträchtlich Zeit in Anspruch nehmen wird, um voll in Schwung zu kommen. Ebenso klar ist, daß dieses dann mit einigen zusätzlichen eindämmenden Faktoren fertigwerden muß. Einer davon sind die durch die Kreditbeschaffungs-Orgien der letzten Jahre hinterlassenen Schuldenprobleme. Ein anderer sind die Rückwirkungen des strukturellen Schadens, den ihr Gebäude durch ihre tiefe Verwicklung in diese Orgien erlitten hat, auf die Bankgemeinde.

Was dabei herauskommt ist, daß es handfeste Gründe dafür gibt, zu hoffen, daß im Verlauf der kommenden Jahren die Inflationsraten in der fortschrittlichen Welt – zum ersten Mal seit den sechziger Jahren – im Bereich von einem bis drei Prozent liegen werden. Die offensichtliche Frage lautet: Bedeutet dies, daß die Völker der großen Länder endlich in dem lange verheißenen Land des stabilen Geldes, oder eine enge Annäherung an diese Vorstellung, angekommen sein werden? Oder besteht andererseits die Gefahr, daß die Inflation wieder zurückprallen wird – wie sie es schon so oft getan hat –, jedesmal wenn es den Anschein hatte, als ob sie kurz davor stünde, endgültig von der Bildfläche zu verschwinden?

Ein Überblick über diesen Gesichtspunkt der Weltwirtschaftsszene in einer kürzlichen Ausgabe der monatlichen Zeitschrift »Revue« der American Express Bank kommt zu der beruhigenden Schlußfolgerung, daß wir zuversichtlich damit rechnen können, daß eine fast bei Null liegende Inflation in den großen Industrieländern für eine vorausschaubare Zukunft an der Tagesordnung bleiben wird. Und es

heißt weiter darin, daß eine solche Aussicht bedeutende stillschweigende Auswirkungen für die breite Masse und für Geldanleger im besonderen hat – Dinge, deren sie sich vielleicht noch nicht bewußt geworden sind.

Ein Vorgeschmack auf das Kommende

Man ist sich natürlich allgemein bewußt, daß eine niedrigere Inflation in den neunziger Jahren ein schnelleres und gesünderes Wirtschaftswachstum mit sich bringen sollte. Denn Regierungen hören niemals auf, zu verkünden, daß es bei ihren oft schmerzvollen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung ganz genau darum gehe. Was weniger verstanden wird, ist daß ein Umschalten auf Geldstabilität von jener Sorte von chronischer Inflation, an die wir gewohnt waren, Übergangsrisiken mit beträchtlichen potentiellen Folgen in sich bergen.

Eine dieser Folgen besteht in der Möglichkeit, daß dieses Umschalten, durch Änderung der Ausgabegewohnheiten der Leute – vor allem dadurch, daß man sie davon überzeugt, daß die Vorliebe dafür, jetzt zu kaufen und später zu zahlen, ihren Reiz verloren hat – tatsächlich eine deflationäre Lage herbeiführen könnte. Die Art und Weise in der die Preise von Eigentum und anderer greifbarer Vermögenswerte in der letzten Zeit in einigen Ländern gefallen sind, gibt uns einen Vorgeschmack auf das, was dies mit sich bringen könnte.
Ein weiteres Übergangsrisiko an der Abwärtsseite ist die Tatsache, daß die Leute eine Zeitlang noch nicht davon überzeugt werden können, daß die Inflation sich tatsächlich mit einer höflichen Verbeugung verabschiedet hat. Denn das könnte bedeuten, daß die realen Zinssätze – Nennsätze abzüglich Zuschlag für inflationäre Auswaschung des betreffenden Kapitals – hoch bleiben, und die anreizende Wirkung, die das Aufkommen eines Niedrigzins-Umfeldes auf die Wirtschaftstätigkeit haben sollte, hinausgezögert wird.

Man sollte auch daran denken, daß das Auftauchen stabilen Geldes es denjenigen, die Schulden haben, verwehren wird, die immerhin beträchtliche Hilfestellung zu genießen, die ihnen aus dem Verfall der realen Kosten ihrer Rückzahlungen erwachsen war. Bei einer Inflationsrate von nur fünf Prozent verringern sich kaufkraftmäßig die Kosten für die Rückzahlung einer zehn Jahre alten Schuld um sage und schreibe 40 Prozent. Wenn die Inflation aber auf ein Prozent gehalten wird, dann beläuft sich dieser »Bonus« nur auf ein Viertel dieses Prozentsatzes.

Geldanleger haben besonderen Grund, über die stillschweigende Auswirkung des Eintretens in ein Zeitalter der Inflation, die bei Null liegt, nachzudenken. Zunächst einmal müssen sie sich darüber klar werden, daß die nominellen Gewinne auf ihre Vermögenswerte geringer sein werden.

Ein Grund zum Nachdenken

Stärkeres Wirtschaftswachstum und das Aufkommen eines Umfelds der niedrigen Zinssätze sollten bedeuten, daß Aktien sich unter realen Aspekten einer größeren Wertschätzung erfreuen werden, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Nicht weniger relevant ist die Tatsache, daß, in der neuen Umgebung, Investitionen in greifbare Vermögenswerte – Häuser, Kunst, Edelmetalle – weniger lohnenswert sein werden, wobei andere Dinge gleich bleiben, als bislang, weil es offensichtlich denkbar ist, daß, sagen wir einmal bei Gebrauchsgütern, eine Rückkehr zum globalen Wachstum in der unmittelbar bervorstehenden Zukunft der entscheidende Faktor sein könnte.

Hier ist ein wenig Vorsicht am Platze. Die Dinge mögen letztendes doch nicht ganz so verlaufen, wie wir dies zum Zweck dieser Erörterung einmal angenommen haben. Die Inflationsrate in den USA hat in letzter Zeit tatsächlich einen geringen Fortschritt verzeichnet, der sie wieder auf vier Prozent herunterdrückte. Daher haben wir nicht den Punkt erreicht, wo es heißt, »alle Systeme funktionieren« für die investierende Öffentlichkeit. In diesem Stadium ist es von großer Bedeutung, daß ein neuer Tag dämmern könnte, und dies sollte man auf alle Fälle im Auge behalten. □

Finanzen

Die Krise der Kapitalisten

C. Gordon Tether

Das kapitalistische System der westlichen Welt bewegt sich weiter von Krise zu Krise, und es gelingt ihm irgendwie, den ungeheuren Druck, den die ausdauernden Krisen dem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben auferlegen, einzudämmen.

Jetzt hat jedoch einer der führenden internationalen Finanzbeamten gewarnt, man könne es nicht länger für bare Münze nehmen, daß nicht doch alle Stränge reißen werden; und er wies darauf hin, daß der Durchschnittsbürger bei der Ordnung seiner eigenen Finanzangelegenheiten gut daran tun würde, eine Politik der Abdichtung der Schotts zu betreiben.

Die drohende gigantische Finanzkrise

Alexandre Lamfalussy ist Generaldirektor der Bank for International Settlements, der Bank der Zentralbanker. Als solcher muß er den Finger auf den Puls des Finanzwesens der Welt legen, und er hat sich über die Jahre hinweg den Ruf erworben, dieser Pflicht auf höchst verantwortliche Weise nachzukommen; was offensichtich bedeutet, daß, wenn er versichert, die Welt laufe große Gefahr, von einer gigantischen Finanzkrise überrollt zu werden, für uns alle die Zeit gekommen ist, uns aufzurichten und zuzuhören.

Diese Explosion werde ausgelöst, erklärte er, durch das Tempo der Deregulierung des Finanzwesens und zweier weiterer Entwicklungen: Eine davon sei das Wachstum der Unstabilität bei den Preisen für Vermögenswerte. Könnte es ein besseres Beispiel dafür geben, als das Achterbahn-Verhalten der Aktienmarktwerte in Japan im Verlauf des vergangenen Jahres? Die andere sei das, was er als »Mangel an Durchsichtigkeit in Finanzsystemen« bezeichnete.
Mit weiteren Erläuterungen führte er aus, in einer Welt in der riesige Geldsummen unter Verwendung moderner Kommunikationsnetzwerke in Sekundenschnelle zwischen Organisationen verlagert werden können, finde man die Hauptzutaten für eine Umwelt, in der Preise für Vermögenswerte immer unstabiler werden – und somit die Gefahren der wachsenden Brüchigkeit erhöhen. Was die Dinge noch verschlimmert sei die Tatsache, daß sich diese Gefahren durch die »in Erscheinung tretende Undurchsichtigkeit vieler Finanzsysteme« summieren. Der sich stets erweiternde Spielraum für Abrechnungen außerhalb der Bilanz und die Schaffung von bislang unbekannten Verbindungen zwischen verschiedenen Teilen der Finanzdienste, erklärte er, habe eine Lage herbeigeführt, die mit dazu beigetragen hat, solche gewaltigen Skandale wie der Zusammenbruch der Imperien von Robert Maxwell und der Bank of Credit and Commerce (BCCI) überhaupt erst möglich zu machen.

Die Undurchsichtigkeit der Finanzsysteme

Es sei nicht notwendig, das Ausmaß des Schadens zu erhellen, den diese Erscheinungen bereits fast jedem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wohlergehens zugefügt haben. Kaum hatte sich die internationale Bankgemeinde von der Krise erholt, in die sie sich durch die Ausbeutung der offiziellen Deregulierung, um sich in eine Kreditbeschaffungs-Orgie in der Dritten Welt zu ergehen, gestürzt hatte, wurde sie auch schon in eine noch größere Krise gestürzt. Diesmal lag deren Schwerpunkt auf stark übertriebene Kreditver-

Die Krise der Kapitalisten

gabe in der fortgeschrittenen Welt.

Die Fäulnis sitzt bereits tief

Beweise für die heikle Lage, in die viele ihrer Bestandteile durch diese Katastrophen versetzt wurden sind, auf allen Seiten zu erkennen: In den Vereinigten Staaten wurden starke Säulen der Bankenstruktur, darunter viele Banken der ersten Liga und ein Großteil der Spar- und Darlehensbanken, nur duch gewaltige Einspritzungen von Steuergeldern vor dem sicheren Zusammenbruch bewahrt. Im Vereinigten Königreich ist die Fäulnis bereits so tief eingedrungen, daß das einzige Flaggenschiff des Finanzzentrums des Landes, die Midland Bank, sich schotten mußte, indem sie sich unter die Fittiche eines Hongkonger Finanzhauses begab.

Die Rückwirkungen dieser Umwälzungen auf dem Gebiet des Finanzwesens hatten Konsequenzen einer äußerst unerwünschten Art in anderen Lebensbereichen der kapitalistischen Welt. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß die von der internationalen Bankgemeinde begangenen Exzesse weitgehend dazu beigetragen haben, die düstere Rezession, die fast alle schrittmachenden Länder im Verlauf des vergangenen Jahres erfaßt hat, noch zu beschleunigen.

Sie taten dies insbesondere durch Erzeugung eines Inflationsproblems, das die Regierungen nur durch Einführung drastischer inflationshemmender Programme glaubten beseitigen zu können.

Das Übel tritt in Erscheinung

Das Wiederauftauchen des Übels der Rezession hat seinerseits die Flammen der sozialen Unruhe auf nicht unbestimmte Weise angefacht. Dies kam mit anderen Faktoren zusammen und bereitete der Ausweitung politischer Unstabilitäten einen fruchtbaren Boden.
Die spannungsgeladenen Wahlschlachten, die in den ersten Monaten des laufenden Jahres in Amerika, Britannien, Frankreich, Italien, Deutschland, um nur einige der Opfer zu nennen, tobten, legten allzu schmerzhaftes Zeugnis für alle diese Entwicklungen ab.



Seit dem Sturm auf die New Yorker Banken Anfang der dreißiger Jahre ist der Kapitalismus nicht zur Ruhe gekommen.

Die Kontrolle wird immer schwieriger

Es braucht nicht gesagt zu werden, nichts wird wahrscheinlicher eine ausgedehnte Finanzkrise über den Punkt hinausdrängen, von wo es kein Zurück mehr gibt, als ein akutes Wachstum der Besorgnis über soziale und politische Realitäten. Daher wandte der Leiter der Bank for International Settlements offensichtlich nicht etwa nur eine Taktik des Angsteinjagens an, als er warnend darauf hinwies, daß wir jetzt erkennen müssen, daß eine reale Gefahr besteht, daß die Schwierigkeiten, die das internationale Finanzwesen heimsuchen, aus der Hand gleiten könnten.

Die Interventionsübungen, die Regierungen auf beiden Seiten des Atlantiks veranstaltet haben, um die früheren weltweiten Finanzkrisen unter Kontrolle zu halten, haben ihren Zweck erfüllt. Aber die dabei entstandenen gewaltigen Kosten haben die öffentlichen Haushalte in vielen Fällen stark belastet. Daher mag es wohl beträchtliche Schwierigkeiten geben, die viel größeren Ressourcen locker zu machen, die erforderlich sind, um eine neue Krise solcher Art, wie Lamfalussy sie voraussieht, in den Griff zu bekommen.

Auf die Sicherheit der Gelder achten!

Die Hoffnung muß bestehen bleiben, daß die Regierungen der schrittmachenden Länder damit aufhören, sich in bezug auf das fortlaufende Wachstum der potentiell explosiven internationalen Finanzspannungen so überheblich zu verhalten, wie sie es bislang getan haben.

Hinweise darauf, daß Amerika bei der globalen wirtschaftlichen Erholung endlich die Führung übernehmen wird, sollten dazu beitragen, das Tempo der Verschlechterung in der Finanzwelt zu verlangsamen. Aber es scheint jetzt mehr als klar zu sein, daß es nur einen sicheren Weg gibt, zu verhindern, daß auf diesem Gebiet alle Stränge reißen. Dies ist ein Vorstoß der führenden Länder, die schicksalhafte Deregulierung des Weltfinanzverkehrs, die eine solche giftige Mischung erzeugt hat, wieder rückgängig zu machen.
Indessen sollte der Durchschnittsbürger sorgfältig darauf achten, wie seine Ersparnisse investiert werden, um sicherzugehen, daß, falls ein neuer Wirbelsturm unterwegs sein sollte, er dann gut vorbereitet ist, diesem zu widerstehen. Zur gegenwärtigen Zeit sollte man zum Beispiel der Sicherheit seiner Gelder einen höheren Vorrang einräumen, als nur darauf bedacht zu sein, die höchsten verfügbaren Zinsen darauf einzuheimsen. □

Bevölkerung

In fünfzig Jahren zehn Milliarden Menschen

Die Weltbevölkerung – derzeit 5,5 Milliarden – wird sich mehr als verdoppeln, bevor sie sich stabilisiert. Sie wird voraussichtlich 6 Milliarden 292 Millionen im Jahr 2000 betragen, 8 Milliarden 645 Millionen im Jahr 2025 und 11 Milliarden 569 Millionen im Jahr 2100. Diese Zahlen stammen aus einem Bericht, den der für Umweltfragen zuständige EG-Kommissar, Carlo Ripa di Meana, in Auftrag gegeben hatte.

Diese wahre Bevölkerungsexplosion findet fast ausschließlich in den Entwicklungsländern statt. Und gerade die sind am wenigsten darauf vorbereitet, kurzfristig Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dabei ist diese Prognose noch ausgesprochen optimistisch. Schlimmstenfalls könnte sich die Bevölkerung sogar verdrei- oder vervierfachen und so im kommenden Jahrhundert die 20-Milliarden-Grenze erreichen. Nur eine massive Intensivierung der Planungen könnte den Schaden begrenzen – durch Eindämmung des Bevölkerungswachstums unter acht Milliarden Menschen.

Dieser Junge aus Kamerun kann sich satt essen. Aber Armut und Hunger werden bei einer wachsenden Weltbevölkerung immer krassere Formen annehmen. Es wird höchste Zeit die Handelspolitik der großen Industrieländer der Welt zu ändern.

Ein apokalyptisches Szenario

Viele Entwicklungsländer würden in Armut versinken, Lebensmittel, Energie und Wasser würden knapp, Arbeitslosigkeit und Elend in den Städten würden zunehmen. Die Folgen: Wirtschaftliche Stagnation, soziale Not und tiefgreifende politische Veränderungen. Eine verzweifelte Situation, die die Regierungen dazu verleiten könnte, natürliche Ressourcen zu erschöpfen, um der unmittelbarsten Not Herr zu werden. Dies wäre ein guter Nährboden für absolutistische und repressive Regime.

Solche Bedingungen könnten auch dazu führen, daß diese Länder vermehrt Unterstützung und humanitäre Hilfe bei der Europäischen Gemeinschaft erbitten, die damit Ziel einer regelrechten »wirtschaftlichen Aggression« wäre. Nicht auszudenken wären auch die Risiken einer gewaltigen Völkerwanderung in Richtung Mitgliedstaaten.

Die Probleme der Armut

Ein apokalyptisches Szenario, das leider keine Vision mehr ist, denn die Zukunft hat bereits begonnen. EG-Kommissar Ripa di Meana wollte das Schweigen der Politiker zu diesem Thema brechen, da nun alle Forschungsergebnisse zeigen, daß Umweltzerstörung infolge von Bevölkerungswachstum ein Problem ersten Ranges geworden ist.

Die Frage ist nun, ob die Europäische Gemeinschaft ihre Interessen erkennen und entsprechend handeln kann. Auf jeden Fall wird sie früher oder später reagieren müssen, durch eine breit angelegte Zusammenarbeit beziehungsweise durch erforderliche Sofortmaßnahmen, um die Probleme zu bekämpfen, die durch eine von Armut geprägte Welt entstehen. Kommissar Ripa di Meana schien wirklich nicht optimistisch. Er weigerte sich, am Umweltgipfel in Rio de Janeiro teilzunehmen, enttäuscht über das Zögern der Mitgliedstaaten und ihre Unfähigkeit, die von der EG-Kommission unterbreiteten Vorschläge anzunehmen.
Doch die Kommission will nicht ruhen. Den Autoren des Berichts zufolge muß sie schon jetzt die Probleme verstehen und behandeln, die aus der Verbindung von Bevölkerungswachstum und Umwelt entstehen. Sie muß enger mit anderen Ländern, insbesondere den Entwicklungsländern, zusammenarbeiten, damit gemeinsam die notwendigen Aktionen eingeleitet werden können.

Konkret müßte die Gemeinschaft die demographischen Faktoren in ihre Entwicklungsplanungen mit einbeziehen und verstärkt Aktionspläne ausarbeiten, die der Bevölkerungsentwicklung Rechnung tragen. Ferner müßte sie bis zum Jahr 2000 vier Prozent der gesamten offiziellen Entwicklungshilfe in die Familienplanung investieren. Die Ausgaben hierfür würden sich damit versiebenfachen. Sie müßte die Situation der Frauen insbesondere in Ausbildung und Beruf verbessern. Und schließlich müßte sie in den Entwicklungsländern den Gebrauch von Verhütungsmitteln propagieren.

Verbesserung der Situation der Frauen

Neben diesen Aktionen zur Bevölkerungsentwicklung will die Kommission auf der strengen Anwendung einer Steuer auf Energie und CO_2-Emissionen bestehen. Damit sollen das Klima stabilisiert und der Treibhauseffekt bekämpft werden. Dafür ist eine Reduzierung der CO_2Emissionen um 60 Prozent nötig. Ferner müssen Maßnahmen zur Verbesserung der Energienutzung angestrebt werden, insbesondere durch den Transfer fortschrittlicherer Technologien in die Entwicklungsländer. Ebenfalls vorrangig und in großen Maßstab muß die Wiederaufforstung betrieben werden, damit Kohlendioxyd aus der Atmosphäre absorbiert wird. Der schrittweise Verzicht auf Stoffe, die die Ozonschicht zerstören, muß noch vor 1995 vollzogen werden.

Die Handelspolitik muß geändert werden

Auch ist dringend geboten, die Entwicklungshilfe zu erhöhen, die derzeit noch rund 60 Milliarden DM umfaßt. Das entspricht 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Gemeinschaft. Die Handelspolitik muß noch geändert werden, damit die Wirtschaftspartner der EG angeregt werden, ihre Umweltpolitik zu verstärken.

Die Mitgliedstaaten der EG und die großen Industrieländer der Welt müssen nun endlich begreifen, daß die Uhr fünf vor Zwölf zeigt und daß keine Zeit mehr zu verlieren ist. □

Trilaterale Kommission

Rockefeller und Kissinger fordern mehr Freihandel

Peter Blackwood

Der Bankier der Trilateralen Kommission, David Rockefeller, und Henry Kissinger trafen im April in Washington zu einer Konferenz zusammen, um zu erörtern, wie gewährleistet werden kann, daß die Wirtschaften des Kontinents völlig vom »Freihandel« beherrscht werden. Auf diese Weise würde die Ausplünderung Lateinamerikas nicht nur fortgesetzt und abgesichert, sondern dem Kontinent könnte eingeschärft werden, mitzuhelfen, das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) der ganzen Welt aufzuzwingen. Hintergrund aller Gespräche war jedoch eine reale Besorgnis darüber, wie die Revolution gegen diese Politik, die jetzt in Lateinamerika ausbricht, gestoppt werden kann.

Hunderte von Geschäftsleuten, die meisten von ihnen aus Lateinamerika, wohnten dem sogenannten »Forum of the Americas« bei. Dessen Titel lautete: »A Public Policy Conference on Open Trade and Investment: A Vision and an Agenda for the Americas« (»Konferenz über Freihandel und Investitionen: Eine Vision und eine Tagesordnung für die Amerikas«), und es wurde gemeinsam von Rockefellers Americas Society, dem Latin American Business Council (CEAL) und dem Business Council on National Issues (BCNI), in Zusammenarbeit mit Nicolás Barlettas International Center for Economic Growth (ICEC) gefördert.

Der Held eines Walt-Disney-Films

Nach seiner anmaßenden Behauptung zu urteilen, die Schuldenzahlung Lateinamerikas würden das amerikanische Bankwesen vor dem Zusammenbruch retten, schien Rockefeller einem Walt-Disney-Film entsprungen zu sein. »Es ist eine glückliche Ironie, zumindest für mich als Banker«, sagte er, »daß Reformen in Lateinamerika die Wirtschaftsszene so verändert haben, daß einige amerikanische Banken mit der jetzt gewinnbringenden Restschuld Lateinamerikas rechnen, um ihnen über ihre uneinbringlichen Immobiliendarlehensforderungen in diesem Lande hinwegzuhelfen.«

Zeitplan für die Eine-Welt Amerikas

Obwohl diese blutdürstigen Banker, die aus Lateinamerika durch die Konditionalitäten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Freihandelsbedingungen, die die Wirtschaften des Kontinents »geöffnet« haben, herausgeplünderten Milliarden wirklich benötigen, werden diese Gelder die amerikanischen Banken keineswegs vor dem Zusammenbruch retten.

Das Duo Rockefeller-Kissinger erteilte unmißverständlich seine Marschbefehle. Rockefeller verlangte in seiner Rede, daß bis spätestens 2000 im Einflußgebiet eine Freihandelszone eingerichtet wird, und Kissinger sagte, daß das North American Free Trade Agreement (NAFTA) vor den US-Wahlen im November abgeschlossen werden müsse.
»Ich glaube, diese Konferenz muß ausdrücklich zu einem Freihandelsabkommen aufrufen, das die gesamte Hemisphäre von der Insel Baffin bis Feuerland umfaßt. Und das nicht zu einem unbestimmten Zeitpunkt. Wir müssen zu einer Freihandelszone der amerikanischen Hemisphäre bis spätestens zum Jahr 2000, also in acht Jahren, kommen. Das heißt acht Jahre, möchte ich schnell hinzufügen, für den Abschluß der Freihandelsvereinbarung«, sagte Rockefeller vor der Konferenz.
Dies war das erste Mal, daß irgendjemand der Enterprise of the Americas Initiative der Bush-Regierung einen spezifischen Zeitplan zugeordnet hat. Die Aufgabe der Konferenz, sagte Rockefeller, besteht darin, »die geistigen und praktischen Fundamente zur Modernisierung der sozialen, politischen und rechtlichen Strukturen dieser Hemisphäre zu legen, so daß sie die Mission übernehmen können, die Wirtschaftsfreiheit zu gewährleisten.«

In der Tat gab Bush am darauffolgenden Tag zu erkennen, daß er seine Befehle erhalten hatte, als er zu seiner Zuhörerschaft sagte: »Sie mögen davon gehört haben, daß einige die Ansicht vertreten, die Politik werde eine Verschiebung des North American Free Trade Agreement bis nach der Wahl diktieren. Nun, diese Stimmen sprechen nicht für mich. Jetzt ist die günstige Gelegenheit dazu. Ich habe unsere Unterhändler angewiesen, ihre Arbeit zu beschleunigen. Ich glaube, wir können noch vor der Wahl ein gesundes, vernünftiges Abkommen treffen, sobald es fertig ist«. Bush log drauflos, daß NAFTA in den Vereinigten Staaten tausende von »guten Arbeitsplätzen« schaffen werde.
Die Rivalität unter anderen Rednern trat deutlich zutage, als es darauf ankam, ihr persönliches Engagement für diese völkermordende Politik darzulegen.

Das Tauziehen um billige Arbeitsplätze

Der mexikanische Minister für Handel und Industrie-Entwicklung Jaime Serra Puche wies eindringlich darauf hin, daß NAFTA von entscheidender Bedeutung sei, um Freihandel und Liberalisierung zur »dauerhaften Politik, dauerhaften Regelung« zu machen und lobte das Abkommen, da es der nordamerikanischen Geschäftswelt zu billigen Arbeitskräften verhelfe. Der mexikanische Minister schein die Sicherstellung einer »dauerhaften« Versorgung mit billigen, ungelernten Arbeitern, wie diejenigen, die heute unter konzentrationslagerähnlichen Bedingungen in Mexikos »maquiladoras« arbeiten, als einer der größten Aufgaben der Regierung zu betrachten, da er Westeuropas neugewonnenen Zugang zu Massen von billigen Arbeitskräften in Europa über die letzten fünf Jahre hinweg« erachtet. Dies habe »für europäische Firmen die Gelegenheit eröffnet, arbeitskräfteintensive Technologien anzuwenden..., die die relativen Arbeitskosten« – das heißt Löhne – »in ganz Europa gesenkt haben«, argumentierte er.

Der venezuelanische Entwicklungsminister Pedro Vallenilla versuchte, seinen Zuhörern zu versichern, das einzige Problem bestehe darin, daß die Armen Venezuelas sehr ungeduldig seien. Und Brasiliens Zentralbankpräsisent Francisco Gros versprach seiner Zuhörerschaft, die Collor-Regierung sei verpflichtet, alles Mögliche zu tun, um das zu beenden, was er »das rücksichtslose Streben nach Wachstum um jeden Preis« nannte, von dem Brasilien sich in den letzten Jahrzehnten habe leiten lassen. Brasiliens großer Irrtum, sagte Gros, bestand darin, »Selbstversorgung bei so ziemlich allem« zu betreiben, und »alles was wir gebrauchten im Inland zu erzeugen«, und dabei eine Wirtschaft zu entwickeln, »die immer noch weitgehend von der Außenwelt abgeschlossen ist«.

In seiner Rede scherzte Kissinger zynisch darüber, wie wenig er sich in der Vergangenheit um Lateinamerika gekümmert habe. Da jedoch das anglo-amerikanische Establishment, das was in Eurasien geschieht nicht mehr beherrscht, kann es sicherlich in Lateinamerika versuchen, die Dinge in den Griff zu bekommen. »Der Bereich in dem eine wirkliche Kreativität möglich ist, ist meiner Ansicht nach das westliche Einflußgebiet unter der Völkergruppe, die hier vertreten ist«, sagte er. Er lobte die Enterprise for the Americas Initiative

der Bush-Regierung und charakterisierte sie als »die einzigartige kreative und in vieler Hinsicht bedeutendste Initiative der amerikanischen Außenpolitik«.

»Demokratie« à la Kissinger

Für Kissinger ist die Knappheit an Geldern über die letzten Jahrzehnte hinweg, um die Cholera-Epidemie, die sich über den ganzen Kontinent ausbreitet, einzudämmen, Krankenhäuser und Infrastruktur zu errichten und den Drogenterrorismus in Lateinamerika zu bekämpfen, ein Produkt des »Statismus« und der überregulierten Wirtschaften, nicht aber eine Folge der programmierten und systematischen Ausplünderung dieser Länder durch Auferlegung der IWF-Sparpläne. Die Lösung, sagt Kissinger, ist der »freie Markt«. Wenn auch der Übergang zum freien Markt ein schwieriger sein könnte, ist dies doch die einzig lebensfähige Politik für den Kontinent. »Ich glaube«, sagte er, »daß in der westlichen Hemisphäre ein Trend vorhanden ist, der auf der Überzeugung beruht, daß Demokratie die einzige relevante Regierungsform und Marktwirtschaft der einzige Weg sind, um die Bestrebungen der Bevölkerung zu erfüllen.«

Der fette Henry zitierte das Beispiel des argentinischen Staatspräsidenten Carlos Menem, um darzulegen, was in Lateinamerika geschehen muß. In Argentinien, sagte Kissinger, »ist der Peronismus schließlich in den politischen Prozeß integriert worden... Alle Vorträge über Marktwirtschaft und politische Demokratie wären sinn- und zwecklos, wenn die Peronista-Partei nicht in den politischen Prozeß integriert würde... Ich glaube, es wird das historische Verdienst von Präsident Menem sein, die Peronista-Partei wieder in den demokratischen politischen Prozeß zurückgeführt zu haben.«

Kissinger Lektionen für Politiker

Die Art und Weise wie der Fall Peru behandelt wurde, legte den Mangel an Kontrolle offen, den Kissinger und seine Freunde über die Entwicklungen in Lateinamerika haben. Kissinger argumentierte dahingehend, daß die Vereinigten Staaten einen kühlen Kopf bewahren müssen, wenn es um Peru geht, um sich auf die dringendste Aufgaben zu konzentrieren, nämlich dafür zu sorgen, daß keine anderen »Perus« die »demokratische Ordnung« des Freihandels in der westlichen Hemisphäre auf den Kopf stellen. So daß, meinte er, wenn »man es mit illegalen Drogenhändlern, dem Leuchtenden Pfad und einem korrupten Justizwesen zu tun hat, ein gewisses Maß an Verständnis für das Problem erforderlich ist – selbst wenn wir mit der Lösung nicht einverstanden sind«. Aber, so erklärte er einem Journalisten, der ihn über die »Lektionen für andere Politikmacher« aus den jüngsten Entwicklungen in Lateinamerika befragte, »ich glaube, in Peru besteht die Hauptlehre, die wir daraus ziehen können, darin, daß man unbedingt verhindern muß, daß eine Situation so weit aus den Händen gleitet«.

Rockefeller machte jedoch klar, daß »Demokratie« immer noch kein Verhandlungsgegenstand ist. »Eine Rückkehr zur ungewählten Militärherrschaft wäre natürlich undenkbar und unhaltbar... Inländische und ausländische Investitionen würden wieder einmal austrocknen, und jede Hoffnung auf weltwirtschaftliche Erholung wäre dahin«, stellte er fest.

Falls jemand nicht ganz begriffen haben sollte, um was es ging, beendete der Präsident der Americas Society George Landau eine der Gesprächsrunden und erinnerte seine Zuhörer daran, daß seit dem Putschversuch vom 4. Februar 1992 in Venezuela die Investitionen in diesem Land um 92 Prozent zurückgingen und 70 Prozent der Investitionen in Bürgschaften und Aktien das Land fluchtartig verließen. »Ich glaube, dies sollte für die Planer von Staatsstreichen, nicht nur in Venezuela, sondern überall, eine Warnung sein, daß, wenn man regionale Märkte haben will, wenn man NAFTA haben will, wenn man Wirtschaftswachstum will, die Planer von Staatsstreichen ihr Vorhaben noch einmal überdenken sollten. Sie werden das Land niemals retten; sie werden es nur ruinieren.«

Was diese Leute wirklich meinen, ist, daß es keine Rolle spielt, ob man einen von den USA auferlegten Marxisten als Regierungschef hat, wie im Fall von Haiti, oder einen korrupten Präsidenten, wie im Falle Venezuela, solange man die Befehle des angloamerikanischen Finanz-Establishments befolgt und die Bevölkerung opfert, um die tödlichen IWF-Konditionalitäten zu erfüllen und um die amerikanischen Banken retten zu können.

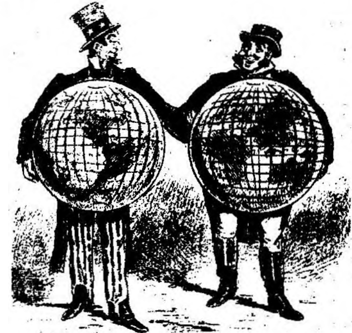
Stoppt den Protektionismus um jeden Preis

Das erste Gesprächsforum, mit Rockefeller als Vorsitzenden, diskutierte darüber, wie regionale Freihandelsabkommen, wie zum Beispiel NAFTA, nicht nur globalen Handelsvereinbarungen zuwiderlaufen, sondern dazu dienen, die Polizeimacht des GATT über die Wirtschaften des Westens aufrechtzuerhalten und sicher zu gehen, daß sich keine Regierung vom Freihandel zurückzieht. Weil Lateinamerika bei der Durchsetzung des GATT-Abkommens eine Schlüsselrolle spielen kann, sei es dringend erforderlich, daß NAFTA vor November unterzeichnet, besiegelt und in Kraft tritt, argumentierten einige Gesprächsteilnehmer.
Die Einigung über das neue GATT-Abkommen befindet sich derzeit in der Sackgasse, weil einige der von GATT gestellten Forderungen – wie die Festlegung von internationalen Kontrollen über Dienstleistungen und Eigentumsrechte – noch durch nationale Gesetzgebung eingeschränkt sind, sagte Arthur Dunkel, Generaldirektor des GATT, auf der Konferenz. Er wies eindringlich darauf hin, daß die Lösung darin besteht, die nationale Souveränität einzuschränken. Dunkel, der für einen Tag von Genf eingeflogen war, um an der Konferenz teilzunehmen, stellte erfreut fest, daß »eine ganze Reihe von inländischen Gesetzen und Bestimmungen, die bislang als Teil der nationalen Souveränität erachtet wurden, jetzt Gegenstand von Verhandlungen seien. Dies könnte in vielen Teilen der Welt der innovativste, aber am wenigsten wahrgenommene Gesichtspunkt von allen sein«.

Kein spezifischer Sektor sollte von den allgemeinen Verhandlungen abgespaltet werden, warnte Dunkel eindringlich, denn es gehe darum, den globalen Vorstoß zu benutzen, um Zugeständnisse bei speziellen Sachfragen zu erzwingen, die Regierungen andernfalls nicht anpakken würden. Die Hauptaufgabe von GATT, sagte er, besteht zur Stunde darin, »wie die Front gegen den Protektionismus gehalten wird... Die durchdringende Natur des Protektionismus ist der Gestalt, daß nur kollektive Aktionen von Regierungen ihn besiegen und den Fortschritt in Richtung auf Liberalisierung gewährleisten können«.

Die Industrieländer sind das Ziel

Obwohl sie auf der Sitzung nicht vertreten waren, wurde ein gewaltiger Druck auf die Industrieländer ausgeübt, ihre protektionistische Politik zu beenden, ihre Wirtschaften für Billigarbeitskräfte-Produkte aus dem Entwicklungssektor zu öffnen und ihre Wirtschaften damit zu zerstören. Laut diesen Verrückten ist diese protektionisitische Politik für das Elend in Lateinamerika verantwortlich. Wenn der Protektionismus in den Industrieländern weitergehe, werde »das Lateinamerika große wirtschaftliche Schmerzen bereiten, genau zu dem Zeitpunkt, wo die Region ihre Entwicklungsstrategie ändert und zu beweisen versucht, daß Marktwettbewerb der beste Weg ist, ihre Wirtschaftsaussichten zu verbessern«, sagte Argentiniens stellvertretender Wirtschaftsminister Carlos Sánchez.
Sánchez warnte: »Aber wenn der internationale Protektionismus weitergeht, dann werden sich die Wachstumsaussichten Lateinamerikas mit Sicherheit verringern und, wie die Erfahrung lehrt, ein Umfeld mit niedrigem oder überhaupt keinem Wachstum ist das beste Szenario dafür, daß protektionistische Argumente politisch an Boden gewinnen.« ◻



Bilderberg-Konferenz

Auf dem Marsch in die Neue-Weltordnung

James Tucker

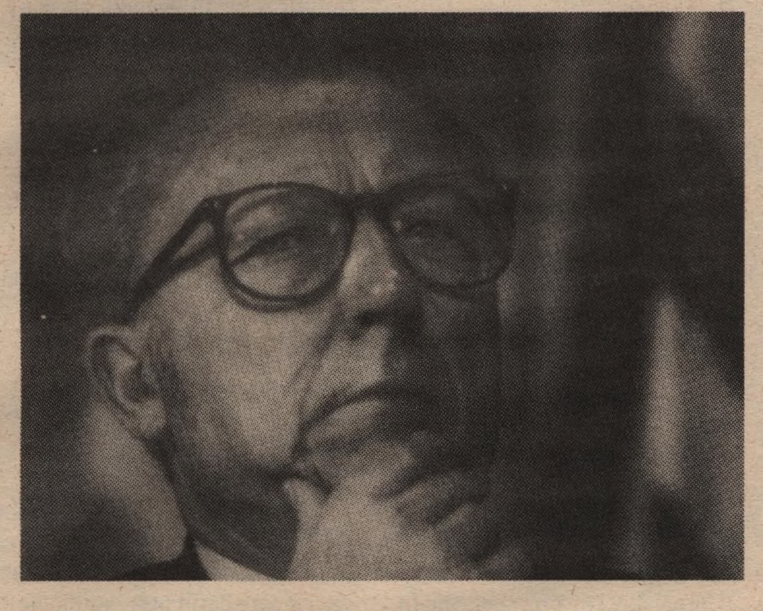
Eines der von der Bilderberg-Gruppe verwendeten Hauptwerkzeuge, um die Öffentlichkeit zu beeinflussen, die Ziele dieses Absprachegremiums zu akzeptieren, sind die Medien des Establishments. Auf der diesjährigen Tagung der Bilderberg-Gruppe in Evian war die erfolgreiche Verbreitung ihrer Propaganda ein besonderes Gesprächsthema.

Hans-Dietrich Genscher befürwortete als Außenminister 1991 die weltweite Einmischung in die internen Angelegenheiten souveräner Staaten mit allen Mitteln der Politik.

Auf der größten Bilderberg-Sitzung in der Geschichte – ihre Größe, eine direkte Folge ihres erfolglosen Versuchs, die Sowjetunion zu erhalten – wurde das gefeiert, was Teilnehmer als »bemerkenswerten Fortschritt« in Richtung auf das Ziel der Gruppe, eine Weltregierung bis zum Jahr 2000, bezeichneten.

Zufrieden über die angeblichen Fortschritte

Die Welt, zu der jetzt auch die widerstrebende amerikanische Öffentlichkeit gehört, wird »rapide dazu erzogen, den begrenzten Patriotismus zu überwinden« und »Lösungen der Vereinten Nationen für allgemeine globale Probleme« zu akzeptieren, sagte Henry Kissinger.



Der Sozialist Jacques Delors von der Europäischen Gemeinschaft plädiert für eine Sonderabgabe auf Öl zugunsten der UN.

Bilderberg-Teilnehmer brachten ihre Zufriedenheit über den Fortschritt in Richtung auf die Weltregierung an zwei Fronten zum Ausdruck.

Einführung einer UNO-Steuer, um nicht nur neue globale Programme zu finanzieren, sondern um die »Bürger der Welt« daran zu gewöhnen, Tribute zu leisten. Gewöhnung der Öffentlichkeit – gemeint sind auch hier vor allem »diese widerspenstigen Amerikaner« – daran, den Gedanken an eine UNO-Armee zu akzeptieren, die den inneren Angelegenheiten jedes Landes mit Gewalt ihren Willen aufzwingen könnte.

»Heute wären Amerikaner empört, wenn UNO-Streitkräfte nach Los Angeles kämen, um dort die Ordnung wiederherzustellen; morgen werden sie dankbar sein«, sagte Henry Kissinger.

Kissinger berichtete über eine schockierende Rede des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Butros-Butros Ghali Anfang Mai im Hauptgebäude der Vereinten Nation vor der American Association of Newspaper Publishers. Die Zeitungen dieser Gruppierung berichteten darüber.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen müsse eine ständige Streitmacht haben, die überall in der Welt sofort ausschwärmen kann, »um den Frieden zu schützen« und »die Menschenrechte zu gewährleisten«, sagte der Generalsekretär zu den Zeitungsherausgebern.

Dieser Streitmacht muß erlaubt werden, »auf Orts- und Gemeindeebene zu intervenieren«, sagte der Generalsekretär der UNO zu den amerikanischen Publizisten.

UNO soll in die USA einmarschieren

»Besonders erfreulich«, stellte Kissinger fest, ist die Tatsache, daß die Publizisten keine Vorbehalte hinsichtlich der Aussicht, daß UNO-Streitkräfte in den Vereinigten Staaten landen und dort den Willen der Vereinten Nationen durchsetzen könnten, erhoben haben. Die Mitglieder des Verbandes sind Herausgeber von Amerikas annähernd 1600 Tageszeitungen. Den Sitzungen dieses Berufsverbands wohnen jedoch meistens nur die Herausgeber der großen Zeitungen der Metropole bei. Nur wenige Vertreter kleiner Tageszeitungen nehmen daran teil.

Normalerweise treffen sie sich, wie die meisten wohlhabenden Berufsorganisationen, in Luxushotels, um zwischen Drinks »Gedanken auszutauschen«. Es ist nicht bekannt, ob sie vorher schon einmal zum Hauptsitz der Vereinten Nationen geladen wurden.

In einer Rede eine Woche später vor arbeitenden Journalisten im National Press Club in Washington, nahm der UNO-Generalsekretär davon Abstand, seinen

Aufruf zur Gründung eines militärischen Flügels zu wiederholen, als er von unseren Korrespondenten in einem Privatgespräch darüber befragt wurde.

Die UNO-Steuer käme in der Form einer Abgabe auf Öl, die erhoben werden soll, um eine globale »Umweltschutz«-Bürokratie zu finanzieren, die Milliarden von Dollar an Länder der Dritten Welt überweist.

Die Europäische Gemeinschaft (EG) stimmte am 13. Mai 1992 darüber ab, von 1993 an eine Steuer von drei Dollar pro Barrel auf Rohöl zu erheben, die bis zum Jahr 2000 auf zehn Dollar ansteigen soll. Aber das »hängt ab« von bevorstehenden ähnlichen Aktionen seitens der Vereinigten Staaten und Japans. Anschließend sagte der EG-Präsident Jacques Delors vor der Bilderberg-Versammlung, die Steuereinnahmen würden an die Vereinten Nationen übergeben, um eine »globale Energiepolitik« zu betreiben.

Eine europäische Führungspersönlichkeit – die unsere Informanten nicht namentlich identifizieren konnten – berichtete über noch weitere Fortschritte bei den Vereinten Nationen auf eine Weltregierung zu, die der Öffentlichkeit aber vorenthalten würden.

»Verschiedene Minister griffen bei der Eröffnung der 40. Sitzung der Generalversammlung im September 1991 frontal die Auffassung an, daß ›Souveränität‹ die Länder schütze, wenn sie grundlegende Menschenrechte verletzen«, erfuhren die Teilnehmer an der Bilderberg-Konferenz.

»Das Recht, in die internen Angelegenheiten von Staaten einzugreifen, um die Menschenrechte zu schützen, wurde von den Außenministern Deutschlands, Kanadas, Italiens und Österreiches, bekräftigt«, sagte der Sprecher.

Er gab auch noch eine weitere, bislang unbekannte und erstaunliche Entwicklung bekannt: Auf der die Stockholmer Initiative genannten Sitzung im April 1991 riefen 36 Führungspersönlichkeiten der Welt zu einem »Weltgipfel über eine globale Regierung auf ... ähnlich wie auf der Sitzung in San Francisco, auf der die Vereinten Nationen damals ins Leben gerufen wurden, und Bretton Woods«.

Die Hälfte der Unterzeichner waren »Amtsinhaber, darunter Ministerpräsidenten aus Chile, Norwegen, Schweden und Jamaica« berichtete er. Zu den Unterzeichnern habe auch der ehemalige amerikanische Präsident Jimmy Carter – der der Schwestergruppe der Bilderberger, der Trilateralen Kommission, angehört – gehört.

Er äußerte sich befriedigt über Resolutionen der Vereinten Nationen, die es »zum ersten Mal zulassen, in einem ›souveränen Staat, Irak‹, einen Abbau von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen durchzusetzen.« Dies nannte der Sprecher einen »bedeutsamen Präzedenzfall«.

Ein weiterer Sprecher auf der Gehirnwäschesitzung – euphemistisch »Untersuchung der öffentlichen Einstellung zur Neuen Weltordnung« genannt – feierte die wachsende Akzeptanz der Tatsache, daß Amerikaner durch die großen Medien an das Neue gewöhnt werden. Das Konzept einer Weltregierung werde in Europa weithin akzeptiert, daher steht das Bemühen um Unterstützung durch die Amerikaner hoch auf der Tagesordnung der Bilderberger.

Der Sprecher führte zahlreiche Zeitungskommentare an, in denen direkt zu einem Heer der Vereinten Nationen aufgerufen wird, das sich in die internen Angelegenheiten eines Staates einmischen kann, und diese Kommentare hätten »keinerlei Widersprüche, böse Leserbriefe oder Angriffe von öffentlichen Persönlichkeiten zur Folge gehabt«.

»Der Golfkrieg und seine schmutzigen Nachwirkungen beweisen die Notwendigkeit, eine UNO-Streitmacht aufzubauen, die in der Lage ist, potentielle Angreifer mit einer Schnelleinsatztruppe abzuschrecken und die Völker innerhalb ihrer Landesgrenzen gegen Aggression von innen heraus zu schützen«, schrieb David Scheffler, ein erfahrener Gesellschafter der Carnegie Endowment for Peace – eines der vielen Stiefkinder der Bilderberg-Gruppe – am 7. April 1992 in der »Washington Post«.

»Interne Konflikte können zu einer Bedrohung für den Frieden unter den Völkern werden«, schrieb Scheffler. Das amerikanische Militär müsse den Vereinten Nationen »auf Abruf« zur Verfügung stehen und direkt der Weltregierung unterstehen, schrieb er, und wies damit die klare und deutliche Bestimmung in der amerikanischen Verfassung zurück, daß der Präsident der Vereinigten Staaten gleichzeitig Oberkommandeur der bewaffneten Streitkräfte ist.

Jim Hoagland ist ein politischer Journalist und Kolumnenschreiber bei der »Washington Post«, dessen Teilnahmme an den Sitzungen der Trilateralen geheimgehalten wird, ebenso wie die langjährige Teilnahme der Vorstandsvorsitzenden von Washington Post Co., Katharine Graham, an den Bilderberg-Sitzungen. Hoagland wurde wegen seiner Bemühungen, die Amerikaner dazu zu überreden, ihre nationale Souveränität an eine Weltregierung auszuliefern, gelobt. Vertreter der »New York Times«, der »Los Angeles Times« und der Zeitschrift »Time« sowie der deutschen Wochenzeitung »Die Zeit« wohnen diesen Sitzungen unter dem Versprechen der Geheimhaltung ebenfalls bei.

Die Vereinten Nationen sollen eine eigene Polizeitruppe erhalten, die jederzeit überall einmarschieren darf.

Hoagland griff in der »Washington Post« vom 22. April 1992 »eine vorherrschende Ansicht über staatliche Souveränität« an. »Die Vereinigten Staaten unterstützen heute ... die Pflicht der Vereinten Nationen, in den Bereichen einzugreifen, die einst als interne Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten bezeichnet wurden«, schrieb Hoagland billigend. Hoagland lobte US-Präsident George Bush – einen Trilateralen – wegen seiner »Bereitschaft, mitzuhelfen, ein internationales Recht, in die Angelegenheiten eines souveränen Staates eingreifen zu dürfen, genauer zu definieren.«

Die Tatsache, daß Sir Brian Urquhart, ehemaliger Untersekretär der Vereinten Nationen für »Friedensbewahrung«, in der »New York Times« zitiert wurde und ohne Widerspruch durch amerikanische Führungspersönlichkeiten für eine »neue UNO-Polizeimacht« und für »eine neue UNO-Polizeitruppe« eintrat, wurde auch hervorgehoben.

»Die Auflösung der nationalen Souveränität scheint auch ein Merkmal der Zeit nach dem Kalten Kriege zu sein«, sagte Urquhart zustimmend.

Die Amerikaner akzeptieren auch den Bilderberg-Plan, um einer effektivieren Verwaltung durch die Weltregierung bei den Vereinten Nationen willen die Welt in überstaatliche Regionen aufzuteilen, äußerte der Sprecher.

»Die Neue Weltordnung wird von sechs Großstaaten (Regionen) charakterisiert: die Vereinigten Staaten (westliche Hemisphäre), Europa (die Europäische Gemeinschaft), China, Japan (Pazifischer Rand) und was immer in der Sowjetunion in Erscheinung treten wird«, schrieb Henry Kissinger am 3. Dezember 1991 in der »New York Post«, berichtete der Sprecher. □

Bilderberg-Konferenz

Die Insider-Elite legt ihren Plan vor

James Tucker

Was bringen die von der geheimen Bilderberg-Organisation geplanten zukünftigen Weltereignisse für die Steuerzahler mit sich? Im Nachstehenden berichten wir im Einzelnen über die von der Weltschattenregierung, die hinter verschlossenen und bewachten Türen zusammentritt – eine Konferenz, die mit Ausnahme von »The Spotlight« und CODE von den Weltmedien ignoriert wird –, ausgeheckte, globale Strategie.

Hunderte von Milliarden Dollar – ein Großteil von amerikanischen und deutschen Steuerzahlern – werden in den kommenden Jahren an ehemalige kommunistische Länder gehen, um die internationale Finanz-Elite zu bereichern und noch mächtiger zu machen.

Milliarden werden verteilt und verschenkt

Die Kosten für diese Pläne in den kommenden Jahren für die amerikanischen und deutschen Steuerzahler können nur grob in hunderten von Milliarden Dollar geschätzt werden, verlautet aus Bilderberg-Kreisen.

Dies wird die Kosten die aufgewendet werden, um die Spar- und Darlehenskassen in den USA durch Sicherheitsleistung aus ihrer Bedrouille zu helfen, wie eine geringfügige Ausgabe erscheinen lassen: »Die Erhaltung des Friedens« wird die gleiche Finanzlast bedingen wie »Sicherheit im Kalten Krieg«.

Das meiste davon wird den Menschen schon bekannt sein: Schuldenerlasse, direkte Einspritzungen von Geldern des Steuerzahlers über die seit langem feststehenden Kanäle, und Bereitstellung von Lebensmittel- und Arzneimittelhilfe.

Ein Großteil davon wird jedoch getarnt werden: Subventionen und »Risikoschutz« an die sich ausbreitenden, mit der Weltschattenregierung verzahnten Konglomerate und Schutz gegen Verluste für die riesigen internationalen Geldverleihinstitute, die die Ausbeutung der natürlichen Hilfsmittel der ehemaligen Sowjetstaaten finanzieren.
Die Ziele sind hochgesteckt – kaum zu fassen. Big Oil teilt die Region auf, wo das potentielle Angebot noch gewaltiger ist als die Öffentlichkeit wissen darf – CODE berichtete darüber –. Es gibt auch reiche Vorkommen von strategischen Mineralien und Edelmetallen, die es auszubeuten gilt.

Rußland und die anderen ehemaligen Sowjetstaaten müssen die Gewalt über alle ihre natürlichen Hilfsmittel an die Bilderberg-Verschwörer abgeben, als Gegenleistung für die Großzügigkeit der amerikanischen und deutschen Steuerzahler und, in einem geringeren Umfang, der Steuerzahler anderer westlicher Länder und Japans.

Steuerzahler subventionieren auch die geheime Sitzung, auf der diese Ausräubung ausgeheckt wird, mit Millionen von Dollar. Jeder, der auf der Gehaltsliste der amerikanischen und deutschen Bundesregierungen steht – Kongreßabgeordnete, hohe Staatsbeamte des Verteidigungs- und Finanzministeriums und andere, reisen auf Kosten der Steuerzahler. Die Herren reisen auch nicht etwa mit dem Autobus, und die Eremitage und Royal Hotels, in denen sie untergebracht wurden, berechnen hunderte von Dollar täglich; das üppige Essen und die Getränke sind in der gleichen Preislage.

David Rockefeller, Begründer der Trilateralen Kommission und der Bilderberger, führte auch in diesem Jahr die US-Delegation bei den Treffen der Absprachegremien an.

Konplizen einer kriminellen Verschwörung

Und dennoch bleibt das ganze wirklich existierende Blackout seitens der Presse des Establishments in Kraft. Vertreter der »New York Times«, »Los Angeles Times« und der Zeitschrift »Time« und führender europäischer Journale wie die Wochenzeitschrift »Die Zeit« wohnten der Sitzung bei. Wie in anderen Jahren prostituierten sie sich als Journalisten und berichteten nichts, ja, sie hielten sogar die bloße Existenz der Bilderberg-Gruppe geheim. Die große Presse hierzulande und in Europa wurde somit zum Komplizen einer kriminellen Verschwörung zur Vergewaltigung der amerikanischen und deutschen Wirtschaft.

Und die Presse beteiligt sich direkt daran und arbeitet mit Bilderberg-Plänen für eine Weltregierung zusammen, wobei die Vereinten Nationen mit eigenen bewaffneten Streitkräften den glücklosen neuen Ländern um den Globus herum ihren Willen aufzwingen sollen. Einzelheiten darüber, was hinter verschlossenen, streng bewachten Türen auf der größten Bilderberg-Sitzung in Evian, die jemals zusammengetreten ist, vor sich ging, kamen von Mitgliedern des Mitarbeiterstabs der Bilderberg-Gruppe und entgegenkommenden Angestellten der Hotels Eremitage und Royal.

Sowohl das Eremitage als auch das Royal Hotel – beides riesige, luxuriöse Verstecke für die internationale Elite – wäre für jede frühere Bilderberg-Sitzung mehr als ausreichend gewesen. Traditionell bringen diese Versammlungen 120 Spitzenbanker der Welt, internationale Finanziers und politische Fürhungspersönlichkeiten zusammen.

In diesem Jahre waren es jedoch mehr als 300 Teilnehmer, darunter erstmals Offizielle der ehemaligen kommunistischen Staaten der untergegangenen Sowjetunion und ihrer Satelliten.

Die beiden Ferienaufenthaltsorte, die der gleichen Firma gehören, teilen sich gemeinsam das rund 64 Morgen große Grundstück hinter hohen Mauern, das nur durch eine einzige Zufahrt für Pkw zugänglich ist. Körperlicher Zugang über Mauern und Hecken ist schwierig, aber möglich. Zu den Teilnehmern, die von Informanten innerhalb der Sitzung positiv identifiziert wurden, gehörten die Dauerteilnehmer: David Rockefeller und die ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger und George Ball.

Verteilung des sowjetischen Beute

US-Senator Lloyd Bentsen, Vorsitzender des Senatsfinanzausschusses, sollte eigentlich teilnehmen, aber Informanten innerhalb der diesjährigen Sitzung konnten ihn nicht ausmachen.

Karl Otto Pöhl, (ein deutscher Banker und ehemaliger Bundesbankpräsident), Charles Mathias (ehemaliger republikanischer US-Senator von Maryland) und Giovanni Agnelli (Vorstandsvorsitzender von Fiat) wurden erkannt.

Die Bilderberg-Gruppe hatte gehofft, die neue Wirtschaft der nachkommunistischen Welt und deren ungeheuren natürlichen Hilfsmittel durch das Auftauchen eines neuen übernationalen Staates, ähnlich der alten Sowjetunion, in ihre Gewalt zu bekommen, da es leichter ist, mit einer einzigen über der Region stehenden Behörde fertig zu werden, als mit den Dutzenden von neuen Republiken die seither entstanden sind.

Deshalb widersetzte sich die amerikanische Regierung, die lange Zeit für Captive Nations (Gefangenen Nation) der alten UdSSR Beschützerin der Freiheit war, dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion und erkannte die Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken später als alle anderen an, und dann auch nur äußerst widerwillig.

US-Präsident George Bush ist selbst Mitglied der Trilateralen Kommission, der Schwestergruppe der Bilderberger. Weil Präsidenten, Beamte des Außen- und Verteidigungsministeriums und führende Kongreßbeamte in eine oder beide Gruppen verwikkelt sind, bereitet es der Weltschattenregierung kaum Schwierigkeiten, der amerikanischen und anderen Regierungen ihre Politik aufzuerlegen.

Um die Komplikationen, die damit verbunden sind, mit den separaten Republiken der früheren Sowjetunion fertigzuwerden – etwas, was sowohl Bush als auch US-Außenminister Baker (auch ein Bilderberger) beklagten, da beide darauf hingearbeitet hatten, die schwankende Regierung des Sowjetpräsidenten Michail Gorbatschow abzustützen –, zu verringern, versucht die Bilderberg-Gruppe, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die weithin ignorierte Nachfolgerin der Sowjetregierung, zu stärken.

So wie die Dinge jetzt liegen, ist die GUS eine lockere, zwanglose Vereinigung ehemaliger Sowjetstaaten und völlig machtlos, in die zahlreichen territorialen und ethnische Kämpfe unter den Republiken einzugreifen. Die Bilderberg-Gruppe will die GUS zumindest in eine starke Allianz umwandeln, so daß die Politik von einer zentralen Behörde entschieden und verwaltet wird, die in der Lage ist, allen Mitgliedstaaten ihren Willen aufzuzwingen.

Zwei der »12 weisen Männer«, auf die sich die Trilaterale Kommission auf ihrer Sitzung in Lissabon geeinigt hatte (CODE berichtete darüber) kommen aus dem CIA. Es ist bekannt, daß Henry Kissinger dem »Ausschuß der weisen Männer« angehört.

Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister, gehört dem Ausschuß der zwölf weisen Männer an.

Die zwölf weisen Männer

Ausschußmitglieder, sagte der Banker David Rockefeller vor der Bilderberg-Gruppe, »müssen von der Art sein, die einen Präsidenten oder Staatsoberhaupt unverzüglich anrufen können und nicht auf die Warteliste gesetzt werden«.

Tatsächlich werden zehn der »Weisen« aus dem Westen den zwei »Weisen« aus der GUS ihre Bedingungen diktieren.

Sechs der ehemaligen Sowjetstaaten haben bereits einen Vertrag über ihre »Allianz« mit der GUS unterzeichnet. Nach dem auf der geheimen Bilderberg-Sitzung entwickelten Plan, sind die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) bereits dabei, den neuen Staaten der ehemaligen Sowjetunion Milliarden von Dollar zuzuschanzen und versprechen für die kommenden Jahre noch mehr – verlangen aber einen hohen Preis dafür.

Als Gegenleistung haben die ehemaligen Sowjetrepubliken und Ostblockstaaten vereinbart, »Reformen« des IWF und der Weltbank zu akzeptieren, die sie zu einer »Marktwirtschaft« führen.

Durch diese Maßnahmen entscheiden die internationalen Banker und Finanziers – und die Anwälte multinationaler Firmen, die sie beherrschen –, wie die unermeßlichen Naturschätze der Sowjetunion, darunter Gold und Öl und andere greifbare Werte, aber auch verarmte, doch gutausgebildete Arbeitskräfte verteilt werden sollen.

Das Profitpotential ist atemberaubend

Nach mehr als vier Jahrzehnten der Machtausübung und des Absahnens von Gewinnen durch den militärisch-industriellen Komplex, um der »sowjetischen Bedrohung« zu widerstehen, gibt es immer noch keine »Friedens-Dividende«, von der amerikanische Politiker und Gelehrte erstmals während des Zusammenbruchs der Sowjetunion faselten. Die Friedens-Dividende sollte auch aus scharfen Kürzungen der Verteidigungshaushalte erwachsen.

Stattdessen sollen die Länder des Westens – wobei die Vereinigten Staaten und Deutschland den Löwenanteil der Belastung tragen – den ehemaligen kommunistischen Ländern hunderte von Milliarden Dollar für »Wirtschaftsreformen« in den Rachen werfen.

Aber in Wirklichkeit soll dieses Geld aus dem Westen die ruinierten Wirtschaften der ehemaligen

Bilderberg-Konferenz

Die Insider-Elite legt ihren Plan vor

kommunistischen Länder zum fruchtbaren Boden für die vielen Unternehmen machen, die die internationalen Finanziers dort jetzt und in der Zukunft gründen werden.

Das Geld wird mehrere Formen annehmen. Henry Kissinger, eine führende Persönlichkeit sowohl der Trilateralen Kommission als auch der Bilderbuch-Gruppe, kam aus Tokio nach Evian. In der japanischen Hauptstadt setzten Kissinger und Vizepräsident Dan Quayle, Mitglied der Bilderberg Gruppe, Japan unter Druck, sich zur Zahlung von 400 Millionen Dollar an die ehemaligen Ostblockländer zu verpflichten.

Quayle gab öffentlich zu, versucht zu haben, Japan »einen Rippenstoß zu versetzen«, damit es außer an die anderen Republiken und Osteuropa auch an Rußland Geld schicke. Aber die Japaner murrten und sagten, daß die Russen zuerst die Inseln zurückgeben müssen, die die UdSSR bei Ende des Zweiten Weltkriegs besetzt hatten.

Japanische »Peanuts« als Hilfe

Kissinger versicherte den Bilderbergern, daß Rußland tatsächlich in naher Zukunft die Inseln zurückgeben werde, und Japan würde dann zu dem Strom von Hilfsleistungen aus dem Westen seinen Beitrag leisten. »Es ist nur noch eine Frage der Zeit – eine sehr kurze Zeit«, sagte Kissinger.

Der Druck auf Japan, mit Finanzhilfe für die Pläne der Internationalisten herauszurücken, war typisch für die Weltschattenregierung. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte, Japan verhalte sich bei den Versuchen des Westens, eine globale Stabilität zu erreichen, wie ein Nassauer.

In der Öffentlichkeit erhielt Quayle für Japans Versprechen Lob und Anerkennung. Kissinger sagte zu der Bilderberg-Gruppe, er habe warnend darauf hingewiesen, daß Japans »Weigerung zu kooperieren«, ein »ungünstiges Wirtschaftsklima für den japanischen Handel schaffen könnte«.

Japans »Beitrag« ist im Vergleich zu den Gesamtkosten nur ein Klacks. Die Weltbank und der IWF haben »geschätzt«, daß die GUS »innerhalb von drei oder vier Jahren 100 bis 200 Milliarden Dollar benötigen wird«.

Die Bush-Regierung, europäische Führer und die internationalen Geldverleihinstitute haben allein für dieses Jahr 24 Milliarden Dollar veranschlagt.

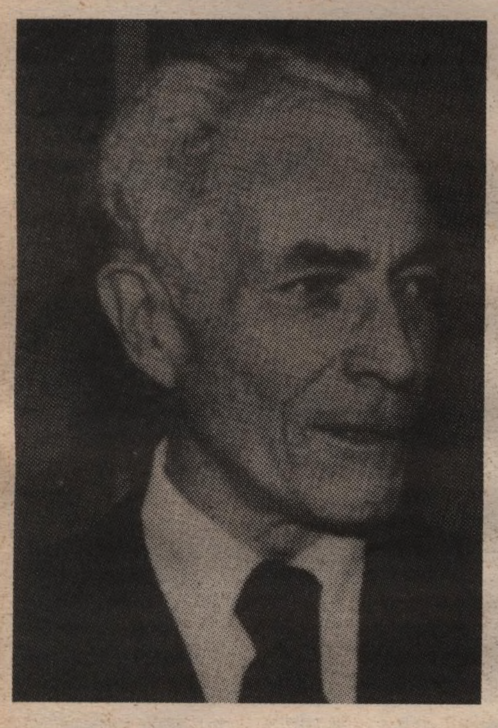
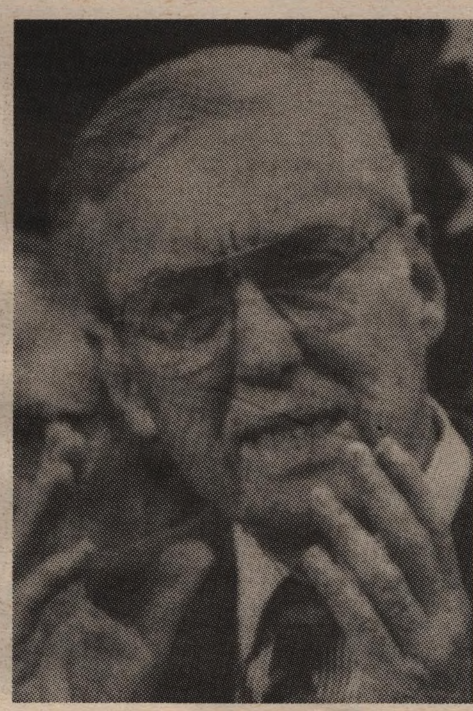
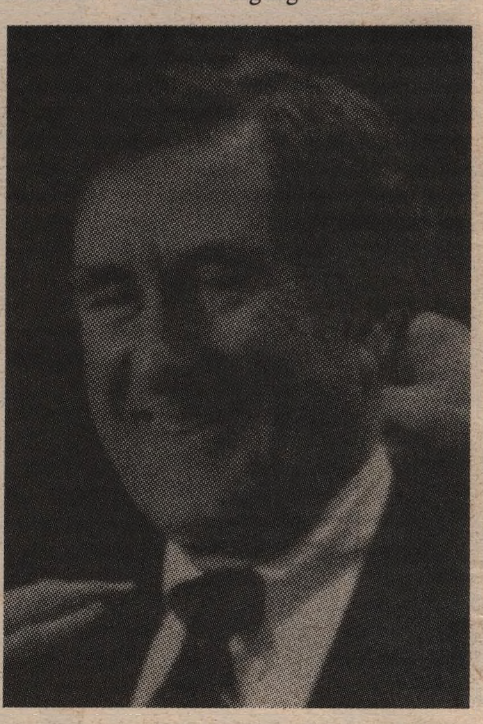
Indessen sprach Jacques Attali, Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, vor der Bilderberg-Gruppe über eine weitere Möglichkeit, Geld für die GUS zu machen: Die Welt wird hinsichtlich durch das verbleibende Atomwaffenarsenal der Sowjetunion und den damit verbundenen Gefahren in Angst und Schrecken versetzt. Diese Waffen muß man aufkaufen, so daß sie demontiert werden können, schlug Attali vor.

Mehr als 25.000 Sprengköpfe sind noch in der ehemaligen Sowjetunion vorhanden, während die »Schulden der GUS-Staaten sich auf rund 40 Milliarden Ecu (60 Milliarden Dollar) belaufen«, sagte Attali vor der Versammlung der Bilderberger.
Ein besonderer Fonds sollte von der Gruppe der Sieben Industriestaaten (die Vereinigten Staaten, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Britannien und Japan) eingerichtet werden, äußerte Attali. Dieser Fonds werde die Außenschulden von nationalen und kommerziellen Gläubigern zurückkaufen, als Gegenleistung für das Recht, die Demontage der Waffen zu finanzieren, meinte er.

Die Demontage werde dann an ein GUS-Konsortium vergeben, das das Plutonium – auf 400 Millionen Tonnen geschätzt – bergen und zur friedlichen Verwendung für Atomenergie an Interessenten verkaufen wird, sagte Attali. Dieser Vorgang könnte bis zu 15 Jahren in Anspruch nehmen, stellte er fest.

Somit könnten Steuerzahler der sieben wohlhabendsten Länder der Welt die GUS-Schulden tilgen und die großen Handelsbanken würden dabei geschützt, da sie entsprechend der auf der Bilderberg-Sitzung vorgelegten Blaupause riesige Summen in die am Boden liegenden, aber reifen Wirtschaften des ehemaligen kommunistischen Imperiums investieren werden.

Die Planer werden um öffentliche Unterstützung werben, in-

Unter den 300 Teilnehmer am diesjährigen Bilderberger-Treffen waren auch eine Reihe US-Senatoren: Claiborne Pell (links), John Chafee (rechts) und Lloyd Benston (Mitte), Vorsitzender des Finanzausschusses im Kongreß. Er sollte teilnehmen, ist aber in diesem Jahr nicht nach Evian gekommen.

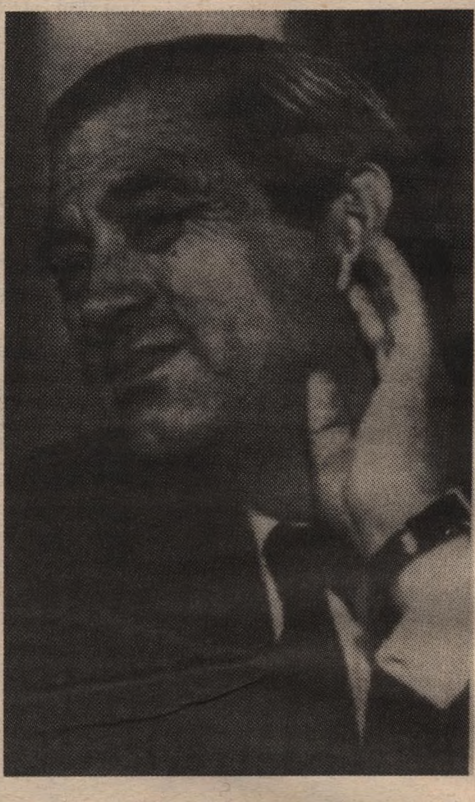
dem sie der Bevölkerung sagen, die Welt werde gegen drohende Gefahr einer atomaren Auslöschung »sicher gemacht«. Mittlerweile wurde das Bilderberg-Programm in genau dem gleichen Hotel in Lissabon – dem Ritz – vorgetragen, wo noch vor wenigen Wochen die Trilaterale Kommission zusamengetreten

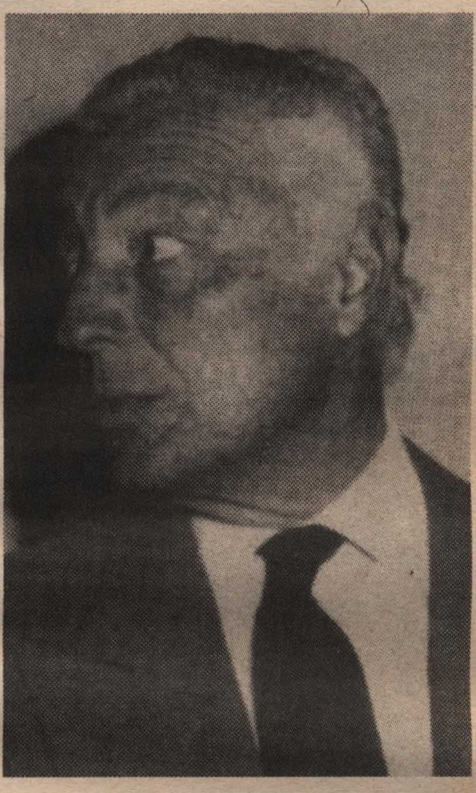
»Die Gefahren von Tschernobyl sind real«, sagte Baker zur Verteidigung des Vorschlags, daß die Vereinigten Staaten und andere Länder das Projekt finanzieren sollten, und bezog sich dabei auf die Explosion des sowjetischen Kernreaktors am dortigen Standort. In einer getrennten Aktion im Namen der Bilderberg-

Krieg. Es wurde dieses Jahr weniger davon geredet, zum tatsächlichen Kampf aufzuwiegeln, ganz anders als vor einem Jahr, als eine neue Duldung von Blutvergießen durch die Öffentlichkeit, auch als Kriegsfieber bekannt, das durch die Medien aufgeheizt wurde, gefeiert wurde, einhergehend mit vielen Voraussagen, ein

Krieg der Sterne. Das Programm der Strategic Defense Initiative-SDI- (Krieg der Sterne), als im Raum stationierter Verteidigungsschirm gegen Atomangriffe konzipiert, wurde von der Weltschattenregierung aufgegriffen, zwei Monate nachdem der damalige US-Präsident Ronald Reagan es verkündet hatte, als







Die Verteilung der sowjetischen Beute stand in Evian auf der Tagesordnung. Dazu kam Charles Mathias (links) früherer US-Senator. Der ehemalige Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl vertrat die Interessen deutscher Banker. Giovanni Agnelli (rechts), Vorstandsvorsitzender von Fiat, ebenfalls ein ständiger Gast bei den Bilderbergern.

war. Dort trafen sich hohe Beamte der amerikanischen Regierung, der ehemaligen Sowjetrepubliken und 60 anderer Länder, in Abstimmung mit der gleichzeitig stattfindenen Bilderberg-Sitzung.

Während dieser Sitzungen gab es einen ausgedehnten Pendelverkehr zwischen Evian und Portugal, wo ein Abkommen zur Auszahlung der kommunistischen Länder, um deren atombetriebene Kraftwerke sicherer zu machen, von US-Außenminister Baker unterzeichnet wurde.

Baker versprach 25 Milliarden Dollar von amerikanischen und deutschen Steuerzahlern, um die Bedrohung durch schlecht konstruierte und schlecht gebaute Atomreaktoren, die explodieren und Europa vergiften könnten, zu verringern. Er rief auch andere Länder dazu auf, hierzu ihren Beitrag zu leisten.

Gruppe unterzeichnete Baker ein Protokoll (Änderung) zum Vertrag über die Verringerung von strategischen Waffen von 1991, nach dem sich Ukraine, Kasakstan und Belarus (das ehemalige Weißrußland), drei Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die Atomwaffen auf ihrem Territorien halten, darüber einigten, diese bis Ende des Jahrzehnts an Rußland zu übergeben.

Dies macht es leichter, das von Attali vorgetragene Bilderberg-Programm – Rußland als Gegenleistung für das Recht zur Demontage der Waffen die Schulden zu erlassen – in die Tat umzusetzen. Baker versprach auch weitere 35 Milliarden Dollar für kurzfristige Nahrungsmittelhilfe.

In einer weiteren Aktion stimmte die Bilderberg-Gruppe mehreren laufenden Projekten zu:

»anderer Saddam« könnte innerhalb von fünf Jahren »in Erscheinung treten. Damit würde man, so hieß es damals, mit einer Armee der Vereinigten Staaten unter dem Kommando des Sicherheitsrates schon fertig.

Und dennoch wurden in diesem Jahr viele Gespräche über die Notwendigkeit geführt, daß der Sicherheitsrat unbedingt über einen eigenen militärischen Arm verfügen müsse, der überall auf dem Globus schnell eingesetzt werden kann. Mit der Begründung, daß empörte amerikanischer Wähler es nicht zulassen werden, die NATO in eine UNO-Armee umzuwandeln, fördern die Bilderberger die »Europäische Armee«, die derzeit aus Streitkräften aus Frankreich und Deutschland gebildet wird, die aber später wachsen und Soldaten aus ganz Europa in ihren Reihen haben wird.

die Bilderberger sich im Mai 1983 in einem 90 km von Montreal gelegenen Ferienort trafen. Obwohl der ursprüngliche Zweck, sich gegen sowjetische Atomangriffe zu verteidigen, überholt ist, weigert die herrschende Elite sich, es ganz aufzugeben, wegen des enormen Profitpotentials, das es repräsentiert, weil es jetzt wegen der anderswo verringerten Verteidigung wichtiger als je zuvor sei.

Da Amerika nun die einzige Atomsupermacht ist, muß dieses Land die Verantwortung dafür tragen, einen Atomschirm über dem Westen zu errichten, als Schutz gegen Raketen aus emporkommenden Ländern der Dritten Welt oder von verbrecherischen territoristischen Organisationen, argumentieren die Propagandaminister der Bilderberg-Gruppe. □

Das Schweigen der Medien über die Absprache-gremien

James Harrer

Warum ignorieren die Medien des Establishments beharrlich und absichtlich den größten Nachrichtenbericht des Jahres über die Treffen der Absprachegremien? Wir befragten einige prominente Vertreter der Presse.

Mit einer außergewöhnlichen Meisterleistung des Orwellschen Nachrichten-Managements hat die als Bilderberg-Gruppe bekannte Schattenregierung der Weltführer und Finanzmagnate mehr getan, als ihre strategischen Sitzungen mit dem Schleier der Geheimhaltung zu umgeben: Es gelang ihr sogar, ihre bloße Existenz vor der großen Mehrheit der arbeitenden Pressevertreter geheimzuhalten.

Die meisten Journalisten sind unwissend

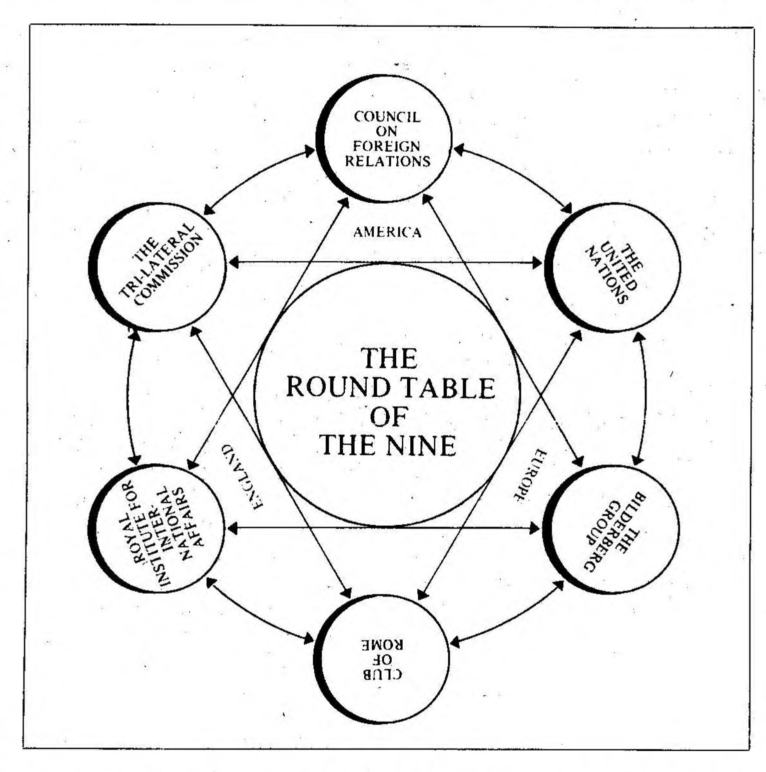
Diese Schlußfolgerung ergab sich aus einer zweitägigen Umfrage über Telefon eines unserer Korrespondenten unter den führenden Presseorganen in Washington, New York, London und Paris bezüglich der Frage: Warum berichten die Medien nicht über die exklusiven, aber äußerst bedeutsamen jährlichen Konklaven der Bilderberger?

Einer der Hauptgründe dafür ist, daß die Medien durch die Anwesenheit von hohen Beamten und einflußreichen Kolumnisten großer Nachrichtenorganisationen, die zwar an der geheimen Planung beteiligt sind, aber schon in voraus zur Geheimhaltung verpflichtet werden, kooptiert werden. Die Gruppe wird zwar gelegentlich in den Medien erwähnt, aber wenn das geschieht, dann nur rein zufällig, und die Gruppe wird fälschlicherweise als eine Sammlung von »Gelehrten« oder als private Gesprächsgruppe für einflußreiche Leute charakterisiert, die sich ganz locker geben könne, weil die Vorgänge »inoffiziell« seien.

Eine weitere Erklärung dafür ist, daß eine neue Generation junger Reporter, deren Aufgabe es ist, über Weltereignisse und das internationale Finanzwesen zu berichten, kaum von der Existenz der Bilderberg-Elite als Organisation, ganz zu schweigen von den Strategien, die sie formuliert und das ganze Jahr hindurch ins Spiel bringt, weiß.

»Ich nehme an, die Bilderberger haben ihre Schlacht um Geheimhaltung gewonnen«, kommentierte John Grimmin, Auslandsredakteur des »Economist«, der einflußreichen internationalen Wochenzeitung, die in England herauskommt. »Sie haben sich so lange und so intensiv verschworen, daß die Presse sie völlig aus den Augen verloren hat.«

Grimmin versuchte nicht nur die nicht vorhandene Berichterstattung über die Bilderberger in seinem eigenen Blatt vernünftig zu erklären. Er versuchte auch zu klar zu machen, warum das der New Yorker Geschäftsstelle des »Economist« zugeteilte Redaktionsmitglied – eine sonst durchaus gut informierte Wirtschaftsreporterin, deren Name auf eigenen Wunsch verschwiegen wurde – einem Anrufer von »The Spotlight« antwortete: »Die Bilderberger? Was sind das für Leute? Ich weiß es wirklich nicht – ich bin niemals beauftragt worden, mich über sie zu erkundigen.«



Das Netzwerk der internationalen Absprachegremien, die eine weltweite Kontrolle der Finanzen ausüben.

Die Presse hat sie aus den Augen verloren

Eine ähnliche Politik, die Weltschattenregierung keinerlei Überprüfung zu unterziehen, war bei der »New York Post«, bis vor kurzem die Hauptgeschäftsstelle der von dem umstrittenen Medienmanager Rupert Murdoch geleiteten Nachrichtenorganisation, klar erkennbar.

»Die Bilderberger? Ich kann Ihnen wirklich nicht sagen, wer sie sind«, rief die Finanzreporterin Jenifer Shaw aus. »Ich glaube nicht, daß irgendjemand von uns jemals beauftragt wurde, darüber zu berichten.«

Die Presse will nicht feige sein

Bei der »New York Times« sicherte ein ziemlich herrisch wirkender Repräsentant, der darum bat, nur als »Sprecher« identifiziert zu werden: »Wir unterlassen wahrscheinlich am liebsten jede Berichterstattung über die Bilderberg-Konferenz. Aber wir erklären unsere Auswahl bei der Berichterstattung nicht.«

Bei »L'Express«, Frankreichs führender Wochenzeitung, rief eine Wirtschaftsredakteurin, die wir offensichtlich in einem angespannten Augenblick telefonisch an ihrem Schreibtisch erreichten, nur: »Les Bilderberger? Oh, non, non, non!« und legte auf. Ihre instinktive Reaktion war »sehr bezeichnend«, kommentierte Emil Teron, ein Rundfunkjournalist, den wir in Holland erreichten. »Den Medien des Hauptstroms wurde gesagt, oft von ihren eigenen Redakteuren und Herausgebern, die Finger von den Bilderbergern zu lassen. Die Presse verabscheut es, in der Öffentlichkeit als feige dazustehen. Es ist daher eine instinktive Reaktion auf eine Frage bezüglich dieser Vertuschung, ›Nein‹ zu rufen und die Verbindung zu unterbrechen.« □

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Willkommen bei den Bilderbergern!

James P. Tucker

Die internationale Elite des Banken-Establishments versammelte sich im französischen Evian heimlich hinter streng bewachten Türen zu ihrem diesjährigen Jahrestreffen, um die Pläne der Strategie der Internationalisten für die nächste Zeit zu besprechen.

Zum ersten Male waren Persönlichkeiten der ehemaligen Sowjetunion stark vertreten, als die Organisation Bilderberg in Evian zu ihrer geheimen Jahresversammlung zusammentrat, wo es um globale Strategien ging.

Auch Michail Gorbatschow kam

Aufgrund der ungewöhnlich hohen Teilnehmerzahl mußten sich die Bilderberger in dem Badeort Evian auf zwei Hotels, das Royal und das Eremitage, verteilen.

Dazu mußten die bislang schärfsten Sicherheitsvorkehrungen für eine solche Veranstaltung getroffen werden.

Es gibt Berichte darüber, daß sogar der ehemalige sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow hieran teilnahm, obwohl es schwierige logistische Probleme mit sich brachte, ihn heimlich hinein- und hinauszuschleusen, ohne daß die Welt davon erfuhr. Auf jeden Fall spielte die Komplizenschaft Gorbatschows und anderer Führer der ehemaligen Sowjetunion und Ostblockstaaten bei den geheimen Plänen der Bilderberger eine große Rolle.

Die internationalen Finanziers und politischen Führungspersönlichkeiten, die sich hier versammelten, wollen die enormen natürlichen Hilfsmittel des ehemaligen Warschauer Blocks ausbeuten, und das ist auch der Grund dafür, warum Gorbatschow & Co. in die Weltbank und in den internationalen Währungsfonds (IWF) eingekauft werden.

Die Weltbank und der IWF schikken nicht nur westliche Steuergelder in den ehemaligen Ostblock, um die ehemaligen kommunistischen Länder mit Geld zu versorgen, und um Waren zu kaufen, die unter Ausbeutung von billigen Arbeitskräften dort von westlichen Kapitalisten hergestellt werden, sondern sie setzen auch die Mittel ein, um die neuen Wirtschaften und alten natürlichen Ressourcen in die Hand zu bekommen.

Mittlerweile gratulieren sich die Mitglieder der Bilderberg-Gruppe zu Gorbatschows »Kooperation«.

Diese »Kooperation« steht schon seit dem ersten bekannten Zusammentreffen zwischen Gorbatschow, David Rockefeller, Henry Kissinger und anderer Führer der Bilderberg-Gruppe und ihrer Schwestergruppe, der Trilateralen Kommission (TK), die zusammen die Welt-Schattenregierung bilden, auf festen Füßen.

Die Bilderberg-Leute lobten Gorbatschows Reden auf seiner kürzlichen Amerika-Rundreise. Gorbatschow rief zu einer »stärkeren« UNO auf, wobei der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seine eigenen Streitkräfte, zu denen alle Länder beitragen, haben soll, die er je nach Belieben einsetzen kann.

Der russische Präsident Boris Jelzin steht inzwischen voll unter der Kontrolle der Internationalisten.

Gorbatschows amerikanische Zuhörer applaudierten bei diesem Vorschlag, der darauf hinausläuft, einer Weltregierung und Weltpolizei gegenüber die eigenen Souveränität mehr und mehr aufzugeben. Das ist das, was sowohl die Trilaterale Kommission als auch die Bilderberger vor einem Jahr jeweils in Tokio und Baden-Baden gefordert hatten. Die Tatsache, daß US-Präsident George Bush, ein Trilateralist, sich zunächst die Erlaubnis der Vereinten Nationen, gegen den Irak kämpfen zu dürfen, und dann ohne Kriegserklärung die Zustimmung des Kongresses dazu einholte, wird hier als »wirklicher Durchbruch« bei der Überwindung des »provinziellen Nationalismus« oder »Nativismus« gesehen.

Gorbatschows Reden hätten von Kissinger diktiert sein können, nachdem sie von Rockefeller entworfen wurden, was auch – soweit es den Inhalt betrifft – tatsächlich geschehen ist.

Gorbatschow vertrat die Vision der Bilderberger und Trilateralen von einer militärischen Streitmacht der Vereinten Nationen, die in souveräne Staaten einmarschieren kann, um die »Menschenrechte« durchzusetzen. »Die Neue Weltordnung bedeutet eine neue Art von Zivilisation«, sagte Gorbatschow am 8. Mai 1992 vor dem Chicagoer Council on Foreign Relations, ein Kapitel des landesweiten amerikanischen Council on Foreign Relations (CFR).

Verurteilung eines kleinlichen Patriotismus

Die Führung des CFR ist mit Spitzenbeamten der ineinandergreifenden Gruppen TK und Bilderberg gespickt. Seine Hauptaufgabe besteht darin, Berichte herauszugeben und Gesprächsforen für die Förderung der geheimen Tagesordnung der Welt-Schattenregierung TK-Bilderberg zur Verfügung zu stellen.

Gorbatschow verurteilte in einem deutlichen Aufruf an die Amerikaner, ihrer Loyalität gegenüber der UNO der Treue zu den Vereinigten Staaten den Vorrang zu geben, den »kleinlichen Patriotismus« von der Art, wie er von »Nationalisten« bekundet werde.

»Alles liegt noch vor uns«, sagte Gorbatschow zum CFR und bezog sich dabei auf die Weltregierung, die, wie die Bilderberg-Gruppe auf ihrer Sitzung in Baden-Baden im vergangenen Juni beschloß, spätestens im Jahr 2000 im Amt sein soll. □

Europa-Journal

Die Rolle des KGB in der Russisch-Orthodoxen Kirche

Die russische Wochenzeitschrift »Ogonjok« bringt einen Bericht über die Beherrschung der Russisch-Orthodoxen Kirche von oben nach unten durch den KGB heraus, schreibt der »Philadelphia Inquirer«. CODE hat immer wieder berichtet, daß die Russisch-Orthodoxe Kirche als eine der tragenden Säulen des ehemaligen Sowjetstaates eine solche Rolle spielte.

Die Mitteilung der Zeitschrift »Ogonjok« soll auf neu freigegebenem KGB-Archivmaterial beruhen, nach dem selbst der für die Heiligsprechung verantwortliche Kirchenfürst ein KGB-Agent mit dem Tarnnamen »Adamant« war. Ein Priester und Dissident, Pfarrer Georgi Edelstein, sagte: »Ich... weiß, daß das Moskauer Patriarchat vom KGB zusammengestellt wurde, und daß diese Struktur unser Feind ist. Jeder dieser Bischöfe ging in dem System so weit, weil er einer der Schlimmsten war, weil er Sie und mich und seine Bischofskollegen jederzeit betrügen konnte.«

Eine andere Dissidentin, Verfasserin religiöser Schriften und ehemalige politische Gefangene, Zoja Krakhmanikowa, äußerte, die Russisch-Orthodoxe Kirche »hat eine aus mehreren Millionen bestehende Schafherde, und deren Hirten sind KGB-Agenten«.

»Orgonjok« wird den Patriarchen Aleksi II. als Schlüsselagenten des KGB mit dem Decknamen »Drozdow« namhaft machen.

Der Bericht in »Orgonjok« enthält laut »Inquirer« auch die Tatsache, daß »drei der Spitzenkirchenleute-Agenten 1989 den Papst in Rom besuchten, um ›weitere Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Russisch-Orthodoxen Kirche zu erörtern‹ ... Armer Papst«. Er glaubte, er spreche mit den Vätern der orthodoxen Kirche, seinen Brüdern in Christo, und er konnte sich einfach nicht vorstellen, daß er in Wirklichkeit KGB-Agenten in seiner Residenz empfangen hatte.

Aus einer ukrainischen Quelle verlautet, der Papst habe auf einen Durchbruch in den Beziehungen zwischen der Russisch-Orthodoxen Kirche und dem Vatikan gehofft, könnte sich aber des KGB-Elements in dieser Kirche bewußt geworden sein. □

Sterbliche Überreste der Zarenfamilie gefunden

Die sterblichen Überreste der gesamten Familie von Zar Nikolaus II. von Rußland wurden in einem Wald in der Nähe von Jekatarinburg aufgefunden, berichtete die Londoner »Sunday Times« in einem Leitartikel. Der amerikanische Außenminister James Baker habe russischen Experten jede erforderliche Hilfe angeboten, um DNA-Tests und andere Versuche durchzuführen, um die Identität der elf Skelette festzustellen, die in einer Grube im Wald außerhalb von Jekatarinburg gefunden wurden, wo die Familie und Bedienstete 1918 erschossen wurden.

Verwandte der russischen Zarenfamilie rufen bereits zur Bestattung der sterblichen Überreste zusammen mit den anderen Zaren in Sankt Petersburg auf, anschließend an die Beerdigung des Thronfolgers der Romanows, Großherzog Wladimir, am 28. April 1992, im Zusammenhang mit dem Vorstoß zur Wiederherstellung von Monarchien, besonders auf dem Balkan. Eine solche Beerdigung, berichtet die »Sunday Times«, »könnte zu einem Weltereignis werden, wobei Verwandte der Romanows, einschließlich der britischen Königsfamilie, repräsentiert werden«.

Gleichzeitig unternehme die Russisch-Orthodoxe Kirche vorsichtig Schritte zur Heiligsprechung von Zar Nikolaus II. □

Rom Zentrum zur Wiederherstellung der Monarchien

Die Stadt Rom sei zu einem bedeutenden Zentrum der Organisation zur Wiederherstellung der Monarchie in verscheidenen Ländern rund um die Welt geworden, berichtet die Tageszeitung »Rheinische Post«. Abgesehen von Intrigen des Zahir Shah, Afghanistans abgesetzter König, sei Rom auch der Ort intensiver Aktivität bezüglich einer möglichen Wiederherstellung des bagrationischen Königshauses in Georgien. Während der bagrationische Thronfolger, Jorge, in Marbella, Spanien, wohnt, lebt seine »wirkliche Familie«, besonders mütterlicherseits, in Rom. Sein Vater König Irakly, heiratete die Gräfin Maria Antonietta Pasquini, die starb, als Jorge noch sehr jung war. Jahrzehntelang wurden Jorges Interessen vom Bruder seiner Mutter, Oscar Graf Pasquini, wahrgenommen, der kürzlich mit einer georgianischen parlamentarischen Delegation, die Rom besuchte, um Möglichkeiten der Wiederherstellung der Monarchie zu erörten, zusammentraf.

Jorges jüngere Schwester Kethewan Bagratian ist mit Prinz Raimondo Umberto Orsini verheiratet, dessen Ahnenreihe auf den römischen Adel zurückgeht, und der heute, schreibt die »Rheinische Post«, eine Schlüsselfigur in der »schwarzen Aristokratie« in Rom sei. Die Zeitung schreibt, daß Kethewan niemals Königin in Georgien werden könne, aber ihr Einfluß »wäre vielleicht hilfreich für das sich immer noch in Schwierigkeiten befindliche und schwer bewaffnete Georgien«.

Die Zeitung stellt fest, daß auch Bemühungen im Gange seien, die Monarchien in Rumänien und Jugoslawien wiederzubeleben. In Rußland bereite die Stadt St. Petersburg einen »begeisterten Empfang« für Großherzog Wladimir Kirilowitsch Romanow, den letzten Thronerben von Zar Nikolaus II., vor, der von den Bolschewiken ermordet wurde. Wladimir sei mit einer weiteren Bagrationerin, Leonilda, die eine Tante von Jorge Bagratian ist, verheiratet.

Die »Rheinische Post« kommt zu dem Schluß: »›Monarchisten aller Länder vereinigt euch‹ könnte das Motto sein, unter dem sie auf das politische Trümmerfeld des Ostens zurückkehren wollen.« □

NATO stellt im Mittelmeer-Raum Marinestreitkräfte auf

Die North Atlantic Treaty Organization NATO stellt im Mittelmeerraum eine ständige Marinestreitmacht auf, um »regionale Kriege« führen zu können. Die neue Streitmacht, die derzeit aus acht Fregatten besteht, wurde mit einer Zeremonie im NATO-Stützpunkt in Neapel, Italien, eingeweiht. Die Schiffe werden von Deutschland, Griechenland, Türkei, Italien, Niederlande, Britannien und den Vereinigten Staaten gestellt.

Der scheidende Oberkommandeur der NATO, General John R. Galvin, sagte, obwohl ein »Krieg ganz über Europa hinweg« in naher Zukunft höchst unwahrscheinlich sei, tauche eine neue Gefahr durch »die Möglichkeit regionaler Konflikte« auf.

Abgesehen von der Rolle der Sechsten US-Flotte hatte die NATO bislang keine ständige Marinestreitmacht im Mittelmeerraum. Die neue Marinestreitmacht wird unter einem rotierenden Kommando stehen; der erste Kommandeur ist Captain Lutfu Sancar aus der Türkei. □

Englischer Professor für Faschismus mit »menschlichem Gesicht«

In einem Kommentar im Londoner »Daily Telegraph« mit der Überschrift »Coming Next on the Cards – Fascism With a Human Face« schreibt der Professor für moderne Geschichte an der Oxford University, Norman Stone: »Ob irgendetwas eintritt, das

nicht mehr zu ertragen ist, hängt wirklich von dem wahrhaft häßlichen Geist ab, der aus der Schublade der Geschichte kommt – dem der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre.«

Laut Stone treibt wirtschaftlicher Zusammenbruch »verschreckte Wähler dazu, sich für radikale Lösungen zu entscheiden. Heutzutage gibt es nichts Übleres als Stalins Kommunismus und Hitlers Nazismus. Andererseits ist so etwas wie Faschismus mit einem menschlichen Gesicht durchaus zu erwarten... Es gibt bereits eine gewisse Gedankenschule in den USA, für die Mussolini ein ›Entwicklungsdiktator‹ war – eine Gestalt, die ein zurückgebliebenes Land durch autoritäre Regierung ›modernisierte‹...

Die neunziger Jahre könnten sich nicht als die glückliche Zeit erweisen, die jenes wundersame Jahr, 1989, zu verheißen schien.«

Der »Telegraph« ist Eigentum der Hollinger Corporation, deren Vorstandsvorsitzender, Conrad Black, Mitglied der Trilateralen Kommission und ein Freund von Henry Kissinger ist.

Der Ruf nach einem »Faschismus mit menschlichem Gesicht« ist ein Echo der siebziger Jahre, als eine Gruppe, die sich das Initiatives Committee for National Economic Planning (ICNEP) nannte, »eine amerikanische Form der nationalen Planung«, sonst als Korporatismus bekannt, vorschlug. »Korporatismus ist Faschismus mit menschlichem Antlitz«, räumte die Gruppe ein. Zu den Befürwortern gehörte Robert McNamara, später Mitglied der Trilateralen Kommission und Vorstandsvorsitzender der Weltbank. □

Wird ukrainischer Metropolit vor Kirchengericht gestellt?

Der Metropolit der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche Filaret könnte von einer Versammlung der Erzbischöfe der Russisch-Orthodoxen Kirche vor Gericht gestellt werden, heißt es in Nachrichtenberichten. Die Bekanntgabe erfolgte nach einer erweiterten Sitzung der Heiligen Synode der Russisch-Orthodoxen Kirche, die unter dem Vorsitz von Patriarch Aleksi im Kloster St. Daniel in Moskau stattfand.

Filaret soll durch seine Weigerung, zurückzutreten, wie in der Sitzung der Heiligen Synode im April verlangt worden war, gegen das kanonische Gesetz verstoßen haben. Filaret hatte nach seiner Rückkehr von jener Sitzung nach Kiew beklagt, daß »der Schlag in dem Gerangel um die Gewährung der Unabhängigkeit der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche gegen ihn gerichtet war«.

Die zweite Synode forderte Filaret auf, eine Versammlung der ukrainischen orthodoxen Bischöfe einzuberufen und seinen Rücktritt einzureichen. Falls er dieser Aufforderung nicht nachkomme, werde er von der Versammlung der Erzbischöfe der Russisch-Orthodoxen Kirche vor ein Gericht gestellt, sagte Patriarch Aleksi. □

DDR-Firma unterstützte Waffenhandel des CIA

Die Firma Imes der ehemaligen DDR spielte bei geheimen Waffengeschäften des amerikanischen Geheimdienstes CIA eine Schlüsselrolle, schrieb das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel«. Der CIA benutzte verschiedene Fähigkeiten der DDR als Kanal für alle Arten von geheimen Waffendeals mit dem Nahen Osten, Lateinamerika, Mittelamerika und anderen Regionen.

In dem Artikel wird die Rolle des Irangate-Geschäftsführers Oliver North nicht erwähnt, aber es ist dokumentiert, daß seine Operation mit den Kommunisten im Nahen Osten und Lateinamerika zusammenarbeitete.

Wie »Der Spiegel« berichtete, traf Imes, die vom Stasi geleitet wurde, über Britannien Abkommen mit Waffenhändlern des CIA wie Sam Cummings (Interarms Corp.), Luftur Johanesson (Techaid International) und die Iran-Contra-Partner Adnan Khashoggi und Monzer al-Kazar. Die mit den Saudis verbundene Cantrade Bank in Zürich war in Geldtransaktionen verwickelt Die meisten der erwähnten Abkommen wurden in der Zeit von 1985 bis 1986 getroffen, aber St. Lucia Airways, ein von dem CIA geleiteter Betrieb, transportierte zwischen 1982 und 1985 vier geheime Waffenladungen vom Ostberliner Flugplatz Schönefeld aus.

Dieses gemeinsame CIA-Stasi-Netzwerk schien unter der Nase der Sowjet zu operieren, ohne Kenntnis von zumindest einem Teil der Führung in Moskau. »Der Spiegel« berichtet, daß ein geplanter geheimer Transport von T-72-Kampfpanzern nach Ägypten vom Verteidigungsministerium der DDR abgeblasen worden sei, weil dies, wenn es bekanntgeworden wäre, diplomatische Spannungen mit Moskau hervorgerufen hätte. □

Ukrainischer Kirchenfürst will nicht zurücktreten

Der Metropolit (Erzbischof) Filaret von Kiew und ganz Ukraine hat bekanntgegeben, daß er nicht zurücktreten werde, wie er Anfang April dieses Jahres auf einer Konferenz orthodoxer Bischöfe versprochen hatte, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters. Filaret äußerte das Rücktrittsversprechen sei aus ihm unter Zwang herausgepreßt worden. »Ich wurde auf der Konferenz gezwungen, zu sagen, daß ich darum ersuchen werde, von meinem Posten als Oberhaupt der Ukrainischen Orthodoxen Kirche abgelöst zu werden«, sagte Filaret. »Aber, nach Kiew zurückgekehrt, habe ich das Gesuch nicht eingereicht, weil ich in einer für die Gläubigen und für das ganze ukrainische Volk so schweren Zeit nicht das Recht dazu habe. Ich bin Gott und der Ukrainischen Orthodoxen Kirche gegenüber verantwortlich.« Im vergangenen November bat Filaret den russischen Patriarchen Aleksi II um Erlaubnis, sich von der Russisch-Orthodoxen Kirche trennen zu dürfen, mit der Begründung, Ukraine könne ohne eine unabhängige Kirche nicht wirklich unabhängig sein. Die Behörden in Moskau haben eine begrenzte Autonomie für die ukrainische Kirche zugelassen, stellen sich aber gegen einen direkten Bruch. Kiew war die Hauptstadt des ursprünglichen russischen Staates, der sich 988 zum Christentum bekannte. □

Britanniens MI-5 fordert mehr Macht

Die Chefs des Sicherheitsdienstes des inländischen Geheimdienstes Großbritanniens MI-5 sind fest dazu entschlossen, im Kampf gegen die Irish Republican Army (IRA) innerhalb Großbritanniens »noch nie dagewesene Macht« zu erlangen, berichtete der Londoner »Observer«. Diese außergewöhnliche Macht wurde von dem Home Deputy Secretary (stellvertretender Innenminister) Ian Burns in einem Geheimbericht umrissen. Ein neuer »ständiger Ausschuß« soll bei allen geheimdienst-nachrichtlichen Anhaltspunkten, die von der Polizei, der Zollbehörde und anderen Behörden zusammengestellt werden, die Fäden in die Hand nehmen. Alle Stellen müssen dem »ständigen Ausschuß« ihre Ermittlungsergebnisse mitteilen. MI-5 wird dann entscheiden, wer daraufhin in Aktion treten wird: Der MI-5 selbst, die Special Branch (Sonderdezernat) der Polizei oder das Terrorbekämpfungskommando. MI-5 hätte die Macht, selbstständig Terrorbekämpfungsmaßnahmen durchzuführen, einschließlich des Einsatzes von Doppelagenten in der IRA, selbst dann, wenn dies bedeuten sollte, daß Terroroperationen nicht verhindert werden, um die Informanten zu schützen. MI-5 würde auch die »carte blanche« dafür bekommen, Überwachungseinsätze durchzuführen.

Der Burns-Bericht, der dem MI-5 einen größeren Aktionsspielraum einräumen würde, als er derzeit selbst in Nordirland hat, ist laut »Observer« das Ergebnis der Bemühungen der entsprechenden Interessengruppen, die von der neuen Generaldirektorin des MI-5, Stella Rimington, und ihrer Stellvertreterin, Chris Davey, in die Wege geleitet wurden. □

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Begierde auf die großen Ressourcen

Lawrence Wilmot

Die riesigen Vorkommen an Mineralien und Rohstoffe der Staaten der ehemaligen Sowjetunion, heute zusammengefaßt in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), sind das Ziel der Begierde des internationalen Banken-Establishments geworden.

Ein geheimes Syndikat von Großbanken und weltumspannenden Firmen unternimmt derzeit, nach jahrelanger Verfolgung dieses Ziels, die notwendigen Schritte, um nach ihrem endgültigen Preis zu greifen: Unmittelbare Gewalt über die großen Vorkommen der Welt von bislang noch nicht angezapften natürlichen Hilfsmitteln. Das Syndikat wird von David Rockefeller, dem publikumsscheuen eremitierten Vorstandsvorsitzenden – und immer noch Herrn – des Chase-Manhattan-Konsortiums und dominierende Figur in der Trilateralen Kommission und der Bilderberg-Gruppe, die zusammen die nicht gewählte Welt-Schattenregierung bilden, dirigiert.

Wer nutzt wem?

Mit Rockefeller an der Spitze, sind die Hauptorganisatoren der stillen Wirtschaftskoalition: Gerald Corrigan, Vorstandsvorsitzender der New Yorker Federal Reserve Bank; Felix Rohatyn, der milliardenschwere, politisch einflußreiche Emissionsbanker; und der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger, der jetzt in New York seine eigene Beraterfirma leitet.

»Schon seit dem Zweiten Weltkrieg unterhalten diese westlichen Banker, während sie ihren Griff auf die Reichtümer eines Landes nach dem anderen festigen, fördernde, wenn auch verstohlene Beziehungen zu den kommunistischen Herrschern«, erläuterte Dr. Balthus Freihofner, ein angesehener Wirtschaftshistoriker. »Es war eine unergründliche Verbindung; selbst Insider konnten oft nicht sagen, wer wen benutzte.«

Jetzt tritt eine Art Antwort auf diese Frage ans Tageslicht. Die Ölvorkommen, Gold, Diamanten, viele andere Mineralien, Pelze, Bauholz und zahllose andere verkaufbare Vermögenswerte der ehemaligen UdSSR werden an westliche Geldanleger und Spekulanten verhökert, die ihre Gelder zum größten Teil von der Wall Street beziehen.
Die Auktionatoren sind jedoch meistens ehemalige kommunistische Herren, von denen viele sich dem Ansturm, Regierungseigentum zu »privatisieren«, anschließen.

»Ehemalige KGB-Beamte – die gleichen Leute, die in der Vergangenheit für die schmutzige Arbeit verantwortlich waren – haben viele dieser Staatsunternehmen wegen des persönlichen Profits übernommen«, berichtete Botschafter Jack Matlock, der unter der Reagan Regierung als amerikanischer Gesandter in Moskau diente, und zwar in der Art von Partnerschaft mit dem westlichen Finanzkapitalismus, die es dem Kommunismus ermöglichte, den Zeitpunkt, an dem er andernfalls durch sein bloßes Eigengewicht zusammengebrochen wäre, noch lange zu überleben.

David Rockefeller hat die Trilaterale Kommission als internationales Absprache-Gremium 1972 gegründet.

Die allgemeine Korruption

»Die alte Ordnung der universalen Unterdrückung wandelt sich zu einem System der verallgemeinerten Korruption«, warnte der Wirtschaftswissenschaftler Sergej Chruschtschow, Sohn des verstorbenen Parteiführers der UdSSR in den sechziger Jahren, der einen Vorgeschmack der reformistischen Herrschaft gibt. Die gesamte Sowjetwirtschaft und ihre gigantischen Firmen »werden systematisch von innen heraus ausgebeutet«, setzte Chruschtschow hinzu. Unter solchen einladenden Bedingungen werden massive Ausverkäufe wichtiger sowjetischer Vermögenswerte ins Ausland getätigt.

Um die »Privatisierung« voranzutreiben und gleichzeitig den Ärger des Volkes über die damit verbundene Massenplünderei zu besänftigen, hielt der internationale Währungsfonds (IWF), der weltweite Vollstrecker des Banken-Establishments, den Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) Dollar-Anleihen und »Hilfe« in Höhe von mehreren Milliarden vor die Nase.

Aber hinter den Kulissen ist die Unterstützung des IWF an die Übergabe der natürlichen Hilfsmittel der ehemaligen UdSSR gebunden, berichtet ein hochangesehener amerikanischer Geschäftsmann, der kürzlich aus Ukraine zurückgekehrt ist.
»In Privatgesprächen mit Beamten und Geschäftsführern betonen sowohl die Abgesandten des IWF als auch die privaten Finanziers, daß es weder finanzielle Zuwendungen noch ausländische Investitionen in die GUS gibt, es sei denn, deren natürliche Ressourcen werden den geldgebenden Banksyndikaten zur Verfügung gestellt«, berichtete dieser Beobachter.

»Öl ist die Vorderkante«, berichtete Garth Allen, der gut informierte Publizist der Erdölindustrie, der kürzlich nach einer monatelangen Moskaureise nach New York zurückgekehrt ist. »Die riesigen Erdölreserven unter der ehemaligen Sowjetunion sind lange Zeit absichtlich unterbewertet worden. Jetzt unternimmt das internationale Energie-Kartell Schritte, um sie an sich zu reißen.«

Die derzeitige offizielle Schätzung des unangezapften Öls unterhalb der als GUS bekannten riesigen Gebiete liegt bei 65 Milliarden Barrel. Von Dr. Duane Patterson, einem ehemaligen amerikanischen Spezialisten für geologische Vermessungen, der jetzt bei einer Energie-Beraterfirma an der Wall Street arbeitet, erfuhr CODE: »Das ist eine gefälschte Ziffer – sie ist viel zu niedrig. Meiner Ansicht nach sind diese Vorkommen dreimal so groß, wie die offizielle Zahl.«

Konkurrenz für Saudi Arabien

Daniel Yergin, Chef von Cambridge Energy Associates, einer sehr bekannten Beraterfirma, sagte in einem Privatgespräch, daß das Rohölpotential aus der Region sich sogar als ebenbürtig zu dem riesigen Sammelbecken von Vorkommen Saudi-Arabiens, rund 260 Milliarden Barrel, erweisen könnte.

Eines ist sicher, derzeitige Energie-Exporte aus der ehemaligen UdSSR sind gering. Von etwa 4,5 Millionen Barrel pro Tag im Jahre 1988 sind sie in diesem Jahr auf schätzungsweise eine Million pro Tag gesunken.

Aber dies ist weitgehend auf veraltete Explorations- und Produktionsmethoden, die jetzt durch das Wirtschaftschaos und durch die politischen Tumulte gelähmt werden, zurückzuführen, sagen Beobachter. »Bis Mitte dieses Jahrzehnts werden Energie-Exporte rapide ansteigen, auf etwa 60 Millionen Barrel pro Tag«, versicherte Patterson, »vorausgesetzt, es erfolgt kein allgemeiner Zusammenbruch und die Produktionstechnologie wird verbessert.«

Internationale Ölgesellschaften, die sich der fabelhaften Profitmöglichkeiten, die diesen Gegebenheiten innewohnen, durchaus bewußt sind, sind scharenweise in die Hauptstädte der Region eingeflogen, um Ölbohrrechte aufzukaufen. Vermesser von Royal Dutch Shell kämmen das westliche Sibirien durch, während Armoco über eine Konzession für das riesige Ölfeld Azeri unterhalb des Kaspischen Meeres verhandelt. Marathon Oil hat angeboten, die Vorkommen vor der Küste der Insel Sachalin, die wie berichtet wird eine Milliarde Barrel Rohöl und 15 Billionen Kubikfuß Erdgas enthalten sollen, zu entwickeln.

Die Finanzierung einiger der größten derartiger Abbau-Unternehmen wird von besonderen Banksyndikaten, die vom Rockefeller-Rohatyn-Konsortium organisiert werden, bereitgestellt, verlautet aus Kreisen an der Wall Street. »Es ist eine seit langem vertraute Handlungsweise der Rockefeller, ein Finanzimperium auf räuberischen Öl-Deals aufzubauen«, sagte Dr. Balthus Freihofner.

Jetzt, wo sie dabei sind, die Reichtümer der GUS zu schlukken, ist es offensichtlich, daß ihr eigentliches Ziel von Anfang an nichts weniger als die wirtschaftliche Beherrschung des Globus war, und um dies zu erreichen benötigten sie politische Macht, oder zumindest Kooperation, die sie nun von kooptierenden Politikern dadurch bekommen haben, daß diese in den inneren Kreis der Bilderberg-Gruppe und anderer geheimer Gruppierungen der Welt-Schattenregierung eintreten durften. □



Europa

Der Ruck nach rechts schockiert das Establishment

John McBrien

Wie viele politische Beobachter festgestellt haben, hat sich in Europa der Trend zu populistischen, nationalistischen Regierungen von Anfang dieses Jahrhunderts nach der Unterbrechung durch den Zweiten Weltkrieg in jüngster Zeit in einem Land nach dem anderen wieder zu festigen begonnen. Als Folge davon bricht der Status quo, trotz der besten Bemühungen und riesiger Geldsummen, die von einem mit Sozialismus und Internationalismus verheirateten Establishment ausgegeben werden, zusammen.

Die kürzlichen Wahlen in ganz Europa haben in der internationalistischen Gemeinde eine Schockwelle ausgelöst, da die Wähler ihren Abscheu gegen die herrschenden sozialistischen Regierungen registriert und populistischen sowie nationalen Parteien und Kandidaten ihre Stimme gegeben haben.

Das zusammenbrechende Gebäude des Sozialismus

Die Wähler brachten ihren Widerstand gegen solche internationalistischen Pläne wie die Einwanderung von Nichteuropäern und den als Europäische Gemeinschaft bekannten Superstaat zum Ausdruck. Wie vorauszusehen war, haben die Nachrichtenmedien des Establishments versucht, die Wahlergebnisse als Beginn einer »gefährlichen«, »nach rechts gerichteten« Abweichung vom Sollkurs zu bezeichnen, und keine Gelegenheit ausgelassen, um die Wähler an der Basis durch die Behauptung zu verunglimpfen, sie unterstützten »faschistische« oder »autoritäre« Regime, anscheinend in der falschen Hoffnung, das zusammenbrechende Gebäude des Sozialismus und Internationalismus noch abstützen zu können.
Aber eine solche Kampagne wird kaum Erfolg haben, da klar geworden ist, daß Europäer nicht länger bereit sind, die linkslastige Politik, die den Kontinent seit Ende des Zweiten Weltkriegs dominiert hat, weiterhin zu schlukken.

Nirgendwo ist der neue Trend augenscheinlicher als in Frankreich, wo die seit 20 Jahren bestehende Regierung der Sozialistischen Partei überall im Land durch lokale Wahlergebnisse, bei denen nationale und grüne Kandidaten große Gewinne erzielten, beinahe gestürzt worden wäre. Bei den Regionalwahlen im März erhielten die Sozialisten gerade über 18 Prozent der Gesamtstimmen, während die konservative Gaullistische Partei und die Union für Französische Demokratie 33 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Aber die Gesamtergebnisse für alle drei Parteien des Hauptstroms lagen weit unter früheren Leistungen. Die größten Gewinne wurden von der von Jean-Marie Le Pen geführten Front National, die gerade unter 14 Prozent auf sich vereinigen konnte, und von ein paar »Grünen« (umweltschutz-orientierte) Parteien, die zusammen fast 15 Prozent der Gesamtstimmen erhielten, erzielt.

CODE hat wiederholt über die Angriffe des Establishments auf Le Pen wegen dessen nationalistischen Ansichten berichtet, die schwerpunktmäßig darauf abzielen, der Einwanderung aus der Dritten Welt Einhalt zu gebieten.

Da aber die Wähler immer empfänglicher für diese Gedankenrichtung werden und andere französische Politiker ähnliche Ansichten vertreten, ist Le Pen eine Kraft, mit der in der Zeit vor den Parlamentswahlen im kommenden Jahr zu rechnen ist.

Es ist klar, daß die von den Sozialisten angeführte Regierung am seidenen Faden hängt, und daß die kommenden Wahlen sie endgültig erledigen werden, und daß Le Pen und andere Kandidaten der Front National viel mehr mit der überwältigenden Mehrheit der Franzosen gemein haben, als allgemein angenommen wird.

Alessandra Mussolini, 30, Enkelin von Benito Mussolini, ist Abgeordnete des neu gewählten italienischen Parlaments.

Front National auf breiter Front erfolgreich

Die Medien des Establishments haben ähnliche Besorgnisse über den Erfolg von Parteien bei Regionalwahlen in Deutschland, die sich ähnlich wie Le Pen gegen die Einwanderungsflut stellen, geäußert. Die internationalistisch ausgerichteten Medien des Establishments behaupten, solche Ansichten seien rassistisch, aber sowohl in Frankreich als auch in Deutschland haben es die Bürger wissen lassen, daß sie den Verlust von Arbeitsplätzen an Einwanderer, die wahllos über die Grenzen strömen, nicht länger dulden werden. Deutschlands neue Partei der Republikaner erhielt in dem reichen Land Baden-Württemberg längs der französischen Grenze 11 Prozent der Stimmen. Im hohen Norden im Lande Schleswig-Holstein, wurde die Deutsche Volksunion mit sechs Prozent der Stimmen drittstärkste Partei.

Beide Parteien rufen zum Schutz der deutschen nationalen Interessen auf. Diese Botschaft wurde von den Wählern so klar und deutlich verstanden, daß die traditionellen Parteien in Deutschland seitdem verkündet haben, daß sie eine Beendigung der Nachkriegstradition des Landes, jedem Ausländer, der behauptet, politisch verfolgt zu werden, Asyl zu gewähren, in Erwägung ziehen und eine Einwanderungsbehörde ins Leben rufen wollen, die Einwanderungsquoten festlegt, fast so wie die Vereinigten Staaten dies schon immer getan haben.

Der Populismus zeigt Wirkung

Auch hier wie in Frankreich, muß die mächtige Botschaft, die von den Populisten und Nationalisten getragen wird, auch nach anderen Gesichtspunkten als nur an Wahlergebnissen gemessen werden; ihre wahre Macht ist an dem starken Einfluß erkennbar, den

sie auf Änderungen der Politik hat, die den Parteien des Establishments, die natürlich versuchen, auf die Wählerwünsche entsprechend zu reagieren, aufgezwungen werden.

Aber dieses Wiederaufleben populistischer Ideale ist keineswegs auf die größten Länder Europas begrenzt.

Italien wurde auch durch Ergebnisse bei allgemeinen Wahlen wachgerüttelt, die eine rückläufige Tendenz in der Unterstützung für drei der vier Parteien, aus denen sich die Koalitionsregierung des Landes zusammensetzt, aufweisen. Die Christlichen Demokraten mußten erleben, daß ihre Gesamtstimmen von mehr als 34 Prozent von 1987 auf weniger als 30 Prozent sanken; die Sozialisten verloren einen halben Punkt und erhielten 13,6 Prozent; und die Sozialdemokraten fielen von drei auf 2,7 Prozent. Den einzigen Gewinn unter den Regierungsparteien verzeichnete die Liberale Partei, die von 2,1 Prozent aller Stimmen im Jahre 1987 auf 2,8 Prozent kam.

Die traditionell oppositionellen kommunistischen Parteien Italiens verloren auch ein paar Stimmen. Aber die populistische Lombard-Liga, geführt von Umberto Bossi, kam aus dem Stand heraus landesweit auf fast neun Prozent der Stimmen für die Parlamentssitze. Die Lombard-Liga hat ihren Hauptsitz im Norden Italiens, wo sie jetzt zur stärksten politischen Partei dieser Region geworden ist und landesweit ist sie nun die viertstärkste Partei.

Im allgemeinen beschuldigt sie in ihrem Wahlprogramm die etablierten Parteien, das Geld der Steuerzahler zu verschleudern und enge Bindungen zu Italiens kriminiellen Organisationen zu unterhalten.

Aber es war in Italien noch ein weiterer Gewinner, auf den sich die Medien des Establishments weltweit konzentrierten: Alessandra Mussolini, Enkelin des Diktators des Zweiten Weltkriegs Benito Mussolini. Sie beansprucht einen Sitz in der Abgeordnetenkammer unter dem Banner der Italienischen Sozialistischen Bewegung, einer Partei, die gewöhnlich als »neo-faschistisch« abgetan wird.

Eine weitere Ursache zur Besorgnis für globalistische Elitisten war die jüngste Wahl in Österreich. Die Nachrichtenmedien der Welt hackten zwar immer noch auf der Wahl des nun scheidenden Präsidenten Kurt Waldheim von 1986 herum. Aber die Wähler waren stärker an dem Zustand der österreichischen Wirtschaft und an der Politik ihrer Regierung interessiert. Der Wahlausgang war ein starkes Votum für die Österreichische Freiheits-Partei, angeführt von Jörg Haider, die in ihrem Wahlkampf Themen wie zum Beispiel Widerstand gegen Einwanderung anschnitt.

Österreichische Nationalisten gewinnen

Die Kandidatin der ÖFP, Heide Schmidt, errang landesweit 16,4 Prozent der Stimmen und trug dazu bei, zu verhindern, daß entweder Rudolf Streicher von den Sozialdemokraten noch Thomas Klestil von der Volkspartei eine klare Mehrheit beim ersten Durchgang erreichten. Am 24. Mai fand eine Stichwahl statt, und Klestil wurde von der Freiheits-Partei unterstützt, weil er mehrere ihrer Grundsätze übernommen hat. Wie vorauszusehen war, bestand das sofortige Fallout von der Abstimmung aus Nachrichtenberichten, die vor einem Wiederauftauchen des Faschismus warnten.
Aber selbst Kommunalwahlen haben Proteste von Antinationalisten nach sich gezogen. Der Aufstieg der Vlaams-Blok-Partei (VB) in Antwerpen führte zu gespenstigen Anklagen des Neo-Nazismus. Einige linke Reporter verglichen den aus drei Ks – Kinder, Kirche, Küche – bestehenden Wahlspruch der Partei mit dem amerikanischen Ku-Klux-Klan.

Der VB, geführt von dem Historiker Karel Dillen, hat zur Aufteilung Belgiens in zwei getrennte Heimatländer, Wallonien und Flandern, und zur Ausweisung von tausenden von Einwanderern, die meisten davon aus Nordafrika und Osteuropa, aufgerufen. Wahlen für den Stadtrat in Antwerpen im vergangenen Jahr brachten dem VB zehn der 55 Sitze ein, direkt hinter den etablierten Sozialisten (17 Sitze) und den Christdemokraten (12 Sitze).

Kommentatoren räumen ein, über die Wahlergebnisse in Österreich, Deutschland, Frankreich und Belgien erstaunt zu sein. Die »Experten« warnen davor, daß die Rassenfrage durch das unwillkommene Beharren der einheimischen Bevölkerungen dieser Länder darauf, daß ihre Interessen Vorrang haben müssen, polarisiert wird.

Internationalismus wird verachtet

Bürger von Dänemark, Norwegen und Schweden sind jedoch gleichermaßen unzufrieden mit der Tatsache, daß das jeweilige liberale Establishment in den letzten 47 Jahren hunderttausende von Fremden ins Land geholt hat. Die arbeitenden Schichten werden traumatisiert, die Politik ihrer Regierungen abzulehnen, und dies trotz der allmächtigen antinationalen Medien und drakonischer Strafen, die der Redefreiheit ein Ende setzen sollen.

Gleichzeitig muß der jüngste Sieg der konservativen Regierung in Britannien des Premierministers John Major als mehr als ein bloßes Versagen der Meinungsumfrage-Institute, die davon überzeugt waren, daß die sozialistische Labour Party gewinnen werde, angesehen werden.

Obwohl es stimmt, daß die Mehrheit der Sitze der Konservativen im Parlament sich verringert hat, ist davon wenig Kenntnis genommen worden, daß die Tories mit einer Reihe von Gesichtspunkten, die mit dem bevorstehenden Markt der Europäischen Gemeinschaft zusammenhängen – wie zum Beispiel die Einführung einer einzigen Währung und der Verlust der Gewalt über britische Grenzen – lange Zeit sehr unzufrieden waren. Diese nationalistischen Ansichten, scheinen bei den Wählern eine Seite angeschlagen zu haben.

Es besteht wenig Zweifel darüber, daß Europas wirtschaftliche Machtprobe die Wählerstimmen zugunsten der verschiedenen Establishment-feindlichen Parteien in die Höhe getrieben hat, und daß dies – zumindest in der Öffentlichkeit – auch bei den Politikern des Hauptstroms zu veränderten Einstellungen führen könnte. Aber es besteht auch kein Zweifel darüber, daß dies mehr als eine Phase oder eine Reaktion auf das Establishment ist; es ist ein historischer Trend, der sich anderswo quer durch Europa widerspiegelt – destruktiver in den lange unterdrückten Nationalitäten der ehemaligen Sowjetunion und deren Satelliten.

Eine Veränderung fegt durch ganz Europa hindurch

Jetzt, wo Osteuropäer wieder einmal ihre nationalen Identitäten festigen, treten uralte Grenzstreitigkeiten und andere Konflikte, die in den Jahren der kommunistischen Unterdrückung einfach niedergeknüppelt, nicht angepackt wurden, wieder in den Vordergrund, vor allem in Ungarn, Polen, der Slowakei und in Ukraine.
Und in Westeuropa geschieht vielfach das Gleiche, wenngleich ohne Gewalt. Die nationalistischen Tendenzen der europäischen Völker stehen gegen ein Establishment auf, das in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Regierungen und Institutionen Europas einen Würgegriff ausgeübt hat.

Internationalisten bejammern den Wiederaufschwung des Nationalismus und stoßen finstere Warnungen aus, weil diese Bewegungen von charismatischen Politikern, wie Le Pen in Frankreich, Italiens Bossi und Mussolini, Österreichs Haider, Belgiens Dillen und viele andere geführt werden. Viele dieser Persönlichkeiten fordern auch jene »Maulkorb« gesetze heraus, wie sie in Europa bekannt sind, und laufen Gefahr, ins Gefängnis gesperrt zu werden, weil sie dem Establishment die Stirn bieten.
Es ist vielleicht nur noch eine Frage der Zeit, bevor das Gleiche auch in den Vereinigten Staaten geschieht. □



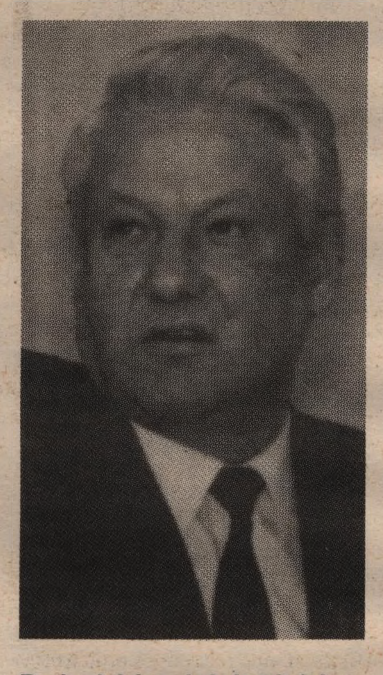
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Der große Knall steht kurz bevor

Iben Browning und Evelyn Browning Garris

Dr. Iben Browning, der weltbekannte Klimatologe sagt für die Länder, aus denen sich die ehemalige Sowjetunion zusammensetzte, auf der Grundlage von Wettervorhersagen und historischer Präzedenzfälle eine düstere Zukunft voraus.

Kürzlich haben Historiker neuerdings freigegebene Unterlagen entdeckt, aus denen hervorgeht, wie nahe die Welt in der kubanischen Raketenkrise von 1963 an einen Atomkrieg herangekommen war. Während die Kommentatoren beklagten, wie nahe wir dem Atomkampf gekommen waren, war ich darüber erstaunt, wie wir den Krieg vermieden haben – John F. Kennedy sprach mit Nikita Chrustschow. Nichts kann einem ein derart nostalgisches Gefühl für das böse Reich vermitteln wie die Auffassung, daß ein Abkommen zwischen zwei Männern die Welt vor atomarer Zerstörung bewahren konnte. Diese Zeiten sind vorbei.



Boris Jelzin wird damit leben müssen, daß sich immer mehr Republiken der ehemaligen UdSSR seiner Herrschaft entziehen.

Das Wetter und der Hunger

Heute bilden 12 Republiken das unstete Gemeinwesen, das die Sowjetunion abgelöst hat. Drei Republiken besitzen Atomwaffen. Wenn wir Glück haben, brauchen unsere Staatsführer nur mit, einem, zwei oder drei jener Führungspersönlichkeiten zu sprechen, um den Frieden zu gewährleisten.

Man verlasse sich jedoch nicht darauf.

Dr. Iven Browning sagte 1982 voraus, Rußland werde sein Sowjetreich bis spätestens 2010 verlieren. Wir würden den Kommunismus nicht besiegen, aber der Hunger. Die Herrscher, die die Gewalt über die damals 15 Republiken übernehmen, werden es mit dem gleichen Feind zu tun haben wie die Kommunisten.

Der El Nino, ein abnormal warmer Strom des Stillen Ozeans, wird durch das ganze Jahr 1992 hindurch anhalten. Der Sonnenlicht widerspiegelnde Dunst am Mount Pinatubo wird bis mindestens 1995 anhalten. Zwischen Kälte und Trockenheit wird es Mißernten geben. Das Gemeinwesen – derzeitiges Gemeinwesen Unabhängiger Staaten oder GUS, die baltischen Länder und die ehemalige Sowjetunion – hat seit 1988 Nahrungsmittelknappheiten erlebt. Ihm stehen vier weitere Jahre ohne Vorräte und wenig Kredit bevor.

Menschen werden verhungern. Sie werden das nicht ruhig hinnehmen. Amerikas Regierung stellt diplomatische Beziehungen zu den drei baltischen Republiken und sechs der zwölf GUS-Republiken her. Offiziell wird Washington nur Republiken anerkennen, »die sich zu demokratischen Reformen, humanen Reformen, den Menschenrechten, der freien Marktwirtschaft und der Verhütung der Ausbreitung von Atomwaffen verpflichten«. Obwohl die amerikanische Regierung so pragmatisch war, Bindungen zu Kasakstan zu knüpfen, das sich über alle oben erwähnten Bedingungen hinwegsetzt, stellt sie keine Bindungen zu den anderen zentralasiatischen Republiken her. Amerikas Medien konzentrieren sich auf Rußland und Ukraine und schenken den christlichen Republiken Georgien und Armenien weniger Beachtung. Auch Zentralasien wird weitgehend außer Acht gelassen.

Dies ist ein gefährliches Übersehen.

Wenn das Pulverfaß explodiert

Um den 15. Januar 1992 herum erlitt Zentralasien seinen ersten Aufstand wegen Nahrungsmittelknappheit. In Usbekistan wüteten tausende von Studenten gegen Läden, die Nahrungsmittel zu höheren Preisen verkauften, als sie sich leisten konnten. Soldaten schossen auf die Studenten, und mindestens sechs von ihnen starben. Die Unruhen hielten vier Tage an.

Usbekistan, das im Norden an den Aralsee und im Süden an Afghanistan grenzt, ist die ärmste der GUS-Republiken. Es hat eine fünfjährige Trockenheit, ähnlich wie die in Kalifornien, durchgemacht, und die Gewässer des Aralsees gingen bis zu 60 Prozent zurück. Sein Volk liegt bereits in einem Streit mit dem angrenzenden Kirgisien, bei dem 200 Menschen getötet wurden.

Das Volk von Usbekistan, einst das reichste Zentralasiens, ist mit 20 Millionen immer noch das größte. Mit der zweithöchsten Geburtenziffer der GUS, im Schnitt sechs Angehörige auf jeden Arbeiter und einer Arbeitslosenquote von zehn Prozent, kann Usbekistan nur als Pulverfaß betrachtet werden. Es war auf Subventionen der Zentralregierung angewiesen, um zu überleben, aber diese wurden eingestellt, als sich die Sowjetunion auflöste.

Mit wenig oder überhaupt keinen Nahrungsmitteln und einer wachsenden fundamentalistischen moslemischen Bewegung, ist Usbekistan jetzt reif zu explodieren.

Da die Usbeken zwischen einem Zehntel und einem Viertel der umliegenden Republiken ausmachen, ist ganz Zentralasien in Gefahr, wenn es in Usbekistan zu einer Explosion kommt.

Langfristiges Mißtrauen vorhanden

Einer der ersten amtlichen Berichte über die Usbeken, von Graf L. L. Pahlen an den Zaren gerichtet, stellte deren Verhalten Rußland gegenüber schon 1909 fest:

»Was ich für echte Verachtung halte, wird von einem Anschein der Unterwerfung nach außen hin verschleiert, der auf ein inneres Bewußtsein der Kultur und eine Lebensauffassung, die weit älter ist als unsere, hindeutet.«

Diese Haltung hat sich nicht geändert, und herrscht in ganz Zentralasien vor. Die Zentralasiaten unterhielten seit dem vierten Jahrtausend vor Christus starke kulturelle und wirtschaftliche Bedingungen zum Iran. Sie unterhielten seit 200 Jahren vor Christus auch starke Handelsbeziehungen zu China. Ihre Sprache wurde im sechsten Jahrhundert nach Christus Türkisch und Exilanten wohnen immer noch in der Türkei.

Usbeken sind seit dem achten Jahrhundert sunnitische Moslems und schreiben in der arabischen Schrift. Mit dem Reich von Dschingis Khan (1167? bis 1227), wurde die dominierende Rasse im Osten mongolisch und halb mongolisch/halb kaukasisch im Westen.

Die beiden Handelsvölker, die Usbeken und Uighuren – sehr ähnlich in Sprache und Kultur, aber die Uighuren leben in China – banden die Zentralasiaten längst der alten »Seidenroute« wirtschaftlich zusammen. Ihre Einstellungen, Kulturen und Weltanschauung sind weder westlich noch russisch. Sie haben in der Tat traditionell gegen die Russen gekämpft.

Die Mongolen und Zentralasiaten beherrschten Moskau bis 1555. Die Russen begannen vor Ende des 18. Jahrhunderts nicht einmal mit deren Eroberung. Der letzte Stamm, die Türkmenen, wurde erst nach dem blutigen Krieg 1885 überwältigt.

Die Russen kolonisierten das Gebiet gewaltsam und stellten bis zum Ersten Weltkrieg die größte Volksgruppe in Zentralasien und die Mehrheit der Bevölkerung in Kasakstan dar. Ein Versuch, die einheimische Bevölkerung wegen des Krieges zu besteuern, führte zur weit verbreiteten Revolte und Bevölkerungsbewegungen.

Von 1917 bis 1927 konnten sich große Gebiete Zentralasiens der russischen Herrschaft entziehen, und die einheimische Bevölkerung stürzte gewaltig auf die russischen Siedler. Versuche zur Kollektivierung trafen auf gewalttätigen Widerstand, zogen massive Säuberungen und weitverbreitete Hungersnot nach sich, die bis 1934 andauerte. Bis spätestens 1939 war die asiatische Bevölkerung auf ihren tiefsten Stand gesunken.

Und dennoch, trotz dieser Politik der Unterdrückung und des Mordes blieb die zentralasiatische Kultur weitgehend intakt. Die Nomaden nannten ihre Familien in »sowjetische Vieh-Brigaden« um, blieben aber Klans und Familien, die den Herden folgten.

Die Oasenbewohner wurden weitgehend kollektiviert, aber ihre landwirtschaftlichen Methoden, Religionen, Lebensstil und poligamischen Eheschließungen bleiben traditionell erhalten.

Die Städte und Regierungszentren vermitteln einen westlichen Eindruck, das ist aber nur Tünche. Die Russen wurden trotz des gewaltigen Ansporns zur Kolonisierung von einer Mehrheit auf



Nikita Chruschtschow hatte noch die Macht, nach einem Gespräch mit dem US-Präsidenten einen Atomkrieg zu verhindern.

bloße 38 Prozent in Kasakstan reduziert.

Viele islamische Bindungen

Angesichts dieser Geschichte ist es nicht überraschend, daß derzeitige Nachrichtenberichte den wachsenden Einfluß des islamischen Glaubens und den Widerwillen seitens Kasakstans widerspiegeln, seine Atomwaffen an die Russische Republik zu übergeben. Zwei Berichte aus jüngerer Zeit verdienen besondere Beachtung. Der erste erschien in der Londoner »Financial Times Weekend«.

Chinesische Regierungsbeamte befürchten immer noch, daß die sowjetischen Unruhen auf ihre westliche Provinz Xinjiang – Sinkiang: traditionell als das chinesische Turkestan bekannt – übergreifen könnten. Sie mußten im April 1990 und Juli 1991 bereits zwei kleinere, blutige islamische Revolten über sich ergehen lassen. Trotz umfangreicher Versuche, die Provinz zu kolonisieren, machen die Chinesen nur 40 Prozent der dortigen Bevölkerung aus, und das Gebiet wird von Uighuren, Kasaken, Kirgisen und Tadschiks dominiert.
Ein Bericht in der »Los Angeles Times« vom 7. Januar 1992 legte eine andere Fazette der Entwicklung Zentralasiens dar. Vor einem Kreditmangel mit wenig zu verkaufen stehend, verscherbelt Rußland in immer stärkerem Ausmaß für lediglich zwei bis fünf Prozent der eigentlichen Kosten Waffen an den Iran. Der Autor zitierte einen nicht namentlich genannten Informanten wie folgt:

»Es ist ein Barzahlungsgeschäft mit weit unterbietenden Preisen ... mit konventionellen und unkonventionellen Waffen auf dem Gebiet der Raketen- und Atomforschung. Wir machen uns nicht nur Sorgen darüber, was sie ansammeln, sondern was sie damit zu tun gedenken.«

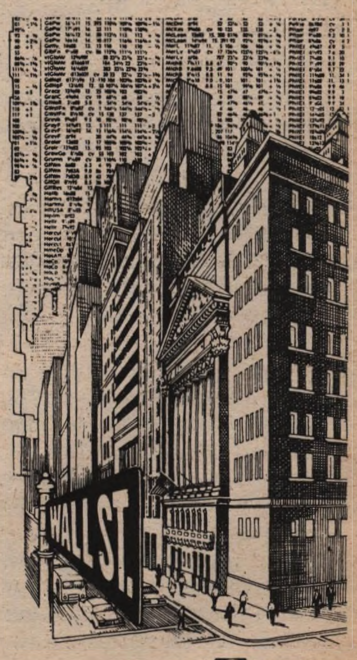
So sieht die Zukunft aus

Offizielle haben bestätigt, daß die Iraner Flugzeuge, Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Waffen zu niedrigen Preisen im Austausch für Benzin und Öl bekommen. Aus späteren Berichten und Gesprächen geht hervor, daß einige dieser Käufe direkt mit der Roten Armee und den zentralasiatischen Republiken getätigt werden. Die Länder sind hungrig und haben einen Überschuß an Waffen zu verkaufen. Angesichts der 6000 Jahre alten Handelsbeziehungen sind der Iran und der Nahe Osten natürliche Handelspartner.

Bei der historischen Vergangenheit Zentralasiens und seines wahrscheinlich verringerten Ernteertrags in der Zukunft, scheint in den kommenden 20 Jahren folgendes wahrscheinlich zu sein: Die Republiken machen sich von der russischen Herrschaft unabhängig. Sie bleiben weiterhin eine Quelle für Waffen und atomares Wissen für andere Länder, vor allem islamische. Die ethnischen Unruhen werden andauern. Millionen werden dazu gezwungen, die Heimatländer anderer Volksgruppen zu verlassen, und eine Mehrheit von diesen werden Russen und Ukrainer sein. Dies könnte zu einem Krieg zwischen Republiken, möglicherweise einem Atomkrieg, führen.

Es wird Grenzschwierigkeiten zwischen Rußland und China geben, da Nomaden die Völkergrenze ignorieren und sie in beiden Richtungen überschreiten. Stämme mit Bevölkerungsteilen auf beiden Seiten der Grenze werden versuchen, sich zu vereinigen.

Es wird weitere islamische Revolten und ein Wiederaufleben der pan-islamischen und pan-türkischen Bewegungen geben. Es wird wahrscheinlich einen weiteren Versuch geben, die Ostturkestanische Republik neu zu gründen. □



Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auf dem Weg zur Großmacht

Mike Blair

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat in Osteuropa und Westasien ein politisches und strategisches Vakuum hinterlassen, das schnell durch die Türkei aufgefüllt wird. Die Türkei drängt sich als Mitspieler in der Region auf, mit dem Ziel, durch Einverleibung mehrerer neuerdings unabhängiger moslemischer Republiken zu einer Großmacht zu werden.

Die Türkei, ein Land von 45 Millionen Einwohnern vorwiegend moslemischen Glaubens in Südosteuropa und Kleinasien, tritt mit dem Zusammenbruch des Riesenreichs Sowjetunion als regionale Macht in Erscheinung.

Wiedererstehen des Ottomanischen Reiches

Die neue Bedeutung der Türkei wurde während des Golfkriegs von 1991 mit dem Irak offensichtlich, als sie – zu großen Lasten des amerikanischen Steuerzahlers, der die Rechnung berappen mußte – als Alliierter gegen die irakischen Legionen Saddam Husseins gehätschelt wurde.

Ihre eigentliche Bedeutung in der zukünftigen Welt besteht jedoch darin, wie sie sich mit den ehemaligen Republiken der aufgelösten Sowjetunion verbinden wird.

Die Türkei pflegt bereits Beziehungen zu sechs türkisch sprechenden ehemaligen Sowjetrepubliken – Aserbaidschan, Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan, Kasakstan und Kirgistan (Kirgisien), die alle zum großen Ottomanischen Reich gehörten. Viele Beobachter der sich vollziehenden gewaltigen Veränderungen sehen nämlich voraus, daß sich diese Republiken eines Tages der Türkei anschließen und mit dieser zusammen ein neues, mächtiges Reich, durch ethnische und religiöse Bindungen zusammengehalten, bilden.

Die Türkei war schnell bei der Hand, sich ihrer neuen Bedeutung als Hauptdarsteller auf der Weltbühne bewußt zu werden. Sie hat eine Reihe von Witschaftsabkommen mit den Republiken abgeschlossen und ein neues Ministerium geschaffen, was sich mit ihnen befassen soll. In all diesen Republiken wurden Botschaften eröffnet.

Der türkische Staatspräsident Turgut Özal war das erste Staatsoberhaupt, das die neuen unabhängigen Republiken besuchte.

Die Türkei unterhält einen gewaltigen Fernseh- und Rundfunkdienst, der sich über die sechs Republiken erstreckt und die zusammengenommen 57 Millionen türkisch sprechenden Menschen der neuen Länder mit wöchentlich 89 Stunden türkischer Unterhaltung und Nachrichten versorgt.

Das Tauziehen ist auch dazu bestimmt, in der sich verstärkenden Krise, die sich zwischen den beiden größten Republiken des neuen Gemeinwesen Unabhängiger Staaten (GUS), der höchst unstabilen Zusammenballung der ehemaligen Sowjetrepubliken, die an die Stelle der Zentralregierung der UdSSR trat – Rußland und Ukraine – entwickelt hat, eine Hauptrolle zu spielen.

Derzeit führen die großen Republiken einen Krieg der Worte darüber, wer die beachtliche, aus 300 Schiffen bestehende Schwarzmeer-Flotte übernehmen soll.

In Sewastopol an der Schwarzmeerküste der Krim stationiert, befindet sich die Flotte mitten in einem Tauziehen zwischen den Führern der russischen Regierung in Moskau und der ukrainischen Regierung in Kiew, die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine Reihe von Ansprüchen auf die Flotte gestellt haben. Zeitweilich artete das Tauziehen in einen häßlichen diplomatischen Wortkrieg zwischen dem russischen Präsidenten Boris Jelzin, dessen Führung des neuen Gemeinwesens wankt, und dem ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk aus.

Die 100000 Seemänner und Offiziere der Flotte sitzen zwischen zwei Stühlen, und jeder von ihnen wurde aufgefordert, entweder Rußland oder der Ukraine gegenüber seine Treue und Verbundenheit zu erklären.

Der Streit um die Schwarzmeer-Flotte

Die Lage hat unter den Männern der Flotte eine große Belastung hervorgerufen, und es ist mit Rebellion und Meutereien zu rechnen, wenn die Lage nicht bald geklärt wird.

Die potentielle Rolle der Türkei in dem Streitfall steht und fällt mit der Beherrschung der wichtigen engen Wasserstraßen der Dardanellen und des Bosporus, die den einzigen Zugang der gewaltigen Flotte vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer darstellen. Als Teil der NATO bestand die Hauptrolle der Türkei darin, seine tüchtige Flotte kleiner diesel-elektrischer Küsten-U-Boote und Minenleger einzusetzen, um im Falle von Feindseligkeiten die Wasserstraßen abzuriegeln und die Schwarzmeer-Flotte einzuigeln. Wenn sich nun jedoch das russisch-ukrainische Gerangel um die Herrschaft über die Flotte weiter verschlimmert, ist damit zu rechnen, daß sowohl Kiew als auch Moskau enge Beziehungen zur Türkei pflegen werden, um den Vorteil des freien Zugangs zu den Dardanellen und dem Bosporus zu genießen.

Die Hafenstadt Sewastopol auf der Krim, die hauptsächlich von Volksrussen bewohnt wird, wurde 1954 von dem damaligen sowjetischen Führer Nikita Chrustschow an Ukraine übergeben, um von ukrainischen Regierungsbeamten politische Konzession dafür einzuhandeln.

Ukraine schreitet bereits mit der Einrichtung einer verwaltungsmäßigen Kommandostruktur für seine eigene Kriegsmarine, die aus der Flotte geschaffen werden soll, voran.

Die Bedeutung der Schwarzmeer-Flotte und deren Einrichtungen für das neue Gemeinwesen GUS ist beträchtlich, vor allem da die einzige Werft der ehemaligen Sowjetunion zum Bau von Flugzeugträgern in Nikolajew, nördlich von Sewastopol, liegt.

Die Flotte setzt sich aus einem Flugzeugträger, 75 große Überwasserschiffen, darunter Kreuzer und Zerstörer, 70 anderen Überwasserdampfschiffen, 64 Hilfskreuzern, 29 Atom- und konventionellen U-Booten, 468 Flugzeugen und einer Marine-Infanterie zusammen. In der Vergangenheit bediente sich die Sowjetunion der Schwarzmeer-Flotte, um ihr Geschwader von bis zu 75 Schiffen, das zur Beibehaltung ihrer Präsenz im Mittelmeer benutzt wurde, mit Nachschub zu versorgen. □



Kroatien

Die heuchlerische Politik der UNO und USA

Alfred König

Wenn der furchtbare Krieg im ehemaligen Jugoslawien auch nur etwas halbwegs Gutes hat, dann das nun wohl auch dem gutgläubigsten Freund der USA klar vor Augen geführt wird, aus welchen Heuchlern die politische Führung dieser »Weltmacht« besteht. Während diese vom ersten Tag des Einmarsches irakischer Truppen in Kuwait militärische Aktionen angedroht haben, geschieht nichts, wenn stalinistische serbische Truppen tausende Kroaten und Bosnier barbarisch abschlachten. Wenn überhaupt, dann sind nur leere Worthülsen von den selben Politikern zu hören, die eineinhalb Jahre zuvor zu den Hauptkriegstreibern im Nahen Osten gehörten.

Ein genauso erbärmliches Bild zeichnet die UNO. Erst Ende Mai dieses Jahres, knapp ein Jahr nach Beginn des Bürgerkriegs, der sich nun nach Anerkennung Kroatiens und Bosniens von der UNO als selbständige Staaten zu einem Balkankrieg entwickelt hat, verhängte die UNO die »schärfsten Sanktionen« seit dem Golfkrieg – nur mit dem Unterschied, daß diese knapp vier Wochen später bereits wieder etwas gelockert wurden: Nach der Lieferung von Lebensmitteln und medizinischen Hilfsgütern sind nun auch Lieferungen bestimmter anderer Güter erlaubt – und das obwohl noch immer hunderte täglich sterben. Dem Irak ist es heute noch nicht erlaubt, etwas anderes als Lebensmittel und Medikamente einzuführen, und dies fast eineinhalb Jahre nach Ende des Golfkriegs!

Anders als bei den gegen den Irak verhängten Boykottmaßnahmen, will US-Außenminister Baker in Serbien erst einmal die Auswirkungen der beschlossenen Sanktionen abwarten, ehe man sich zu militärischen Schritten entschließt.

Nach monatelangem Zögern erklärten sich die USA dann endlich Anfang Juni »grundsätzlich« bereit, humanitäre Hilfslieferungen in die ehemaligen jugoslawischen Republiken militärisch abzusichern – nur geschehen war dies bis Ende Juni noch immer nicht. Präsident Bush beeilte sich dann auch sofort zu erklären, die USA seien »nicht der Weltpolizist«. Komisch, als amerikanische Öl-Interessen in Kuwait bedroht waren, klang es ganz anders. Damals verlautete sinngemäß aus Washington, der Einsatz der USA im Nahen Osten beruhe auf ihrer eigenen Einschätzung als Weltpolizist. Auch habe der Golfkrieg gezeigt, daß nunmehr mit den UNO-Truppen beziehungsweise der amerikanischen Armee Kriege zukünftig nicht mehr führbar seien.

In Kroatien geht es nicht um Öl

Als sie nun plötzlich in Bezug auf Jugoslawien hierauf angesprochen wurden, verdummte sich ein US-Repräsentant zu erklären, es bestehe zu der damaligen Situation in Kuwait ein großer Unterschied. Während es sich seinerzeit um den Angriff eines Landes gegen ein anderes souveränes Land gehandelt habe, handele es sich diesmal um einen Bürgerkrieg. »Vergessen« wird natürlich darauf hinzuweisen, daß, wie bereits oben erwähnt, es sich nach der UNO-Anerkennung Kroatiens und Bosniens nunmehr ebenfalls um einen »regulären« Krieg handelt.

Wie es weiter hierzu aus Washington verlautet, sei man auch deshalb sehr zurückhaltend, amerikanische Truppen auf dem Balkan einzusetzen, da das Risiko von Opfern zu groß und die Chancen eines Erfolges bei den ethnischen Verstrickungen gering sei. »Wir müßten die Messer aus jeder Küche wegnehmen, um ein Blutvergießen zu vermeiden«, meinte ein US-Regierungsbeamter.

Wenn ein Land kein Geld hat

Ein nachdenkender Mensch müßte diese Worte eigentlich mit ungläubigem Staunen vernehmen. Wie hieß es doch vor dem Golfkrieg? Die USA seien zur Sicherung der Freiheit Kuwaits – und wie später großspurig verkündet wurde: jedes Landes – bereit, auch große Opfer unter den Soldaten hinzunehmen. Angesichts der riesigen Stärke der irakischen Armee bestehe beim Golfkrieg sogar die Gefahr, daß tausende von US-Soldaten ihr Leben für die Freiheit Kuwaits hingeben müßten. Aber hierzu seien die USA bereit.

Nun sind die gleichen, angeblich so auf die Sicherung der Demokratie überall auf der Welt bedachten Amerikaner nicht einmal dazu bereit, die Lieferung von Lebensmitteln und Medikamenten an bosnische Hafenstädte durch ein Geleit eines oder mehrerer Marine-Konvois mit Luftunterstützung zu garantieren!

Dabei würden schon massive Waffenlieferungen an die technisch doch recht veraltet ausgerüstete kroatische und bosnische Armee ausreichen, um den Angriffen der serbischen stalinistischen Betonköpfe wenigstens einigermaßen wirksam entgegentreten zu können. Doch auch hier gibt es für die USA einen großen Nachteil: Diese beiden Länder haben kein Geld, um diese Waffenlieferungen zu bezahlen. Also, Demokratie hin, Freiheit her, gibt es keine Waffen. Im Gegensatz zu den viele Milliarden Dollar ausmachenden Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und Kuwait. Aber diese Länder zahlen auch pünktlich und haben vor allem auch etwas, was weder Kroatien noch Bosnien hat: Erdöl!

Haben UN-Truppen überhaupt einen Sinn?

Doch auch die UNO selber bekleckert sich nicht gerade mit Ruhm. So sollen UNO-Truppen nur dann nach Bosnien geschickt werden, wenn ein Waffenstillstandsvertrag nicht nur vereinbart wurde, sondern vor allem auch hält. Da muß man sich doch unwillkürlich die Frage stellen: Wieso galt dies nicht auch für den Irak? Der Irak war doch zu einem Waffenstillstand bereit! Und auch die Serben haben doch kroatische und bosnische Ländereien besetzt! Wieso wurden also UNO-Truppen in den Nahen Osten geschickt und mußten einige Soldaten dort auch ihr Leben lassen, und wieso gilt das gleiche nicht auch für die ehemaligen jugoslawischen Republiken?

Vielmehr haben sich UN-Truppen sogar aus Sarajewo zurückgezogen und dadurch wahrscheinlich erst die massiven serbischen Angriffe, die mittlerweile die ganze Stadt zerstörten, ausgelöst! Was haben denn UN-Truppen eigentlich für einen Sinn, wenn sie nur dann eingesetzt werden (sollen), wenn in dem betreffenden Land ohnehin der Krieg vorbei ist oder zumindest ein Waffenstillstand vereinbart wurde, der dann auch hält. Vielmehr sollte es doch der Sinn von UN-Friedenstruppen sein, diesen Frieden eben notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen. Alles andere wäre doch absoluter Schwachsinn – und doch wird es so praktiziert. Kaum zu glauben, aber dennoch leider wahr! □



Lateinamerika

Ein Kontinent im Aufbruch

Die achtziger Jahre waren für Lateinamerika das Jahrzehnt von Stag nation und Überschuldung. In jüngster Zeit jedoch erleben marktwirtschaftliches Denken und Handeln in fast allen Ländern Süd- und Mittelamerikas eine machtvolle Renaissance – Redaktion auf die gescheiterte Wirtschaftspolitik früherer Jahre. Sie bestand aus einem unheilvollen Gemisch aus Bürokratie, Dirigismus, Protektion, Währungsmanipulation und führte zur Lähmung der unternehmerischen Initiative.

Die Krisensymptome waren unübersehbar: Lateinamerikas reales Bruttosozialprodukt pro Kopf schrumpfte im vergangenen Jahrzehnt um vier Prozent – nur Subsahara-Afrika hatte von allen Regionen der Welt eine noch ungünstigere Entwicklung. Gleichzeitig erlebten zahlreiche Staaten eine Hyperinflation mit drei- oder sogar vierstelligen Preissteigerungsraten.

Jahrzehntelang verfehlte Wirtschaftspolitik

Die Probleme des Kontinents erhielten 1982 sogar eine globale Dimension, als Mexiko die Bedienung seiner Auslandsverbindlichkeiten einstellen mußte. Damit kam es zum offenen Ausbruch der internationalen Schuldenkrise, die in der Folgezeit rasch immer mehr Länder der Region erfaßte.

Die Schuldenkrise wurde teilweise durch die damalige Lage der Weltwirtschaft ausgelöst. Ihre Kennzeichen waren die zweite Ölkrise, eine weltweite Rezession und die Bemühungen, die internationale Inflation zu bekämpfen.

Die wichtigsten Ursachen für die Misere Lateinamerikas lagen jedoch in der jahrzehntelangen verfehlten Wirtschaftspolitik. Sie folgte einem rein dirigistisch-protektionistischen Entwicklungsmodell:

Binnenwirtschaftlich in einer direkten beziehungsweise indirekten Beteiligung des Staates in praktisch allen Bereichen, außenwirtschaftlich in einer Politik, die künstliche Handelshürden und eine Ablehnung von Auslandskapital zur Folge hatte.

Am Ende stand die Zerstörung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Inzwischen hat sich in der Region die Erkenntnis durchgesetzt, daß Wachstum nur auf der Grundlage von Stabilität, Wettbewerb und unternehmerischer Initiative zu erreichen ist.

Öl ist Venezuelas wichtigstes Exportgut. Die Hälfte der Ölreserven ist allerdings verbraucht.

Der Kampf gegen die Hyperinflation

Dabei sind sich in den einzelnen Ländern sowohl die politische Führung als auch breite Bevölkerungsschichten darüber einig, daß diese Ziele einen Systemwechsel zugunsten der Marktwirtschaft bedingen.

Sichtbaren Ausdruck findet der neue Geist der Wirtschaftspolitik derzeit insbesondere in drei Bereichen:

Markrokonomische Stabilisierung. Der Kampf gegen die Hyperinflation steht in allen Reformstaaten an oberster Stelle. Denn chronisch hohe Inflationsraten lähmen die Investitionstätigkeit.
Die bisherigen Erfolge der neuen Politik sind teilweise spektakulär: Argentinien hat den Preisauftrieb von rund 3.000 Prozent in 1989 auf heute etwa 30 Prozent verringert.

Bolivien ist nach einem Inflationsrekord von rund 12.000 Prozent in 1985 mit heute etwa 20 Prozent in der Inflationsbekämpfung noch erfolgreicher.

Eine zentrale Voraussetzung zur dauerhaften Rückführung der Inflationsraten ist der Abbau der öffentlichen Haushaltsdefizite. Auch hier haben einige Staaten Lateinamerikas zuletzt erstaunliche Fortschritte erzielt. Ein Beispiel dafür ist Mexiko:

Im Jahr 1982 registrierte der Staat ein Budgetdefizit in Höhe von sieben Prozent des Bruttosozialprodukts – 1990 dagegen gab es einen Überschuß von acht Prozent.

Privatisierung: Die fiskalpolitische Disziplin wird untergraben, wenn der Fiskus den zahlreichen chronisch defizitären Staatsunternehmen ständig unter die Arme greifen muß. Der beste Schutz dagegen ist die Privatisierung.

Vorbild ist Mexiko

Die meisten Länder der Region haben groß angelegte Privatisierungsprogramme gestartet und machen auch vor großen Unternehmen wie Fluglinien oder Telefongesellschaften nicht halt. Vorbild ist auch hier Mexiko:

Von 1.155 öffentlichen Unternehmen im Jahr 1982 waren Ende 1991 nur noch rund 250 in Staatsbesitz.

Mindestens ebenso wichtig ist in Lateinamerika die Privatisierung der Privatwirtschaft: Der Staat muß vielfältige Eingriffe in die privaten Märkte abbauen, angefangen von Subventionen bis hin zu bindenden Höchst- oder Niedrigpreisvorschriften. Nur dann kann die angestrebte Marktwirtschaft ihre wachstumsfördernden Kräfte auch tatsächlich entfalten.

Außenwirtschaftliche Öffnung: Auf Dauer ist wirtschaftliche Prosperität nur bei Einbettung in die internationale Arbeitsteilung zu erreichen. Für die Staaten des südamerikanischen Kontinents bedeutet dies den Abbau der bis-

herigen Handelshürden und die Ausrichtung ihrer Wirtschaftsstruktur auf die Bedürfnisse des Weltmarkts.

Auch in dieser Hinsicht hinterläßt das neue wirtschaftspolitische Denken inzwischen konkrete Spuren:

Seit Mitte der achtziger Jahre sind weitere Staaten der Region Mitglied des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) geworden: Mexiko (1986), Venezuela (1990) und Bolivien (1990).

Stagnation des Schuldenstandes

Besondere Aufmerksamkeit widmen die lateinamerikanischen Staaten dabei der Kooperation.

Zusätzlicher Erfolg der bisherigen Reformen: Die Auslandsverbindlichkeiten aller lateinamerikanischen Länder haben sich seit fünf Jahren konstant bei gut 400 Milliarden Dollar stabilisiert.

Die Stagnation des Schuldenstandes gibt das Ausmaß der finanziellen Entlastung aber nur ungenügend wieder:

Im Jahr 1986 entsprach der Schuldenstand Lateinamerikas dem 3,5fachen der Exporterlöse. In diesem Jahr dürfte der relative Schuldenstand schätzungsweise auf das 2,3fache sinken.

Einen wichtigen Beitrag dazu haben auch die Umschuldungsverhandlungen mit ausländischen Gläubigern geleistet – vor allem die nach dem US-Finanzminister benannte Brady-Initiative von 1989. Sie ermöglichte den Schuldnerländern erstmals überhaupt eine effektive Verringerung des Schuldenstandes und nicht nur eine zeitliche Streckung von Zins- und Tilgungsleistungen.

Die neue Wirtschaftspolitik zieht auch wieder neues Kapital an. Nach Experten-Schätzungen konnte Südamerika 1991 einen Kapitalzustrom aus dem Ausland in Höhe von über 400 Milliarden Dollar verbuchen. Das ist rund dreimal soviel wie im Jahr 1990 (13,4 Milliarden).

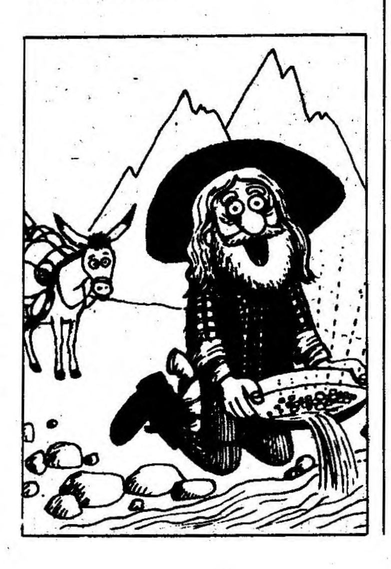
Von besonderer Bedeutung sind dabei die Direktinvestitionen. Denn mit ihnen kommen das für die wirtschaftliche Gesundung wichtige ausländische Beteiligungskapital und unternehmerisches Know-how ins Land: Die fünf größten lateinamerikanischen Länder – Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Venezuela – verzeichneten 1991 Direktinvestitionen von knapp 9,3 Milliarden Dollar.

Phychologisch positive Folgen für die Wirtschaft

Jeder dritte Direktinvestitions-Dollar, der in der Dritten Welt ankam, landete in diesen fünf Ländern.

Damit deutet sich die Wende zum Besseren an. Die Kapitalzuflüsse sind 1991 gegenüber dem Durchschnitt der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit 5,3 Milliarden Dollar kräftig angeschwollen. In der ersten Hälfte jenes Jahrzehnts waren es sogar nur 3,8 Milliarden Dollar. Unter diesen Geldern ist auch ein großer Teil von zurückfließendem Fluchtkapital. Fachleute beziffern dessen Anteil am gesamten Kapitalimport auf über 50 Prozent. So sollen 1991 allein nach Mexiko sechs Milliarden Dollar zurückgekehrt sein.

Die neu erlangte Attraktivität für Auslandskapital bringt den lateinamerikanischen Ländern zwei Vorteile: Einerseits können sie leichter dringend benötigtes Auslandskapital mobilisieren. Andererseits ist die Rückkehr von früherem Fluchtkapital in die Heimat die beste Bestätigung für den neuen marktwirtschaftlichen Kurs. Das hat nicht zuletzt psychologisch positive Folgen für die Wirtschaft. □





Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE Redaktion: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7.50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 78.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: SPS-Verlagsservice GmbH, Karl-Mand-Straße 2, D-5400 Koblenz, Telefon (02 61), 80 70 60, Fax (02 61) 8 07 06 54.
Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 26. August 1992 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Egar Bronfman spricht nicht für die Juden

Der Präsident des Jüdischen Welt-Kongresses (IWC), Edgar Bronfman, wurde in einem Kommentar in der Ausgabe der »Jerusalem Post« unter der Überschrift »Wer sind nun unsere jüdischen Führer« von drei einflußreichen Juden – Deutschlands Michael Wolffsohn, Österreichs Simon Wiesenthal und Britanniens Lord Weidenfeld – heruntergemacht. Die Drei nehmen Bronfmans kürzliche Polemik gegen Bundeskanzler Helmut Kohl wegen dessen Zusammentreffen mit dem österreichischen Staatspräsidenten Kurt Waldheim – Ziel einer unbegründeten Kampagne, mit der er bezichtigt wird, Nazi-Kriegsverbrechen begangen zu haben – aufs Korn.

Die Verfasser dieses Kommentars lenken die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf das enge Verhältnis zwischen Bronfmans IWC und dem ehemaligen kommunistischen Regime der DDR. Sie zitierten interne Dokumente des ehemaligen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der DDR, in denen ein Zusammentreffen des Repräsentanten des IWC, Maram Stern, am 30. November 1989 mit »einem ungewöhnlichen Paar«: Oskar Fischer, »der neue-alte Außenminister der DDR« und Dr. Herbert Barth, Leiter der Amerika-Abteilung des Außenministeriums der DDR, beschrieben wird.

»Die DDR strebte einen Dialog mit amerikanischen Juden an, und hoffte, über diese Verbindungen Kontakt mit der amerikanischen Regierung aufnehmen zu können«, schreiben die Autoren. »Obwohl sie diese Taktik schon seit 1985 verfolgten, waren ihre Bemühungen von den großen amerikanisch-jüdischen Organisationen abgewiesen worden. Nur der IWC, unter der Leitung von Edgar Bronfman, war bereit, Kontakte zu den jüdischen und allgemeinen Gemeinden in den USA zu knüpfen. Bronfmans Bemühungen wurden mit einem hochgeschätzten Preis belohnt: Im Herbst 1988 verlieh Erich Honecker ihm die höchste Auszeichnung der DDR, den goldenen ›Stern der Völkerfreundschaft‹«.

»Wir glauben, daß es an der Zeit ist«, schreiben die Drei zum Schluß, »und im Interesse vor allem der Juden ist, die Öffentlichkeit über die Aktivitäten von Leuten zu unterrichten, die behaupten, im Namen aller Juden zu sprechen.« □

Algerische Fundamentalisten rufen zu den Waffen

Das im Untergrund erscheinende Blatt der verbotenen algerischen Islamischen Rettungsfront (FIS) gab eine Erklärung ab, in der ihre Anhänger aufgefordert werden, zu den Waffen zu greifen. »Nach vergeblichen Aufrufen zum Dialog sollte das Volk jetzt von Worten zu Gewehren übergehen«, heißt es in der Erklärung, in der die vom Militär unterstützte Regierung von dem inzwischen ermordeten Mohammed Baudiaf mit Nazi-Deutschland und dem faschistischen Italien verglichen und das Verbot und die Unterdrückung der FIS angegriffen wird. »Gegen Unterdrückung muß Widerstand geleistet werden, und wir sind dazu bereit, Millionen zu opfern, um Algerien zu retten«, heißt es weiter. Indessen rief die Regierung die erste Sitzung des 60köpfigen Konsultativrates zusammen, der die Militärregierung beraten soll. □

Tunesische Experten verdammen die »Neue Weltordung«

Von der arabischen Welt aus gesehen, ist die »Neue Weltordnung« eine gefährliche Wiederholung der französisch-britischen kolonialen Strategie der Zeit von 1750 bis 1830 und des anglo-französischen Sykes-Picot-Planes für den Nahen Osten, schrieb Hamadi El-Aouni, ein aus Tunesien stammender Professor, der jetzt in Berlin lehrt. El-Aouni machte seine Bemerkungen in einem Papier, das er der Konferenz der Akademie der evangelischen Kirche in Loccum zugehen ließ. Das Thema der Konferenz lautete: »Über die Zweipoligkeit hinaus: Marsch in die Neue Weltordnung.«

El-Aouni klagt an, daß die euro-amerikanischen Architekten der »Neuen Weltordnung« erbärmliche Heuchler seien, wenn sie die »Menschenrechte« als Prellbock gegen den Süden benutzen, aber solche Tatschen wie die »Konzentrationslager-Situation«, in der mehr als drei Millionen Palästinenser leben, völlig außer Acht lassen und bestreiten, daß Iraker und Libyer irgendwelche Menschenrechte haben.

»Es erhebt sich in den gleichen euro-amerikanischen Kreisen keine Stimme zum Recht auf Leben im Irak, seit desses Zerstörung durch die amerikanische Supermacht an der Spitze einer Koalition von nicht weniger als 30 Staaten«, schreibt er. »Der Irak ist ein Land, dessen Kinder nun schon seit zwei Jahren vom Tode bedroht werden, weil sie als Folge des von der euro-amerikanischen Allianz aus Pseudo-Menschenrechtsgründen auferlegten totalen Embargos weder das Recht auf Nahrungsmittel, noch das Recht auf Medikamente haben.«

Was gegen den Irak angerichtet wurde, dient als »Test« dafür, wie weit, und wie intensiv Angriffe gegen Länder im Süden in Zukunft ausgetragen werden können, warnte El-Aouni. Er verweist auf die vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank gespielte »wesentliche Rolle« bei der Durchführung dieser neokolonialen Strategie. □

Israel will die Folter verbieten

Das Oberste Gericht Israels stimmte einer Petition zu, nach der der Shin Beth (Geheimpolizei) verboten werden soll, die Folterung anzuwenden. Die Folter ist jetzt bei polizeilichen Vernehmungen in Israel gesetzlich zugelassen, wenn sie gegen Nichtjuden angewendet wird. 1987 ließ die von der Regierung ernannte Landau-Kommission bei Verstößen gegen die Sicherheit die Anwendung von »gemäßigtem körperlichem Druck« und »nicht körperlichem psychologischem Druck« beim Verhör von Nichtjuden zu.

Laut Mitteilung des Öffentlichen Ausschusses gegen Folter wird die Folter jetzt allgemein gegen die rund 5000 Palästinenser angewendet, die jedes Jahr festgenommen werden. Palästinenser werden während der Zeit der Vernehmungen in wandschrankähnlichen Zellen festgehalten und in schmerzhafter Position gefesselt; bei Verhören werden sie geschlagen, Elektroschocks und häufige Verbrennungen mit Zigaretten ausgesetzt. Im vergangenen Februar starb in einem Gefängnis am Westufer ein Jugendlicher unter Folter an einem Herzschlag. □

Bushs Vorgehen gegen Libyen von arabischen Staaten verurteilt

Der konfrontationistische Kurs der Bush-Regierung gegenüber Libyen ist in vielen arabischen Ländern, vor allem in von der Regierung gesteuerten Medien in solchen gemäßigten Staaten wie Jordanien und Marokko, scharf verurteilt worden.

Der Informationsminister von Jordanien, Sharif, nannte die Sanktionen gegen Libyen eine »bedauernswerte Handlung«, und die in Amman ansässige Tageszeitung »Al Shaab« warnte, daß die Politik der Vereinten Nationen Aufbauarbeit für einen »idiotischen und wahnsinnigen amerikanischen Angriff auf Libyen« leiste. »Sanktionen in diesem Frühjahr, Krieg im August?«, fragte die marokkanische Tageszeitung »Liberation«. Andere Presseorgane in Rabat griffen auch die amerikanische Zwangsjacken-Politik gegenüber dem marokkanischen Gesandten beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Der libysche staatliche Rundfunk berichtete, daß die gesamtarabische Gewerkschaft der Transportarbeiter sich dazu entschlossen habe, aus Solidarität mit Libyen alle ameri-

kanischen, britischen und französischen Luftverkehrsmaschinen auf arabischen Flugplätzen zu boykottieren. □

Papst entsandte Sonderbotschafter in den Iran

Papst Johannes Paul II. hat eine von Monsignor Alois Wagner, Vizepräsident des päpstlichen Rates Cor Unum, angeführte Delegation nach Irak entsandt. In einer Pressemitteilung des Vatikans wird erläutert, daß »diese Mission vom Papst beschlossen wurde, um seiner Solidarität... mit dem irakischen Volk und mit denen, die unter den Folgen des Golfkrieges leiden, stärker zum Ausdruck zu bringen«.

Andere Mitglieder der Mission aus dem Vatikan sind Monsignor Gugerotti, Gerhard Meier (Caritas International) und Pater Adeli (Caritas Jordanien).

Der katholische Patriarch von Bagdad, Raphael Bidawid, hat über Radio Vatikan festgestellt, daß das dem Irak auferlegte Embargo »Völkermord« sei. »Wie kann ein menschliches Gewissen eine derartige Situation der Unterernährung wegen Nahrungsmittelknappheit, der unzureichenden Gesundheitspflege wegen Mangel an Medikamenten, der lahmgelegten Krankenhäuser, der älteren Menschen, der Kinder die täglich zu Hunderten sterben, akzeptieren?«, fragte er. Das UNO-Embargo, klagte Bidawid an, »hat keine Armee oder ein Regime, sondern ein Volk angetroffen, das leidet und weiterhin leidet«. □

Sharons Provokation in der Siedlungsfrage

Der inzwischen abgewählte israelische Minister für Wohnungsbau, Ariel Sharon, hat eine letzte Provokation vom Stapel gelassen und den Weg für 200 Wohnungen für Siedler im arabischen Teil Jerusalems bereitet.

Jüdische Siedler haben bei der israelischen Behörde für Antiquitäten um Genehmigung ersucht, im Zentrum eines arabischen Bezirks von Ost-Jerusalem 200 Wohnungen bauen zu dürfen. Laut Reuter gab die Behörde bekannt, daß dieses Siedlungsprogramm, das die Rückendeckung des Wohnungsbauministers habe, für Silwan, der Heimstätte für 30000 Palästinenser unterhalb der Mauern der Altstadt gelegen, geplant sei. »Sie haben uns den Plan vorgelegt, und wir erörtern ihn mit dem Ministerium für Wohnungsbau«, sagte Gideon Avni, der maßgebende Bezirksarchäologe von Jerusalem.

Der von palästinensischen Einheimischen als reine Provokation empfundene Plan war Teil einer Bemühung Sharons, tausende von Juden in den dicht bevölkerten arabischen Bezirken Jerusalems anzusiedeln.

Bevor Sharon im Juni 1990 das Amt des Ministers für Wohnungsbau übernahm, hatte Israel die Siedlungen in der arabischen Hälfte der Stadt auf das offene Land außerhalb der arabischen Stadtviertel beschränkt. Im vergangenen Oktober beschlagnahmten bewaffnete Siedler in Silwan fünf Häuser und drängten in einem Fall eine arabische Familie hinaus.

Die Behörde könnte nur dann ein Veto gegen das Projekt einlegen, wenn damit bedeutende archäologische Funde bedroht würden, aber Avni sagte, es werde wahrscheinlich genehmigt werden. □

Syrien sammelt die Kritiker an der US-Politik

Der syrische Staatspräsident Hafez al-Assad, ein ehemaliger Verbündeter der USA im Golfkrieg gegen den Irak, bereiste die arabischen Golfstaaten, um seiner »Enttäuschung über die Neue Weltordnung Ausdruck zu verleihen«, berichtete die französische Tageszeitung »Le Monde«.

Assad besuchte nacheinander Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate und verkündete dort die Botschaft, die Neue Weltordnung sei »willkürlich und ungerecht«. Er weist nicht nur auf seine Unterstützung für Libyens Oberst Gaddafi, sondern auch auf seinen »totalen Widerstand gegen jedwelche militärische Aktion gegen Saddam Hussein hin«, stellt »Le Monde« fest.

Assad ist über die Beschneidung der versprochenen Finanzhilfe seitens der Golfstaaten verärgert, und auch über die Tatsache, daß die Golfstaaten jetzt nicht mehr an dem vorher von ihnen vertretenen Gedanken, daß Syrien und Ägypten die Golfstaaten verteidigen sollen, interessiert sind und sich stattdessen an die Vereinigten Staaten halten, um von ihnen verteidigt zu werden.

»Al Baath«, die Tageszeitung der regierenden Baath-Partei in Syrien, rief zur Bildung einer vereinten arabischen Front gegen die Nahost-Politik von George Bush auf, und nannte sie die größte Bedrohung, die jetzt auf die arabische Welt zukomme. Die Zeitung berichtete, daß die syrische Luftverkehrsgesellschaft aus Opposition gegen die amerikanische Politik das von der UNO gegen Libyen verhängte Luftverkehrsembargo nicht einhalten werde. □

Nach Libyen könnte Burma das nächste Ziel sein

Ein Aufruf zu einer Aktion der Vereinten Nationen gegen Burma kam Mitte April von der Europäischen Gemeinschaft (EG), der australischen Regierung und Saudi-Arabien.

Die EG rief zu einem weltweiten Verbot von Verkäufen von militärischer Ausrüstung jedwelcher Art an Burma (Myanmar) auf. Am gleichen Tage empfahl Prinz Khaled Bin Sultan Bin Abdul Aziz, Kommandeur des Kontingents der saudischen Armee der UNO-Streitkräfte während des Krieges am Persischen Golf, daß die Vereinten Nationen ihr volles Gewicht geltend machen sollten, um Rangun unter Druck zu setzen, moslemische Staatsangehörige, die aus Bangladesch fliehen, wieder zurückzunehmen. Er wies eindringlich darauf hin, daß die UNO die gleiche Entschlossenheit an den Tag legen möge, wie sie es gegen Iraks Einmarsch in Kuwait tat, um Burmas Flüchtlingskrise zu lösen: »Ich glaube, die UNO sollte für diese genau das tun, was sie getan hat, um Kuwait zu befreien.«

Indessen hat China jedoch klar gemacht, daß es im Namen der Moslems, die nach Bangladesch hineinströmen, nicht intervenieren werde. Auf Zusammenkünften zwischen dem iranischen Außenminister Ali Akbar Velayati und seinem chinesischen Pendant Qian Qichen dränte Velayati Qian dahin, »der Regierung in Myanmar (Burma) mit Rat und Tat beiseitezustehen, um die Verbannung von Moslems in dem Land zu beenden, so daß vertriebene Moslems nach Hause zurückkehren können«, berichtet die Teheraner Nachrichtenagentur IRNA.

Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums sagte: »Wir hoffen immer noch, daß Myanmar und Bangladesch durch direkten Dialog und Gespräche die richtige Lösung der Probleme, die in jüngster Zeit an der Grenze zwischen beiden Ländern entstanden sind, finden werden.« □

Israel schneidet Gaza-Streifen von der Außenwelt ab

»Gaza wird blockiert und von der Außenwelt abgeschnitten; niemand darf in den Streifen hinein oder hinaus«, klagte Mansour Shawa, Leiter der Gaza Benevolent Association, in einem Interview mit der BBC. Shawa verurteilte die Aktion als »Kollektivbestrafung« durch die israelischen Behörden, als Reaktion auf den Bombenanschlag in Buenos Aires und Messerstechereien in Jaffa.
»Es besteht keine Notwendigkeit, keine Rechtfertigung für Massenbestrafung einer Bevölkerung von 800000 Menschen, die unter der Armutsschwelle leben«, sagte er, und hob hervor, daß dies die erste derartige Ausschlußmaßnahmen in Gaza seit Ende des Golfkrieges sei. □

George Bush

Zionistische Lobby kritisiert Waffenverkäufe an Saudi-Arabien

Victor Marchetti

Enttäuscht und wütend über ihre Unfähigkeit, die zehn Milliarden Dollar als Anleihegarantie der USA für Israel zu bekommen, entschloß sich die zionistische Interessensgruppe dazu, im amerikanischen Kongreß einen weiteren Kampf mit der Bush-Regierung anzuzetteln. Dieser betrifft den Plan des Weißen Hauses, 72 Düsenjäger vom Typ F-15 für fünf Milliarden Dollar an Saudi-Arabien zu verkaufen, um damit 40000 in der amerikanischen Flugzeugindustrie Beschäftigte ein paar Jahre länger beschäftigen zu können.

Anfang April unterzeichneten 237 verschiedene Abgeordnete des Repräsentantenhauses, die nach zionistischem Geld für ihre Feldzüge zur Wiederwahl verlangten, einen Brief an US-Präsident George Bush, in dem sie ihren Widerstand gegen den Verkauf der Flugzeuge zum Ausdruck brachten. Der Brief wurde von dem Abgeordneten Mel Levine aufgesetzt, der in seinem Heimatstaat um einen Sitz im Senat kandidiert, mit Unterstützung und Beratung von Malcolm Hoenlein, leitender Direktor der Conference of Presidents of Major Jewish Organizations. Hoenlein und seine Bande führen die Anklage gegen die Regierung an, weil »Tom Dine und AIPAC sich diese Sache noch einmal überlegt haben«, verlautet aus einer israelfreundlichen Quelle.

Der Kampf zwischen Lobby und Weißem Haus

Hoenlein und Co. trafen sich kürzlich mit McDonnell Douglas, die in St. Louis ansässige Firma, die Hauptvertragspartner für den Bau der F-15 ist. Hoenlein sagte, er habe die Meinung vertreten, daß die Anleihegarantien mehr Arbeitsplätze geschaffen hätten, als der geplante Verkauf der F-15, was bestenfalls eine zweifelhafte Behauptung ist. Die Bewilligung von langfristigen Darlehen zu niedrigen Zinsen und hohen Risiken, in der Hoffnung, daß Israel vielleicht amerikanische Waren kauft, ist wohl nicht ganz dasselbe, wie der Verkauf an die Saudis gegen Barzahlung.

McDonnell Douglas versetzte Hoenlein in Zorn, indem sie Dov Zakheim, den Judenkäppi tragenden ehemaligen stellvertretenden Staatssekretär für Verteidigung in der Reagan-Regierung, anheuerte. Zakheim war der Beamte des US-Verteidigungsministeriums, der 1986 am meisten für die Annullierung der Finanzierung von Israels kostspieligem Traum-Düsenjäger Lavi durch die USA verantwortlich war. Laut »Washington Jewish Week« (WJW) besteht Zakheims Aufgabe darin, »nach Wegen des Kompromisses mit der Pro-Israel-Gemeinde zu suchen«. Zakheim hat versucht, die Conference of Presidents dahingehend zu beruhigen, daß die F-15 keinerlei Gefahr für Israel darstellen. Aber Hoenlein sagte zur WJW: »Wir verhandeln nicht. Wir machten ihm unseren Standpunkt klar. Israel muß selbst entscheiden, inwieweit Israel davon betroffen ist.«

Dies ist nichts als dummes, bockiges Lobbygeschwätz. Den Plan der Regierung, 72 Düsenjäger an die Saudis zu verkaufen zum Entgleisen zu bringen, »ist keine Sache der USA und Israel. Es hat nichts mit Israels Sicherheit zu tun. Es ist ein Kampf zwischen der zionistischen Lobby und dem Weißen Haus, und wir werden ihn gewinnen«, verlautet aus israelfreundlichen Kreisen.

Ungeachtet der politischen Reibungen zwischen der Bush-Regierung und der bisherigen Regierung von Yitzhak Shamir, bleiben die amerikanisch-israelischen militärischen Bindungen stark, sagen sowohl Offizielle des US-Verteidigungsministeriums als auch israelische Kreise. Das Verteidigungsministerium stimmte kürzlich zu, weiterhin 70 Prozent der Forschungs- und Entwicklungskosten des israelischen antiballistischen Raketensystems Arrow zu finanzieren. Es hat auch einem Abkommen zwischen General Dynamics und Israel Aircraft Industries zum Bau des Jägers F-16 in Israel zugestimmt.

Auf die Gewerkschaften kommt es an

Hoenlein prahlt: »Ich würde das begrüßen, wenn der Verkauf an die Saudis jetzt vor den Kongreß käme. Er würde wegen des Friedensprozesses und wegen des Ärgers in der zionistischen Gemeinde eine schlimme Schlappe erleiden.« Aber Hoenlein lebt vielleicht nicht in der realen Welt. Mehrere Gewerkschaften, darunter die United Auto Workers, die Teamsters und die International Association of Machinists and Aerospace Workers haben bereits ihre Unterstützung für den Verkauf angekündigt.

Das Weiße Haus und die Saudis haben in dem schlecht beratenen Spiel der Lobby ihre eigenen Trümpfe in der Hand. Kürzlich schloß Saudi-Arabien mit der britischen Regierung eine Vereinbarung in der Größenordnung von 34 Milliarden Dollar ab, die den Austausch von 48 Kampfflugzeugen vom Typ Tornado, 90 Hubschrauber-Kanonenbooten und anderen Waffen als Gegenleistung für die Lieferung von täglich 500000 Barrel saudischen Öls vorsieht. Vor drei Jahren boten die Saudis den USA diesen Deal an, aber die zionistische Lobby machte ihn kaputt.

London tauscht Waffen gegen Öl

Daher wird die Bush-Regierung die Meinung vertreten, daß, wenn die USA nichts für die militärischen Bedürfnisse des Öl-Königreichs tun können, die Briten dies tun werden. Sie und nicht die USA werden dann die sich daraus ergebenden finanziellen Vorteile und Arbeitsplätze einheimsen. Amerikanische Kongreßabgeordnete, die sich überstürzen, um ihre eigenen Jobs zu behalten, werden entscheiden müssen, ob Beiträge zu zionistischen Pro-Israel-Kampagnen wichtiger als die Sorge für ihre eigenen Wähler und das eigene Land sind.

Es geht um den US-Präsidenten

Die Bush-Baker-Mannschaft wird auch dahingehend argumentieren, daß die Behautung der zionistischen Lobby, der Verkauf der F-15 bedrohe Israel, jeder Grundlage entbehrt. Amerikanische Offizielle werden feststellen, daß die amerikanisch-israelischen, strategisch militärischen Beziehungen stark bleiben, daß die Saudis sich bewaffnen, um ihr Land vor Saddam Hussein und seinesgleichen und anderen möglichen Bedrohungen zu schützen; und daß Saudi-Arabien im Nahen Osten niemals irgendjemanden bedroht oder angegriffen hat.

Aber die zionistischen und israelfreundlichen Troublemakers im US-Kongress sind nicht an Tatsachen interessiert. Ihr Spiel besteht darin, George Bush in Verlegenheit zu bringen und hoffentlich zu schlagen, ihn durch jemanden, der ihnen besser gefällt, und durch Manipulation zu ersetzen. □



George Bush

Verstrickt in Banken-skandale und in die Irak-Hilfe

Mike Blair

»Es gibt neue ›Bush-gates‹ – Anspielung auf die Watergate-Affäre des ehemaligen US-Präsidenten Richard Nixon – sowohl in bezug auf Hilfe an den Irak als auch auf einen internationalen Bankenskandal.

Es haben sich weitere Einzelheiten ergeben, die die Regierung von US-Präsident George Bush mit dem weltweiten Bankenskandal um die Bank of Credit and Commerce International (BCCI) und die Verwicklung des Weißen Hauses in die Vergabe von Milliarden an Hilfsgeldern an den Irak durch das amerikanische Landwirtschaftsministerium in Zusammenhang bringen.

Die Spur führt zur BCCI

Die Gelder wurden abgezweigt, um die Kriegsmaschine des irakischen Präsidenten Saddam Hussein aufzubauen. Das Geld, von dem ein Großteil durch die Zweigstelle der italienischen staatseigenen Banca Nazionale del Lavoro, besser bekannt als Bank Lavoro, in Atlanta aufgebracht wurde, führte schließlich zum Krieg am Persischen Golf.

Im Falle des immer weiter um sich greifenden BCCI-Skandals enthüllte Dexter Lehtinen, der bis Januar dieses Jahres als Staatsanwalt in Miami diente, daß im Jahre 1991, als eine Dienststelle in einer Steuerstrafsache gegen BCCI ermittelte, ihr vom Justizministerium in Washington die Einsicht in BCCI-Dokumenten aus zehn Ländern, in denen die Bank Zweigstellen unterhielt, verweigert wurde. Lethinen enthüllte auch, daß seine Dienststelle im August 1991 von einem hochstehenden Beamten des US-Justizministeriums kontaktiert wurde, der im Namen des damaligen kommissarischen Generalstaatsanwalt, William Barr, anrief und darum bat, daß er (Lethinen) in der Sache BCCI Anklage erheben sollte.

Lethinen trug dem Senate Subcommittee on Terrorism, Narcotics and International Operation (Unterausschuß des Senats für Terrorismus, Drogen und grenzüberschreitende Einsätze) Einzelheiten über seine Verwicklung in den Fall vor.

Zeugenaussage vor dem US-Senat

Weitere Zeugen waren John Stone, Leiter der Vollzugsabteilung der Federal Deposit Insurance Corp. (FDIC), der mitteilte, daß sich die Verluste aus dem Konkurs der Independence Bank of Enrico, Kalifornien, einer von mehreren Banken, die von der BCCI übernommen wurden, auf bis zu 140 Millionen Dollar belaufen werden. Da alle Einlagen der Bank durch Bundesgesetz versichert seien, kommt der Konkurs den amerikanischen Steuerzahlern sehr teuer zu stehen, sagte er.

»Dies straft die oft zitierte Erklärung Lügen, die BCCI habe die Steuerzahler kein Geld gekostet«, sagte US-Senator John Kerry, Vorsitzender des Unterausschusses.

Nach den im »Congressional Record« von Abgeordneten Henry Gonzales, Vorsitzender des House Banking Committee von 1983 bis 1990, wenige Wochen vor dem Einmarsch der Iraker in Kuwait, der den Krieg am Persischen Golf auslöste, veröffentlichten Zahlen, finanzierte die Commodity Credit Corp. des Landwirtschaftsministeriums landwirtschaftliche Einkäufe des Iraks in Höhe von insgesamt fünf Milliarden Dollar, von 363,5 Millionen Dollar im Jahre 1983 bis zu einem Höchststand von 1,131 Milliarden Dollar im Jahre 1989. Gonzales hatte eine Untersuchung der amerikanischen Hilfe an den Irak in den Jahren und Tagen bis zum Krieg am Persischen Golf durchgeführt.

Eine Peinlichkeit für George Bush

Zwei ehemalige Beamte der Bank Lavoro wurden der Verschwörung und des Betrugs angeklagt, weil sie dem Irak ungenehmigte Darlehen in Höhe von vier Milliarden Dollar gewährten, von denen nahezu 1,9 Milliarden Dollar vor der Commodity Credit Corp. verbürgt wurden.
Der Prozeß gegen den Leiter der Zweigstelle der Bank in Atlanta, Christopher Drogoul, beginnt jetzt in Atlanta. Laut Mitteilung von Beamten, die dem House Banking Committee nahestehen, könnte sich sein Prozeß für die Bush-Regierung kurz vor der National Convention der Republikaner im August, wo Bushs Ernennung für eine zweite Amtszeit als Präsident so gut wie sicher ist, als peinliche Angelegenheit erweisen.

Seit Beginn seiner Untersuchung der Affäre um die Bank Lavoro im Sommer 1990, vor dem Einmarsch der Iraker in Kuwait im August des gleichen Jahres, liegt Gonzalez der Bush-Regierung wegen Unterlagen bezüglich des Falles in den Ohren. Er hat seitdem die Regierung durch Veröffentlichung der Dokumente in Reden, die er im Repräsentantenhaus gehalten hat, und die dann zusammen mit den Belegen im »Congressional Record« abgedruckt werden, in peinliche Verlegenheit gebracht.

Aus einigen dieser Dokumente geht hervor, daß den Darlehen an den Irak in einer immer noch geheimen Durchführungsverordnung, die im Oktober 1989 von Bush unterzeichnet wurde und die als National Security Decision Directive No. 26 bekannt ist, erheblicher Nachdruck verliehen wurde.

Drohungen, Einschüchterungen und gefälschte Dokumente

Gonzalez hat auch die Tatsache offengelegt, daß Ende 1990, kurz vor der Herausgabe von Dokumenten an seinen Ausschuß, Beamte des Handelsministeriums diese fälschten, indem sie Angaben daraus entfernten, aus denen hervorging, daß zur Ausfuhr in den Irak genehmigte Lastkraftwagen das Potential zur Verwendung für militärische Zwecke besaßen.

Diese Unterlagen enthalten auch Hinweise auf Berichte darüber, daß der Irak von den Vereinigten Staaten mit von der Commodity Credit Corp. verbürgten Darlehen gekauftes Getreide mit Ländern, die damals zur Sowjetunion gehörten, gegen Waffen tauschte. Die Bush-Regierung geriet durch diese Enthüllungen derart in peinliche Verlegenheit, daß sie eine weitere Zusammenarbeit mit dem Ausschuß ablehnte und Gonzalez beschuldigte, »klassifiziertes« (als geheim eingestuftes) Material veröffentlicht zu haben. Gonzales bestreitet, irgendwelche als geheim eingestufte Dokumente veröffentlicht zu haben und bezichtigt seinerseits die Regierung, seiner Untersuchung durch Drohungen und Einschüchterungen ein Ende bereiten zu wollen. □



Alptraum des US-Verteidigungsministeriums

Mike Blair

Der Iran, der schnell seinen Platz als dominierende Macht im Nahen Osten einnimmt, hat Atomwaffen von der ehemaligen Sowjetunion erhalten. Diese Entwicklung erfüllt die schlimmsten Alpträume der strategischen Planer.

Iran, das ölreiche fundamentalistische Land am Persischen Golf, ist jetzt als Atommacht in Erscheinung getreten, verlautet aus Geheimdienstkreisen.

Unsere Schwesterzeitung in den USA »The Spotlight« warnte davor, daß, während die Regierung von US-Präsident George Bush Pläne schmiede, um den Irak wieder in einen Krieg hineinzuziehen, weil dieser ein Arsenal sogenannter Massenvernichtungswaffen nicht zerstört habe, wie von den Vereinten Nationen verlangt worden war, macht sich der Iran mit seiner Bevölkerung von 55 Millionen wieder als Hauptmitspieler am Persischen Golf stark.

Bis auf die Zähne bewaffnet

Die in Washington ansässige populistische Wochenzeitung führte aus, daß, während der Irak gezwungen werde, sich solcher Waffen zu entledigen, sich der Iran bis auf die Zähne mit Angriffswaffen eindecke, von denen ein Großteil von der von Bush verhätschelten marxistischen Diktatur Rotchina geliefert werde.

Jetzt sind in Europa Geheimdienstberichte aufgetaucht, die darauf hindeuten, daß der Iran zwei, vielleicht drei Atomsprengköpfe aus dem gewaltigen Arsenal der ehemaligen Sowjetunion erhalten hat.

Der »European«, eine in London ansässige Zeitung, gab bekannt, daß die russische Auslandsnachrichtenagentur mindestens zwei Atomsprengköpfe aus der sowjetischen Republik Kasakstan als fehlend gemeldet habe, und daß diese sich jetzt in Iran befinden.

Die russische Nachrichteneinheit teilte dem CIA mit, daß mehrere Sprengköpfe aus der ehemaligen sowjetischen Atomversuchsstation im östlichen Kasakstan, nördlich des Balkhasch-Sees, etwa 800 km nördlich der rotchinesischen Grenze gelegen, »verschwunden« seien. Die Versuchsstation wurde vermutlich Anfang dieses Jahres von Präsident Nursultan Nazarbajew der jetzt unabhängigen Republik Kasakstan geschlossen.

Aus Geheimdienstquellen geht hervor, daß Nazarbajew hinter dem Transfer der Sprengköpfe nach Iran, als Gegenleistung für Öl und Hartwährung, die von der neuen Republik für den Außenhandel benötigt werden, stand.

Die Briten bestätigen die Berichte

Laut Mitteilung der russischen Nachrichtenagentur wurden zwei der Atomsprengköpfe anscheinend im vergangenen Jahr über die Grenze von Kasakstan in den Iran geschmuggelt und befinden sich jetzt in der Verfügungsgewalt von Reza Amrollahi, der die iranische Organisation für Atomenergie leitet.

Die Russen teilten dem CIA auch mit, daß eine dritte Atomwaffe ebenfalls vermißt wird und noch nicht wieder aufgespürt worden sei; man glaube aber, daß sie sich im Nahen Osten befindet.

Die britischen Nachrichtenagenturen bestätigen einen Bericht, der im vergangenen Dezember in der arabischen Zeitschrift »Al-Watan Al-Arabi« erschienen war, wonach der Iran sich das aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion resultierende Chaos zunutze gemacht habe, um Bestandteile von drei Atomwaffen für eine Summe zwischen 130 und 150 Millionen Dollar zu kaufen und mehr als 50 ehemalige sowjetische Kerntechniker angeworben habe, um die Teile zusammenzubauen.

Geheimdienstexperten glauben, die Atomsprengköpfe seien entweder in der Form von Artilleriegranaten oder der »special atomic demolition munitions« (SADM) im Iran, die fahrbar und zur Verwendung durch Spezialtruppen bestimmt sind. Im Falle der Vereinigten Staaten seien die SADM zur Verwendung durch Army Special Forces (Sondereinheiten der Armee) oder ähnliche Einheiten der anderen US-Waffengattungen bestimmt, während die sowjetischen SADM zur Verwendung durch ihre Sondereinheiten, die Spetsnaz, bestimmt seien.

Wie CODE Ende des vergangenen Jahres berichtete, befürchten amerikanische und andere westliche Geheimdienste, daß die kleinen, leicht transportierbaren sowjetischen SADM-Vorrichtungen in die Hände von Dritte-Welt-Ländern oder sogar von Terroristen fallen könnten, jetzt wo die Sowjetunion auseinanderfällt.

Nun hat es den Anschein, daß dies sehr wohl der Fall gewesen sein könnte. Iran befindet sich auf einem Kurs, am Persischen Golf die Vorherrschaft wiederzuerlangen, zumal wo sein Todfeind, der Irak, durch die Operation Wüstensturm des vergangenen Jahres verwüstet worden ist.

Im März warnte der Leiter des CIA, Robert M. Gates, in einer Zeugenaussage vor dem amerikanischen Kongreß davor, daß die Iraner umfangreiches Kriegsgerät kaufen.

Milliarden von Dollar pro Jahr für Rüstung

Gates sagte, die Iraner geben rund zwei Milliarden Dollar pro Jahr zum Kauf von Kriegsgerät aus dem Ausland aus. Ein Großteil davon werde von Rußland und den anderen ehemaligen sowjetischen Republiken erworben. Iran soll jeweils 25 Millionen Dollar für 25 moderne Jäger vom Typ MiG-29 ausgegeben und von Rußland zwei kleine Unterseeboote zum Preis von je 250 Millionen Dollar bestellt haben.

Laut Gates dienen die Waffenkäufe des Irans »nicht nur dem Zweck, das militärische Ungleichgewicht gegenüber dem Irak auszugleichen, sondern auch dazu, seine Fähigkeit, seine Nachbarn zu beeinflussen und einzuschüchtern, zu erhöhen«.

Vor dem Kauf der Atomwaffen von Kasakstan habe der Iran überall in der Welt Geschäfte zum Erwerb von atomarer Technologie zur Entwicklung seiner eigenen Waffen getätigt. Die Iraner hätten versucht, angereichertes Uran aus Argentinien zu kaufen und den Weltmarkt nach Computern, Sicherungen für Atomwaffen und Atomtechnikern abgetastet.

Der Iran baue auch seine eigene Raketenindustrie auf, hauptsächlich mit Hilfe Rotchinas. Er habe von Peking Mittelstreckenraketen vom Typ M-9 und M-11 gekauft, die die Rotchinesen mit Technologie, die sie von Israel erworben hatten, auf den neuesten Stand gebracht hätten.

Experten seien sich darüber einig, daß der Iran letztendlich als dominierende islamische Macht im Nahen Osten in Erscheinung treten werde.

Aufgrund der langjährigen Unterstützung des Schahs Mohammed Reza Pahlavi durch die USA und der Unterstützung des Iraks durch die Reagan-Regierung in den acht Kriegsjahren werde der Iran bis weit in die Zukunft hinein Amerika als »den Großen Satan« betrachten. □

Ausbildung zur Subversion

Victor Marchetti

Die mit vielen Facetten versehene zionistische Lobby hat eine weitere israelfreundliche, steuerbefreite Organisation von Aktivisten, die sie benutzen kann, um das amerikanische System zu infiltrieren und zu manipulieren.

»Die ACTION-Foundation wird danach streben, die Freundschaft zwischen den USA und Israel zu fördern, indem sie Ausbildungsmöglichkeiten in Führung, Politik, Leitung von Wahlkampffeldzügen und nationalen öffentlichen Angelegenheiten auf unparteiischer Grundlage für junge Berufstätige bietet, die starke Beziehungen zwischen den USA und Israel unterstützen und an einer Laufbahn in der Politik interessiert sind.«

So lautet der Antrag der Gruppe auf Befreiung von der Steuer, der dem amerikanischen International Revenue Service (IRS) zugestellt wurde.

Die ACTION-Foundation will ein »National Training Seminar ins Leben rufen, um den Teilnehmern sowohl ein allgemeines Verständnis dafür, wie Politik funktioniert wie auch spezifische Fertigkeiten vermitteln, die sie verwenden können, um am demokratischen System teilzunehmen, und ihre Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten anspornen. Nach Beendigung des Seminars sollten die Teilnehmer in der Lage sein, auf der Basis des Eintritts in die Politik eine Stellung zu bekleiden und weiter auszubauen, indem sie entweder an einem politischen Wahlfeldzug, für eine Partei auf staatlicher oder landesweiter Ebene, für einen gewählten Beamten oder innerhalb einer Interessensgruppe arbeiten, die mit Wahlkampftechniken an der unteren Basis befaßt ist.«

Die ACTION-Foundation ist eine Abspaltung – vielleicht einen Schreibtisch weiter – von ACTIONPAC. PAC und die Stiftung sind gemeinsam in den Büros von Robert H. Bassin Associates Inc., »einer Geldbeschaffungs- und Beraterfirma«, untergebracht. Die Büros von Bassin Inc. liegen an der South Capitol Street Nr. 499, wo die Firma gemeinsam mit den Service Station Dealers of America untergebracht ist.

Im vergangenen August stand die Gründung des neu gebildeten ACTIONPAC zur Diskussion. Mit einer geschickten Verdrehung des traditionell pro-israelischen PAC-Konzerns, sagte ACTIONPAC, es werde Beiträge an Israel-zuerst-Kandidaten des amerikanischen Repräsentantenhauses und Senats nicht in Dollar, sondern in Form von Wahlkampfhelfern leisten. Als Geisteskind von Bassin, sagte ACTIONPAC, werde es zehn College- und graduierte Studenten, die bei den Wahlfeldzügen von demokratischen oder republikanischen Kandidaten auf Universitätsgeländen einen ausreichenden pro-israelischen Aktivismus an den Tag gelegt haben, zur Verfügung stellen.

Zur Durchsetzung von Israels Interessen

Die einzigen Kriterien, sagte ACTIONPAC, seien die, daß der Kandidat Israel-freundlich sein muß, und daß er oder sie in einem knappen Wettlauf mit jemanden liegt, der in bezug auf Israel einen weniger eindrucksvollen Ruf hat. Der Zweck von PAC bestehe darin, durch tagtägliche Beteiligung an politischen Wahlkämpfen mitzuhelfen, die untere politische Basis der pro-israelischen Gemeinde auszubauen.

ACTIONPACs Zweiparteien-Behauptung ist jedoch irgendwie suspekt, ebenso wie die Behauptung der ACTION-Foundation dem IRS gegenüber, sie sei unparteiisch. Bassin, der Gelder auftreibende Berater, ist nur in der Politik der Demokraten aktiv. Bassin ist Leiter von ACTIONPAC und Präsident der AKTION-Foundation. Darüber hinaus ist der Schatzmeister und Rechtsberater der Stiftung Philip Friedman, die zusammen mit Rechtsanwalt David Ifshin Rechtsberater für den demokratischen Präsidentschaftswahlkampf Bill Clintons ist.
Die beiden Anwälte, die mit der Rechtsanwaltspraxis Ross und Hardies assoziiert sind, vertreten auch AIPAC. Ifshin und Friedman liegen derzeit im Namen AIPACs im Rechtstreit mit der Federal Election Commission wegen der Beschuldigung, AIPAC koordiniere die Aktivitäten und steuere daher die Finanzierung der Kampagnen mehrerer zionistischer Israel-freundlicher PACs, die nur eine Sache vertreten.

Laure Moskowitz, Sekretärin der ACTION-Foundation, ist Bassins treue Anhängerin und eine frühere Mitarbeiterin von AIPAC. Sie hat über die Jahre hinweg bei zahlreichen Wahlkämpfen der Demokraten mitgewirkt.

Die angeblichen Bildungsorganisationen

Der IRS war anscheinend mit der ursprünglichen Begründung der ACTION-Foundation, warum sie den Status der Steuerbefreiung als Bildungsorganisation beanspruche, nicht zufrieden und verlangte eine weitere Rechtfertigung dafür. Warum die Einkommensteuerbehörde über den Antrag der Stiftung murrte ist ebenso überraschend wie amüsant. Aus einem seltsamen Grund heraus möchte die Steuerbehörde jedoch genau wissen, wie die neue zionistische Gruppe die Freundschaft zwischen Amerika und Israel fördern will, und welche spezifischen Gedanken für beide Länder von gemeinsamen Interesse wären. Diese Fragen müssen der ACTION-Foundation als dumm vorgekommen sein. Zionistischen Israel-freundlichen Gruppen – ganz gleich was auch immer ihr Zweck sein mag – wurde vom IRS traditionell mit wenig oder gar keiner Rechtfertigung als »Bildungs«organisationen« der Status der Befreiung von der Steuer eingeräumt.

Um diesen Mythos ständig beizubehalten, war die Einkommensteuerbehörde alles andere als fleißig darum bemüht, sich um die Interessen der Steuerzahler zu kümmern, besonders in bezug auf die zionistischen Verbände. So ungefähr jede zionistische Organisation, die eine Einstufung zur Steuerbefreiung wünschte, bekam sie auch. AIPAC – eine Lobby auf Kongreßebene und nicht eingetragener ausländischer Agent –, dem Jewish Institute for National Security Affairs – das im Verteidigungsministerium als Interessengruppe fungiert und fingiert – und dem Washingtoner Institute for Near East Policy – eine Propagandamaschine, die sich als Think-Tank ausgibt – gelang es allen, den IRS davon zu überzeugen, sie seien »Bildungs«organisationen und hatten daher Anspruch auf Steuerbefreiung.

Als Antwort auf die Rückfragen der Steuerbehörde sagt die ACTION-Foundation: »Das National Training Seminar legt seinen Schwerpunkt auf Beteiligung am amerikanischen politischen System und vermittelt Kenntnisse in der modernen Politik anzuwendenden Technik und Taktik. Israel-freundliche Studenten werden angeworben von und subventioniert durch geeignete Gruppen wie Hillels, Jewish Community Relations Councils und Studentengruppierungen auf College-Ebene.«

Und »Sitzungen, auf denen die Struktur politischer Wahlfeldzüge gelehrt und Führungsfähigkeiten vermittelt werden, gehören mit zum Umfang der Ausbildung. Führende Experten auf ihren jeweiligen Gebieten, das heißt Wahlkampfleiter, politische Berater, Vertreter von Parteien auf Staats- und landesweiter Ebene, werden gebeten, Seminare in ihrem Fachgebiet zu leiten; führende Medienberater werden über die Rolle der bezahlten Medien bei den Wahlkämpfen und die Strategie hinter den Wahlspots sprechen, professionelle Geldbeschaffer werden darüber sprechen, wie man Geld für einen Kandidaten auftreibt, Vertreter von Interessensgruppen berichten darüber, wie man Gesetze verabschiedet bekommt«. □

USA

Wahlkampf 1992

Joseph Sobran

Joseph Sobran neigt stark zu der Ansicht, daß alle derzeitigen Amtsinhaber, einschließlich US-Präsident George Bush, in diesem Jahr aus dem Amt gejagt werden sollten. Ein Durcheinanderrütteln des Systems konnte mehr Gutes tun als ein kalkulierter Wahlausgang.

Das Einzige was mich daran hindert, diese Ansicht mit ganzem Herzen zu vertreten ist der Gedanke, daß ein für die Abtreibung eintretender Demokrat die Ernennungen im Bereich der Justiz für die kommenden vier Jahre übernehmen könnte. Daher wollen wir einmal einen Clinton-Verhinderungs-Wahlkampf für die Republikaner durchdenken.

Der aalglatte und geschmeidige Clinton

Eine gut unterrichtete Konservative, die mit den Clintons zusammengetroffen ist und sie sogar kennengelernt hat, warnt mich, sie nicht zu unterschätzen. Bill Clinton, sagt sie, ist sehr gerissen, sehr zäh und sehr charismatisch. Ich bin skeptisch; aber ich respektiere ihr Urteil, und ich habe den Verdacht, daß Clintons Geschmeidigkeit bedeutet, daß er Stärken hat, die ich nicht bemerkt habe. Ich war nicht der einzige Gelehrte, der ihn viel zu früh abgeschrieben hatte.

Gegen diese Bewertung spricht, daß Clinton bislang nur eine schwache Konkurrenz angetroffen hat. Er hat sehr viel Geld und kluge Mitarbeiter, aber er erreichte nur eine bescheidene Mehrheit in den New Yorker Vorwahlen gegen zwei Gewesene, von denen einer aus Geldmangel praktisch aus dem Rennen ausschied.

Eine von Clintons Hauptschwächen als Politiker ist, daß er Politiker ist – und nicht viel anderes. Er ist ein typischer verwöhnter New Class Body Boomer, der sogar an seine politische Zukunft dachte, als er sich am College der Wehrpflicht entzog; er gehört zu der Generation, die niemals erwachsen wurde, und er hat den Ruf eines Mannes, der niemals ein Risiko für seine Laufbahn eingegangen ist, abgesehen davon, daß er in ganz Arkansas hinter Frauen herjagte. Wenn er Charisma hat, dann kommt dies im Fernsehen nicht herüber. Er macht einen verschwommenen und aalglatten Eindruck, wie einer, der für alles eine Lösung in drei Schritten parat hat. Er scheint die Welt außerhalb der Politik nicht zu kennen; er hat weder Grundsätze noch Poesie. Bei ihm scheint alles darauf anzukommen, Verbindungen herzustellen. Er möchte sein Netzwerk ins Weiße Haus knüpfen.

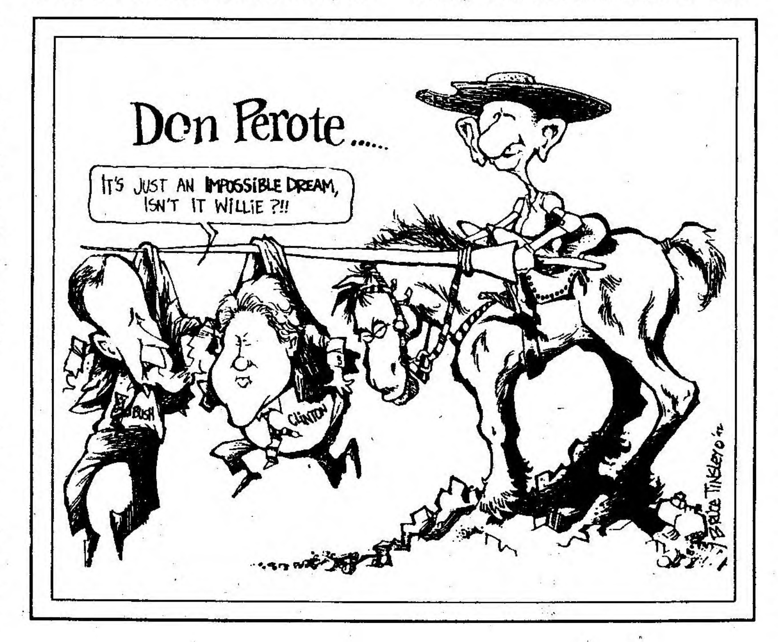
Viele sind über George Bush verärgert

Im Gegensatz dazu scheint Bush fast ein wirklicher Mensch zu sein. Er gehört zu einer Generation, die erwachsen werden, einen Krieg führen, und sich den Lebensunterhalt verdienen mußte. Die geheime Scham der Babyboom-Generation besteht darin, daß sie diese Dinge niemals tun mußte, abgesehen von denen, die nach Vietnam, statt zur Universität gingen, von denen viele jetzt hart ringen müssen, um Familien zu unterhalten, während Bushs Schicht das ganze Recht auf ihrer Seite hat.

Viele Leute sind über Bush verärgert, und das nicht ohne Grund, aber sie könnten ihn einem Verweigerer wie Clinton vorziehen. Selbst jene Boomer, die Clinton mehr gleichen als Bush, dürften insgeheim der Ansicht sein, daß Bush mehr von einem Erwachsenen an sich hat als Clinton; und es herrscht ein weit verbreitetes Vorurteil, daß der Präsident der Vereinigten Staaten zumindest ein Erwachsener sein sollte.

Bush kann diesen Generationsunterschied still hervorheben. Er ist etwas anderes als nur Politiker gewesen. Je mehr er versucht, auf Clintons Niveau zu konkurrieren, mit einer schnellen politischen Patentlösung für alles, umso schlechter wird er abschneiden.

Gleichermaßen kann er besser abschneiden, wenn er sich als reifer Mann gibt, dessen Schwerpunkt im Bereich seiner Familie, seiner vorpolitischen Erinnerungen, seiner Kriegs- und Geschäftserfahrungen liegt. Soll Clinton doch flotte Reden führen und sich in Demagogie üben.
Beide Kandidaten haben gefährliche, selbstzerstörerische Neigungen. Es ist sogar möglich, daß irgendwo bereits ein Skandal lauert, der einen von ihnen ruinieren könnte. Abgesehen davon neigt Bush leicht zur Panik, wenn er vor einer Herausforderung steht, und Clinton kann ihn in einen programmversprechenden Wahlkampf locken, wo er der Schwächste sein wird. Clinton seinerseits redet einfach zu viel und zu viel Zeug, das man einfach nicht behalten kann. Er ist ein frustierender Langweiler, der es ablehnt, sich selbst zu definieren. Seine ausweichenden Bemerkungen machen ihn nicht nur vertrauensunwürdig; er strahlt Menschenverachtung aus. Er möchte gesehen werden, ohne bekannt zu sein.



Bush neigt leicht zur Panik

Bush dagegen ist bekannt. Aber er untergräbt seine potentielle Stärke, wenn er sich seiner schrillen Täuschungstaktik bedient, so als ob das Volk herumgerissen anstatt offen angeredet werden soll. Bloße Einfachheit würde ihm gut stehen, wenn er das ohne falsche Volkstümlichkeit erreichen könnte. Er sollte sich von Slogans wie »the Education President« und »Neue Weltordnung« fernhalten. Diese werden nur zu faulen Witzen. Selbst seine Ausbrüche der Redegewandtheit werden dann zwangsläufig Peggy Nonan statt seinem eigenen Herzen zugeschrieben. Er sollte auf die bislang heruntergespielte Weisheit, daß eine Regierung ihre Grenzen hat, abzielen, im Gegensatz zu Clintons Redseligkeit nach dem Motto: »Versprich ihnen alles«.

Die Gags von Ross Perot

Anders ausgedrückt, Bush muß sein besseres Selbst ausfindig machen und gelassen damit umgehen. Es ist irgendwo da drin. Clinton hat überhaupt kein Selbst, soweit ich das sagen kann.

Die wirkliche Bedrohung für Bush ist H. Ross Perot. Wie berichtet wird, will Perot das H. fallen lassen, und mir macht der Gedanke Spaß, daß er einfach Hoss genannt wird. Wie dem auch sei, Perot scheint realer zu sein als Bush oder Clinton. Es ist nicht nur eine Frage, von wem er zah-

lenmäßig mehr Stimmen bekommt; er könnte die ganze Chemie des Rennens ändern, ohne viele Stimmen zu bekommen, lediglich dadurch, daß er die beiden anderen als seltsame Vögel entlarvt. Deswegen muß Bush absolut ehrlich sein, ohne Gags.

Perot hat seine eigenen Gags, wie zum Beispiel ein nationales »Rathaus«, in dem 800 Bürger Platz finden können. Abgesehen davon ist er selbst ein erstaunlicher politischer Operateur, mit vielen Kontakten im Kongreß und in der gesetzgebenden Körperschaft von Texas, die ihm auch geholfen haben, mit dem Geld der Steuerzahler ein Vermögen aufzubauen. Er ist schon eine seltsame Figur, die da den Populisten spielt, die Erfolgsgeschichte des freien Marktes, der Antipolitiker. Und doch klingt er glaubhaft, wenn auch nur deswegen, weil er wirklich an seine Selbstreklame glaubt.

Ein neues Abstimmungsergebnis zeigt, daß Perot in Texas tatsächlich überwiegt, mit 35 Prozent der Stimmen im Vergleich zu Bushs 30 und Clintons 20 Stimmen. Ich glaube, daß Bush Perot widerstehen kann, wenn er sich würdig verhält und das bescheuerte, krampfhafte, hinterhältige und betrügerische Verhalten, für das er anfällig ist, beiseite läßt. Die gute Nachricht dieser Abstimmung besteht darin, daß sie verdeutlicht, was für eine schwache Kreatur Clinton in Wirklichkeit ist. Vielleicht läuft alles auf folgende Frage hinaus: Kann Bush den Eindruck erwecken, daß er nicht nur versucht, Eindruck zu schinden?

Die Wähler sollen keine Wahl haben

Vor einigen Monaten unternahm die Republikanische Partei in New York Schritte, um einer Vorwahl-Kampfprobe zwischen George Bush und Patrick Buchanan auszuweichen. Über diesen Erfolg rot angelaufen, versuchen die Republikaner jetzt, einen nichtrepublikanischen Präsidentschaftskandidaten, H. Ross Perot, im November aus dem Stimmzettel in New York herauszuhalten.

Darüber wurde in einer Kurzmeldung in der Spalte »Washington Wispers« (Washingtoner Geflüster) im »U.S. News & World Report« berichtet. Mir scheint, daß diese mehr verdient als nur ein Geflüster. Es sollte eigentlich die Art von Skandal sein, die schreiende Schlagzeilen macht.

Im Namen eines republikanischen Präsidenten, der sagt, daß er die Demokratie überall fördern will, sorgen die Republikaner dafür, daß die Wähler hierzulande keine Wahl haben. Der Vorsitzende des Republican National Committee, Rich Bond, droht damit, Buchanan daran zu hindern, auf dem Parteitag der Republikaner zu sprechen, es sei denn dieser gibt das Rennen jetzt auf und unterstützt diesen Präsidenten. »Bis er Präsident Bush unterstützt«, sagt Bond, »kann es keine Diskussion geben.« Bond will nicht warten, bis die Wähler – besonders diejenigen, die im Juni bei den Vorwahlen in Kalifornien abstimmten – ihr Sagen gehabt haben. Die Republikaner sind für Demokratie, in Ordnung. Aber sie scheinen der Ansicht zu sein, daß Demokratie zu kostbar ist, um sie dem Volk zu überlassen.

Ein schmutziges politisches Gerangel

Ich habe ebensowenig für Ross Perot als für George Bush und Bill Clinton übrig. Aber es ist schon erschütternd, daß sogar ein Mann, der so reich ist wie Perot, Schwierigkeiten hat, auf den Stimmzettel zu kommen.

Und es ist noch schlimmer, daß er auf Grund von selbstdienlichen Bestimmungen und Hindernissen, die von den beiden großen Parteien in den Weg gelegt wurden, aus dem Stimmzettel herausgehalten werden kann. In der Geschäftswelt würde man eine Verschwörung von gigantischen Firmen, um neue Wettbewerber auszuschließen, eine Kombination zur Wettbewerbsbeschränkung nennen, und die Konzernzertrümmerer der Bundesregierung (Kartellamt) würden schlagartig darüber herfallen. Aber in der Politik wird ein solches schmutziges internes Gerangel als durchaus normal akzeptiert. Warum akzeptieren wir das? Weil wir – besonders wir in den Medien – die bequeme Gewohnheit haben, Demokratie mit dem Zweiparteiensystem gleichzusetzen, auch wenn das Zweiparteiensystem offensichtlich korrupt ist und versagt hat. Die Medien sind Teil des Establishments geworden; was eigentlich eine kritische Presse sein sollte, ist zu einer Höflingspresse geworden. Die Leute im Pressekorps mögen die dürftigen Auswahlmöglichkeiten, die die beiden Parteien in diesem Jahr bieten, selbst verspotten, aber sie halten stillschweigend das Establishment aufrecht, indem sie kleinere Parteien und deren Not völlig ignorieren.

Eigenarten der Demokratie

Dies sollte eigentlich ein großartiges Jahr für kleine Parteien sein. Aber das wird wahrscheinlich nicht der Fall sein, weil die großen Parteien, weil sie den Zugang zum Stimmzettel kontrollieren, effektiv ihre Konkurrenten selbst aussuchen. Und sie suchen sich nur gegenseitig aus. Man stelle sich vor: Ein System, in dem einige Parteien entscheiden, ob andere Parteien am Wahlkampf teilnehmen dürfen oder nicht. Das ist Demokratie?

Die verborgene Frage von 1992 ist der Zugang zum Stimmzettel, den die großen Parteien verweigern können. Kleine Parteien müssen einen Großteil ihrer mageren Finanzen vergeuden, um den harten und komplizierten Eintrittsbedingungen, die von ihren mächtigen Konkurrenten festgelegt werden, gerecht zu werden; Bedingungen, die – hätten sie in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bestanden – die soeben geborene Republican Party daran gehindert hätte, an die Stelle der todkranken Whig Party zu treten. Dies läuft auf eine regressive Steuer auf neue und kleine Parteien hinaus, die, wenn sie es erst einmal geschafft haben, auf den Stimmzettel zu kommen, wenig Zeit, Energie und Geld übrig haben, um ihre Botschaft an den Mann zu bringen.

Perot könnte sich ein mächtiges Thema stellen und uns allen einen dauerhaften Dienst erweisen, indem er diese Sache an die Öffentlichkeit bringt. Selbst wenn er die Präsidentschaft nicht gewinnt, könnte er den Amerikanern ein dauerhaftes Legat ehrlicher Auswahlmöglichkeiten im Wahlkampf hinterlassen.

Ein Monopol gegen die Wähler

Bush war so frei, seine konservativeren Anhänger immer wieder zu verraten, weil diese angesichts der demokratischen Alternative »nicht wissen, wo sie sonst hingehen können«. Der wesentliche Punkt ist, daß er dies zuversichtlich sagen konnte, schon bevor er überhaupt wußte, wer die demokratische Alternative sein würde.

Weil eben die Struktur des Zweiparteiensystems, dadurch, daß sie die Impotenz aller Parteien außer der beiden großen Parteien gewährleistet, die Wähler stest in die miese Lage versetzt, »nirgendwo anders hingehen zu können«. Bush ist nicht gerade ein Professor der Logik, aber das versteht er schon.

Es ist eine Sache, wenn die Wähler so sehr mit den beiden Parteien zufrieden sind, daß sie einer anderen Partei nicht das gleiche Format einräumen wollen. Aber das ist derzeit offensichtlich nicht der Fall. Die Wähler sind von beiden großen Parteien angeekelt, und die großen Parteien reagieren darauf, indem sie ihr gemeinsames Monopol absichern. Die eigentliche Zielscheibe ist nicht Ross Perot; es ist der verärgerte Wähler, dessen Wunsch nach Veränderung mit allen Mittel durchkreuzt werden muß. □



USA

Das Monopol der herrschenden Parteien

Andrew Arnold

Ein Präsidentschaftswettkampf in den USA mit drei Bewerbern um das Amt, stellt in der heutigen Zeit eine einzigartige Situation dar. Wenn kein Kandidat eine Mehrheit bekommt, ist Amerikas nächster Präsident ein Demokrat.

Stellen Sie sich einmal folgende Umstände vor, die mit einer unentschiedenen amerikanischen Präsidentschaftswahl am 4. November 1992 beginnen. Der unabhängige Kandidat Ross Perot mit 42 Prozent der Stimmen des Volkes schlägt den amtsinnehabenden George Bush mit 36 Prozent. Der Demokrat Bill Clinton schneidet mit nur 15 Prozent der Stimmen als weit abgeschlagener Dritter ab.

Die Frage nach den Mehrheiten

Die Verwirrung im ganzen Land wird noch durch die Briefwahlstimmen erhöht, die unter strenger Aufsicht von Hand gezählt werden und aus denen auch hervorgeht, daß Millionen von Amerikanern sich für Perot und nicht für einen der vom Establishment unterstützten Kandidaten entschieden haben.

Und was noch wichtiger ist, das Electoral College (Wahlmännergremium) trifft am 6. Januar 1993 zusammen und kann keinem der Spitzenkandidaten mehr als 50 Prozent der 355 Wahlstimmen zuteilen. In diesem Falle wäre eine absolute Mehrheit – nicht eine einfache Mehrheit – zum Sieg erforderlich. Wiederum dominieren Bush und Perot, mit Clinton als abgeschlagener Dritter.

Da keiner der Kandidaten über eine klare Mehrheit im Wahlmännergremium verfügt, verlangt die Verfassung, daß das Repräsentantenhaus den Präsidenten wählt.

Letztendlich könnte der Kongreß entscheiden

In diesem Szenario würde Clinton, der Nominierte der Demokraten, der bei den allgemeinen Wahlen und bei der Abstimmung des Wahlmännergremiums als abgeschlagener Dritter abschloß, gewinnen, wenn der Kongreß zusammentritt, um Amerikas nächsten Präsidenten zu wählen.

Andererseits würde Perot trotz seiner Mehrheit bei den allgemeinen Wahlen wahrscheinlich überhaupt keine Stimmen bekommen. Man denke daran, daß der derzeitige Kongreß 268 Demokraten, 166 Republikaner und einen Unabhängigen – sogenannten sozialistischen Abgeordneten Bernie Sanders aus Vermont – hat. Es wird erwartet, daß der neue Kongreß die gleiche Zusammensetzung hat.

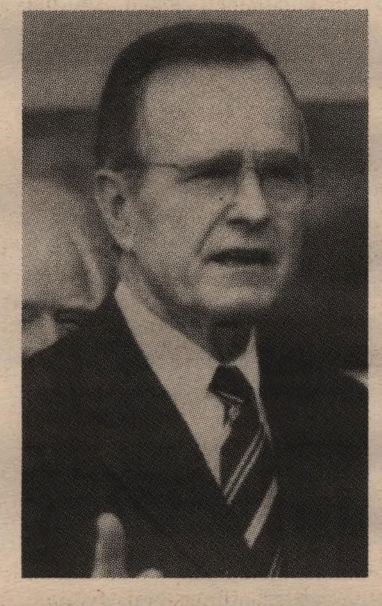
Nach dem 12. Verfassungsänderungsgesetz hat die Delegation des Repräsentantenhauses eines jeden Staates eine Stimme für den Präsidenten, und jede Delegation muß selbst die Mehrheit der Stimmen haben, oder sie verliert ihre Stimme. Ein Kandidat braucht 26 Stimmen – eine Mehrheit von 50 Staaten – um die Wahl zu gewinnen.

Die Demokraten bilden derzeit in 31 Staatsdelegationen die Mehrheit. Clinton wäre dann der nächste amerikanische Präsident – ungeachtet seines Abschneidens als abgeschlagener Dritter bei den allgemeinen Wahlen und bei der Wahl des Wahlmännergremiums.

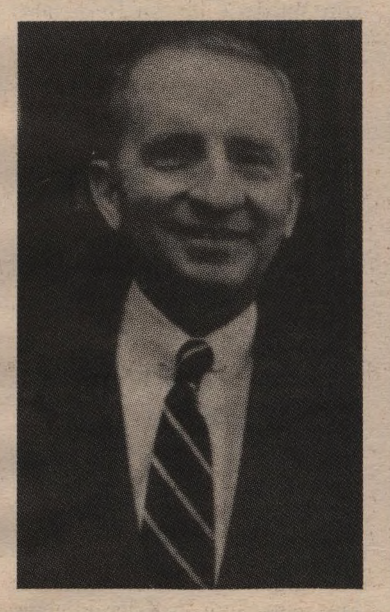
Es gibt noch andere Merkwürdigkeiten. Wenn kein Kandidat für die Vizepräsidentschaft im Wahlmännergremium eine Mehrheit bekommt, was eintreten würde, wenn kein Präsidentschaftskandidat gewinnt, dann wird er vom neugewählten Senat ernannt. Jeder Senator hat eine Stimme und wählt einen der beiden an der Spitze stehenden Vizepräsidentschaftskandidaten aus. Der Gewinner benötigt 51 Stimmen.

Wenn es zum Patt kommen sollte

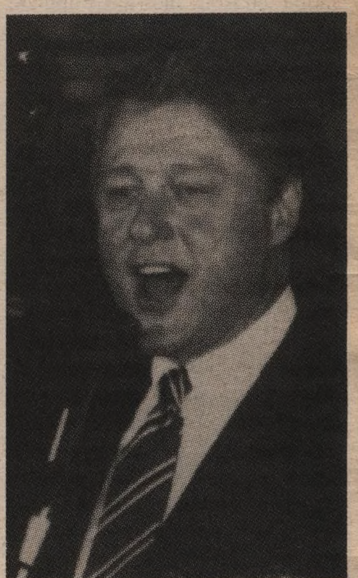
Wenn wegen eines völligen Stillstandes bis zum 20. Januar 1993 kein neuer Präsident gewählt worden ist, dient der Vizepräsident als amtierender Präsident. Wird kein Vizepräsident gewählt, wird der Sprecher des Hauses amtierender Präsident. Nächster in der Reihenfolge wäre dann der Präsident pro tempore des US-Senats.



US-Präsident George Bush neigt leicht zur Panik und sollte ehrlich sein und ohne Gags reden.



H. Ross Perot will das »H« fallen lassen und will einfach Hoss von seinen Wählern genannt werden.



Bill Clinton ist aalglatt und geschmeidig und verspricht den Amerikanern alles im Wahlkampf.

Wenn die Zusammensetzung des neuen Senats mit der des heutigen vergleichbar ist, würde dieser einen unpopulären Republikaner zum Vizepräsidenten wählen. Dann hätten wir also einen unbeliebten Demokraten als US-Präsident und einen unbeliebten Republikaner als Vizepräsident. Das Repräsentantenhaus hat schon zweimal den Präsidenten gewählt, mit 36 Stimmen Mehrheit bevor Thomas Jefferson gewählt wurde, und nur einer Stimme Mehrheit bei der Wahl von John Quincy Adams. □

George Bush

Das befleckte Image des US-Präsidenten

Mike Blair

Wir werden alle nach der Gesellschaft, die wir pflegen, beurteilt. Es dürfte daher für US-Präsident George Bush keine Überraschung sein, festzustellen, daß die Öffentlichkeit keine hohe Meinung von seiner Ehrlichkeit hat, angesichts der Tatsache, daß viele seiner führenden Geldauftreiber zweifelhafte Persönlichkeiten sind.

Die Liste der führenden Persönlichkeiten, die Millionen von Dollar an Beiträgen zur Finanzierung des Wahlkampfes zur Wiederwahl des US-Präsidenten George Bush auftreiben, liest sich wie die Galerie eines Schelms derjenigen, die in Amerika in letzter Zeit in Bankenskandale verwickelt waren. Die Aufstellung beinhaltet zumindest einen schuldig gesprochenen Straftäter, der bereits im Gefängnis gesessen hat.

Geld aus dunklen Kanälen

Der Generaldirektor einer großen amerikanischen Ölgesellschaft, eine Schlüsselfigur, die wesentlich dazu beigetragen hat, die von »Big Oil« dominierte Bush-Regierung dazu anzuspornen, das dem kommunistischen Vietnam auferlegte Handelsembargo aufzuheben, ist gleichzeitig eine Schlüsselfigur bei der Auftreibung von Millionen für Bushs Wiederwahl und dient als landesweiter stellvertretender Finanz-Vorsitzender der Bush-Wahlgemeinschaft.

In der Aufhebung des Handelsembargos sehen viele Kritiker das Ausspielen der letzten Trumpfkarte durch die Vereinigten Staaten, mit der sie die Vietnamesen zwingen könnten, für die meisten der immer noch aus dem Vietnam-Krieg vermißten amerikanischen Soldaten Rechenschaft abzulegen.
Ray L. Hunt, Vorstandsvorsitzender der Hunt Oil Co. in Dallas, ist »national finance vice chairman« für den Wahlkampf zur Wiederwahl von Bush, also landesweit für dessen Finanzierung verantwortlich. Er ist auch der Beklagte in einem von der Federal Deposit Insurance Corp. (FDIC) angestrengten Verfahren, in dem er wegen angeblicher Nachlässigkeit beim Konkurs einer Bank in Dallas, deren Direktor er war, unter Anklage steht. Hunt Oil ist eine der acht amerikanischen Großfirmen, die kürzlich an Bush einen Brief schrieben, in dem dieser dringend aufgefordert wird, das Handelsembargo gegen das kommunistische Vietnam aufzuheben.

Trotz der Tatsache, daß die Regierung in Hanoi es bisher unterlassen hat, über amerikanische Kriegsgefangene und Vermißte aus dem Vietnam Krieg Rechenschaft abzulegen, wird damit gerechnet, daß die Bush-Regierung in den kommenden Monaten das Embargo zumindest teilweise aufheben wird, um es Hunt und anderen zu ermöglichen, sich um Geschäfte mit Vietnam, darunter das Bohren nach Öl in den reichen Feldern vor der Küste des Landes, zu bewerben.

Oben auf der Liste derjenigen, die für Bush Gelder auftreiben, steht ein Anwalt aus Lakewood, New Jersey, und Geldanleger in Immobilien, Lawrence E. Bathgate II., der als »national finance chairman« des Republican National Committee dient.

Da er die Kampagne leitet, um Millionen für Bush aufzutreiben, versucht die FDIC, die mehr als 21 Millionen Dollar an Darlehen von einer Bank in New Jersey einzuklagen, für eine Hypothek auf zwei Häusern, die Bathgate in New Jersey besitzt und die mehr als eine Million Dollar wert sind, und zu vollstrecken sowie seinen Rolls-Royce zu beschlagnahmen.

Postbetrüger arbeitet für Bush

Zu den bunteren Vögeln, die bei der Beschaffung von Geldern für Bush mitwirken, gehört James E. Elliot, Vorstandsvorsitzender der Payment Systems Inc., einer Marketing-Organisation, die Kreditkarten-Transaktionen für die First Interstate Bank von South Dakota bedient.

Elliot bekannte sich 1986 des Postbetrugs schuldig, auf Grund einer Anklage gegen ihn und einige seiner Gesellschafter wegen Betrugs an einer inzwischen in Konkurs gegangenen Spar- und Darlehenskasse in der Gegend von Chikago. Auf Grund seiner Schulderklärung saß er eine kurze Haftstrafe ab.

Danach erschien er im April in Washington als eine der Schlüsselfiguren für die Beschaffung von Millionen für Bush auf dem »President's Dinner« (Bankett des Präsidenten), an dem der Präsident selbst teilnahm. Elliot war Mitvorsitzender des Banketts. Er entschloß sich jedoch, nicht daran teilzunehmen, nachdem er, wie berichtet wird, versucht hatte, einen Angestellten unter Druck zu setzen, zu dem Geldbeschaffungs-Gala-Essen einen finanziellen Beitrag zu leisten. Elliot bestritt diese Anklage.

Bathgate war 1987 der zuerst genannte Finanzvorsitzende des Republican National Comittee und hat Millionen für Bush verschiedene politische Kampagnen aufgebracht. Bathgates Bankprobleme rühren von Darlehen her, die er von der First National Bank in Toms River, New Jersey, bekam. Die Bank reichte im vergangenen Jahr eine Klage gegen ihn ein, um 16 Millionen Dollar an Immobiliendarlehen, die er beschuldigt wird, nicht bedient zu haben, einzuklagen.

Die Klage gegen Bathgate und einige Gesellschafter wurde eingereicht, kurz bevor die Bank wegen übermäßiger Vergabe von uneinbringlichen Darlehen zusammenbrach.

Die FDIC übernahm die Probleme der Bank, nachdem diese für zahlungsunfähig erklärt wurde, und erhöhte mit einer im Februar beim Federal District Court in Trenton, New Jersey, eingereichten geänderten Klage den Darlehensbetrag, den Bathgate laut Anklage schulden soll, auf 21 Millionen Dollar. Sie bat das Gericht, ihr zu genehmigen, aus einer Hypothek auf seinen Häusern in New Jersey und seinem Rolls-Royce zu vollstrekken.

Ein weiterer Mitvorsitzender des »President's Dinner«, auf dem rund neun Millionen Dollar für den Wahlkampf zur Wiederwahl Bushs und einige Kongreßwahlen der »Grand Old Party« aufgetrieben wurden, ist Robert H. Dedman, Vorstandsvorsitzender von Club Corp International, einer der Welt größten Besitzer und Betreiber von Ferienorten und Golfplätzen.

Dedman und die beiden anderen Personen, die mit Bushs Bemühungen zur Geldauftreibung in Zusammenhang stehen, sind Beklagte in einer weiteren Klage der FDIC, wobei es um den Konkurs der First Republic Bank in Dallas geht, in der Dedman und die anderen Direktoren waren.

Die Bank, die 1988 in Verzug geriet, war Teil des kostspieligsten Bankenzusammenbruchs in der Geschichte Amerikas, dem Konkurs der First Republik Bank Corp. Es wird die Steuerzahler mehr als drei Milliarden Dollar kosten, die Folgen zu beseitigen. Dedman und andere Direktoren, Hunt und William T. Solomon, ein Geschäftsmann aus Dallas, stehen immer noch mit der Geldbeschaffung für Bush in Verbindung.

Die Enthüllung, daß die Hauptgeldbeschaffer für Bush in Bankenskandale verwickelt sind, wird sehr wahrscheinlich bei der diesjährigen Präsidentschaftswahl eine große Rolle spielen, vor allem hinsichtlich der Kosten der Konkurse von Spar- und Darlehenskassen in Höhe von 500 Milliarden bis eine Billion Dollar, die der amerikanische Steuerzahler berappen muß. □

Wer tötete Martin Luther King?

Joel Vincent

James Earl Ray, der angebliche Mörder von Dr. Martin Luther King, wurde von Joel Vincent in der Haftanstalt Riverband in Nashville, US-Bundesstaat Tennessee, interviewt. Ray ist der Autor des Buches »Wer tötete Martin Luther King?«

Vieles deutet darauf hin, daß Sie ein Prügelknabe waren, und daß es wirklich nicht sehr viele Beweise dafür gab, daß Sie des Mordes an Dr. King schuldig sind.

Ray: Das ist richtig. Es gibt wirklich nicht sehr viele Beweise. Deshalb mußte der Staat meinen Anwalt unter Kontrolle bekommen. Sobald das geschehen war, gelang es dem Staat, eine Schuldanerkenntnis in die Wege zu leiten.

Wo waren Sie zu dem Zeitpunkt, als King in Memphis erschossen wurde?

Ray: Ich war höchstwahrscheinlich in einer Tankstelle, wo ich versuchte, einen Reifen an meinem Wagen reparieren zu lassen.

Warum nimmt man Ihnen Ihre Geschichte nicht ab?

Ray: Es gab niemals einen Prozeß, daher kam ich niemals dazu, meine Geschichte zu erzählen. Ich glaube, ich sollte einmal erklären, wie der Staat meine Anwälte unter Kontrolle bekam. Der Anwalt, der mich vertrat, der inzwischen verstorbene Percy Foreman, war mein zweiter Anwalt.

Foreman trat im Dezember 1968 in den Prozeß ein. Er war in einige Literaturverträge – die sich auf meine Geschichte bezogen – mit einem Autor namens William Bradford Huie verwikkelt.

Nachdem Foreman bis spätestens Februar 1969 soviel Geld aus diesen Verträgen herausgezogen hatte, wie er bekommen konnte, wollte er in meinem Namen ein Schuldanerkenntnis vor Gericht abgeben. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte er den Prozeß noch führen wollen. Man sagte mir, wenn ich kein Schuldanerkenntnis abgeben würde, man Zeugen hätte, die gegen mich vor Gericht aussagen würden, und wenn die Nachrichtenmedien mich nicht schuldig sprechen, würde das Schwurgericht dies tun.

Als ich das nicht mitmachen wollte, ging Foreman zu meiner Familie und versuchte, sie dazu zu bringen, mich dazu zu überreden, ein Schuldanerkenntis abzugeben.

Als sie das nicht tun wollte, änderte er seine Taktik und sagte, man könnte meinen Bruder Jerry anklagen und ihn wegen Verschwörung in dem Mordfall King vor Gericht stellen.

Foreman sagte auch, mein Vater könnte schließlich vor Gericht landen. Er war vor 35 Jahren aus einer Haftanstalt geflohen und seitdem niemals wieder festgenommen worden.

Foreman sagte zu mir, wenn ich vor Gericht gehen würde, er dann nicht sein Bestes geben werde.

Unter diesen Bedingungen stimmte ich am 9. März 1969 zu, ein Schuldanerkenntnis abzugeben. An jenem Tage unterschrieben wir einen Vertrag, wonach Foreman 165000 Dollar bekommen würde, um seine Einrede zu erheben, und ich sollte 500 Dollar bekommen, um mir einen anderen Anwalt zu suchen.

Nun bekommt man für 500 Dollar natürlich keinen sehr guten Anwalt; daher erklärte ich mich für schuldig.

Foreman verkaufte einen Artikel, der im April 1969 in der Zeitschrift »Look« veröffentlicht wurde. In diesem Artikel schrieb er, daß, wenn ich ihn gezwungen hätte, den Prozeß zu führen, er dann zu den Geschworenen gegangen und ihnen gesagt hätte, ich sei schuldig.

Das klingt so, als sei Foreman, Ihr Anwalt, mehr an einem Literaturvertrag als an Ihrem Schutz und Sicherheit und Recht auf einen fairen Prozeß interessiert gewesen.

Ray: Er hatte einen Literaturvertrag, und der Richter wollte nicht, daß ich mir einen anderen Anwalt nahm. So befand ich mich in einer Lage, in der ich in dieser Angelegenheit keine allzu große Auswahl hatte.

Sie schrieben Ihr neues Buch mit dem Titel »Wer tötete Martin Luther King?« im Gefängnis.

Ray: Ich schrieb das Buch im Brushy Mountain Prison, wo ich von Juni 1981 bis Juni 1987 einsaß. Rechtsanwalt Mark Lane schlug vor, daß ich dieses Buch schreiben sollte. Nachdem ich sechs Jahre lang daran gearbeitet hatte, bekam ich es schließlich zusammen.

Wie wurde Rechtsanwalt Mark Lane in Ihren Prozeß hineingezogen?

Ray: Mark Lane vertrat mich 1977-78 vor dem House Select Committee on Assassination Hearings (Auswahl-Ausschuß des Repräsentantenhauses für Attentatsfälle). Er hat in diesem Fall einige Ermittlungen angestellt.

Glauben Sie, daß der Leiter des FBI, J. Edgar Hoover, in das Attentat auf King verwickelt war?

Ray: Ich neige zu der Ansicht, daß Cartha D. DeLoach, Mann Nr. 3 im FBI, darin verwickelt war. Die diesbezügliche Information, die ich habe, ist beim Tennessee Court of Appeals (Berufungsgericht) abgelegt. DeLoach bestreitet dies natürlich, aber das besagt nichts.

Glauben Sie, daß Sie ein politischer Gefangener sind?

Ray: Ich habe keine politischen Überzeugungen. Ich bin nicht wegen meiner politischen Überzeugungen im Gefängnis, aber wegen Politik. Sie haben viele als geheim eingestufte Aufzeichnungen über meinen Prozeß, und sie wollen diese geheim halten. Die einzige Möglichkeit, mich davon abzuhalten, einen Prozeß zu bekommen, besteht darin, diese Aufzeichnungen geheim zu halten.

Glauben Sie, daß die sich unter Verschluß befindlichen Akten freigegeben werden?

Ray: Lassen Sie mich etwas über diese geheimgehaltenen Akten sagen. Die Regierung begann schon 1945 damit, Akten als geheim einzustufen. Die erste Akte in meinem Fall wurde 1975 in Memphis als geheim eingestuft. Dies waren die Überwachungsakten der Polizei von Memphis über Martin Luther King. Dann stufte 1977 ein Bundesrichter in Washington weitere Akten über den Mord an King als geheim ein.

1978 stufte das US-Justizministerium wahrscheinlich 200 bis 300 Meter hohe Aktenstapel über den Fall als geheim ein. Dann stufte das House Select Committee on Assassination unter dessen Vorsitzenden, Abgeordneter Louis Stokes, und dem Direktor des Ausschusses, G. Robert Blakey, 185 Kubikmeter Akten als geheim ein.

Nun wollen die Nachrichtenmedien aus einem bestimmten Grund nichts über alle diese als geheim eingestuften Unterlagen berichten.

Wurde das Gewehr, das angeblich zur Tötung Kings benutzt wurde, jemals untersucht?

Ray: Der FBI hat es untersucht. Der FBI behauptet, eine Art ausgeklügeltes Geschoß sei verwendet worden, und man könne daher keinen ballistischen Bericht über die Waffe schreiben.

Haben Sie das Gewehr mit dem King angeblich getötet wurde, jemals abgefeuert?

Ray: Ich habe niemals mit einem Gewehr geschossen, obwohl ich es hantiert und in ein Gehäuse gelegt habe, als ich das Gewehr für eine Waffenschmuggelaktion transportierte, wie ich in meinem Buch erkläre. Ich hatte das Gewehr einem Mann übergeben, den ich als »Raoul« kannte. Man fand diese Waffen und ein Handköfferchen, das mir gehörte, vor dem Gebäude der Zimmervermietung.

Wie kam es, daß von allen Menschen in Amerika ausgerechnet Sie als Angeklagter ausgewählt wurden?

Ray: Ich glaube, mein Problem ist auf die Zeit zurückzuführen, als ich 1967 in Missouri aus dem Gefängnis ausbrach. Wenn ich mich noch länger in der Gegend aufgehalten hätte, wäre ich möglicherweise verhaftet und wieder ins Gefängnis gesteckt worden.

Als ich nach Kanada ging, kam ich jedoch mit einem Schmuggler namens Raoul zusammen. Ich brachte Dinge für ihn über die Grenze.

Wie paßt Raoul in den Fall King hinein?

Ray: Er war ein Verbrecher, und ich schmuggelte für ihn aus Kanada nach Michigan und von Texas nach Mexiko hinein. Eins führte zum anderen, und er sagte zu mir, wir könnten mit der Transferierung von Waffen nach Mexiko hinein Geld machen. Und so landete ich schließlich in Memphis und tappte in den Mordfall an King hinein.

Hatten Sie Raoul im Verdacht?

Ray: Eigentlich nicht. Ich hatte schon vorher mit Leuten wie er zu tun gehabt, und ich nahm lediglich an, daß das Ganze nur eine Art kriminelles Unterfangen war, und ich brauchte das Geld.

Wer glauben Sie, stand hinter der Verschwörung, King zu ermorden?

Ray: Ich erwähnte bereits Cartha DeLoach vom FBI. Man braucht eigentlich nicht so viele Leute für eine solche Sache. Die Geheimdienste setzen bei dieser Art von Tötungen Verbrecher – wie Raoul – ein. Ich nehme an, sie haben in meinem Fall das Gleiche getan.

Lassen Sie mich rundheraus fragen: Haben Sie Martin Luther King getötet?

Ray: Nein, ich habe King nicht getötet. Nicht nur das, sondern ich habe auch erfahren, daß jetzt eine Geschichte über mich erzählt wird, ich sei so etwas wie ein »williger Lockvogel« gewesen und habe versucht, die Polizei in Memphis in die Irre zu führen, während die wirklichen Täter davonkamen. Das ist auch nicht wahr. Dort waren zwei Mustangs vor der Zimmervermittlung abgestellt, aus der vermutlich auf King geschossen wurde. Einer der Wagen war meiner. Der andere war anscheinend der Fluchtwagen des Attentäters.

Dann war noch ein dritter Mustang in die Sache verwickelt. Dieser Wagen befand sich in Nord-Memphis. Es lief ein Polizeibericht über den Rundfunk, daß in Nord-Memphis eine Verfolgungsjagd im Gange und die Polizei hinter dem Wagen her sei.

Wer glauben Sie hat King getötet?

Ray: Wie ich in meinem Buch schreibe, glaube ich, daß es DeLoach, der politische Agent im FBI war, der die Attentatsverschwörung in Bewegung setzte.

Er stand in Verbindung mit US-Präsident Johnson und einem hohen Beamten der Operation Cointelpro, die auf verschiedene schwarze und weiße nationalistische Führer abzielte, die vom FBI belästigt wurden.

Wenn wir diese als geheim eingestuften Akten freibekommen könnten, würden wir vielleicht herausbekommen, was in Wirklichkeit vor sich gegangen ist.

Es gab einen Augenzeugen in Ihrem Fall. Es war seine Aussage, die dazu führte, daß Sie dort sind, wo Sie heute sind. Können Sie etwas über diesen Zeugen sagen?

Ray: Dieser Zeuge namens Stephens legte eine von einem Anwalt des Justizministeriums abgefaßte eidesstattliche Erklärung vor. Darin behauptete er, er habe jemanden mit einem mir ähnlichen Profil gesehen.

Wir stellten jedoch einen Taxifahrer fest, der zu der Zimmervermietung gekommen war, wo Stephens wohnte, und Stephens war sehr betrunken. Daher war er letztenendes kein guter Zeuge.

Einige Tage nachdem der Schuß gefallen war, zeigte ein CBS-Reporter Stephens mein Bild, und er sagte, es sei nicht ich.

Was geschehen war, war, daß die Politiker im Stadtrat von Memphis eine Belohnung von 100000 Dollar für Informationen ausgesetzt hatten, die zur Festnahme des King-Mörders führen sollten. Stephens traf eine Vereinbarung mit einem Anwalt, um diese auf der von ihm unterzeichneten Erklärung beruhende Belohnung zu kassieren. Er hat sie jedoch niemals bekommen.

Der Taxifahrer sagte, Stephens sei zu betrunken gewesen, um in der Taxe gefahren zu werden.

Der Taxifahrer sagte selbst aus, es seien vor der Zimmervermietung zwei Mustangs abgestellt gewesen, meiner und der andere, der anscheinend der Fluchtwagen war.

Als er nach oben ging, um Stephens abzuholen, war dieser sogenannte Augenzeuge zu betrunken, um das Bett zu verlassen. Man überredete ihn dazu, dieses Affidavit zu unterzeichnen, indem man ihm 100000 Dollar versprach.

In Ihrem Buch berichteten Sie über die unglaublich brutale und unmenschliche Behandlung, die Ihnen zuteil wurde.

Ray: Als ich erstmals nach Memphis gebracht wurde – nachdem ich zuerst aufgegriffen worden war –, steckte man mich in einen Zellenblock mit Stahlplatten über den Fenstern und hielt die ganze Zeit das Licht an. Folglich wußte ich nicht, ob es Tag oder Nacht war. Ich hatte häufig Kopfschmerzen. Es war sehr unbequem und reichte aus, um mich mürbe zu machen.

Zu dieser Zeit versuchte man, micht zu meiner Schuldanerkenntnis zu bewegen. Der Richter wollte ein Schuldanerkenntnis und der Staatsanwalt auch. Sie befürchteten, ich könnte freigesprochen werden. Deswegen mußten sie meinen Anwalt unter Kontrolle bekommen. Ich nehme an, sie hatten ihn irgendwie an der Kandare; daß sie wahrscheinlich etwas gegen ihn hatten, mit dem sie ihn kompromittieren konnten. Daher trat mein Anwalt für die Schuldanerkennung ein.

Wie sind Ihre Lebensbedingungen zur Zeit?

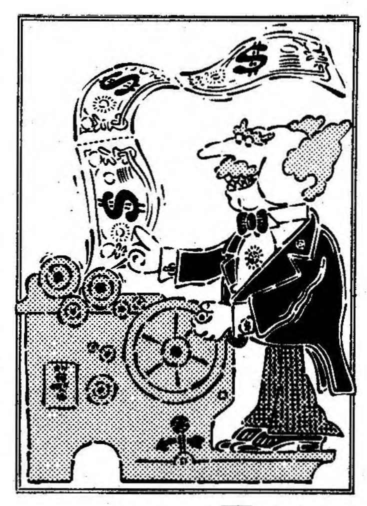
Ray: Im Augenblick lebe ich unter den gleichen Bedingungen wie alle anderen Häftlinge in diesem Gefängnis.

Werden Ihre verfassungsmäßigen Rechte nicht verletzt? Sollten Sie nicht die Gelegenheit zur Wiederaufnahme Ihres Prozesses bekommen?

Ray: Unter dem Gesetz von Tennessee, wenn der Richter, der einem Prozeß vorgesessen hat, innerhalb von 30 Tagen stirbt, bekommt man automatisch einen neuen Prozeß. Der Richter, der in meinem Fall verhandelte, starb drei Wochen nach der Schuldigsprechung. Es wurde jedoch beschlossen, daß dies für mich nicht zuträfe.

Ich hatte am Tage nach meiner Schuldanerkennung – sobald ich Percy Foreman als meinen Anwalt los war – den Antrag auf einen neuen Prozeß gestellt.

Ich möchte einen neuen Prozeß. Die Gerichte können jedoch tun, was sie wollen, so lange sie die Unterstützung der Medien bekommen. Sie wollen mich davon abhalten, ein neues Verfahren durchzusetzen, damit ich keinen Zugang zu den als geheim eingestuften Aufzeichnungen bekomme, die sich auf den Mord an King beziehen. Dies ist eigentlich keine komplizierte Angelegenheit. Die Unterlagen müssen für die Öffentlichkeit freigegeben werden. □



Vertrauliches

Aids
Asien wird die meisten Kranken haben

Bis zum Jahr 2000 wird die Mehrheit der weltweit 40 Millionen erwartungsgemäß an Aids erkrankten Menschen in Asien sein, sagte die Asien Development Bank in einem Anfang April freigegebenen Bericht. Obwohl das Aids-Vorkommen in anderen Teilen Asiens viel geringer zu sein scheine, belaufte sich die Zahl der mit dem HIV-Virus, der Aids verursacht, Infizierten jetzt bis auf 400.000 in Thailand und bis zu eine Million in Indien, schätzt die Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Die Bank ließ verlauten, daß, obwohl die Ziffern für andere asiatische Länder viel niedriger liegen, die Gründe dafür unzureichende Tests und schlechte Erfassung seien. Nach Ansicht der Bank müssen asiatische Regierungen energischere Schritte unternehmen, um die Verbreitung von Aids zu stoppen, bevor die Krankheit zu einer Epidemie wird. Die Bank sagte voraus, daß sich durch das Zusammentreffen von steigender Abwanderung von Arbeitskräften mit der wachsenden innerasiatischen Tourismusindustrie die Verbreitung der Krankheit auf solche Länder, die derzeit noch kaum davon betroffen sind, sich bald verstärken werde.

Indessen sagte Dr. Jacob John, der die Abteilung für Mikrobiologie, Virologie und Immunologie an Vellore, Indiens bahnbrechendem Christian Medical College, leitet, jüngste Untersuchungen hätten ergeben, daß mindestens 2,5 Millionen Inder HIV-positiv seien.

Dr. John wurde zur Mitarbeit an dem weltweiten Programm der Weltgesundheitsorganisation, in einem Ausschuß für epidemieologische Unterstützung und Forschung, berufen. Er stellte fest, daß »anders als Afrika, wo auch die Führung betroffen ist, hier die Elite davor bewahrt bleiben muß. Aber die Armen, die in übervölkerten Gebieten leben, werden hart davon betroffen sein. Diese Gruppen werden wie Hunde erkranken und wie die Fliegen sterben. Heute sterben sie an TBC und Ruhr. Wir können auch nicht mehr tun, um sie vor Aids zu bewahren.« □

Brasilien
Bischöfe schließen sich der Anti-Kolumbus-Kampagne an

Der Bischof der brasilianischen Region Parana hat empfohlen, daß die Industrieländer die Schulden den Entwicklungsländer erlassen sollten. Dies sei eine Möglichkeit, für alle von der Kirche und anderen in der Zeit der Kolonialisierung Amerikas begangenen »Irrtümer« Abbitte zu leisten.

Die Tageszeitung »O Globo« schreibt, daß der Bischof von Crateus, Brasilien, D. Antonio Fragoso, Handlungen angegriffen habe, mit denen Christopher Kolumbus gelobt und mit denen der 500. Jahrestag der Entdekkung Amerikas gefeiert werden soll. Für ihn sei die Entdeckung eine »verachtenswürdige Invasion, die den Völkermord an fast allen 70 Millionen Indianern, die seinerzeit lebten, verursacht hat«. Fragoso fordert, daß die Kirche öffentlich um Vergebung bittet und Anstrengungen unternehmen soll, die indianischen Kulturen, die seinerzeit zerstört wurden, »wieder herzustellen«.

»O Globo« schreibt, daß auf der Sitzung der lateinamerikanischen Bischöfe in Santa Domingo im Oktober 1992 die brasilianischen Bischöfe das Panama-Dokument über Auslandsverschuldung bestätigen könnten. Die brasilianische Bischofs-Konferenz, die stark von der »Theologie der Befreiung« beeinflußt wird, hat die Abhaltung einer Zeremonie der Reue durch die Kirche praktisch gebilligt. Über 200 Bischöfe sind sich darüber einig, daß die »katholische Kirche zugeben muß, daß sie in einem Bündnis des Kolonialisierungsprojekts Komplizin bei der Zerstörung Lateinamerikas war«. □

China
Freiheitskämpfer fordern weltweite Hilfe

Führer der Chinesischen Demokratie-Bewegung haben zu einer weltweiten Mobilisierung aufgerufen, um das Leben eines am 30. März 1992 in Peking festgenommenen Freiheitskämpfers zu retten. Obwohl der Name des Betreffenden derzeit nicht bekannt ist, haben die französische Tageszeitung »Le Monde« und die russische Presse über die mutigen Bemühungen von Mitgliedern der Demokratischen Freiheitspartei, einer überseeischen Organisation mit einer Untergrundmitgliedschaft in China, berichtet.

Die Partei druckte und verbreitete in Peking ein Flugblatt, in dem die Botschaft, die durch Wei Jingsheng, dem inhaftierten Führer der Bewegung Spring Democracy Wall (Frühlingsdemokratie-Mauer), in Peking 1979 Berühmtheit erlangte, wiederbelebt wird, die da lautet: Jede Bemühung, die Wirtschaft zu reformieren und zu modernisieren, ist zum Scheitern verurteilt, wenn die Bevölkerung weiterhin von einer Schreckensherrschaft unterdrückt wird.

In dem Kommuniqué heißt es: »Man kann Reformen nicht unterstützen, wenn sie von Verfolgung bedroht werden ... Die notwendige Bedingung für Reformen ist nicht die Beinhaltung einer despotischen ›sozialen Stabilität‹, sondern die Schaffung eines demokratischen Umfelds.«

Wie »Le Monde« sich ausdrückte, wurde die Erklärung unter Studenten, Arbeitern und gewissen Beamten »diskret in Umlauf gebracht«. Den Berichten aus der russischen Presse zufolge, verteilte ein Mitglied der Liberty Democratic Party sie jedoch direkt vor dem Gebäude, wo der Nationale Volkskongreß tagte. Er sei von der Polizei ergriffen worden und sein Schicksal sei unbekannt. Es werde befürchtet, daß, falls die Völkergemeinschaft nicht auf seine Not aufmerksam gemacht werde, der Mann in der Haft gefoltert und getötet werden könnte. □

Taiwan
Zunahme regierungsfeindlicher Demonstrationen

Rund 10000 Menschen marschierten bei strömendem Regen in ganz Taiwan durch die Großstädte und verlangten direkte Präsidentschaftswahlen, die Befreiung von inhaftierten Dissidenten und andere demokratische Reformen. Laut Reuters riefen in Taipeh fast 10000 Dissidenten, Studenten, Mönche und andere Mitglieder der oppositionellen Democratic Progressive Party (DPP) lautstark zum Rücktritt des Premierministers Hau Peitsun auf, als sie durch die Innenstadt der Hauptstadt marschierten.

Die Demonstration kennzeichnete den Beginn eines dreitägigen Programms der Straßenproteste, zu denen die DPP aufgerufen hatte. Die Protestaktionen haben während der 70tägigen Sondersitzung der Nationalversammlung zur Revision der Verfassung tagtäglich beinahe zu Aufständen geführt.

Die DPP ist ein Produkt der internationalen »grünen« Parteien und der amerikanischen Geheimdienstnetzwerke, das als Projekt Demokratie bekannt ist. Ihre Forderung nach direkter Präsidentschaftswahl ist zum Schwerpunkt der DPP geworden, seitdem sie bei den allgemeinen Wahlen im vergangenen Jahr durch die regierende Kuomintang (KMT) vernichtend geschlagen wurde. »Direkte Präsidentschaftswahlen sind die einzige Hoffnung für das Land, zu einer Demokratie zu werden«, sagte der stellvertretende Vorsitzende der DPP, Chang Chun-hong, der den Zug der fahnenschwenkenden, Gong schlagenden Protestierenden in Taipei anführte.

Die KMT legte den Antrag zur Einführung von direkten Präsidentschaftswahlen zu den Akten. □

China

Die politischen Auseinandersetzungen werden härter

Der chinesische National People's Congress (NCP) beendete seine Sitzung, nachdem abgestimmt worden war, den »Arbeitsbericht« des Ministerpräsidenten Li Peng an etwa 150 Stellen abzuändern, während in der chinesischen Hauptstadt Gerüchte über Lis unmittelbar bevorstehendem Sturz kursieren.

Die Auflistung des Kongresses schloß die Forderung ein, das »linke Abweichlertum«, Deng Xiaopings Slogan in seinem parteiinternem Kampf, um die Herrschaft über China und seiner Kommunistischen Partei zu konsolidieren, zu bekämpfen. Li hatte den Satz aus seiner Version des Arbeitsberichtes ausgelassen.

Hierbei geht es um die politische Schlacht um die Entscheidung, wie China zu beherrschen ist. Im Oktober 1988, als Inflation und die »aufgeheizte Wirtschaft« soziale Massenunruhen hervorriefen, hatte Li Peng ein strenges Sparprogramm zur Durchsetzung von »Stabilität« vorgelegt. Seinerzeit wurde Li von Präsident Yang Shangkun und Deng voll unterstützt. In seinem diesjährigen Arbeitsbericht versuchte Li, das Wachstum der Inflation in China irgendwie in den Griff zu bekommen und setzte sich ein Ziel von sechs Prozent, also sogar noch niedriger als die sieben Prozent des vergangenen Jahres. Obwohl die endgültige NPC-Version des Arbeitsberichts die Zahl von sechs Prozent beibehielt, wurde dieser dahingehend abgeändert, daß eine schnellere Entwicklung erforderlich sei.

Der NPC fügte dem Bericht auch Dengs Aufruf zu »100 Jahren wirtschaftlicher Entwicklung« hinzu. Dengs Aufruf an die mehr »entwickelten« Regionen in China – die Küstenzonen der freien Wirtschafts-Zonen – in den kommenden 20 Jahren das Niveau von Singapur und Hongkong zu erreichen, ist jetzt in Peking veröffentlicht worden. □

Indien

Journalist verurteilt Amnesty International

Der Londoner Korrespondent der indischen Tageszeitung »Hindustan Times«, P. Sharma, ritt in einem Artikel eine Attacke gegen Amnesty International als Propagandamaschine für die USA. Der Verfasser widerlegt die zahlreichen Angriffe von Amnesty International auf Indien, die, wie er schreibt, zeitlich mit den Wahlen in Britannien, wo Amnesty International ansässig ist, abgestimmt seien, um die Kandidaten gegen Indien aufzuwiegeln.
Warum lehnt Amnesty International es ab, zu der unverhältnismäßig hohen Anzahl von Schwarzen und Hispanics, die in den Vereinigten Staaten in Todeszellen sitzen, Stellung zu nehmen? Oder zu ihren voreigenommenen Berichten, in denen angebliche irakische »Greueltaten« gegen Kuwait verurteilt werden, die sich später als Schwindel herausstellten? Warum hat Amnesty International nicht den völkermordenden Pol Pot in Kambodscha angegriffen?
»Es ist eine Farce, daß Amerika sein Pfund Fleisch von Libyen verlangt und die gleichen USA einen Frieden in Kambodscha unterstützten, der dem Pol Pot eine bedeutsame Scheibe politischer Macht zuteilen wird«, schreibt Sharma.
Die Menschenrechtsfrage ist international zu einem »politischen Fußball« geworden, und diejenigen, die einer Neuen Weltordnung im Weg stehen, können mit »feindseeligen Amnesty-Berichten rechnen, die Teil einer Kriegspropaganda sind, um sie weichzuklopfen«, klagt der Verfasser an. □

Südafrika

Herzliche Beziehungen zu Nigeria

Der südafrikanische Staatspräsident F. W. de Klerk wurde mit 21 Salutschüssen empfangen, als er zu einem Staatsbesuch in Nigeria eintraf, ein Besuch, den der südafrikanische Außenminister Pik Botha als Höhepunkt seiner Laufbahn bezeichnete: »Ich bin überrascht ... Die beiden Giganten Afrikas haben sich zusammengefunden und eine Ehe geschlossen«, sagte Botha laut Reuters.

Der nigerianische Staatspräsident Babangida, der auch Vorsitzender der Organization of African Unity (OAU) ist, pries de Klerk als »endlich jemand in Südafrika, mit dem wir verhandeln können«. In einer Festrede auf einem Bankett äußerte Babangida, Afrika stehe kurz davor, in Weltangelegenheiten an den Rand gedrängt zu werden, aber »glücklicherweise können wir mit einem neuen Südafrika den Aufbau beginnen, Wunden heilen und das Afrika unserer Träume verwirklichen«. Babangida schlug vor, daß die beiden Länder »unsere Ressourcen zusammentun..., um auf unserem Kontinent ein wirtschaftliches Wiederaufleben herbeizuführen, in Zusammenarbeit mit allen afrikanischen Ländern, zum ersten Mal im Rahmen einer allumfassenden kontinentalen Zusammenarbeit«.

Außenminister Botha sagte zu Reportern, daß die Nigerianer mit Südafrikas Vision von vier regionalen Mächten – Südafrika, Nigeria, Kenia und Ägypten – übereinstimmen, die zusammenarbeiten sollen, um Afrika aus der Wirtschaftsstagnation herauszuziehen. Wie eine Analyse des südafrikanischen Plans ergibt, besteht das Kernproblem, ob eine solche regionale Entwicklungsperspektive gelingen kann, in der Beantwortung der Frage, ob Südafrika dazu bereit ist, mit der Plünderungspolitik des Internationalen Währungsfonds, die die Wirtschaft seiner ärmeren Nachbarn ruiniert hat, Schluß zu machen. □

Brasilien

Militär greift die Eliten des Landes an

Die brasilianische Zeitung »Tribuna da Impresna« veröffentlichte ein Manifest mit der Überschrift: »Die Revolution der Eliten«, von Mitgliedern der sogenannten Guararapes-Gruppe von Offizieren. »Die Guararapes-Gruppe verkörpert den Schrei der Entrüstung der gedemütigten Bürger«, heißt es darin. »Derzeit aus Männern, die die Uniform, die sie tragen, schätzen und weiterhin schätzen werden, zusammengesetzt, werden ihnen bald ihre zivilen Brüder zur Seite stehen.«

Die Erklärung ist von vier Armeegeneralen, einem Brigadier der Luftwaffe, einem Hauptmann der Kriegsmarine und 21 Obersten der Armee und Luftwaffe unterzeichnet. Der Name Guararapes bezieht sich auf die Schlacht, die 1649 die Niederlage der Dutch East Indies Company in Brasilien besiegelte. Sie wird als Schlüsselereignis beim Zusammenschluß der brasilianischen Nation angesehen, da sie ein Bündnis zwischen Protugiesen, Brasilianern europäischer Abstammung, Schwarzen und Indianern gegen fremde Wucherer schmiedete.

Weiter heißt es in dem Manifest: »Große Revolutionen hatten immer politische, wirtschaftliche, soziale und militärische Ursachen. Für uns ... ist unter all diesen der Zusammenbruch der gesellschaftlichen Moral der Elite hervorstechend.«

In der Erklärung wird weiter festgestellt, daß, obwohl die bewaffneten Streitkräfte ihre Mängel haben, seien sie die einzige Institution im Lande, die »immer noch ihre gesellschaftliche Moral bewahrt« und in der Lage sei, »Chaos abzuwenden.« □



Briefe

Betr.: Umwelt-Ideologie »Ein neues Machtinstrument der Regierenden«, Nr. und 7/92.

Zu Ihrer Aufnahme einer neuen Serie über Umwelt-Ideologie gratuliere ich Ihnen, denn bei den zur Zeit propagierten Umwelt-Katastrophen handelt es sich tatsächlich um mehr oder weniger manipulierte Horror-Lügen mit merkantilen Interessen.

In Bezug auf die sogenannten Waldschäden wissen Experten zum Beispiel schon lange, daß diese Waldschäden nicht in erster Linie durch Autoabgase entstehen, sondern daß dabei Funkwellen der unzählig vielen Sender eine Rolle spielen. Bereits 1984 berichtete dazu der Dipl. Forstwirt Schulte-Uebbing von seinen Versuchen mit Faraday'schen Käfigen um erkrankte Bäume, die dann in sechs bis acht Wochen gesund wurden.

Und vor dem sogenannten Katalysator – der die giftigen Autoabgase reinigen soll – hat schon 1985 der Arzt Dr. Nieper gewarnt, da durch den Drei-Wege-Katalysator neue Gifte in die Umwelt – und in die Lungen der Bevölkerung – geschleudert werden, wie Platin- und Schwefelsäure-Aerosole und Blausäure. Wörtlich schrieb er dazu: »Für jeden Arzt, Virus- oder Krebsfachmann ist es eine Horrorvision, die Bundesrepublik Deutschland mit 20 Millionen Platinkatalysatoren vollgestopft zu sehen!«

Ganz verrückt wird es aber bei der Warnung vor zuviel CO_2-Ausstoß, weil das angeblich zum Treibhauseffekt führen soll. Vor ein paar Jahren haben die Wissenschaftler noch vor einer neuen Eiszeit gewarnt – jetzt warnen sie vor einer Erwärmung der Erde! Was ist davon zu halten?

Wir alle haben in der Schule gelernt, daß Kohlendioxyd von den Pflanzen – einschließlich Plankton – aufgenommen und per Photosynthese in Sauerstoff umgewandelt wird; daß heißt CO_2 steht in einem biologischen Kreislauf mit den animalischen Wesen, die Sauerstoff einatmen und ein Überschuß von CO_2 führt daher nicht zur Klimakatastrophe, sondern zu einer Wohltat für die Biosphäre!

Ein gewisser Dr. Sherwood Idso (Wissenschaftler für Botanik an der Staatsuniversität von Arizona in Tempe) sagt uns dazu: »Der Mensch hat in seiner Geschichte eine Reihe von Umweltsünden begangen, aber der massive Ausstoß von Kohlendioxyd durch das Verbrennen fossiler Energieträger ist ganz gewiss keine davon. Dieser ist vielleicht sogar eine Wiedergutmachung, die alles überstrahlende gute Tat, die der Mensch für die vielen Arten, mit denen er gemeinsam den Erdball bewohnt, geleistet hat.«

Und was ist mit der angeblichen Gefahr durch die Vergrößerung des Ozon-Loches, die durch FCKW's hervorgerufen werden soll? Das sogenannte Ozonloch wurde vor 36 Jahren zum ersten Mal beobachtet. Gordon Dobson, der Vater der Ozon-Messung, erklärte es 1956 als natürliches Phänomen, dessen Dichte zeitlichen Schwankungen unterworfen ist. Wie lange das Ozonloch bereits vor 1956 existiert hat, weiß natürlich niemand.

Daß dieses Ozonloch aber nichts mit den FCKW's zu tun hat, haben 1990 die beiden Antarktis-Forscher Rigaud und Leroy ganz klar formuliert: »Die erneute Untersuchung der spektographischen Ozonmessungen, welche 1958 in Dumont d'Urville gewonnen wurden, zeigen, daß das ›Ozonloch‹ bereits in diesem Jahr im September vorhanden war. Obwohl die Produktion von FCKW's 1958 bereits im Ansteigen begriffen war, kamen sie in viel geringeren Mengen vor als heute. Deshalb legt die Existenz der antarktischen Ozonerschöpfung über Dumont d'Urville... den Schluß nahe, daß natürliche Phänomene wie etwa Vulkanausbrüche zur Ozonzerstörung beitragen.« Und: »Das Ozonloch war damals genauso groß wie heute. Die Zunahme der FCKW-Produktion hat es offensichtlich nicht vergrößert.«

Nach meinen obigen Ausführungen bleibt natürlich für jeden Leser die Frage: Wie wehren wir uns gegen diese Horror-Lügen, die uns täglich von Politikern und Umweltschützern serviert werden und hinter denen massive Interessen merkantiler Geschäftemacher stehen? Oder müssen wir solange warten, bis die Gegner der Wahrheit – wie Max Planck es mal formuliert hat – »wegsterben«?

Dr. Winfried Hellemann, Bonn

*

Sie schreiben in diesem Beitrag, daß die Menschheit um die friedliche Nutzung der Atomenergie gar nicht herumkommt. Dieser Behauptung muß ich energisch widersprechen. In Fachkreisen ist bekannt, daß ein Atomkraftwerk während seiner Aufbauphase, seiner Arbeitsphase (während der Abschaltzeiten) und nachher, während der Abbruchphase mehr Energie verbraucht, als es während seiner Arbeitsphase erzeugt. Jeder Ingenieur aus der Fachrichtung Wärmetechnik, der einigermaßen auf der Höhe ist, kann dies nachrechnen. Für die Energiemafia ist das natürlich ein Geheimnis von höchster Priorität.

Ich erinnere mich noch in einem Urlaubshotel während der Ölkrise, als mal wieder das Erdöl künstlich verknappt wurde, obwohl Eingeweihte wußten, daß die Erzeugerländer bis zum Hals in Erdöl standen, wie mein Tischnachbar zu dem Schluß kam: »Da hilft halt alles nichts, da muß halt die Atomkraft her«. Es war nicht möglich, diesen Mann davon zu überzeugen, daß das genau die Reaktion ist, die die Energiemafia haben will, nämlich die Bevölkerung weichzuklopfen, daß sie den Atomkraftwerken keinen Widerstand leistet.

Da wir, wie oben beschrieben, soviel Strom haben, daß wir uns sogar den Luxus von Atomkraftwerken leisten können, ist es also erwiesen, daß wir sogar zuviel Energie haben und diese deshalb durch Atomkraftwerke verbraucht werden muß. Aber dem Verbraucher macht man Angst: »... sonst gehen die Lichter aus.« Und wenn man an seinem Wohlergehen knabbert, ist der Wohlstandsbürger zu jedem Opfer bereit. Er will einfach nicht glauben, daß Presse, Politiker und Energiekonzerne die Unwahrheit sagen.

Das ist verständlich, wenn man weiß, daß die Hersteller und Betreiber der Atomkraftwerke Milliarden verdienen, selbst dann, wenn die Anlagen gar nicht fertiggestellt werden. Man denke an die Atomruine in Kalkar. Was zählen da schon die verstrahlte Umwelt, die leukämiekranken Kinder und das noch immer ungelöste Abfallbeseitigungsproblem.

Daß Windkraftanlagen so uneffektiv sind, stimmt auch nicht. Man hat aber ganz bewußt die Entwicklung dieser Anlagen dem Einfluß der Energiemafia unterstellt. Und deshalb werden diese so konstruiert, daß sie nicht viel bringen. So gab es vor Jahren den Schwachsinn eines Windrades mit nur einem einzigen schmalen Flügel, von Weitem sah das aus, wie ein Riese, der einen Knüppel schwingt. Daß so ein Apparat nicht funktioniert, müßte sich jeder Mensch sagen, der noch denken kann. Öffentlich kann man dann immer erklären, Windkraft lohnt sich nicht. Und die Öffentlichkeit glaubt ja alles.

Es gab auch Pläne von hocheffektiven Windkraftanlagen, aber die wurden natürlich nicht gebaut.

Aber tatsächlich hätten wir die Kraftwerke, einschließlich der Windkraftanlagen, gar nicht nötig, denn wir schwimmen förmlich in Energie, die wir, vollkommen sauber, zum Nulltarif beziehen könnten.

Haben sie schon einmal von Tachionen- oder Feldenergie gehört? Die Sonne ist nichts anderes, als ein gewaltiger Stromerzeuger, der beständig ein Kraftfeld um sich herum aufbaut, das bis zu den äußeren Planeten reicht und mit Hilfe eines technischen Tricks angezapft werden kann. Unsere Erde ist ebenfalls ein riesiger Stromerzeuger. Hier weiß man es genauer. Die Erdkugel besteht bekanntlich aus einem festen Eisen-Nickelkern und einem festen Erdmantel. Dazwischen befindet sich das flüßige Magma. Zwischen Erdkern und Erdmantel besteht also keine feste Verbindung. Durch die Erdumdrehung dreht sich nun der Erdmantel schneller, als der Erdkern, dadurch wirkt der Erdenball wie ein gewaltiger Generator. Dieses Kraftfeld kann ebenfalls angezapft werden und liefert Strom, solange sich die Erde dreht. Das wurde bereits in den 30iger Jahren erfolgreich erprobt, aber von der Erdölmafia sofort brutal unterdrückt. Auch heute laufen in verschiedenen Staaten der Welt Tachionenkonverter (natürlich nicht in der Bundesrepublik, denn wir sind immer noch eine gehorsame amerikanische Kolonie). Es ist aber nicht möglich, diese zu produzieren und allgemein einzuführen, da die Energiemafia allmächtig ist.

Albrecht Hopp, Bremen

Betr.: Deutschland-Journal »Petitionsausschuß schreibt deutsche Kriegsschuld fest«, Nr. 6/92.

Der geschilderte Briefwechsel mit dem Bundeskanzleramt und das Verfahren vor dem Petitionsausschuß sprechen tatsächlich für sich selbst.

Ohne auf den materiellen Inhalt der der Frage zugrundeliegenden Aussage des Bundeskanzlers eingehen zu wollen, seien dennoch einige Anmerkungen eines »hilflosen Staatsbürgers« erlaubt, der sich entsprechend dem Artikel 20 Grundgesetz als Teil des Volksouveräns begreift.

Wenn das Grundgesetz festschreibt, daß »alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht«, dann haben alle staatlichen Institutionen diesem Volke, von dem sie bezahlt werden – auf den eigentlich weitaus wichtigeren Amtseid beziehe ich mich nicht, da wir inzwischen wissen, daß der keinerlei rechtliche Bedeutung hat –, zu dienen. Wie aber sieht das in diesem Falle aus?

Der Bundeskanzler beantwortet eine ganz einfache (und einfach zu beantwortende) Frage eines Teils des Volkes nicht. Wieso der Petitionsausschuß darin »ein Versäumnis des Bundeskanzlers nicht sehen kann« bleibt unerfindlich.

Daß der Petitionsausschuß sich nicht in einen wissenschaftlichen Streit einmischen kann, ist einzusehen. Was aber eine ganz einfache, sowohl an den Bundeskanzler, als auch an den Petitionsausschuß gestellte formelle Frage mit dem Historikerstreit zu tun haben soll, ist nicht einzusehen.

Der Petitionsausschuß stellt fest, daß die der Aussage des Bundeskanzlers zugrundeliegenden historischen Tatsachen »allgemein bekannt« seien. Damit bekennt er, daß es Ausnahmen gibt. Wenn also ein unter diese Ausnahmen fallender Teil des Volksouveräns eine formelle Frage stellt, dann sollte es doch insbesondere dem Petitionsausschuß nicht schwerfallen, diese – wenn die zugrundeliegenden Tatsachen schon einmal »allgemein bekannt« sind – auch zu beantworten.

Der Petitionsausschuß sagt, daß diese historischen Tatsachen »jedermann zugänglich« seien.

Wenn aber dem »Ausnahme-Mann« die erwähnten Tatsachen nicht »allgemein bekannt« sind – was ihm zugestanden werden muß –, dann sind sie ihm logischerweise auch nicht »zugänglich«.

In welchem Archiv sollte er denn nach welchen »allgemein bekannten« Unterlagen suchen? Nach einer Aussage, die ihm der Bundeskanzler ohne weiteres beantworten könnte, aber gerade das unverständlicherweise justament nicht tut?

Deshalb sei die Frage erlaubt: Was ist unser Grundgesetz im Ernstfall wert?

Gunther Hartmetz, Passau

Die umfassende Dokumentation über Hintergründe zur Geschichte von Krieg und Revolutionen. Die Autoren haben sich eingehend mit dem internationalistischen Netzwerk beschäftigt, das die Welt regiert.



Archibald Maule Ramsay »Der namenlose Krieg«
Adolf Rossberg »Der Orden des Herrn Weishaupt«
Karl Heise »Okkultes Logentum«
Leon de Poncins »Hinter den Kulissen der Revolution«
Konrad Lerich »Der Tempel der Freimaurer«
Im Anhang: Die Konstitution »Alter und Angenommener Schottischer Ritus«

»Der namenlose Krieg«, 448 Seiten mit 84 Abbildungen
DM/Sfr 36,–
ISBN 3-923864-04-3
Verlag Diagnosen
D-7250 Leonberg
Zu beziehen über den Buchhandel

<u>Verlagsauslieferung:</u>
SPS-Verlagsservice GmbH · D-5400 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06 - 0
Telex 862 662
Telefax 02 61/8 07 06 54